

WIRTSCHAFT UND STATISTIK

• Sozioökonomische Modellierung • Hochrechnung der Telefonerhebung zum Erwerbsstatus • Kinderlosigkeit von Frauen • Gartenbauerhebung • Gesundheitsdaten • Krankenhäuser • Schulden der öffentlichen Haushalte • Glaubwürdigkeit des Verbraucherpreisindex • Grundlagen und Daten der Bundestagswahl • Klassifizierung von Kommunen



8/2005

Statistisches Bundesamt

Herausgeber: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Schriftleitung: Johann Hahlen
Präsident des Statistischen Bundesamtes
Verantwortlich für den Inhalt:
Brigitte Reimann,
65180 Wiesbaden

- Telefon: +49 (0) 6 11/75-20 86
- E-Mail: wirtschaft-und-statistik@destatis.de

Vertriebspartner: SFG Servicecenter Fachverlage
Part of the Elsevier Group
Postfach 43 43
72774 Reutlingen
Telefon: +49 (0) 70 71/93-53 50
Telefax: +49 (0) 70 71/93-53 35
E-Mail: destatis@s-f-g.com
www.destatis.de/shop

Druck: Werbedruck GmbH Horst Schreckhase, Spangenberg

Erscheinungsfolge: monatlich

Erschienen im September 2005

Einzelpreis: EUR 7,50 [D]

Jahresbezugspreis der Printversion: EUR 121,- [D]

zuzüglich Versandkosten

Bestellnummer: 1010200-05108-2 – ISSN 1619-2907



Allgemeine Informationen über das Statistische Bundesamt und sein Datenangebot erhalten Sie:

- im Internet: www.destatis.de

oder bei unserem Informationsservice
65180 Wiesbaden

- Telefon: +49 (0) 6 11/75-24 05
- Telefax: +49 (0) 6 11/75-33 30
- www.destatis.de/kontakt

Abkürzungen

WiSta	=	Wirtschaft und Statistik
MD	=	Monatsdurchschnitt
VjD	=	Vierteljahresdurchschnitt
HjD	=	Halbjahresdurchschnitt
JD	=	Jahresdurchschnitt
D	=	Durchschnitt (bei nicht addierfähigen Größen)
Vj	=	Vierteljahr
Hj	=	Halbjahr
a. n. g.	=	anderweitig nicht genannt
o. a. S.	=	ohne ausgeprägten Schwerpunkt
St	=	Stück
Mill.	=	Million
Mrd.	=	Milliarde

Zeichenerklärung

p	=	vorläufige Zahl
r	=	berichtigte Zahl
s	=	geschätzte Zahl
–	=	nichts vorhanden
0	=	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
.	=	Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
...	=	Angabe fällt später an
X	=	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
oder —	=	grundsätzliche Änderung innerhalb einer Reihe, die den zeitlichen Vergleich beeinträchtigt
/	=	keine Angaben, da Zahlenwert nicht sicher genug
()	=	Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2005

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Inhalt		Seite
	Kurznachrichten	773
Textteil		
<i>Alexander Opitz</i>	Daten der amtlichen Statistik für die sozioökonomische Modellierung	781
<i>Dr. Hans Kiesl</i>	Das Hochrechnungsverfahren der monatlichen Telefonerhebung zum ILO-Erwerbsstatus	792
<i>Dr. Klaus-Jürgen Duschek,</i> <i>Dr. Heike Wirth</i>	Kinderlosigkeit von Frauen im Spiegel des Mikrozensus	800
<i>Dr. Peter Gurrath</i>	Konzeptionelle und methodische Grundlagen der Gartenbauerhebung 2005	821
<i>Karin Böhm</i>	Gesundheitsdaten in Deutschland	828
<i>Sebastian Rolland</i>	Krankenhäuser in Deutschland 2003	838
<i>Evelin Michaelis</i>	Schulden der öffentlichen Haushalte 2004	849
<i>Dr. Sabine Bechtold,</i> <i>Dr. Stefan Linz</i>	Schritte zur Verbesserung der Glaubwürdigkeit des Verbraucherpreisindex	853
<i>Gudrun Eckert</i>	Preise im Juli 2005	859
<i>Karina Schorn,</i> <i>Margitta von Schwartzberg</i>	Grundlagen und Daten der Wahl zum 16. Deutschen Bundestag am 18. September 2005	865
<i>Beate Siewert, Dr. Tilo Wendler</i>	Die Klassifizierung von Kommunen – ein Ansatz zur Vergleichbarkeit deutscher Städte und Gemeinden	885
	Übersicht über die im laufenden Jahr erschienenen Textbeiträge	891
Tabellenteil		
	Inhalt	1*
	Statistische Monatszahlen	2*

Für die Zeit vor dem 1. Januar 2002 ermittelte DM-Beträge wurden zum amtlich festgelegten Umrechnungskurs 1 Euro = 1,95583 DM in Euro umgerechnet. Aufgrund der kaufmännischen Rundung kann es bei der Summenbildung zu geringfügigen Abweichungen kommen. Auch vor dem 1. Januar 2002 aus DM-Werten errechnete Zuwachsraten und Anteile können aus diesem Grund geringfügig von den in Euro dargestellten Werten abweichen.

Angaben für die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand seit dem 3. 10. 1990. Die Angaben für das „frühere Bundesgebiet“ beziehen sich auf die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand bis zum 3. 10. 1990; sie schließen Berlin-West ein. Die Angaben für die „neuen Länder und Berlin-Ost“ beziehen sich auf die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen sowie auf Berlin-Ost.

Contents		Page
	News in brief	773
	Texts	
<i>Alexander Opitz</i>	Data of official statistics for socio-economic modelling	781
<i>Dr. Hans Kiesl</i>	The data expansion procedure of the monthly telephone survey on the ILO activity status	792
<i>Dr. Klaus-Jürgen Duschek,</i> <i>Dr. Heike Wirth</i>	Infertility of women as reflected by the microcensus	800
<i>Dr. Peter Gurrath</i>	Conceptual and methodological bases of the census of horticulture, 2005	821
<i>Karin Böhm</i>	Health data in Germany	828
<i>Sebastian Rolland</i>	Hospitals in Germany, 2003	838
<i>Evelin Michaelis</i>	Public debt, 2004	849
<i>Dr. Sabine Bechtold,</i> <i>Dr. Stefan Linz</i>	Steps towards improving the credibility of the consumer price index	853
<i>Gudrun Eckert</i>	Prices in July 2005	859
<i>Karina Schorn,</i> <i>Margitta von Schwartzberg</i>	Bases and data of the elections to the 16 th German Bundestag on 18 September 2005	865
<i>Beate Siewert, Dr. Tilo Wendler</i>	The classification of communities – an approach to the comparability of German towns and municipalities	885
	List of the contributions published in the current year	891
	Tables	
	Summary	1*
	Monthly statistical figures	2*

The data for the Federal Republic of Germany relate to its territory since 3 October 1990. The data for the „früheres Bundesgebiet“ relate to the territory of the Federal Republic of Germany before 3 October 1990; they include Berlin-West. The data for the „neue Länder und Berlin-Ost“ relate to the Länder of Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen as well as to Berlin-Ost.

Données pour la République fédérale d'Allemagne selon le territoire depuis le 3 octobre 1990. Les données pour „früheres Bundesgebiet“ se réfèrent à la République fédérale d'Allemagne, territoire jusqu'au 3 octobre 1990; Berlin-West y est inclus. Les données pour les „neue Länder und Berlin-Ost“ se réfèrent aux Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen ainsi qu'à Berlin-Ost.

Kurznachrichten

In eigener Sache

Jahresbericht 2004 des Statistischen Bundesamtes erschienen

Auf knapp 60 Seiten informiert der zweite Jahresbericht des Statistischen Bundesamtes über die wichtigsten Leistungen und Entwicklungen des Jahres 2004. Das Thema „Innovation“ stand im Jahr 2004 für die amtliche Statistik im Vordergrund und wird daher im Jahresbericht in einem eigenen Kapitel dargestellt. Beispiele für neue Statistikprodukte und das erweiterte Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes sind die neue Gesundheitsausgabenrechnung, die monatliche Veröffentlichung einer international harmonisierten Erwerbslosenzahl und ein erweitertes Datenangebot des Forschungsdatenzentrums. In einem weiteren Kapitel sind die erfolgreichen Modernisierungsmaßnahmen des Statistischen Bundesamtes dokumentiert, mit denen Unternehmen und Bürger im Jahr 2004 von statistischen Meldepflichten entlastet wurden. Zu nennen ist hier der weitere Ausbau der Online-Erhebungen, die Vereinfachung verschiedener statistischer Erhebungen und die verbesserte Zusammenarbeit mit den Statistischen Ämtern der Länder im Zuge der Reform des föderalen deutschen Statistiksystems. Vier Interviews in verschiedenen Kapiteln des neuen Jahresberichts, davon zwei mit externen Fachleuten, vermitteln Hintergrundinformationen zu den verschiedenen Themen.

Der Jahresbericht 2004 des Statistischen Bundesamtes kann auf der Homepage des Statistischen Bundesamtes (<http://www.destatis.de>) als PDF-Dokument kostenlos heruntergeladen werden.

Aus Europa

Informationsveranstaltung des i-Punktes bei der Britischen Botschaft in Berlin

Im Rahmen der gegenwärtigen EU-Ratspräsidentschaft des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland organisierte der i-Punkt Berlin zusammen mit der britischen Botschaft als Gastgeber am 29. Juli 2005 eine Statistikveranstaltung für den Club der Handels- und Wirtschaftsräte sowie der Arbeits- und Sozialattachés aller in der Hauptstadt akkreditierten Botschaften.

Die erstmals für ausländische Diplomaten in Berlin organisierte Veranstaltung des Statistischen Bundesamtes stand unter dem Leitthema „Informationsdienstleister Statistisches Bundesamt – Zugangswege zur deutschen und europäischen Statistik“. Sie stieß bei den Auslandsvertretungen in Berlin auf große Resonanz, die sich in der Teilnahme von rund 50 Repräsentanten dieses Nutzerkreises amtlicher statistischer Daten widerspiegelte.

Die Veranstaltung wurde durch den britischen Botschafter, Sir Peter Torry, eröffnet. Er hob die statistische Messung der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsentwicklung im deutsch-britischen Vergleich hervor und unterstrich die Bedeutung dieser Informationen für die Planung wichtiger Sozial- und Wirtschaftsreformen auf nationaler und europäischer Ebene.

Der Vizepräsident des Statistischen Bundesamtes, Walter Radermacher, dankte dem Botschafter für die Möglichkeit der Präsentation des Statistischen Bundesamtes in einem derartigen Rahmen und schloss einen Vortrag zum Auftrag und Programm, zur Vision sowie zur internationalen Einbindung der amtlichen Statistik in Deutschland an.

Anhand ausgewählter Beispiele stellte die Leiterin des i-Punktes Berlin, Claudia Brunner, die Vielfalt der amtlichen Statistik vor und gab einen Überblick über aktuelle und wichtige Entwicklungen im Bereich der Statistik. Anschließend präsentierte sie den Statistiks-service des i-Punktes Berlin für politische Institutionen in der Hauptstadt. Online-Präsentationen zu den Recherchemöglichkeiten in den Datenbanken des Statistischen Bundesamtes und des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften, Eurostat, schlossen den Vortragsteil ab.

Nach der Präsentation fand eine von Vizepräsident Radermacher moderierte Podiumsdiskussion statt, in deren Verlauf die anwesenden Attachés die Möglichkeit nutzten, inhaltliche und methodische Fragen zum Informationsangebot der amtlichen deutschen und europäischen Statistik an die Vertreter des Statistischen Bundesamtes zu richten. Die Veranstaltung beendete der amtierende Wirtschaftsattaché der britischen Botschaft, Mr. Steve Cook, mit einem kurzen Dankwort für die gelungene Gesamtdarstellung.

Aus dem Inland

Mikrodaten über Verdienstrukturen für die Wissenschaft

Im Vorfeld einer vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in Nürnberg am 15. und 16. Juli 2005 veranstalteten Nutzerkonferenz zu Mikrodaten über Beschäftigte und Verdienste stellte u. a. das Statistische Bundesamt gemeinsam mit dem Forschungsdatenzentrum der Statistischen Landesämter, Standort Wiesbaden, im Hessischen Statistischen Landesamt, das Projekt zur Erstellung von Scientific-Use-Files der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 2001 vor. Die anschließende rege Diskussion zeigte das große Interesse an dem ersten „Employer-Employee-Datensatz“ aus der amtlichen Statistik.

Von den Teilnehmern aus der Wissenschaft wurde angeregt, die Daten der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung nicht nur mit Angaben zu Tarifverträgen und Tarifgruppen, sondern auch mit den absoluten Verdienstangaben der Tarifstatistik zu verknüpfen, um Aussagen über die Lohn drift machen zu können.

Besondere Beachtung wurde den Merkmalen zur Arbeitszeit insbesondere im Zusammenhang mit den Angaben zu Teilzeitbeschäftigten entgegengebracht. Außerdem wurde dem Nachweis der allgemeinen Qualifikation und der tatsächlich ausgeübten Tätigkeit eine große Bedeutung beigemessen. Mit Hilfe der in der Lohnstatistik definierten Leitungsgruppen sind Aussagen über die tatsächlich ausgeübte Tätigkeit hinsichtlich der Entscheidungsbefugnis, der Art der Tätig-

keit und der damit verbundenen Selbstständigkeit möglich, die der Tätigkeitsschlüssel der Bundesagentur für Arbeit nicht abbildet.

Die Hinweise der Wissenschaft waren für die weitere Arbeit am Projekt zur Erstellung von Scientific-Use-Files der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 2001, aber auch für die Weiterentwicklung des Lohnstatistiksystems von großer Wichtigkeit.

Neuerscheinungen

Karte der Wahlkreise für die Wahl zum 16. Deutschen Bundestag

Die „Karte der Wahlkreise für die Wahl zum 16. Deutschen Bundestag“ stellt die zur nächsten Bundestagswahl gültige Wahlkreiseinteilung dar. Aus der mehrfarbigen Karte sind die Nummern und Grenzen sämtlicher Wahlkreise mit ihrer Zusammensetzung aus Kreisen und kreisfreien Städten sowie gesondert die Wahlkreiseinteilung derjenigen Großstädte, die in mehrere Wahlkreise aufgeteilt sind, ersichtlich.

Gegenüber der Wahlkreiseinteilung für die Bundestagswahl 2002 hat der Gesetzgeber mit dem Siebzehnten Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 11. März 2005 (BGBl. I S. 674) nicht unerhebliche Änderungen vorgenommen. So wurden 38 Wahlkreise neu abgegrenzt. Da die Zahl der Wahlkreise in den einzelnen Ländern deren Bevölkerungsanteil soweit wie möglich entsprechen muss, gibt es aufgrund geänderter Bevölkerungszahlen im Freistaat Thüringen einen Wahlkreis weniger und im Freistaat Bayern einen Wahlkreis mehr.

Die Karte der Wahlkreise kann beim Vertriebspartner des Statistischen Bundesamtes (nähere Angaben siehe Impressum) oder im Statistik-Shop des Statistischen Bundesamtes unter <http://www.destatis.de/shop> erworben werden.

Strukturdaten zu den Bundestagswahlkreisen 2005

Ergebnisse und Vergleichszahlen früherer Bundestags-, Europa- und Landtagswahlen sowie Strukturdaten für die Bundestagswahlkreise enthält das gleichnamige Heft 1 zur Wahl zum 16. Deutschen Bundestag am 18. September 2005. Bei den Strukturdaten für die 299 Bundestagswahlkreise 2005 handelt es sich zum Beispiel um Angaben über Bevölkerung, Wirtschaft, Bildung, die Arbeitslosigkeit und die Struktur der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Die Vergleichszahlen aus früheren Wahlen für die Bundestagswahlkreise umfassen die Ergebnisse der Bundestagswahl 2002 nach Erst- und Zweitstimmen sowie die Ergebnisse der jeweils letzten Landtagswahl umgerechnet auf die Wahlkreise zum 16. Deutschen Bundestag. Im Teil „Ergebnisse früherer Bundestags-, Europa- und Landtagswahlen nach Ländern“ werden u. a. Daten über die Bevölkerung, die Wahlberechtigten,

die Wähler und die Wahlbeteiligung, die gültigen und ungültigen Stimmen, die Verteilung der gültigen Stimmen auf die einzelnen Parteien bzw. sonstigen politischen Vereinigungen nach Ländern, die Verteilung der Sitze im Deutschen Bundestag seit 1949, der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland seit 1979 und in den Landtagen seit 1946 (bzw. Bürgerschaften und Stadtverordnetenversammlungen) jeweils nach dem Stand bei der Wahl nachgewiesen.

Auszüge aus dem genannten Heft stehen als PDF-Datei auf der Internetseite des Bundeswahlleiters unter <http://www.bundeswahlleiter.de> zur Verfügung. Als Printversion ist das Heft zum Preis von 18,- Euro über den Vertriebspartner des Statistischen Bundesamtes (nähere Angaben siehe Impressum) sowie über den Statistik-Shop des Statistischen Bundesamtes (<http://www.destatis.de/shop>) erhältlich.

Projektbericht zur Erhebung „Nachfrage nach Dienstleistungen 2003“

Bisher waren amtliche statistische Daten nur über das Angebot an Dienstleistungen verfügbar. Die Erhebung „Nachfrage nach Dienstleistungen 2003“ erfasst erstmals die Nachfrageseite und ergänzt damit die bestehenden Daten. Sie wurde von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder auf Basis des § 7 Abs. 2 des Bundesstatistikgesetzes durchgeführt. Von September bis Dezember 2004 wurden Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten aus dem Verarbeitenden Gewerbe, dem Baugewerbe, dem Handel, dem Gastgewerbe, dem Verkehr und der Nachrichtenübermittlung, den Unternehmensdienstleistern und den öffentlichen Dienstleistern befragt. Neben den Einkäufen von zwölf verschiedenen Arten von Dienstleistungen wurde auch ermittelt, woher diese Dienstleistungen bezogen werden, welche Barrieren den internationalen Handel mit diesen Dienstleistungen behindern und wie sich die Nachfrage nach diesen Dienstleistungen nach Einschätzung der Unternehmen entwickeln wird.

Der Projektbericht „Nachfrage nach Dienstleistungen 2003“ stellt ausführlich die Methodik sowie alle Ergebnisse der Erhebung dar. Er kann im Statistik-Shop des Statistischen Bundesamtes (<http://www.destatis.de/shop>) als PDF-Datei oder als Printversion bezogen werden.

4. Bericht Pflegestatistik 2003

Nach der aktuellen Pflegestatistik des Statistischen Bundesamtes waren Ende 2003 in der höchsten Pflegeklasse (III) für vollstationäre Pflege und Unterbringung im Mittel monatlich 2 675 Euro an das Pflegeheim zu entrichten. In der Pflegeklasse II betrug der durchschnittliche monatliche Vergütungssatz 2 250 Euro und in der Pflegeklasse I 1 824 Euro. Hinzukommen können jeweils weitere Ausgaben für Zusatzleistungen, zum Beispiel größere oder besser ausgestattete Zimmer und gesondert berechenbare Investitionsaufwendungen der Pflegeheime.

Die Vergütung der Heime ist dabei in allen neuen Ländern unterdurchschnittlich: Die geringste Vergütung für Pflege, Unterkunft und Verpflegung in der Pflegeklasse III errechnet sich für Sachsen mit monatlich 2 158 Euro. Die höchsten Heimkosten in der Pflegeklasse III sind in Nordrhein-Westfalen (3 010 Euro) und Hamburg (2 979 Euro) zu entrichten. Die monatliche Vergütung für Pflegeheime wird seit 1999 alle zwei Jahre ermittelt. Die aktuellen Daten wurden zum Stichtag 15. Dezember 2003 erhoben und berechnen sich einheitlich aus 30,4 Tagessätzen.

Die Pflegeversicherung zahlt für vollstationäre Dauerpflege bundesweit monatlich in der Pflegestufe III (ohne Härtefallregelungen) 1 432 Euro, in der Pflegestufe II 1 279 Euro und in der Pflegestufe I 1 023 Euro. Zur Finanzierung der darüber hinausgehenden Pflegeheimkosten müssen die Pflegebedürftigen eigene finanzielle Mittel aufwenden oder auf Sozialhilfe, wie die Hilfe zur Pflege im Rahmen der Sozialhilfe oder die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, zurückgreifen.

Weitere Ergebnisse der Pflegestatistik enthält der neue „4. Bericht Pflegestatistik 2003 – Ländervergleich: Pflegeheime“. Er sowie die drei vorausgegangenen Berichte zur Pflegestatistik sind kostenlos im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes (http://www.destatis.de/allg/d/veroe/d_pflege99.htm) abrufbar.

Weitere Auskünfte erteilt

Heiko Pfaff, Telefon 0 1888/6 44-81 06,
E-Mail: pflege@destatis.de.

Kompakt

Religionszugehörigkeit der Eltern von Neugeborenen

Von den rund 706 000 Kindern, die 2004 in Deutschland lebend geboren wurden, waren bei etwa 125 000 – rund 18% – Mutter und Vater römisch-katholisch. 83 000 waren Kinder eines katholisch-evangelischen Paares. Bei 37 000 Kindern war ein Elternteil katholisch und der andere gehörte keiner Glaubensgemeinschaft an. Bei 114 000 Kindern gehörten beide Eltern keiner Glaubensgemeinschaft an, 101 000 Kinder hatten eine evangelische Mutter und einen evangelischen Vater und die Eltern von 64 000 Kindern gehörten beide einer islamischen Religionsgemeinschaft an.

Im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) waren 577 000 Kinder lebend geboren worden. Hier bildeten 122 000 katholische Elternpaare ebenfalls die größte konfessionell einheitliche Gruppe, gefolgt von evangelischen (93 000) und islamischen (60 000) Paaren. Als keiner Religionsgemeinschaft zugehörig bezeichneten sich beide Eltern bei 55 000 Geburten.

In den neuen Ländern (ohne Berlin), wo insgesamt 99 000 Kinder lebend zur Welt kamen, gehörten dagegen die weit aus meisten Elternpaare keiner Glaubensgemeinschaft an

(49 000). Hier hatten etwa 7 000 Kinder ein evangelisches Elternpaar und knapp 2 000 ein katholisches.

Weitere Auskünfte erteilt

Bettina Sommer, Telefon 06 11/75-2708,
E-Mail: bettina.sommer@destatis.de

5,6 Mill. Beschäftigte in ausgewählten Dienstleistungsbereichen

Rund 635 800 Unternehmen und Einrichtungen in ausgewählten Dienstleistungsbereichen beschäftigten im Jahr 2003 insgesamt 5,6 Mill. Personen und erwirtschafteten einen Umsatz in Höhe von 617,6 Mrd. Euro. Nur ein Viertel dieser Unternehmen und Einrichtungen hatte einen Jahresumsatz von 250 000 Euro und mehr. In diesen wurden aber mit 84% aller Beschäftigten rund 94% des gesamten Umsatzes realisiert.

Im Rahmen der jährlichen Strukturerhebung im Dienstleistungsbereich werden mittels einer 15%-Stichprobe die Strukturdaten der Unternehmen und Einrichtungen aus den sehr heterogenen Dienstleistungsbereichen Verkehr, Nachrichtenübermittlung, Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Datenverarbeitung und Datenbanken, Forschung und Entwicklung sowie sonstiger unternehmensnaher Dienstleistungen erfragt.

Im Bereich Verkehr arbeiteten in 83 050 Unternehmen, darunter 70% im Landverkehr, knapp 1,2 Mill. Personen. Sie erzielten im Jahr 2003 einen Umsatz von 161,9 Mrd. Euro. Die Hälfte dieses Umsatzes erwirtschafteten Unternehmen, die Hilfs- und Nebentätigkeiten für den Verkehr ausüben (z. B. Frachtschlag, Kühlhäuser, Parkhäuser, Häfen, Bahnhöfe, Flugplätze usw.).

Die 7 450 Unternehmen, die auf dem Gebiet der Nachrichtenübermittlung tätig waren, darunter 6 600 oder 88% auf dem Gebiet der Post- und Kurierdienste, beschäftigten im Jahr 2003 rund 610 700 Personen und realisierten einen Umsatz in Höhe von 92,3 Mrd. Euro. Die 850 Unternehmen der Fernmeldedienste erzielten mit einem Drittel der Beschäftigten (196 300 Personen) rund drei Viertel des Umsatzes (69,3 Mrd. Euro).

Insgesamt 173 100 Unternehmen hatten den Schwerpunkt ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit auf dem Gebiet des Grundstücks- und Wohnungswesens. Sie beschäftigten 409 300 Personen, ihr Umsatz betrug 95,2 Mrd. Euro. In den Unternehmen des Grundstücks- und Wohnungswesens arbeiteten durchschnittlich nur zwei Mitarbeiter je Unternehmen.

Für den Wirtschaftsbereich Vermietung beweglicher Sachen (unter anderem Vermietung von Land-, Wasser- und Luftfahrzeugen, Baumaschinen, Gebrauchsgütern) wurden 14 300 Unternehmen nachgewiesen; in diesen arbeiteten knapp 82 700 Personen. Von dem in diesem Bereich erwirtschafteten Umsatz in Höhe von 23,9 Mrd. Euro entfielen 45% auf den Wirtschaftszweig der Vermietung von Kraftwagen. Hier

waren aber nur 22% der in diesem Bereich tätigen Personen beschäftigt.

Im Bereich Datenverarbeitung und Datenbanken waren 2003 rund 42 200 Unternehmen tätig. In diesen gab es 368 300 Beschäftigte; der Umsatz lag bei 56,8 Mrd. Euro. 62% dieses Umsatzes wurde mit Entwickeln und Verlegen von Software, Softwareberatung sowie Entwicklung und Programmierung von Internetpräsentationen realisiert.

85 300 Personen hatten im Jahr 2003 ihren Arbeitsplatz in rund 3 700 Unternehmen der Forschung und Entwicklung. Mit 96,5% war der Anteil der Lohn- und Gehaltsempfänger an den in diesem Bereich tätigen Personen sehr hoch.

Im Rahmen der jährlichen Strukturerhebung in ausgewählten Dienstleistungsbereichen wurden auch Unternehmen und Einrichtungen aus dem Bereich der unternehmensnahen Dienstleistungen befragt. In diesem Wirtschaftsbereich werden sehr heterogene wirtschaftliche Tätigkeiten zusammengefasst dargestellt, die von den Freiberuflern, wie Rechtsanwälten, Steuerberatern und Architekten, bis zu den Reinigungsfirmen, Detekteien und Inkassobüros reichen. In diesem Wirtschaftsbereich gab es 2003 rund 312 000 Unternehmen, von denen rund 69% als Einzelunternehmen geführt wurden. Die besondere Bedeutung dieses Dienstleistungsbereichs spiegelt sich unter anderem in der Zahl der Beschäftigten wider. Mit rund 2,9 Mill. Personen war hier mehr als die Hälfte der in den ausgewählten Dienstleistungsbereichen nachgewiesenen Beschäftigten tätig. Die unternehmensnahen Dienstleister erzielten einen Umsatz in Höhe von 181,1 Mrd. Euro, das entsprach rund 580 400 Euro je Unternehmen.

Weitere Auskünfte erteilt

Karl-Heinz Pesch, Telefon 0 18 88/6 44-85 63,
E-Mail: karl-heinz.pesch@destatis.de

Weniger Ausbildungsanfänger mit Hauptschulabschluss

Von den rund 572 000 Ausbildungsanfängern des Jahres 2004 hatte rund ein Drittel den Hauptschulabschluss, knapp die Hälfte hatte Realschulabschluss und nahezu jede(r) Sechste die Hochschul- oder Fachhochschulreife.

Verglichen mit 1994, einem Jahr in dem das Angebot an Ausbildungsplätzen noch größer war als die Nachfrage, ist der Anteil der Ausbildungsanfänger mit Hauptschulabschluss insgesamt von 37 auf 33% zurückgegangen. Das war aber nicht bei allen Berufen so: Im Handwerk und in der Landwirtschaft war der Anteil von Ausbildungsanfängern mit Hauptschulabschluss im Jahr 2004 sogar etwas höher als 1994. Anders dagegen im Ausbildungsbereich „Industrie und Handel“, zu dem auch Banken, Versicherungen, Gast- und Verkehrsgewerbe gehören: Hier sank der Anteil der Ausbildungsanfänger mit Hauptschulabschluss seit 1994 von 28 auf 25%. In den Freien Berufen ging der Anteil von 24 auf 17% zurück.

Diese unterschiedliche Entwicklung spiegeln auch zwei beliebte Ausbildungsberufe wider: Von den Ausbildungsanfängern im Beruf Arzthelfer/-in hatten im Jahr 1994 34% den Hauptschulabschluss, 2004 waren es 21%. In der gleichen Zeit stieg der Anteil der Ausbildungsanfänger mit Hauptschulabschluss im Beruf Maler/-in und Lackierer/-in von 59 auf 69%.

Weitere Auskünfte erteilt
Marianne Renz, Telefon 06 11/75-41 41,
E-Mail: berufsbildungsstatistik@destatis.de.

Hochschulausgaben 2003

Die öffentlichen und privaten Hochschulen in Deutschland gaben im Jahr 2003 insgesamt 30,6 Mrd. Euro aus. Damit erhöhten sich die Hochschulausgaben gegenüber 2002 um 0,9%; im gleichen Zeitraum stiegen die Studierendenzahlen um 4,2%.

Hinter dem durchschnittlichen Anstieg von 0,9% stehen sehr unterschiedliche Entwicklungen in den Ländern. Während beispielsweise die Ausgaben der Hochschulen in Hamburg um 9,8% stiegen, gingen sie in Thüringen um 17,8% zurück.

Mit 18,6 Mrd. Euro waren die Personalaufwendungen im Jahr 2003 der größte Ausgabeposten der Hochschulen. Das entspricht 60,7% aller Ausgaben. Der übrige laufende Sachaufwand betrug 8,8 Mrd. Euro. 3,2 Mrd. Euro wurden für Investitionen ausgegeben.

Auf die Universitäten entfielen 13,0 Mrd. Euro; 0,2% mehr als 2002. Die medizinischen Einrichtungen der Universitäten gaben 14,1 Mrd. Euro (+1,6%) und die Fach- und Verwaltungsfachhochschulen 3,1 Mrd. Euro (+0,5%) aus. 307 von 393 Hochschulen befanden sich in öffentlicher Trägerschaft. Das Ausgabevolumen der insgesamt 86 privaten Hochschulen in Deutschland lag bei 401,5 Mill. Euro. Auf die medizinischen Fachbereiche und Einrichtungen der Hochschulen entfielen 46,1% aller Hochschulausgaben; sie wurden sowohl für Lehre und Forschung als auch Krankenbehandlung aufgewendet. Für die Fächergruppe Mathematik und Naturwissenschaften gaben die Hochschulen 3,4 Mrd. Euro aus; für die Ingenieurwissenschaften 2,7 Mrd. Euro. In den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften lagen die Ausgaben bei 1,7 Mrd. Euro.

Die Hochschulen erzielten 2003 Einnahmen in Höhe von 13,6 Mrd. Euro (+4,3%). Davon waren 9,4 Mrd. Euro Verwaltungseinnahmen (+0,6%), die zu 94,2% von den medizinischen Einrichtungen, überwiegend als Entgelte für Krankenbehandlungen, erzielt wurden. Darüber hinaus warben die Hochschulen 3,4 Mrd. Euro an Drittmitteln bei privaten und öffentlichen Stellen ein (+4,0%). Wichtigste Drittmittelgeber der Hochschulen waren die Deutsche Forschungsgemeinschaft (1,1 Mrd. Euro), die Unternehmen (917 Mill. Euro) und der Bund (807 Mill. Euro).

Ein Indikator für den Beitrag der Hochschulträger zum Unterhalt der Hochschulen sind die Grundmittel. Sie werden ermittelt, indem die Verwaltungs- und Drittmittel-einnahmen

von den Hochschulausgaben abgezogen werden. Die auf diese Weise berechneten Grundmittel der Hochschulen lagen 2003 bei 17,8 Mrd. Euro (+0,5%).

Zusammenfassende Übersichten und ausführliches Tabellenmaterial können der Fachserie 11 „Bildung und Kultur“, Reihe 4.5 „Finanzen der Hochschulen“ entnommen werden, die kostenlos als Download im Statistik-Shop des Statistischen Bundesamtes unter <http://www.destatis.de/shop> verfügbar ist.

Studierende der Theologie 2004

Das Interesse junger Menschen am Studium der katholischen Theologie hat innerhalb der letzten zehn Jahre deutlich nachgelassen. Im Studienjahr 2004 waren rund 900 Ersteinschreibungen im Studienfach „Katholische Theologie“ zu verzeichnen, 22% weniger als 1994 und rund 1% weniger als im Vorjahr.

Auch die Zahl der männlichen Studienanfänger, die eine Diplomprüfung oder das Lizentiat anstreben und damit potenzielle Kandidaten für das Priesteramt sind, ist im letzten Jahrzehnt um rund 23% auf 200 gesunken.

Die Zahl der Studienanfänger in der evangelischen Theologie ging in den letzten zehn Jahren um 9% zurück. Nachdem die Zahl der Neueinschreibungen im Jahr 1998 mit 800 einen Tiefpunkt erreicht hatte, ist in jüngster Zeit wieder ein deutlicher Aufwärtstrend zu beobachten: Im Jahr 2004 nahmen 1 200 Neuimmatrikulierte ein Studium der evangelischen Theologie auf, das waren 15% mehr als im Vorjahr.

Die Perspektive, den Beruf des Pfarrers oder der Pfarrerin zu ergreifen, scheint allerdings erheblich an Attraktivität verloren zu haben: In den letzten zehn Jahren sank die Zahl derjenigen, die ihr Studium der evangelischen Theologie mit einer kirchlichen Prüfung abschließen wollen, um 44% auf 400.

Weitere Auskünfte erteilt
Ilka Willand, Telefon 06 11/75-45 45,
E-Mail: ilka.willand@destatis.de.

Tödliche Unfälle durch Ertrinken

In den vier warmen Monaten von Mai bis August ereignen sich über die Hälfte der tödlichen Unfälle durch Ertrinken. Im Jahr 2003 ertranken insgesamt 514 Menschen. Davon waren 380 (74%) Männer und 134 (26%) Frauen. Die altersstandardisierte Sterbeziffer liegt bei 0,6 Gestorbenen je 100 000 Einwohner, das heißt: Von 167 000 Einwohnern starb im Jahr 2003 einer durch Ertrinken.

Mehr als ein Viertel der Ertrunkenen starben in einem natürlichen Gewässer. Weitere 12% starben in der Badewanne und 4% in einem Schwimmbecken. Für 40% der Ertrunkenen ist der Ort des Unfalls nicht bekannt.

Die ertrunkenen Männer waren durchschnittlich 44 Jahre alt, die Frauen 58 Jahre. Insgesamt beträgt das durchschnittliche Sterbealter der Ertrunkenen 48 Jahre.

Weitere Auskünfte erteilt

Stefan Rübensch, Telefon 01888/644-8951,
E-Mail: gesundheitsstatistiken@destatis.de.

Mehr als 2,9 Mill. Sozialhilfeempfänger in Deutschland 2004

Nach vorläufigen Ergebnissen erhielten am Jahresende 2004 in Deutschland rund 2,91 Mill. Menschen in 1,46 Mill. Haushalten „Sozialhilfe im engeren Sinne“, also laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen (etwa Krankenhäuser, Heime). Das waren 3,3% mehr als im Vorjahr. Die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt soll den Grundbedarf vor allem an Nahrung, Kleidung, Unterkunft und Heizung decken („soziokulturelles Existenzminimum“).

Die Sozialhilfequote, der Anteil der Hilfebezieher an der jeweiligen Bevölkerung, erhöhte sich damit zum Jahresende 2004 auf 3,5% (Vorjahr: 3,4%). Für verschiedene Bevölkerungsgruppen ergaben sich folgende Zusammenhänge: Frauen beanspruchen mit einer Quote von 3,8% relativ häufiger Sozialhilfe als Männer (3,3%). Ausländer haben mit 8,7% eine deutlich höhere Sozialhilfequote als Deutsche (3,0%).

Die Zahl der sozialhilfebedürftigen Kinder unter 15 Jahren stieg auf rund 965 000 an; im Vergleich zu 2003 entspricht dies einer Steigerung um 3,2%. Die Sozialhilfequote der Kinder in dieser Altersgruppe erhöhte sich damit auf 8,1% (Vorjahr: 7,7%).

1,87 Mill. Sozialhilfeempfänger waren am Jahresende 2004 im erwerbsfähigen Alter, das heißt zwischen 15 und 64 Jahre alt (+4,7% gegenüber dem Vorjahr). Die Sozialhilfequote dieser Altersgruppe lag bei 3,4% (Vorjahr: 3,2%). Im Wesentlichen ist die Zunahme in dieser Altersgruppe auf die gestiegene Zahl der arbeitslosen Sozialhilfeempfänger zurückzuführen. Rund 930 000 Sozialhilfebezieher waren arbeitslos gemeldet, das ist fast die Hälfte aller Empfänger im erwerbsfähigen Alter zwischen 15 und 64 Jahren; ihre Zahl ist gegenüber dem Vorjahr um 11,7% gestiegen.

Dagegen sank die Zahl der älteren Sozialhilfebezieher ab 65 Jahren zum Jahresende 2004 gegenüber dem Vorjahr nochmals um rund 20 000 auf rund 78 000 Personen (-20,1%). Die Sozialhilfequote der älteren Menschen verringerte sich dadurch auf 0,5% (Vorjahr: 0,7%). Ausschlaggebend hierfür war das zum 1. Januar 2003 in Kraft getretene „Gesetz über eine bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung“ (GSiG). Das GSiG sieht für über 65-Jährige sowie für dauerhaft voll erwerbsgeminderte Personen ab 18 Jahren eine eigenständige Leistung vor, welche den grundlegenden Bedarf für den Lebensunterhalt sicherstellt. Dass am Jahresende 2004 auch Menschen über 65 Jahre neben den Leistungen des GSiG weiterhin zusätzlich Sozialhilfe (Hilfe zum Lebensunterhalt) bezogen, hat im Wesentlichen zwei Gründe. Zum einen sind dies Personen, die ei-

nen erhöhten Bedarf haben, der von den Grundsicherungsleistungen nicht abgedeckt wird und aufstockende Sozialhilfe erforderlich macht (z.B. einen Mehrbedarf wegen kostenaufwändiger Ernährung). Zum anderen handelt es sich um Grundsicherungsempfänger, die mit Sozialhilfeempfängern – etwa dem jüngeren Ehegatten – zusammen in einem Haushalt leben. Für die Angehörigen dieser Haushalte wird die Sozialhilfe nach dem gemeinsamen Bedarf oder Anspruch berechnet.

Im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) lebten Ende 2004 rund 2,195 Mill. Sozialhilfeempfänger, 445 000 lebten in den neuen Ländern (ohne Berlin). Während sich die Empfängerzahl im Westen gegenüber dem Vorjahr um 3,0% erhöhte, stieg sie im Osten Deutschlands mit 4,4% deutlich stärker. Erstmals liegt die Sozialhilfequote im Osten damit genau so hoch wie im Westen (3,3%).

Die höchsten Sozialhilfequoten gab es Ende 2004 – wie in den Jahren zuvor – in den drei Stadtstaaten Bremen (9,0%), Berlin (8,0%) und Hamburg (7,1%). Unter den Flächenländern wiesen das Saarland (4,3%) und Mecklenburg-Vorpommern (4,1%) die höchsten Quoten auf. Die niedrigsten Sozialhilfequoten verzeichneten Bayern (1,9%), Baden-Württemberg (2,2%) sowie Rheinland-Pfalz und Thüringen (jeweils 2,5%).

Im Jahr 2004 wurden in Deutschland brutto insgesamt 9,95 Mrd. Euro für die Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Bundessozialhilfegesetz ausgegeben, das waren 1,4% mehr als im Vorjahr. Mit 7,27 Mrd. Euro wurde der größte Teil dieser Aufwendungen für die „laufenden Leistungen (ohne Hilfe zur Arbeit) außerhalb von Einrichtungen“ ausgegeben, also für die laufenden Aufwendungen für Sozialhilfeempfänger im engeren Sinne (+1,0% gegenüber 2003). Nach Abzug der Einnahmen in Höhe von 1,16 Mrd. Euro, die den Sozialhilfeträgern zum größten Teil aus Erstattungen anderer Sozialleistungsträger zuflossen, beliefen sich die reinen Ausgaben (Nettoausgaben) für die Hilfe zum Lebensunterhalt im Jahr 2004 auf 8,80 Mrd. Euro, 0,6% mehr als im Vorjahr.

Der überwiegende Teil der Sozialhilfeempfänger/-innen im engeren Sinne wurde letztmalig zum Jahresende 2004 in der amtlichen Sozialhilfestatistik erfasst. Seit dem Inkrafttreten des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt („Hartz IV“) zum 1. Januar 2005 erhalten bisherige Sozialhilfeempfänger, die grundsätzlich erwerbsfähig sind, sowie deren Familienangehörige Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II).

2004 weniger Minderjährige in Obhut genommen

Im Jahr 2004 wurden in Deutschland 25 700 Kinder und Jugendliche von Jugendämtern in Obhut genommen. Dies waren 5% weniger als 2003 und 18% weniger als 1997. Pro Tag nahmen die Jugendämter 2004 „rein rechnerisch“ rund 70 Kinder und Jugendliche in Obhut.

Eine Inobhutnahme ist eine kurzfristige Maßnahme der Kinder- und Jugendhilfe zum Schutz von Minderjährigen. Jugendämter nehmen Minderjährige auf deren eigenen Wunsch oder auf Initiative anderer (etwa der Polizei oder Erzieher) in Obhut und bringen sie – meist für Stunden oder einige Tage – in einer geeigneten Einrichtung unter, etwa in einem Heim.

8 100 Kinder und Jugendliche (31%) wurden auf eigenen Wunsch in Obhut genommen, bei den Übrigen veranlassten andere Personen oder Stellen die Inobhutnahme.

15 700 (61%) der in Obhut genommenen Kinder und Jugendlichen waren älter als 14 Jahre. 56% aller in Obhut Genommenen (14 300) waren Mädchen.

An einem jugendgefährdenden Ort, zum Beispiel in Straßen mit Bordellbetrieb oder an Treffpunkten von Drogenhändlern, wurden rund 8% (2 200) der in Obhut Genommenen aufgegriffen.

Anlass für die Inobhutnahme waren in 21% der Fälle (5 500) Vernachlässigung bzw. Anzeichen für Misshandlung oder für sexuellen Missbrauch. Überforderung der Eltern war in 37% der Fälle der Grund. Weitere Anlässe bildeten Integrationsprobleme im Heim oder in der Pflegefamilie (7% aller Fälle), Probleme in der Schule (5%), Kriminalität (8%) und Suchtprobleme (4%).

Weitere Auskünfte erteilt
Heike Heilmann, Telefon 0 18 88/6 44-81 51,
E-Mail: jugendhilfe@destatis.de.

Abfallmenge geht wegen schwacher Bautätigkeit weiter zurück

Seit dem Jahr 2000 wird immer weniger Abfall an Entsorgungsanlagen wie Deponien oder Verbrennungsanlagen in Deutschland angeliefert. So betrug die Abfallmenge für das Jahr 2003 rund 366 Mill. Tonnen (t), das entspricht einem Rückgang von 3,9% im Vergleich zum Vorjahr. Im Vergleich zu 2001 und 2000 nahm das Abfallaufkommen um 7,3 bzw. 9,9% ab. 61% der Abfälle waren Bau- und Abbruchabfälle (223 Mill. t), die restlichen 39% entfielen zu annähernd gleichen Teilen auf Siedlungsabfälle mit 50 Mill. t und auf Abfälle aus Produktion und Gewerbe sowie Bergematerial aus dem untertägigen Bergbau mit je 47 Mill. t.

Der rückläufige Trend bei der entsorgten Abfallmenge hängt hauptsächlich mit der sinkenden Bautätigkeit und dem damit verbundenen Rückgang der Bau- und Abbruchabfälle zusammen. Wurden im Jahr 2000 noch 261 Mill. t Bau- und Abbruchabfälle an Entsorgungsanlagen angeliefert, waren es im Folgejahr nur 251 Mill. t. Im Jahr 2002 ging die Menge weiter auf 241 Mill. t und im Jahr 2003 auf 223 Mill. t zurück.

Die Wiederverwertungsquote ist seit 2000 nahezu unverändert und betrug im Jahr 2003 66%. Von den 366 Mill. t Gesamtabfallaufkommen konnten 236 Mill. t stofflich verwertet werden, darunter 193 Mill. t Bau- und Abbruchabfälle. Zum Einsatz kamen die Bauabfälle unter anderem im

Straßen- und Wegebau, zur Verfüllung von Abbaustätten unter und über Tage, zum Lärmschutz und bei Deponiebaumaßnahmen. Rund 5 Mill. t Abfall konnten durch Verfeuern thermisch verwertet werden.

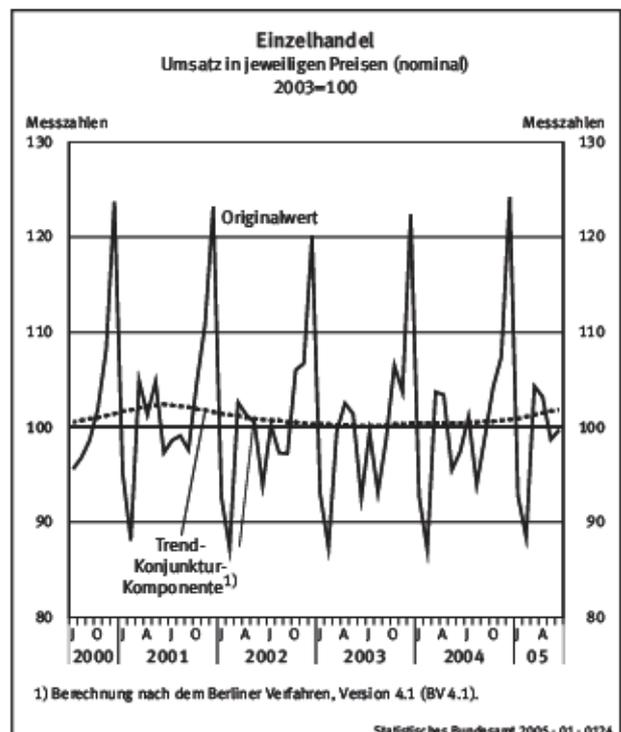
Die getrennt gesammelten Abfälle erreichten wie in den Vorjahren sehr hohe Verwertungsquoten. So konnten Glas, Papier, Pappe und die an Entsorgungsanlagen angelieferten Elektronikabfälle nahezu vollständig recycelt werden. Bei den Metall- und Verbundverpackungen lag die Verwertungsquote bei 95% und bei den Leichtverpackungen und Kunststoffen bei 81%.

Weitere Auskünfte erteilt
Sarah Nasse, Telefon 0 18 88/6 44-82 26,
E-Mail: umwelt@destatis.de.

Weitere wichtige Monatszahlen

Einzelhandel

Der Einzelhandel setzte in Deutschland im Juni 2005 nominal 2,7% und real 2,2% mehr um als im Juni 2004. Die Monate Juni 2005 und Juni 2004 hatten jeweils 26 Verkaufstage. Nach Kalender- und Saisonbereinigung der Daten (Saisonbereinigungsverfahren Census X-12-ARIMA) wurde im Vergleich zum Mai 2005 nominal 0,5% und real 0,7% weniger abgesetzt.



Von Januar bis Juni 2005 wurde im Einzelhandel nominal 1,4% und real 1,0% mehr umgesetzt als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum.

Im Einzelhandel mit Lebensmitteln, Getränken und Tabakwaren lag der Umsatz im Juni 2005 nominal 5,9% und real 4,8% höher als im Juni 2004. In den Lebensmittelgeschäften mit einem breiten Sortiment (Supermärkte, SB-Warenhäuser und Verbrauchermärkte) wurde nominal 6,5% und real 5,4% mehr als im Juni 2004 umgesetzt, dagegen lagen die Umsätze im Facheinzelhandel mit Lebensmitteln – dazu gehören zum Beispiel die Getränkemärkte und Fischgeschäfte – nominal um 0,2% und real um 2,1% niedriger als im Vorjahresmonat.

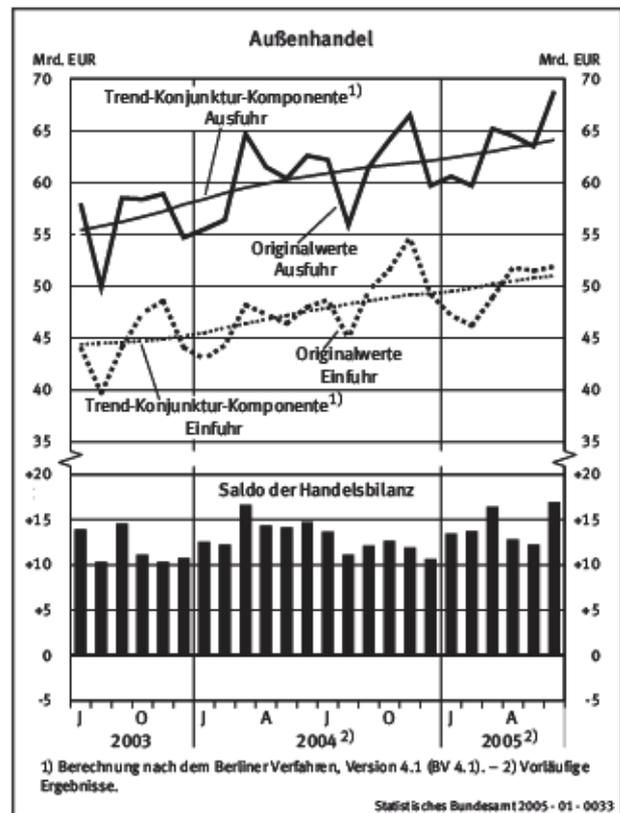
Im Einzelhandel mit Nicht-Lebensmitteln (dazu gehört der Einzelhandel mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern) wurde das Ergebnis des Vorjahresmonats knapp übertroffen (nominal und real jeweils +0,5%). Drei Einzelhandelsbranchen erzielten nominal und real höhere Umsätze als im Juni 2004: der Facheinzelhandel mit Textilien, Bekleidung, Schuhen und Lederwaren (nominal +2,2%, real +4,2%), der Facheinzelhandel mit kosmetischen, pharmazeutischen und medizinischen Produkten (nominal +3,3%, real +4,1%) und der sonstige Facheinzelhandel (z.B. Bücher, Zeitschriften, Schmuck, Sportartikel) (nominal +0,1%, real +2,1%). Der Facheinzelhandel mit Einrichtungsgegenständen, Haushaltsgeräten und Baubedarf nahm zwar nicht mehr ein (nominal -0,5%), real entsprach der Umsatz aber dem des Vorjahresmonats. Unter den Umsatzwerten des Vorjahresmonats blieben der sonstige Einzelhandel mit Waren verschiedener Art, zu dem die Waren- und Kaufhäuser gehören (nominal -3,5%, real -2,5%) und der Versandhandel (nominal -5,2%, real -3,9%).

Außenhandel

Im Juni 2005 wurden von Deutschland Waren im Wert von 68,8 Mrd. Euro ausgeführt und Waren im Wert von 51,9 Mrd. Euro eingeführt. Die Ausfuhren stiegen somit um 9,8% und die Einfuhren um 8,1% gegenüber Juni 2004. Die kumulierten Ausfuhren von Januar bis Juni 2005 lagen nominal um 5,9%, die Einfuhren um 7,2% über den Werten für den gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Preise der Ausfuhren lagen im Juni 2005 um 1,1% über dem Vorjahresniveau, die der Einfuhren sogar um 4,4%. Dies war die höchste Jahresteuersatzrate seit Februar 2001. Die Einfuhren ohne Erdöl und Mineralölzerzeugnisse verteuerten sich hingegen nur um 1,2%.

Saisonbereinigt haben sich die Ausfuhren im Juni 2005 um 0,4% gegenüber Mai 2005 verringert, die Einfuhren sanken um 5,5%.

Der Außenhandelsüberschuss betrug im Juni 16,8 Mrd. Euro. Dies bedeutet eine Zunahme gegenüber dem Vormonat (+12,1 Mrd. Euro) um 4,7 Mrd. Euro. Im Vergleich zum Juni 2004 (+14,6 Mrd. Euro) nahm der Überschuss der Außenhandelsbilanz um 2,2 Mrd. Euro zu. Nach vorläufigen Berechnungen der Deutschen Bundesbank konnte der Überschuss der Außenhandelsbilanz die zum größten Teil negativen Salden der übrigen Teilbilanzen der Leistungs-



bilanz (Ergänzungen zum Warenverkehr: -1,3 Mrd. Euro, Dienstleistungen: -2,9 Mrd. Euro, Erwerbs- und Vermögens-einkommen: +0,7 Mrd. Euro, laufende Übertragungen: -3,0 Mrd. Euro) mehr als ausgleichen, sodass die Leistungsbilanz im Juni 2005 einen Überschuss von 10,4 Mrd. Euro verzeichnen konnte. Vor einem Jahr wies die Leistungsbilanz einen Aktivsaldo in Höhe von 8,1 Mrd. Euro aus. [U](#)

Dipl.-Volkswirt Alexander Opitz

Daten der amtlichen Statistik für die sozioökonomische Modellierung

Der demografische Wandel in Deutschland stellt die Gesellschaft vor soziale und ökonomische Herausforderungen, die in der Vergangenheit ohne Beispiel sind und eine in die Zukunft gerichtete Betrachtung erfordern. Mit Hilfe von sozioökonomischen Modellrechnungen können die Auswirkungen einer Schrumpfung und einer Alterung der Bevölkerung abgeschätzt werden. Im Rahmen einer Kooperation mit einem Forschungsnetzwerk zur sozioökonomischen Modellierung wurden vom Statistischen Bundesamt tief gegliederte Zeitreihen zur Qualifikationsstruktur der Bevölkerung und der Erwerbstätigen, zu Haushaltsstrukturen sowie zu Einkommen, Konsum und Sparen verschiedener Haushaltstypen berechnet. Diese sozioökonomischen Datenbausteine sind so konzipiert, dass sie mit bereits vorliegenden makroökonomischen Angaben aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen verknüpft und für komplexe sozioökonomische Modellierungen zu den Auswirkungen einer alternden Bevölkerung genutzt werden können. Im vorliegenden Beitrag werden Konzepte und ausgewählte Ergebnisse dieser Datenbausteine vorgestellt.

1 Hintergrund

Mit dem Rechensystem der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) stellt die amtliche Statistik eine umfassende und in sich abgestimmte Grundlage für ökonomische Analysen bereit. Die soziale und gesellschaftliche Entwicklung wird dagegen in einer Vielzahl von Einzelquellen wie der Bevölkerungsstatistik, den Sozialstatistiken, dem Mikrozensus und den Wirtschaftsrechnungen privater Haus-

halte gezeigt, die nicht direkt mit den makroökonomischen Angaben der VGR verbunden sind. Zwischen der sozialen und der ökonomischen Entwicklung bestehen jedoch vielfältige Wechselbeziehungen. Insbesondere der demografische Wandel in Deutschland und vielen anderen Industrieländern wird sowohl das ökonomische als auch das soziale System verändern. Die erst in den nächsten Jahrzehnten voll zum Tragen kommende Alterung der Gesellschaft kann man vielleicht am treffendsten als einen „schleichenden Strukturbruch“ charakterisieren. In den amtlichen Sozial- und Wirtschaftsstatistiken, die sich mit Ausnahme der amtlichen Bevölkerungsvorausberechnung auf die Beschreibung der bisherigen Entwicklung und der gegenwärtigen Situation beschränken, sind diese Veränderungen so noch nicht erkennbar.

In der öffentlichen Diskussion stehen zumeist die Auswirkungen der Alterung der Bevölkerung auf die Einnahmen und Ausgaben der Sozialversicherung im Vordergrund. Eine veränderte Bevölkerungsstruktur wirkt sich jedoch auch auf andere makroökonomische Größen wie zum Beispiel den Konsum privater Haushalte aus. Durch die Zunahme von Rentner- und Pensionärshaushalten gehen beispielsweise die von diesen Haushalten typischerweise nachgefragten Güter mit einem größeren Gewicht in die gesamtwirtschaftliche Endnachfrage ein. Nicht zuletzt hat der demografische Wandel Einfluss auf den Arbeitsmarkt. So verändert sich langfristig nicht nur die Alters-, sondern auch die Qualifikationsstruktur der Arbeitskräfte, da die aus dem Arbeitsmarkt ausscheidenden älteren Personen andere Qualifikationen aufweisen als die hinzukommenden jüngeren Personen.¹⁾

1) Siehe Meyer, B./Wolter, M. L.: „Sozioökonomische Modellierung – Ausgewählte Ergebnisse der Arbeiten der Kooperationsgruppe“ in Zentrum für interdisziplinäre Forschung der Universität Bielefeld, ZIF: Mitteilungen 3/2005, S. 10 ff.

Die Nachfrage nach Arbeitskräften und deren Qualifikation ist andererseits wiederum abhängig von der Struktur der inländischen Güternachfrage, da die Produktion sich einer veränderten Nachfrage anpasst.

Die Auswirkungen des demografischen Wandels auf die sozioökonomische Entwicklung können nur durch eine umfassende ökonomische Modellierung quantitativ abgeschätzt werden. Für Modellierungen hat sich schon in der Vergangenheit eine Arbeitsteilung zwischen dem Statistischen Bundesamt und der Wissenschaft bewährt: Das Statistische Bundesamt liefert adäquate Daten, die von der Wissenschaft zur Modellierung genutzt werden.

Um die Wechselwirkungen zwischen sozialer und ökonomischer Entwicklung zu analysieren, ist eine integrierte Datenbasis erforderlich, in der soziale und ökonomische Tatbestände zusammenhängend und konsistent beschrieben werden. Im Rahmen einer Kooperation des Statistischen Bundesamtes mit der Projektgruppe „Sozioökonomische Modellierung“ am Zentrum für interdisziplinäre Forschung an der Universität Bielefeld wurden sozioökonomische Datenbausteine erstellt, die diesen Anforderungen gerecht werden. Sie umfassen detaillierte Angaben zur Struktur der Bevölkerung und der Erwerbstätigen sowie zum Einkommen und Konsum verschiedener Haushaltsgruppen.

Ausgangspunkt für die geplanten sozioökonomischen Modellierungen ist das Prognose- und Simulationsmodell PANTA RHEI der Gesellschaft für Wirtschaftliche Struktur- und Umweltökonomische Analysen mbH (GWS) in Osnabrück, das bereits disaggregierte ökonomische und umweltökonomische Analysen ermöglicht und in den letzten Monaten um ein Bevölkerungsmodell ergänzt wurde.²⁾ Die hier vorgestellten Datenbausteine bilden die Grundlage für eine sozioökonomische Erweiterung dieses Modellrahmens. Zusammen mit den Angaben der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung können sie für Modellierungen zu den Auswirkungen einer alternden Gesellschaft genutzt werden.³⁾

2 Konzeptionelle Grundlagen

Den übergeordneten Rahmen für die vorliegenden Berechnungen bilden die Konzepte und Definitionen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR), wie sie im Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen von 1995 (ESVG 1995) dargestellt sind.⁴⁾ Die hier gezeigten Angaben sind sowohl konzeptionell als auch empirisch auf die makroökonomischen Größen der VGR abgestimmt. Aus der Integration sozioökonomischer Informationen in das Datengerüst der VGR ergeben sich die besonderen Vorteile

der vorliegenden Daten für die sozioökonomische Modellierung.⁵⁾ So stellen die VGR ein System konsistenter und in sich abgestimmter ökonomischer Daten dar, wodurch die Wechselwirkungen zwischen sozioökonomischen Strukturveränderungen und makroökonomischen Größen im Kreislaufzusammenhang analysiert werden können. Veränderungen der Konsumgüternachfrage privater Haushalte in Folge der veränderten Altersstruktur führen beispielsweise zu einem Strukturwandel in der Produktion, der sich wiederum auf die Struktur der Nachfrage nach Arbeitskräften auswirken wird.

Konzeptioneller Ansatzpunkt für die Verknüpfung nicht monetärer sozioökonomischer Informationen mit den Makrogrößen der VGR ist eine Sozialrechnungsmatrix. In dem geschlossenen Rahmen einer Sozialrechnungsmatrix können Angaben der VGR und sozioökonomische Informationen zu einem konsistenten Rechen- und Informationssystem zusammengeführt werden. Damit eignet sich eine Sozialrechnungsmatrix einerseits unmittelbar für Analysen im Kreislaufzusammenhang einer Periode und andererseits als Bezugspunkt für die Erstellung sozioökonomischer Informationen in Form von Zeitreihen. Eine vollständige Sozialrechnungsmatrix wurde für Deutschland erstmals für das Jahr 2000 erstellt und im Jahr 2004 veröffentlicht.⁶⁾

In Abstimmung mit der Projektgruppe „Sozioökonomische Modellierung“ wurden über die Angaben der VGR hinaus Themenfelder bestimmt, die für Analysen im Zusammenhang mit dem demografischen Wandel von besonderer Bedeutung sind. Schaubild 1 gibt einen Überblick über die erstellten Datenbausteine.

Die Datenbausteine umfassen nicht-monetäre Angaben zur Haushaltsstruktur und zur Qualifikationsstruktur der Erwerbstätigen und Nichterwerbstätigen (Nichterwerbspersonen und Erwerbslose) sowie detaillierte monetäre Daten zu Einkommen und Konsum privater Haushalte. Zentraler Ausgangspunkt für die nicht-monetären Bausteine sind nach Alter und Geschlecht untergliederte Angaben zur Bevölkerung. Hinzu kommt eine Unterteilung nach Erwerbsstatus und Qualifikation. Für die Erwerbstätigen erfolgt zusätzlich eine Aufteilung nach Wirtschaftszweigen. Im Rahmen der nach sozioökonomischen Haushaltsgruppen untergliederten Haushaltsbetrachtung wird die Zusammensetzung der Haushalte nach Alter und Geschlecht der Haushaltsmitglieder gezeigt. Daran schließen sich monetäre Angaben zu Einkommen, Konsum und Sparen der verschiedenen Haushaltstypen an. Die Haushaltsbetrachtung stellt auf den Lebenszusammenhang der Bevölkerung im Haushalt als kleinster wirtschaftlicher Einheit ab. Bei der Untergliederung der Bevölkerung nach Qualifikation und

2) Siehe Meyer, B.: „Die Ergänzung des umweltökonomischen Modells PANTA RHEI um die soziale Dimension“ in Hartard, S./Stahmer, C. (Hrsg.): „Magische Dreiecke. Berichte für eine nachhaltige Gesellschaft“, Band 3: Sozio-ökonomische Berichtssysteme, Marburg 2003, S. 105 ff.

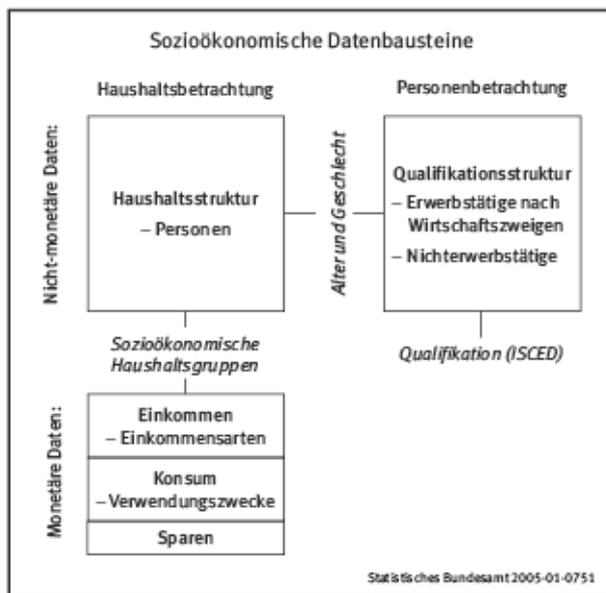
3) Zur 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung siehe Statistisches Bundesamt: „Bevölkerung Deutschlands bis 2050, 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung“, Wiesbaden 2003.

4) Eurostat: „Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen – ESGV 1995“, Luxemburg 1996.

5) Siehe hierzu auch Schwarz, N.: „Der Beitrag der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zur sozioökonomischen Modellierung“, Vortrag im Rahmen des wissenschaftlichen Kolloquiums „Neue Wege statistischer Berichterstattung“ am 28./29. April 2005; die Veröffentlichung der Tagungsbeiträge ist in der Schriftenreihe „Forum der Bundesstatistik“ des Statistischen Bundesamtes vorgesehen.

6) Siehe hierzu Klose, M./Opitz, A./Schwarz, N.: „Sozialrechnungsmatrix für Deutschland“ in WiSta 6/2004, S. 605 ff., und „Sozialrechnungsmatrix 2000 – Konzepte und detaillierte Ergebnisse zu Einkommen, Konsum und Erwerbstätigkeit“, Band 6 der Schriftenreihe „Sozio-ökonomisches Berichtssystem für eine nachhaltige Gesellschaft“, Wiesbaden 2005. Die Konzepte zur Erstellung einer Sozialrechnungsmatrix sind ausführlich beschrieben in European Commission: „Handbook on Social Accounting Matrices and Labour Accounts“, Luxemburg 2003.

Schaubild 1



der Erwerbstätigen nach Qualifikation und Wirtschaftszweig steht dagegen die Stellung der Personen auf dem Arbeitsmarkt im Vordergrund.

Die einzelnen Bausteine sind durch die übergreifenden Untergliederungen nach Alter und Geschlecht sowie nach sozioökonomischen Haushaltsgruppen unmittelbar miteinander verknüpft, sodass Übergänge und Zusammenhänge aufgezeigt werden können. Die monetären Angaben zu Einkommen und Konsum nach Haushaltsgruppen sind wiederum mit den Makroaggregaten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen verknüpft. Alle gezeigten Datenbausteine liegen als Zeitreihen vor, sodass einerseits bisherige strukturelle Entwicklungen aufgezeigt werden können und andererseits ökonomische Modellierungen im Hinblick auf die zukünftige Entwicklung unter Berücksichtigung von Veränderungen in der Vergangenheit möglich sind.

Neben den Angaben aus den VGR stützen sich die Berechnungen zu den einzelnen Datenbausteinen vor allem auf tief gegliederte Daten aus dem Mikrozensus und der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. Im Einzelnen wurde wie folgt vorgegangen:

- Für die nicht monetären Angaben zur Bevölkerungs- und Haushaltsstruktur liegen aus den VGR Eckgrößen für den jeweiligen Jahresdurchschnitt vor. In der Erwerbstätigenrechnung der VGR werden regelmäßig die Erwerbstätigen nach Wirtschaftszweigen und die Zahl der Erwerbslosen ermittelt. Aus dem demografischen Bezugsrahmen der VGR können jahresdurchschnittliche Bevölkerungsangaben und jahresdurchschnittliche Haushaltszahlen nach sozioökonomischen Haushaltsgruppen entnommen werden.⁷⁾ Die Eckgrößen aus den VGR wurden mittels

Strukturangaben aus den jährlichen Mikrozensusserhebungen so detailliert wie möglich untergliedert. Dabei musste dem Zwiespalt zwischen den Anforderungen für die Modellierung einerseits, die möglichst tief gegliederte Angaben benötigt, und den Qualitätsansprüchen der amtlichen Statistik andererseits Rechnung getragen werden. Daher war es beispielsweise notwendig, die Bevölkerung in Altersklassen von jeweils 5 Jahren zusammenzufassen.

- Die monetären Ausgangsgrößen zu Einkommen, Konsum und Sparen stammen gleichfalls aus den VGR. Durch die Berechnungen zur Einkommensverteilung nach sozioökonomischen Haushaltsgruppen liegen für den Zeitraum von 1991 bis 2002 konsistente Angaben aus den VGR vor.⁸⁾ In der gleichen Abgrenzung nach sozioökonomischen Haushaltsgruppen wurden für die Jahre 1991 bis 2002 Angaben zum Konsum nach 43 Verwendungszwecken und zum Sparen berechnet. Diese Berechnungen basieren auf den Eckwerten aus den VGR zum Konsum nach Verwendungszwecken und detaillierten Analysen der Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. In die Berechnung einer Zeitreihe zum Konsum nach Haushaltsgruppen sind sowohl die Änderungen im Konsum nach Verwendungszwecken aus den VGR als auch soziodemografische Änderungen bei den Haushaltsgruppen eingegangen.

Für die sozioökonomische Modellierung steht die inländische Bevölkerung (Inländerkonzept) im Vordergrund. Während die Angaben zur Bevölkerung in privaten Haushalten und zur Struktur der Bevölkerung insgesamt nach dem Inländerkonzept abgebildet sind, können die Erwerbstätigen nach Wirtschaftszweigen im Inland nur nach dem Inlandskonzept dargestellt werden. Die detaillierten Angaben zur Bevölkerungs- und Erwerbstätigenstruktur stammen aus dem Mikrozensus, in dem lediglich Inländer erfasst sind. Um die Erwerbstätigen nach Wirtschaftszweigen im Inland zu zeigen, wurde unterstellt, dass Aus- und Einpendler die gleiche Struktur nach Alter, Geschlecht und Qualifikation aufweisen wie die Gesamtheit aller inländischen Erwerbstätigen. Die Angaben zu Einkommen und Konsum nach sozioökonomischen Haushaltsgruppen wurden nach dem Inländerkonzept berechnet. Da die Eckwerte zum Konsum privater Haushalte aus den VGR nur nach dem Inlandskonzept vorliegen, wurde mittels Angaben zu Reiseausgaben privater Haushalte eine Umrechnung auf das Inländerkonzept vorgenommen.

Bei der Betrachtung der im folgenden Kapitel gezeigten Ergebnisse sind zudem einige konzeptionelle Aspekte zu berücksichtigen, auf die hier kurz eingegangen wird:

- Entsprechend der Definition der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO-Definition) werden in den VGR alle Personen ab einer Stunde Erwerbsarbeit in der Woche zu den Erwerbstätigen gezählt.

⁷⁾ Siehe hierzu Schüler, K.: „Demographischer Bezugsrahmen zur Einkommensverteilung nach Haushaltsgruppen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen“ in WiSta 5/1987, S. 361 ff.

⁸⁾ Für nähere Informationen zur Einkommensrechnung nach Haushaltsgruppen siehe Statistisches Bundesamt (Hrsg.): „Einkommensverteilung nach Haushaltsgruppen und Einkommensarten 1991 bis 2002“, Wiesbaden 2003.

- Die Zuordnung der Haushalte zu sozioökonomischen Haushaltsgruppen richtet sich nach der Quelle des überwiegenden Einkommens desjenigen Haushaltsmitglieds, das am meisten zum Haushaltseinkommen beiträgt. Der Haushalt insgesamt kann somit sein Einkommen zu einem guten oder sogar zum überwiegenden Teil aus einer oder mehreren anderen Einkommensquellen beziehen.
- Für die Berechnungen zum Konsum nach sozioökonomischen Haushaltsgruppen waren zum Teil nennenswerte Korrekturen und Zuschätzungen gegenüber den Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe notwendig, da in der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe Bezieher besonders hoher Einkommen nicht erfasst sind sowie eine Reihe von methodischen Unterschieden zu den VGR vorliegen.⁹⁾ Einige Haushaltsgruppen, wie beispielsweise Selbstständigenhaushalte, waren aufgrund der Nichterfassung der Bezieher hoher Einkommen davon besonders betroffen.

3 Ergebnisse

Im Folgenden werden ausgewählte Ergebnisse der sozioökonomischen Datenbausteine vorgestellt. Aus Gründen der Übersichtlichkeit beschränkt sich die Darstellung auf zusammengefasste Angaben. Für die sozioökonomische Modellierung liegen erheblich differenziertere Angaben vor. Es sei darauf hingewiesen, dass die zu Grunde liegenden Angaben der VGR dem Berichtsstand vor der jüngsten Revision vom April 2005 entsprechen. Dies liegt daran, dass zum Zeitpunkt der Berechnungen in sich abgestimmte Ausgangsdaten der VGR in der benötigten Gliederungstiefe nur nach dem Rechenstand vor Revision 2005 vorlagen. Die Darstellung beginnt bei den nicht-monetären Angaben zu Bevölkerungs-, Haushalts- und Qualifikationsstrukturen. Anschließend werden die monetären Angaben zum Einkommen, Konsum und Sparen nach sozioökonomischen Haushaltsgruppen vorgestellt.

Entwicklung der Bevölkerungs- und Haushaltsstrukturen im Überblick

Schaubild 2 gibt in stark zusammengefasster Form einen Überblick über die Veränderungen der Bevölkerungs- und Haushaltsstrukturen seit 1991. Aus den obersten Diagrammen ist erkennbar, dass in dem hier betrachteten Zeitraum eine deutliche Verschiebung in den Anteilen der einzelnen Altersklassen stattgefunden hat, die sich jedoch auf die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter nur wenig ausgewirkt hat. Insbesondere der Anteil der unter 30-Jährigen an der Gesamtbevölkerung in Deutschland hat sich stark reduziert.

Während 1991 noch gut 38% der Bevölkerung jünger als 30 Jahre waren, waren es 2004 nur noch 32%. Der Anteil der Altersgruppe der 30- bis unter 60-Jährigen hat im Beobachtungszeitraum von 41,4 auf 43,1% (2004) zugenommen. Die Zunahme des Anteils der über 60-Jährigen führte dazu, dass im Jahr 2004 etwa jede(r) Vierte in Deutschland zu dieser Altersgruppe gehörte [1991: jede(r) Fünfte].

Wie die Bevölkerungsvorausberechnung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder in allen Szenarien zeigt, wird jedoch der Anteil der Bevölkerung im Erwerbsalter (d.h. im Alter von 20 bis 64 Jahren) zwischen 2010 und 2030 deutlich zurückgehen.¹⁰⁾ Der demografische Wandel verändert nicht nur den Anteil der Bevölkerung im Erwerbsalter, sondern auch deren Altersstruktur. So wird die heute größte Gruppe innerhalb der Bevölkerung im Erwerbsalter, die der 35- bis 49-Jährigen, im Jahr 2050 von der Gruppe der 50- bis 64-Jährigen weit überholt.

Mit dem Ausscheiden älterer Altersklassen und dem Eintritt Jüngerer in das Erwerbsleben gehen Änderungen im Qualifikationsniveau einher, da die formale Qualifikation der jüngeren höher ist als die der älteren Erwerbspersonen. Wie die Qualifikationsstruktur der Erwerbspersonen, das heißt der Erwerbstätigen und Erwerbslosen, zeigt, hat sich der Anteil der Erwerbspersonen mit einem höheren Qualifikationsniveau deutlich von 20% (1991) auf 24% (2004) erhöht. Der Zuordnung nach Qualifikationsniveau liegt die international vergleichbare Bildungsklassifikation ISCED zu Grunde.¹¹⁾ Der Anteil der Personen mit unterem und mittlerem Qualifikationsniveau hat sich dagegen nicht so stark verändert. Auffallend ist der im Jahr 1991 gegenüber dem Jahr 2004 mit knapp 10% mehr als doppelt so hohe Anteil der Personen ohne Angabe. Dies ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass die Fragen zum Qualifikationsniveau im Mikrozensus erst ab 1996 mit Auskunftspflicht erhoben wurden. Die relativ kleinen Anteilsverschiebungen zwischen dem unteren und mittleren Qualifikationsniveau sollten daher nicht überinterpretiert werden.

Auch die nach 2004 ins Berufsleben eintretenden Personen dürften im Durchschnitt über einen höheren Bildungsabschluss verfügen als die dann aus dem Arbeitsmarkt ausscheidenden Personen, sodass sich die Qualifikationsstruktur der Erwerbstätigen weiter in Richtung höherer formaler Qualifikationen verschieben wird. Unter der vereinfachenden Annahme eines konstanten altersspezifischen Bildungsverhaltens lässt sich der Einfluss der demografischen Entwicklung auf die Qualifikationsstruktur des Arbeitsangebotes im Sinne einer Status-quo-Prognose quantifizieren. Erste Modellrechnungen hierzu wurden im Rahmen der Projektgruppe „Sozioökonomische Modellierung“ bereits vorgenommen.¹²⁾

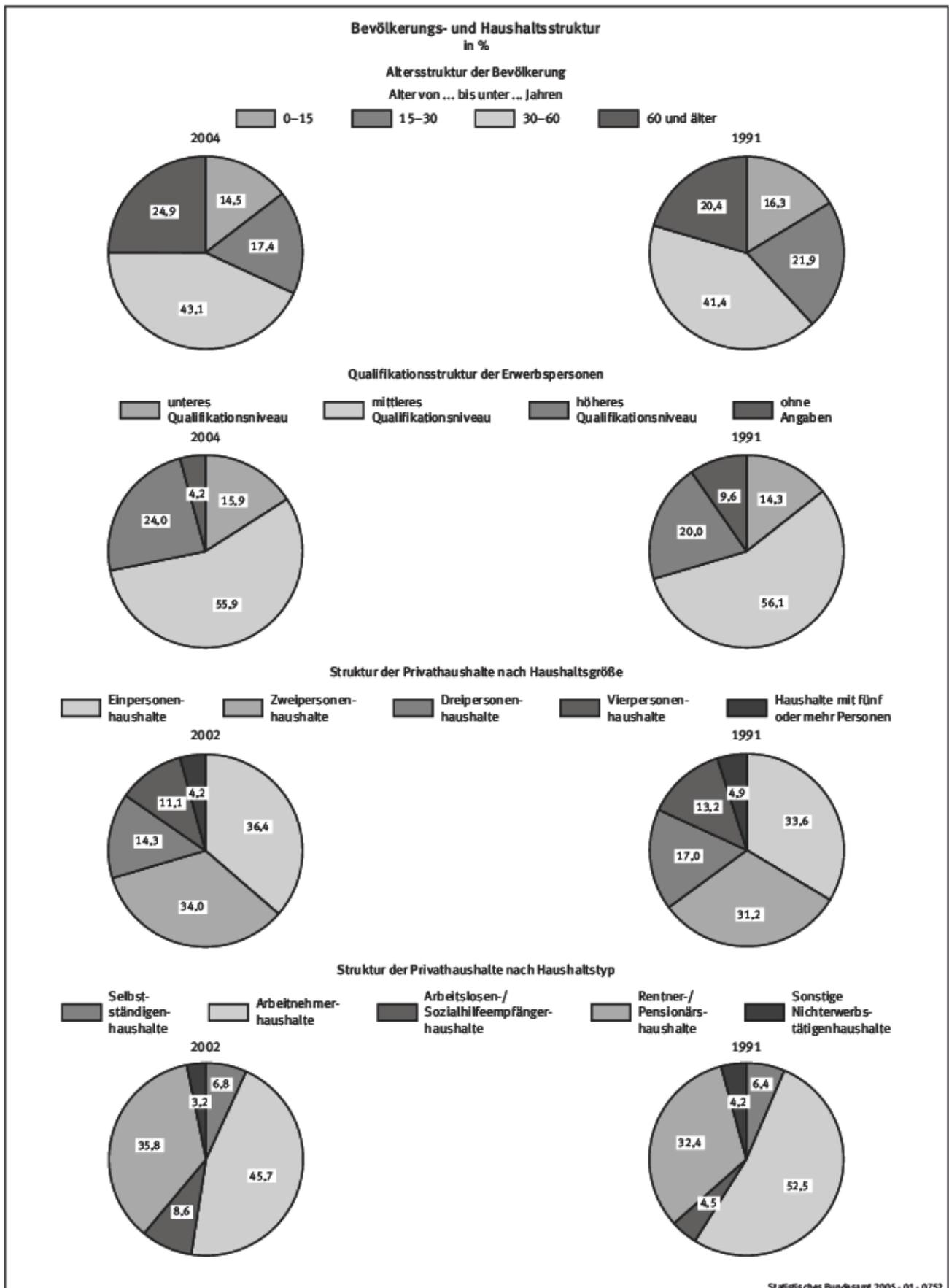
9) Siehe Burghardt, M.: „Die Privaten Konsumausgaben im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen“ in WiSta 3/2000, S. 165 ff.

10) Siehe Statistisches Bundesamt: „Bevölkerung Deutschlands bis 2050. 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung“, Wiesbaden 2003.

11) International Standard Classification of Education, kurz ISCED. Zum unteren Qualifikationsniveau zählen Personen ohne allgemeinen schulischen oder beruflichen Abschluss sowie Personen mit Haupt- oder Realschulabschluss, die keine Lehrausbildung abgeschlossen haben. Zum mittleren Qualifikationsniveau zählen Personen, die eine abgeschlossene Lehrausbildung oder einen berufsqualifizierenden Abschluss an einer Berufsfachschule bzw. Kollegschule haben oder die Fachhochschulreife/allgemeine Hochschulreife besitzen. Zum höheren Qualifikationsniveau zählen Personen mit abgeschlossener Meister-/Technikerausbildung oder einem gleichwertigen Fachschulabschluss, Personen mit abgeschlossenem Hochschul- oder Fachhochschulstudium und Personen mit Promotion.

12) Siehe Meyer, B./Wolter, M. L.: „Demographische Entwicklung und wirtschaftlicher Strukturwandel – Auswirkungen auf die Qualifikationsstruktur am Arbeitsmarkt“, Vortrag im Rahmen des wissenschaftlichen Kolloquiums „Neue Wege statistischer Berichterstattung“ am 28./29. April 2005; die Veröffentlichung der Tagungsbeiträge ist in der Schriftenreihe „Forum der Bundesstatistik“ des Statistischen Bundesamtes vorgesehen.

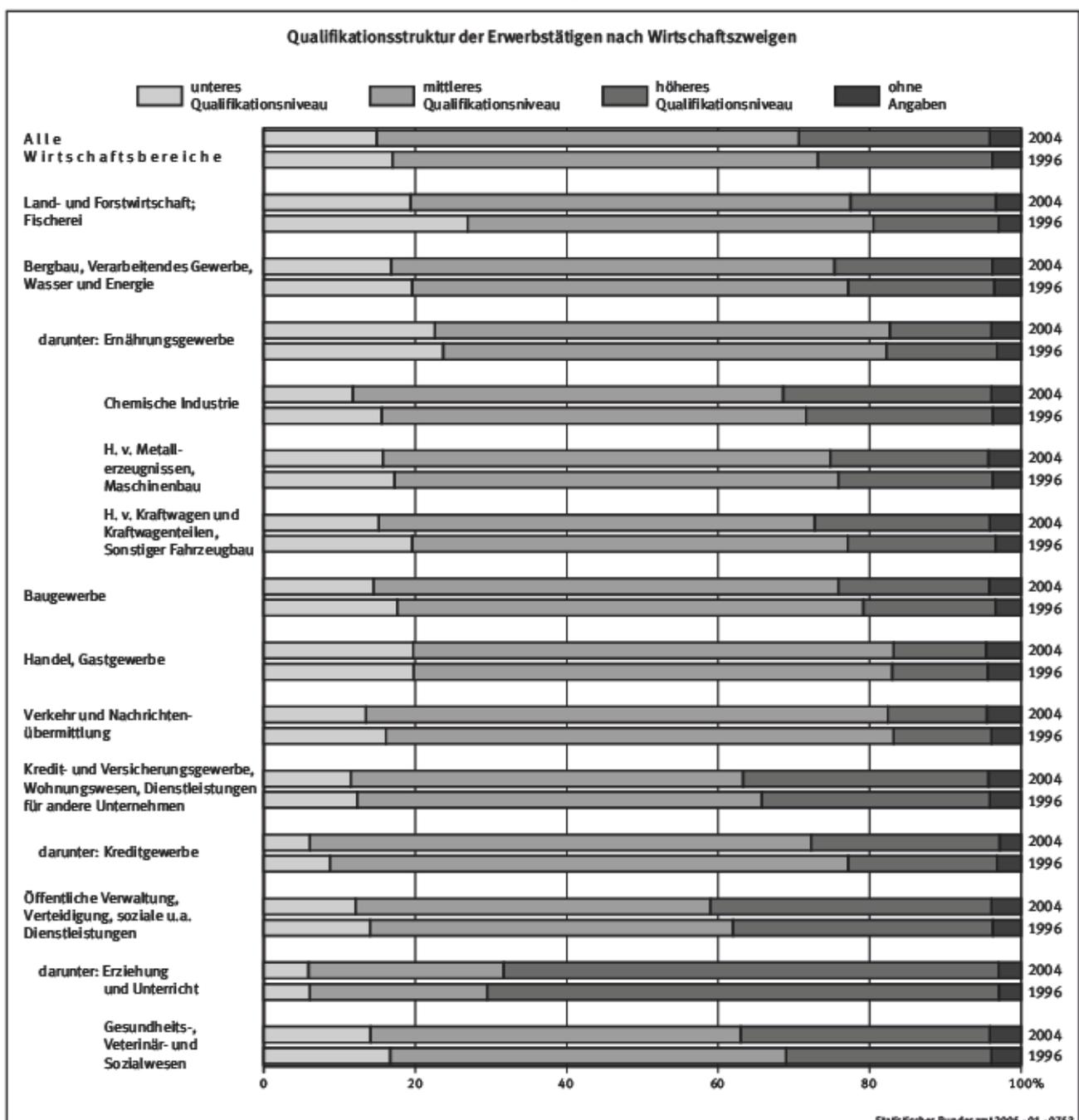
Schaubild 2



In den weiteren Diagrammen in Schaubild 2 wird die Struktur der Privathaushalte nach deren Größe und nach der sozialen Stellung der Bezugsperson des Haushaltes betrachtet. Statistische Einheiten sind hier nicht Personen, sondern Privathaushalte. Ergebnisse nach der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen hierzu liegen nicht wie bei den Bevölkerungsstrukturen bis 2004, sondern nur bis einschließlich 2002 vor. Dies liegt daran, dass die Berechnungen aufeinander abgestimmter monetärer Angaben und Strukturdaten für Haushaltsgruppen im Rahmen der VGR nicht jedes Jahr durchgeführt werden können. Aus einem Vergleich der Jahre 1991 und 2002 sind aber bereits einige

Entwicklungen gut erkennbar. So ist der Anteil der Ein- und Zweipersonenhaushalte an der Gesamtheit der Privathaushalte jeweils um etwa drei Prozentpunkte gestiegen, während gleichzeitig der Anteil der Haushalte mit drei und mehr Mitgliedern von insgesamt 35% (1991) auf knapp 30% (2002) gesunken ist. In der Betrachtung der Haushaltsstruktur nach der sozialen Stellung der Bezugsperson des Haushaltes zeigt sich eine deutliche Strukturverschiebung von den Arbeitnehmer- zu den Rentner- und Pensionärshaushalten. Zwischen Alterung und veränderten Haushaltsstrukturen besteht ein unmittelbarer Zusammenhang. So ist die Entwicklung hin zu kleineren Haushalten auch eine direkte

Schaubild 3



Folge des demografischen Wandels und nicht nur Ausdruck eines Trends zu Singlehaushalten im Zuge eines veränderten Lebensstils.

Entwicklung der Qualifikationsstruktur der Erwerbstätigen

Angaben zur Qualifikationsstruktur der Erwerbstätigen nach Wirtschaftszweigen geben Aufschluss darüber, welche Qualifikationen in den einzelnen Branchen benötigt werden. Schaubild 3 zeigt die Anteile der Erwerbstätigen mit den jeweiligen Qualifikationsniveaus in verschiedenen Wirtschaftsbereichen für die Jahre 1996 und 2004. Im Unterschied zu den zuvor gezeigten Qualifikationsstrukturen der Erwerbstätigen und Erwerbslosen insgesamt beschränkt sich die Darstellung auf die Zeit ab 1996, da einerseits erst ab 1996 die Fragen zur Qualifikation im Mikrozensus mit Auskunftspflicht versehen waren und andererseits erstmals 1995 eine Zuordnung nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993, erfolgte. Dargestellt sind sieben zusammengefasste Wirtschaftsbereiche. Die in diesen Wirtschaftsbereichen zusammengefassten Wirtschaftszweige sind in Bezug auf die Qualifikation der Erwerbstätigen teilweise sehr heterogen, daher werden ausgewählte Wirtschaftszweige differenzierter betrachtet. Die sozioökonomische Modellierung basiert auf der in den VGR üblichen tiefsten Veröffentlichungsebene von 60 Wirtschaftszweigen. Aus Gründen der Übersichtlichkeit wird auf diese Darstellungstiefe hier verzichtet.

Auch in dem vergleichsweise kurzen Beobachtungszeitraum von acht Jahren lassen sich einige Veränderungen gut erkennen. So hat sich der Anteil der Erwerbstätigen mit einem unteren Qualifikationsniveau in nahezu allen Wirtschaftszweigen reduziert, andererseits haben Erwerbstätige mit einem höheren Qualifikationsniveau zumeist an Gewicht gewonnen. Bei den Anteilen der Erwerbstätigen mit einem mittleren Qualifikationsniveau hat sich dagegen wenig geändert. Es fällt jedoch auf, dass in den bedeutenden Wirtschaftsbereichen Handel und Gastgewerbe mit zusammen rund 7,7 Mill. Erwerbstätigen sowie Erziehung und Unterricht (2,2 Mill. Erwerbstätige) die Anteile der höher Qualifizierten zurückgegangen sind und die der Erwerbstätigen mit mittlerer Qualifikation gestiegen sind. Dies deutet darauf hin, dass die fortwährende Entwicklung hin zu einer Dienstleistungsgesellschaft nicht in allen Fällen mit höheren Qualifikationsanforderungen verbunden sein muss: Während beispielsweise in der chemischen Industrie knapp 28% der Erwerbstätigen eine höhere Qualifikation aufweisen, hatten im Jahr 2004 im Bereich Handel und Gastgewerbe nur 12% der Erwerbstätigen einen Hochschul- oder Fachhochschulabschluss bzw. eine Meister- oder Techniker Ausbildung.

Die Qualifikationsstruktur der Erwerbslosen ist deutlich ungünstiger als die der Erwerbstätigen: Während heute jede(r) vierte Erwerbstätige über einen höheren Ausbildungsabschluss verfügt, trifft dies nur auf jede(n) neunten Erwerbslose(n) zu. Der Anteil niedrig Qualifizierter ist dage-

gen bei den Erwerbslosen mit 26% im Jahr 2004 sehr viel größer als bei den Erwerbstätigen (knapp 15%).

Verfügbares Einkommen nach sozioökonomischen Haushaltsgruppen

In den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ist das verfügbare Einkommen privater Haushalte eine zentrale Einkommensgröße. Zum verfügbaren Einkommen gehören alle Erwerbs- und Vermögenseinkommen sowie empfangene Transfers – vor allem monetäre Sozialleistungen – abzüglich geleisteter Transfers vor allem in Form von Steuern und Sozialbeiträgen. Entsprechend dem ESVG 1995 sind auch die folgenden Einkommensarten Bestandteile des verfügbaren Einkommens:

- unterstellte Einkommen aus der Eigennutzung von Wohneigentum,
- Ertragszuwächse aus kapitalbildenden Versicherungen privater Haushalte bei Versicherungsunternehmen und
- Erstattungen privater Krankenversicherungen für privat abzurechnende Gesundheitsleistungen sowie Beihilfen an Beschäftigte und ehemals Beschäftigte im öffentlichen Dienst,
- Beiträge für private Altersvorsorge.

Bei der Aufteilung der verfügbaren Einkommen auf sozioökonomische Haushaltsgruppen führen insbesondere Erstattungen privater Krankenversicherungen und Beihilfenzahlungen zu Verzerrungen. Während Erstattungen privater Krankenversicherungen und empfangene Beihilfen im verfügbaren Einkommen enthalten sind, gehören Sachleistungen der gesetzlichen Krankenversicherung nicht zum verfügbaren Einkommen, sondern zum Staatskonsum. Dadurch ist vor allem das Einkommen der Selbstständigen, die überproportional häufig privat versichert sind, und der Beamten und Pensionäre, die Beihilfen erhalten und die verbleibenden Gesundheitsrisiken mit privaten Versicherungen abdecken, im Vergleich zu gesetzlich krankenversicherten Personengruppen überhöht dargestellt. Dazu kommt, dass Selbstständige ihre Altersversorgung überwiegend aus dem verfügbaren Einkommen leisten, während Arbeiter und Angestellte Rentenversicherungsbeiträge abführen, die das verfügbare Einkommen reduzieren. Steigende Beiträge für die gesetzliche Rentenversicherung reduzieren daher bei Angestellten und Arbeitern unmittelbar das verfügbare Einkommen, während erhöhte private Vorsorgeaufwendungen bei Selbstständigen keinen Einfluss auf deren verfügbares Einkommen haben.

Bei einem Vergleich der Einkommenslage zwischen verschiedenen Haushaltstypen sind darüber hinaus Größe und Zusammensetzung der Haushalte zu beachten. Aufgrund der wirtschaftlichen Vorteile einer gemeinsamen Haushaltsführung ist in Tabelle 1 das verfügbare Einkommen je Verbrauchereinheit abgebildet.¹³⁾ Die dafür verwandte

13) Ausführliche Erläuterungen hierzu siehe Faik, J.: „Äquivalenzskalen. Theoretische Erörterung, empirische Ermittlung und verteilungsbezogene Anwendung für die Bundesrepublik Deutschland“, Berlin 1995.

Tabelle 1: Verfügbares Einkommen nach sozioökonomischen Haushaltsgruppen

Haushaltsgruppe	1991	2002	Veränderung
	EUR je Verbrauchereinheit ¹⁾		%
Privathaushalte insgesamt	17 400	23 200	+33,3
Selbstständigenhaushalte	41 200	56 800	+37,9
Arbeitnehmerhaushalte	16 900	23 000	+36,1
Beamtenhaushalte	21 400	29 800	+39,3
Angestelltenhaushalte	18 700	25 200	+34,8
Arbeiterhaushalte	14 100	18 400	+30,5
Nichtwerbstätigenhaushalte ... dar.: mit überwiegen dem Lebensunterhalt der Bezugsperson aus ...	13 100	17 400	+32,8
Arbeitslosengeld/-hilfe	10 400	13 300	+27,9
Rente	13 500	17 800	+31,9
Pension	20 400	28 700	+40,7
Sozialhilfe	7 300	9 600	+31,5

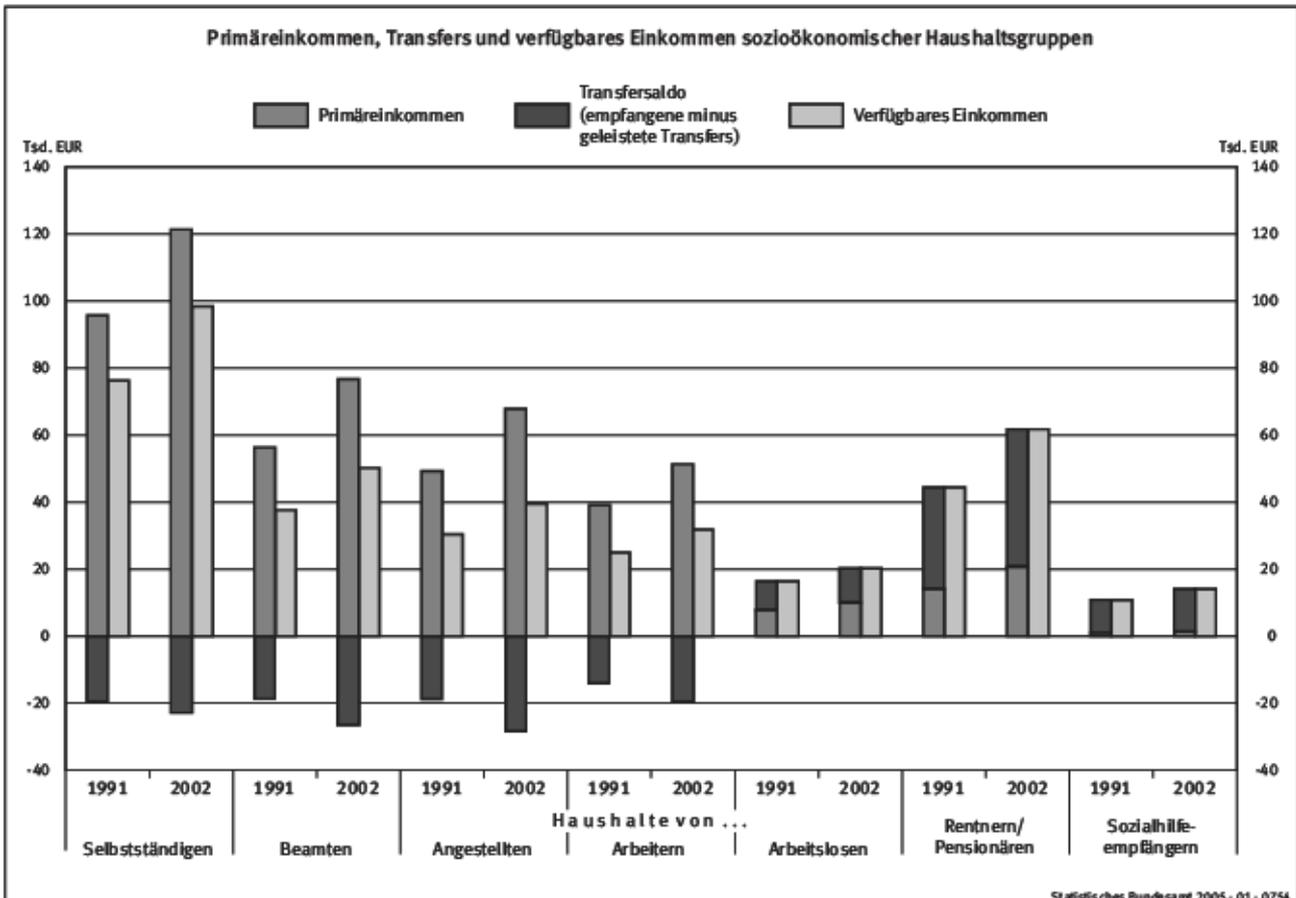
1) Nach der neuen OECD-Äquivalenzkala.

neue Äquivalenzkala der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) gewichtet die Bezugsperson des Haushaltes mit dem Faktor 1, jede weitere Person ab 15 Jahren mit dem Faktor 0,5 und Kinder unter 15 Jahren im Haushalt mit dem Faktor 0,3. Die höchsten Einkommenszuwächse je Verbrauchereinheit im Zeitraum von 1991 bis 2002 weisen Selbstständigen-, Beamten- und Pensionärshaushalte auf. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen,

dass überproportional gestiegene Kosten für Gesundheit deren Einkommensentwicklung im Vergleich zu anderen Haushaltstypen zu hoch erscheinen lassen (siehe vorherigen Absatz). Haushalte, die vor allem von Sozialleistungen wie Renten, Arbeitslosenunterstützung oder Sozialhilfe leben, und auch Arbeiterhaushalte haben seit 1991 die geringsten Einkommenszuwächse erzielt.

Neben der Veränderung der Einkommenshöhe kann auch die Entwicklung bestimmter Komponenten des verfügbaren Einkommens gezeigt werden. Dies ermöglicht einerseits die Entwicklung einzelner Einkommensarten und andererseits die Einkommensumverteilung zwischen den Haushaltsgruppen zu beleuchten. Zentrale Größen sind hier das Primäreinkommen, das die über den Markt erzielten Erwerbs- und Vermögenseinkommen widerspiegelt, sowie der Saldo aus empfangenen minus geleisteten Transfers, der neben den allgemeinen Abgaben an die Gebietskörperschaften die Umverteilung der Markteinkommen durch den Staat und die Sozialversicherungen zeigt. Das Primäreinkommen zuzüglich des Saldos aus empfangenen minus geleisteten Transfers ergibt das verfügbare Einkommen. Wie Schaubild 4 zeigt, ist der Transfersaldo bei allen Erwerbstätigenhaushalten negativ. Während bei Selbstständigenhaushalten Transfers vor allem in Form von Steuern geleistet werden, dominieren bei Arbeitnehmerhaushalten Sozialbeiträge. Dies gilt auch für Beamtenhaushalte, für deren Pensionsansprüche unterstellte Sozialbeiträge einbezogen sind.

Schaubild 4



Nichterwerbstitigenhaushalte sind dagegen per saldo Empfänger von Transfers, die in der Regel den Hauptbestandteil ihres verfügbaren Einkommens darstellen. Die Transfers an Rentner- und Pensionärshaushalte werden vor allem durch Sozialbeiträge der Arbeitnehmer oder – im Fall der Pensionärshaushalte – durch Steuern finanziert.

Zwar sind bei allen Haushaltstypen sowohl die Primäreinkommen als auch die Transfersalden gestiegen, es zeigen sich aber einige auffallende Unterschiede. Bei den Arbeitnehmern sind die – zu leistenden – Transfers per saldo mit 49% stärker gestiegen als die Primäreinkommen mit 38%, sodass die Entwicklung des verfügbaren Einkommens (+30%) hinter der Entwicklung der Primäreinkommen zurückblieb. Bei den Selbstständigen dagegen fällt die Zunahme des verfügbaren Einkommens mit 29% sogar etwas höher aus als die Zunahme des Primäreinkommens (27%).

Konsum und Sparen nach sozioökonomischen Haushaltsgruppen

Tabelle 2 auf S. 790 zeigt die Verwendung des verfügbaren Einkommens für Konsum und Sparen nach Haushaltsgruppen in den Jahren 1991 und 2002. Aus Gründen der Übersichtlichkeit erfolgt hier eine stark zusammengefasste Darstellung der Konsumstrukturen. Für die Modellierung wurden weitaus tiefer untergliederte Ergebnisse für 43 Verwendungszwecke berechnet, mit denen auch feinere Strukturverschiebungen im Zeitablauf analysiert werden können. Einige zentrale Trends im Ausgabeverhalten der Haushalte lassen sich aber bereits in der gezeigten Untergliederung erkennen.

Die erste Spalte zeigt, wie sich die durchschnittliche Konsumstruktur aller Privathaushalte im Jahr 2002 gegenüber dem Jahr 1991 verändert hat. Es fällt auf, dass die relativen Ausgaben für die Wohnung und die dazugehörigen Nebenkosten, die in der Rangfolge der Ausgabenposten in beiden Jahren an erster Stelle stehen, von 17% im Jahr 1991 auf 22% im Jahr 2002 deutlich gestiegen sind. Neben Preiserhöhungen für Mieten und Nebenkosten ist ein Grund hierfür auch in der gestiegenen Wohnfläche zu sehen. Zwischen 1993 und 2002 hat sich die Wohnfläche je Person von 36 Quadratmeter auf knapp 42 Quadratmeter erhöht, wie die Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungsstichprobe 1993 und des Mikrozensus 2002 zeigen. Die Ausgabenanteile für Nahrungsmittel und Getränke sind im Durchschnitt gesunken: von 16% im Jahr 1991 auf 14% im Jahr 2002. Insgesamt zeigen die Ergebnisse, dass bei Haushaltstypen mit geringem Durchschnittseinkommen ein vergleichsweise hoher und im Beobachtungszeitraum steigender Anteil des Einkommens auf die Deckung der Grundbedürfnisse Wohnen, Ernährung und Bekleidung entfällt. Dieser Anteil lag beispielsweise bei Haushalten von Sozialhilfeempfängern im Jahr 1991 bei 63% und ist bis zum Jahr 2002 auf 68% gestiegen. Selbstständigenhaushalte verwendeten dagegen sowohl 1991 als auch 2002 nur knapp ein Drittel

ihres Einkommens für Wohnen, Bekleidung und Lebensmittel.

Die relativen Ausgaben für den Verwendungszweck Verkehr, der auch Käufe von Kraftfahrzeugen umfasst, sind etwas gesunken, bilden mit 13% im Jahr 2002 aber immer noch den drittgrößten Ausgabenposten eines fiktiven Durchschnittshaushaltes. Hier zeigen sich jedoch große Unterschiede zwischen Erwerbstitigen- und Nichterwerbstitigenhaushalten. Mit Ausnahme der Arbeiterhaushalte stellten die Ausgaben für Verkehr bei den Erwerbstitigenhaushalten im Jahr 2002 den zweitgrößten Ausgabenposten dar und rangierten damit noch vor den Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren. Die Nichterwerbstitigen gaben dagegen sowohl 1991 als auch 2002 mehr für Lebensmittel als für Verkehrsgüter aus.

Die relativen Ausgaben für Gesundheit spielen mit einem Ausgabenanteil von 3% im Durchschnitt aller Haushalte im Jahr 1991 eine vergleichsweise geringe Rolle und sind insgesamt nur leicht auf 4% im Jahr 2002 gestiegen. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen die Sachleistungen der gesetzlichen Krankenversicherungen kein privater Konsum, sondern Staatskonsum sind.¹⁴⁾ Erstattungen privater Krankenversicherungen und Beihilfen sind – wie schon erläutert – dagegen sowohl im verfügbaren Einkommen als auch im Konsum enthalten. Dadurch erklären sich die relativ hohen Ausgabenanteile für Gesundheit bei den Beamten- und Pensionärshaushalten.

Eine wichtige Einflussgröße für die Konsumstruktur eines Haushaltes ist neben der Höhe des Einkommens die Haushaltsgröße, da die Konsumausgaben und deren Struktur von der Zahl der Personen in einem Haushalt abhängen. So steigen im Allgemeinen mit jeder hinzukommenden Person die Ausgaben für Nahrungsmittel. Die Ausgaben für Wohnen und Gebrauchsgüter steigen dagegen zumeist unterproportional mit der Haushaltsgröße, da diese Güter gemeinsam genutzt werden können. In Tabelle 2 ist für die Haushaltsgruppen nachrichtlich die durchschnittliche Anzahl der Haushaltsmitglieder aufgeführt. Die relativ hohe Anzahl der Personen in Arbeiterhaushalten (278 Personen je 100 Haushalte) kann mit dazu geführt haben, dass sie im Jahr 1991 im Unterschied zu den anderen Haushaltsgruppen mehr Geld für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren ausgaben als für Wohnung und Nebenkosten. Für die sozioökonomische Modellierung liegen die Daten differenziert nach Haushaltsgröße und Haushaltsgruppe vor, sodass der Einfluss der Haushaltsgröße auf das Ausgabeverhalten analysiert werden kann.

Unterhalb der Konsumpositionen ist in Tabelle 2 das durchschnittliche Sparen für die betreffenden Haushaltsgruppen aufgeführt. Insgesamt ist die Sparquote im Jahr 2002 gegenüber 1991 von 13 auf 11% gefallen. In der Betrachtung nach Haushaltsgruppen zeigt sich, dass die Sparquote mit dem durchschnittlichen Einkommen ansteigt. So weisen die

¹⁴⁾ In den VGR wird der Konsum privater Haushalte üblicherweise nach dem Ausgabenkonzept gezeigt. Daneben besteht gemäß ESVG 1995 auch die Möglichkeit, den Konsum privater Haushalte nach dem Verbrauchskonzept darzustellen. Soziale Sachleistungen, die gemäß dem Ausgabenkonzept Teil des Staatskonsums sind, werden nach dem Verbrauchskonzept dem Konsum privater Haushalte zugerechnet. Eine Aufteilung des Konsums privater Haushalte nach dem Verbrauchskonzept auf sozioökonomische Haushaltsgruppen ist jedoch nicht möglich.

Tabelle 2: Verwendung des verfügbaren Einkommens nach Verwendungszwecken und Haushaltsgruppen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	Haushalte insgesamt	Darunter							
			Selbstständigenhaushalte	Beamtenhaushalte	Angestelltenhaushalte	Arbeiterhaushalte	Nichtwerbstätigenhaushalte mit überwiegendem Lebensunterhalt der Bezugsperson aus...			
							Arbeitslosengeld/-hilfe	Rente	Pension	Sozialhilfe
1	2	3	4	5	6	7	8	9		
1991										
Verfügbares Einkommen	EUR je Haushalt und Jahr	27100	76200	37600	30400	25000	16400	17600	26800	10 800
Verwendung des verfügbaren Einkommens für										
Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren	%	16	11	13	14	20	24	18	13	28
Bekleidung und Schuhe	%	7	6	7	7	7	7	7	6	7
Wohnung, Wasser, Strom, Gas u.a. Brennstoffe	%	17	14	13	15	17	24	25	19	28
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt sowie deren Instandhaltung	%	7	6	7	7	7	7	8	7	7
Gesundheitspflege	%	3	2	7	2	1	2	3	13	2
Verkehr	%	14	12	16	15	15	12	12	12	7
Nachrichtenübermittlung	%	2	1	1	1	2	2	2	2	3
Gebrauchsgüter für Freizeit und Kultur, Haustiere, Gartenerzeugnisse und Verbrauchsgüter für Gartenpflege	%	4	3	4	4	4	5	4	3	4
Freizeit und Kulturdienstleistungen, Pauschalreisen	%	3	2	3	3	3	3	4	3	2
Zeitungen, Bücher und Schreibwaren	%	2	1	2	2	2	2	2	2	3
Bildungswesen	%	1	1	1	1	0	1	0	0	1
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	%	6	5	6	6	5	5	6	6	3
Waren und Dienstleistungen für die Körperpflege, persönliche Gebrauchsgegenstände	%	3	2	3	3	3	3	4	4	4
Dienstleistungen sozialer Einrichtungen, Versicherungs-, Finanz- und andere Dienstleistungen	%	4	5	5	4	4	4	4	5	3
Sparen	%	13	29	12	15	10	0	2	5	-1
Nachrichtlich: Durchschnittliche Haushaltsgröße	Personen je Haushalt	2,27	2,91	2,75	2,44	2,78	2,36	1,62	1,64	2,27
2002										
Verfügbares Einkommen	EUR je Haushalt und Jahr	35000	98500	50100	39400	31800	20200	23500	38300	14 100
Verwendung des verfügbaren Einkommens für										
Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren	%	14	10	12	13	18	21	17	12	26
Bekleidung und Schuhe	%	6	5	6	6	6	5	6	5	6
Wohnung, Wasser, Strom, Gas u.a. Brennstoffe	%	22	17	17	19	22	29	28	21	36
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt sowie deren Instandhaltung	%	6	5	6	6	6	7	7	5	6
Gesundheitspflege	%	4	3	8	3	2	2	5	16	1
Verkehr	%	13	11	14	14	15	13	11	11	7
Nachrichtenübermittlung	%	2	2	2	2	2	3	2	2	4
Gebrauchsgüter für Freizeit und Kultur, Haustiere, Gartenerzeugnisse und Verbrauchsgüter für Gartenpflege	%	3	2	3	3	3	3	3	3	3
Freizeit und Kulturdienstleistungen, Pauschalreisen	%	4	3	3	4	4	4	4	4	3
Zeitungen, Bücher und Schreibwaren	%	2	1	2	2	2	2	3	2	2
Bildungswesen	%	1	1	1	1	1	1	0	0	1
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	%	5	4	5	6	5	5	6	5	2
Waren und Dienstleistungen für die Körperpflege, persönliche Gebrauchsgegenstände	%	3	2	3	3	3	3	4	3	3
Dienstleistungen sozialer Einrichtungen, Versicherungs-, Finanz- und andere Dienstleistungen	%	6	7	6	6	5	5	5	7	3
Sparen	%	11	27	12	13	8	-4	0	4	-4
Nachrichtlich: Durchschnittliche Haushaltsgröße	Personen je Haushalt	2,14	2,69	2,56	2,31	2,69	2,21	1,65	1,67	2,26

Selbstständigenhaushalte im Durchschnitt mit 29% im Jahr 1991 und 27% im Jahr 2002 die höchste Sparquote auf. Mit einigem Abstand folgen die Arbeitnehmerhaushalte, die im Jahr 1991 zwischen 10 und 15% und im Jahr 2002 zwischen 8 und 13% ihres verfügbaren Einkommens zum Sparen verwendeten. Nichterwerbstätigenhaushalte weisen insgesamt deutlich niedrigere, zum Teil sogar negative Sparquoten auf. Hinsichtlich der hohen Sparquote der Selbstständigenhaushalte ist zu beachten, dass diese anders als Arbeitnehmer ihre Alterssicherung vollständig aus ihrem verfügbaren Einkommen bestreiten müssen.

4 Fazit

Die hier dargestellten Ergebnisse können nur einen Überblick über die Daten bieten, die für die sozioökonomische Modellierung erstellt wurden. Für die sozioökonomische Modellierung wurden weitaus differenziertere Daten zur Verfügung gestellt, mit denen strukturelle Veränderungen auf einer tieferen Ebene und nach unterschiedlichen Merkmalskombinationen analysiert werden können. Beispielsweise liegen die Angaben zur Qualifikationsstruktur der Erwerbstätigen in kombinierter Gliederung nach Geschlecht, fünfzehn Altersklassen und sechzig Wirtschaftsbereichen vor. Daneben wurden jeweils für mindestens neun aufeinander folgende Jahre durchgängig vergleichbare Datensätze erstellt. Damit steht eine umfangreiche Datengrundlage für ökonomische Schätzungen von Entwicklungen und funktionalen Zusammenhängen zur Verfügung.

Ausgehend von dem demografischen Wandel, wie er in der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung in verschiedenen Szenarien abgebildet ist, können durch eine sozioökonomische Modellierung die Auswirkungen der Alterung der Bevölkerung auf Arbeits- und Gütermärkte im Kontext der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen untersucht werden. Im Gegensatz zu eindimensionalen Fortschreibungen lassen sich dabei die Wechselwirkungen zwischen Nachfrage, Produktion und Einkommen im volkswirtschaftlichen Kreislauf berücksichtigen. Weitere wichtige Bausteine aus den VGR für die Modellierung sind beispielsweise die Input-Output-Tabellen und die Konten der VGR. Die Input-Output-Tabellen zeigen die gütermäßige Verflechtung in der Volkswirtschaft und die Konten der VGR die sektoralen Einkommensströme. Diese regelmäßig veröffentlichten Ergebnisse beleuchten auf einer Makroebene die volkswirtschaftlichen Strukturen und Entwicklungen.

Erst durch die für die sozioökonomische Modellierung erstellten Informationen auf Haushalts- bzw. Personenebene können jedoch Verhaltensänderungen und Änderungen in den Bevölkerungs- und Haushaltsstrukturen, die sich aus der demografischen Entwicklung ergeben, in die Modellierungen einbezogen werden. Der Vorteil der vorliegenden Datenbausteine gegenüber Einzelstatistiken wie dem Mikrozensus oder der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe ist, dass die Ergebnisse in zusammenhängender und konsistenter Form dargestellt werden und auf die makroökonomischen Angaben der VGR abgestimmt sind. Dadurch wird es möglich, sozioökonomische Strukturveränderungen in Folge der Alterung der Gesellschaft nicht nur isoliert von

einander, sondern im Kontext des Wirtschaftskreislaufs zu analysieren und für ökonomische Modelle zu nutzen.

Aufgrund des Prognosecharakters gehören derartige Modellierungen nicht zum Aufgabengebiet der amtlichen Statistik. In der Kooperation mit der Projektgruppe „Sozio-ökonomische Modellierung“, in der sich Wissenschaftler aus verschiedenen Disziplinen zusammengeschlossen haben, hatte das Statistische Bundesamt die Aufgabe, geeignete Daten bereitzustellen. Wie die ausgewählten Ergebnisse im vorliegenden Aufsatz zeigen, sind auch daraus schon einige interessante Vergleiche zu ziehen und Entwicklungen zu erkennen. Erst recht kann den Ergebnissen der sozioökonomischen Modellierung, die in einigen Monaten vorliegen dürften, mit Spannung entgegengesehen werden. [u](#)

Dr. Hans Kiesl (bis Ende Februar 2005 Statistisches Bundesamt)

Das Hochrechnungsverfahren der monatlichen Telefonerhebung zum ILO-Erwerbsstatus

Seit Anfang dieses Jahres veröffentlicht das Statistische Bundesamt jeden Monat aktuelle Zahlen zur Erwerbslosigkeit, die aus einer telefonischen Stichprobenerhebung mit monatlich 30000 befragten Personen stammen. Weil die Teilnahme an der Erhebung freiwillig ist und bestimmte Bevölkerungsgruppen schwer oder gar nicht über das Festnetz erreichbar sind, kommt es zu Nonresponse und Non-coverage. Die Hochrechnung muss beide Phänomene geeignet berücksichtigen, um Verzerrungen weitestgehend auszugleichen. Der vorliegende Beitrag erläutert ausführlich die Methodik des verwendeten Hochrechnungsverfahrens.

Vorbemerkung

Seit dem Berichtsmontat Januar 2005 veröffentlicht das Statistische Bundesamt im Rahmen seiner ILO-Arbeitsmarktstatistik monatlich Zahlen zur Erwerbslosigkeit in Deutschland nach dem Labour-Force-Konzept.¹⁾ Diese Daten entstammen einer telefonischen Befragung von monatlich 30 000 Personen, die auf Basis der Erwerbsstatistikverordnung (ErwerbStatV)²⁾ in Zusammenarbeit mit einem privaten Sozialforschungsinstitut durchgeführt wird. Freiwillige telefonische Befragungen dieses Umfangs, wie sie in der privaten Umfrageforschung schon seit längerem zum Standardrepertoire gehören, stellen für die amtliche Statistik ein Novum dar. Entsprechend aufwändig gestaltete sich auch die Entwicklung eines angemessenen Hochrechnungs-

modells, zumal die Akzeptanz von Stichprobenerhebungen bei den Nutzern der amtlichen Statistik wesentlich von drei Eigenschaften einer Hochrechnung abhängt: von der Repräsentativität der Ergebnisse, der Transparenz des Verfahrens und der Einhaltung adäquater Qualitätsstandards.

Bei der Beurteilung der Genauigkeit von statistischen Ergebnissen aus Stichprobenerhebungen sind grundsätzlich zwei mögliche Fehlerkomponenten zu berücksichtigen. Wenn Schätzwerte zumindest im Durchschnitt über einen längeren Zeitraum den richtigen Wert liefern, im Einzelfall also nur aufgrund zufälliger Schwankungen nach oben oder unten vom wahren Wert abweichen, nennt man die Schätzfunktion erwartungstreu. Nicht erwartungstreu Schätzfunktionen sind in eine bestimmte Richtung verzerrt, das heißt Abweichungen vom wahren Wert sind nicht nur zufallsbedingt, sondern systematische Niveauabweichungen. Es gibt daher zwei Qualitätsanforderungen für Stichprobenerhebungen: Zum einen soll die Verzerrung, also der systematische Fehler, möglichst klein sein und im Idealfall verschwinden, zum anderen soll die Streuung (z. B. gemessen durch den Standardfehler, d. h. die Quadratwurzel der Varianz der Schätzfunktion), also der zufällige Fehler, minimal werden.

Im Rahmen einer Stichprobenerhebung mit Auskunftspflicht kommt es kaum zu Antwortverweigerungen, weshalb in diesen Fällen im Wesentlichen (neben Messfehlern oder unvermeidlichen Falschauskünften) nur zufällige Fehler zu

1) Zu einer ausführlichen Beschreibung des Labour-Force-Konzeptes siehe Rengers, M.: „Das international vereinbarte Labour-Force-Konzept“ in WiSta 12/2004, S. 1369 ff. Einen Vergleich zwischen dem Erwerbslosigkeitskonzept der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und dem Begriff der Arbeitslosigkeit in der Statistik der Bundesagentur für Arbeit findet man in dem Aufsatz Hartmann, M./Riede, T.: „Erwerbslosigkeit nach dem Labour-Force-Konzept – Arbeitslosigkeit nach dem Sozialgesetzbuch: Gemeinsamkeiten und Unterschiede“ in WiSta 4/2005, S. 303 ff.

2) Verordnung über statistische Erhebungen zum Erwerbsstatus der Bevölkerung vom 10. Mai 2004 (BGBl. I S. 870).

berücksichtigen sind. Bei der telefonischen Befragung zum Erwerbsstatus handelt es sich um eine freiwillige Erhebung, weshalb Antwortverweigerungen eine große Rolle spielen, die zudem in verschiedenen Bevölkerungsgruppen unterschiedlich hoch ausfallen können. Das Hochrechnungsverfahren zur Erwerbslosigkeit muss daher beide Fehlerkomponenten gleichzeitig zu minimieren versuchen.

Der Aufsatz gliedert sich wie folgt: Im ersten Kapitel wird das Auswahlverfahren beschrieben und auf Probleme des Nonresponse und der Noncoverage hingewiesen. Im zweiten Teil wird die Hochrechnung erläutert, die Erstbefragte und Panelfälle unterschiedlich behandelt. Schließlich wird im dritten Kapitel auf die Schätzfehler eingegangen, die aus der Stichprobenerhebung für Quer- und Längsschnittbetrachtungen resultieren.³⁾

1 Auswahlverfahren und Nonresponse

1.1 Auswahlverfahren

Die Zielgesamtheit der telefonischen Erhebung zum ILO-Erwerbsstatus besteht aus der Wohnbevölkerung in Deutschland im Alter von 15 bis 74 Jahren. Im Idealfall sollte die Stichprobe aus genau diesen Personen gezogen werden, was aber daran scheitert, dass es in Deutschland kein zentrales Register für diese Personengruppe gibt. Aus organisatorischen und Kostengründen ist eine persönliche oder schriftliche Befragung, wie sie im Mikrozensus zum Einsatz kommt, auszuschließen, sodass als einzige praktikable Lösung nur eine telefonische Befragung offen steht.

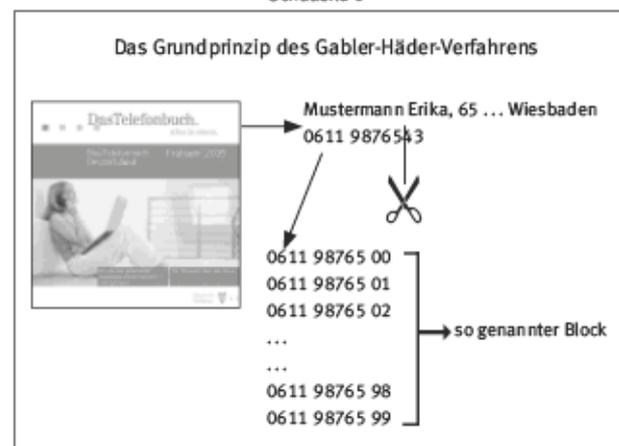
Zunächst gilt es zu klären, inwieweit durch eine telefonische Erhebung die prinzipielle Erreichbarkeit der oben definierten Zielgesamtheit gewährleistet oder nicht gewährleistet ist. Zum Zweck der Hochrechnung muss zudem für jede Person die Wahrscheinlichkeit, in die Stichprobe zu gelangen, prinzipiell bestimmbar sein. Voraussetzung dafür ist, die Auswahlgesamtheit zu kennen, das heißt im vorliegenden Fall die Menge an Telefonnummern, aus der zufällig eine Stichprobe gezogen wird.

Ein nahe liegender Auswahlrahmen wäre eine einschlägige CD-ROM mit allen zur Veröffentlichung freigegebenen Telefonanschlüssen in Deutschland. Wählt man allerdings nur aus einem solchen Verzeichnis zufällig Telefonnummern aus, kann ein großer Teil von Personen nicht erreicht werden, da schätzungsweise nur etwa 75% aller Telefonanschlüsse in öffentlich zugänglichen Verzeichnissen enthalten sind. Somit scheidet dieses Vorgehen aus. Würde man andererseits rein zufällig Ziffernfolgen anwählen, bräuchte man wegen der relativ geringen Nummerdichte zu viele Versuche, ehe man einen tatsächlich vergebenen

Telefonanschluss erhält, weshalb dieser Ansatz schon aus Zeit- und Kostengründen nicht verfolgt werden kann. Zudem ergäben sich methodische Probleme, da in Deutschland nicht alle vergebenen Telefonnummern dieselbe Zifferzahl aufweisen und kürzere Nummern eine viel höhere Auswahlwahrscheinlichkeit hätten als längere.

Als Mittelweg, der die Nachteile der beiden genannten Möglichkeiten vermeidet, wurde Mitte der 1990er-Jahre am Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) von PD Dr. Siegfried Gabler und Dr. Sabine Häder ein Verfahren entwickelt, das auch dem Auswahlrahmen der ILO-Telefonerhebung zugrunde liegt.⁴⁾ Ausgangspunkt für die Erzeugung der Auswahlgesamtheit von möglichen Telefonnummern ist das Verzeichnis der Festnetzrufnummern der Deutschen Telekom AG. Von jeder in diesem Verzeichnis vorhandenen Rufnummer werden die letzten beiden Ziffern entfernt und der so entstandene Nummernstamm mit allen zweistelligen Endziffern von 00 bis 99 ergänzt, sodass sich aus jeder eingetragenen Nummer ein so genannter Block von 100 aufeinander folgenden potenziellen Telefonanschlüssen ergibt (siehe Schaubild 1). Rufnummern mit demselben Nummernstamm erzeugen denselben Block, der aber nur einmal gespeichert wird. Die Menge aller so erzeugten Blöcke bildet die Auswahlgrundlage, aus der anschließend zufällig einzelne Nummern gezogen werden.⁵⁾ Aufgrund der Konstruktion dieser Auswahlgesamtheit hat jede darin enthaltene Rufnummer unabhängig von ihrer Länge dieselbe Auswahlchance.

Schaubild 1



Den Vorwählnummern können regionale Informationen entnommen werden, sodass eine tiefe regionale Schichtung der Stichprobe bis hin zur Kreisebene möglich ist. Die Verteilung des gesamten Stichprobenumfangs auf die Schichten erfolgt im idealen Fall so, dass die Zahl der befragten Personen in den einzelnen Schichten proportional zur Standardabweichung der Zielgröße in den Schichten ist. Natürlich ist

3) Das dargestellte Hochrechnungsmodell basiert wesentlich auf Erkenntnissen, die während der von April 2003 bis September 2004 in Zusammenarbeit mit TNS Infratest durchgeführten Piloterhebung gesammelt wurden.

4) Siehe Gabler, S./Häder, S.: „Überlegungen zu einem Stichprobendesign für Telefonumfragen in Deutschland“ in ZUMA-Nachrichten 41, 1997, S. 7 ff.

5) Der Stichprobendesign des Arbeitskreises deutscher Marktforschungsinstitute (ADMI), wie er auch bei der Erhebung zum Erwerbsstatus eingesetzt wird, unterscheidet sich noch in gewissen Details von dieser prinzipiellen Beschreibung. Zum Beispiel werden geschäftliche Telefonanschlüsse, soweit sie als solche erkennbar sind, aus der Menge der möglichen Rufnummern entfernt. Siehe dazu Heckel, C.: „Erstellung der ADM-Telefonauswahlgrundlage“ in Gabler, S./Häder, S. (Hrsg.): „Telefonstichproben – Methodische Innovationen und Anwendungen in Deutschland“, Münster 2002, S. 11 ff.

die Streuung des binären Merkmals „erwerbslos ja/nein“ innerhalb einzelner Regionen nicht genau bekannt; zumindest ist aber sicher, dass diese Streuung in den östlichen Bundesländern (wegen des höheren Erwerbslosenanteils) größer ist. Der Stichprobenumfang von 30 000 zu befragenden Personen wird daher disproportional zwischen West und Ost aufgeteilt. Um eine möglichst genaue Schätzung der Erwerbslosenzahlen zu erhalten, wird die Stichprobe so gesteuert, dass auf die westlichen Bundesländer 74% und auf die östlichen Bundesländer (einschl. Berlins) 26% des gesamten Stichprobenumfangs entfallen. Innerhalb der beiden Teile des Bundesgebietes werden die Stichprobenumfänge auf die regionalen Schichten jeweils proportional zur Zahl der Haushalte in den Schichten verteilt.⁶⁾

Mit jeder gezogenen Nummer werden mehrere Kontaktversuche zu verschiedenen Tageszeiten unternommen; erst wenn keiner dieser Versuche zu einem Erfolg führt, handelt es sich um einen Ausfall, und es wird eine Ersatznummer gezogen. Wenn der Kontakt zu einem Telefonanschluss gelungen ist, wird mit der Kontaktperson eine Liste der Zielpersonen im Haushalt (nur am Erstwohnsitz, damit eine Person nicht mehrfach ausgewählt werden kann) erstellt, aus der mittels einer Zufallsauswahl (so genannter Schwedenschlüssel) genau eine Person bestimmt wird, die in die Stichprobe gelangen und mithin befragt werden soll.⁷⁾ Ist diese Person nicht anwesend, wird ein neuer Kontaktversuch zu einem möglichst nahe gelegenen Zeitpunkt vereinbart; insbesondere werden keine Proxy-Interviews zugelassen, bei denen die befragten Personen Auskünfte über Dritte geben.

1.2 Nonresponse und Noncoverage

Der Beschreibung der Stichprobenziehung kann entnommen werden, dass zwei Personengruppen grundsätzlich nicht in die Stichprobe gelangen können (so genannte Noncoverage). Zum einen sind dies Personen, die an ihrem Hauptwohnsitz nicht per Festnetz erreichbar sind (oder über gar keinen Wohnsitz verfügen), zum anderen Personen, deren Festnetznummer in einem Block liegt, der von keiner eingetragenen Nummer erzeugt wird. Während im Allgemeinen davon ausgegangen wird, dass die letztgenannte Gruppe nicht sehr groß ist und ihre Nichterreichbarkeit nur an dem wohl zufälligen Verfahren der Rufnummernvergabe liegt, ist die Vernachlässigung der Personengruppe ohne Festnetzanschluss ein ernst zu nehmendes Problem. Nach den Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003 des Statistischen Bundesamtes sind in Deutschland 4% aller Haushalte nur über ein Mobiltelefon erreichbar. Dieser Anteil unterscheidet sich zudem in verschiedenen Bevölkerungsgruppen: In Single-Haushalten ist er höher als bei Mehr-Personen-Haushalten, bei registrierten Arbeitslosen (nach der Statistik der Bundesagentur für Arbeit) höher als bei Berufstätigen und Rentnern, bei

jüngeren Personen höher als bei älteren; so ist zum Beispiel jeder vierte Haushalt von unter 25-jährigen nicht mehr über das Festnetz erreichbar. Überlegungen, auch Mobiltelefonnummern in telefonische Umfragen zu integrieren, stecken wegen der größeren methodischen Probleme noch in den Anfängen.⁸⁾ Im Rahmen der Erhebung zum ILO-Erwerbsstatus ist die Beschränkung auf das Festnetz vorerst die einzig praktikable Lösung.

Darüber hinaus werden bestimmte Personen auch nach mehrfachen Kontaktversuchen nicht angetroffen oder sind nicht bereit, im Rahmen der freiwilligen Erhebung Auskunft zu geben (so genannter Nonresponse). Die Nonresponse-Quote lag im Durchschnitt des Jahres 2005 bisher bei etwa 50%. Auch dieser Anteil ist nicht gleichmäßig auf alle Bevölkerungsgruppen verteilt, wie ein Vergleich der Stichproben mit den Strukturen der Grundgesamtheit zeigt. Beispielsweise neigen Männer häufiger zu Nonresponse als Frauen, Ausländer häufiger als Deutsche, junge und alte Personen häufiger als Personen mittleren Alters, registrierte Arbeitslose häufiger als nicht arbeitslos gemeldete Personen.⁹⁾

Zur genaueren Schätzung der monatlichen Veränderungen der Erwerbslosenzahlen ist die Erhebung als rotierendes Panel konzipiert. Das bedeutet, dass jede Person, die in die Stichprobe gelangt ist, in sechs aufeinander folgenden Monaten zum aktuellen Erwerbsstatus befragt werden soll, bevor sie aus der Erhebung ausscheidet und von einer neuen zufällig ausgewählten Person ersetzt wird. In der Theorie sollte damit jeden Monat ein Sechstel der Personen durch neu gezogene ersetzt werden. Tatsächlich kommt es aber durch Nichterreichbarkeit oder Verweigerung bei Wiederholungsbefragungen zu so genannter Panelmortalität, das heißt Personen scheiden vor Ablauf der geplanten sechs Monate aus der Erhebung aus. Im Durchschnitt betrifft dies nur knapp unter 10% aller Wiederholungsbefragungen; im Vergleich unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen zeigen sich ähnliche Strukturen wie bei den Erstbefragten. Auch dies ist eine Form des Nonresponse, die bei der Hochrechnung berücksichtigt werden muss.¹⁰⁾

Noncoverage und Nonresponse (bei Erst- und Wiederholungsbefragungen) führen zu Abweichungen von einer reinen Zufallsstichprobe, weshalb neben der Varianz der Schätzungen auch die möglichen Verzerrungen zu berücksichtigen und mit dem Hochrechnungsverfahren weitestgehend auszugleichen sind.

2 Das Hochrechnungsverfahren

2.1 Grundsätzliches Vorgehen

Zur Hochrechnung wird die gesamte Stichprobe eines Monats in zwei Teilstichproben zerlegt: zum einen in den

6) Da es keine amtliche Haushaltsfortschreibung auf Gemeinde- oder Kreisebene gibt, wird hierzu die Haushaltsschätzung des Marktforschungsunternehmens BIK Aschpurwis + Behrens GmbH verwendet.

7) Es handelt sich bei der vorliegenden Erhebung also um eine Personen-, nicht um eine Haushaltsstichprobe.

8) Siehe Gabler, S./Hädel, S.: „Mittteilung über die Gründung der Arbeitsgruppe Mobilsample“ in ZUMA-Nachrichten 56, 2005, S. 111 ff.

9) Siehe hierzu Fritz, J./Hartmann, J./Sacher, M.: „Arbeitsmarkt in Deutschland – Analysen zu Ausfallprozessen in der Piloterhebung zum ILO-Erwerbsstatus“ in WiSta 6/2004, S. 649 ff.

10) Personen im Alter von 65 bis 74 Jahren, die nicht erwerbstätig sind und angeben, kein Interesse an einer Beschäftigung zu haben, werden nur einmal befragt, um Nonresponse zu vermeiden; ihre Angaben werden aber in den fünf folgenden Monaten fortgeschrieben, weil davon auszugehen ist, dass sich an ihrer Situation nichts ändert.

Teil der Personen, die im aktuellen Monat zum ersten Mal befragt wurden (Erstbefragte), zum anderen in den Teil der Personen, die bereits im Vormonat befragt wurden (Panelfälle). Mit den beiden unabhängigen Teilstichproben werden zwei getrennte Hochrechnungen durchgeführt, da sich das Hochrechnungsverfahren für die beiden Gruppen im Detail unterscheidet. Somit ergeben sich in einem ersten Schritt zwei getrennte Schätzungen, die abschließend durch ein geeignetes gewogenes arithmetisches Mittel zum endgültigen Schätzwert kombiniert werden.

2.2 Hochrechnung der Erstbefragten

Grundlage jeder Hochrechnung ist die Bestimmung der A-priori-Wahrscheinlichkeit für jede Person, in die Stichprobe zu gelangen. Jeder durch das Gabler-Häder-Verfahren erreichbare Telefonanschluss innerhalb einer regionalen Schicht hat dieselbe Ziehungswahrscheinlichkeit.¹¹⁾ Da in jedem Haushalt genau eine Person ausgewählt wird und ein Haushalt auch unter mehreren Telefonnummern erreichbar sein kann, unterscheiden sich jedoch die Ziehungswahrscheinlichkeiten der Personen. Näherungsweise ist π_k , die Ziehungswahrscheinlichkeit einer Person k , proportional zur Zahl der Telefonanschlüsse im Haushalt der Zielperson und indirekt proportional zur Anzahl der Zielpersonen im Haushalt. Beide Informationen werden im Rahmen des telefonischen Interviews erfragt.¹²⁾ Für die Berechnung von π_k für eine Person in einer bestimmten regionalen Schicht h wird folgende Näherungsformel verwendet:

$$(1) \quad \pi_k = \frac{n_k^{tel}}{N_h^{HH}} \cdot \frac{n_h^{pers}}{n_k^{pers}}$$

Dabei ist n_k^{tel} die Anzahl der Telefonanschlüsse im Haushalt der Person k , N_h^{HH} ist die Anzahl der privaten Haushalte in der regionalen Schicht h , n_h^{pers} ist die Anzahl der Personen aus der regionalen Schicht h in der Stichprobe (Erstbefragte des aktuellen Monats), n_k^{pers} ist die Anzahl der Zielpersonen im Haushalt der Person k .¹³⁾

Nonresponse wäre nur dann kein großes Problem für eine Stichprobenerhebung, wenn der Mechanismus, der zu den Ausfällen führt, unabhängig von den zu erhebenden Merkmalen ist, wenn es sich also um rein zufällige Ausfälle handelt (in der Literatur wird dieser Fall als „Missing completely at random“, MCAR, bezeichnet). Derartige Ausfallprozesse sind höchst selten zu beobachten; ein Beispiel wären Ausfälle bei schriftlichen Befragungen durch verloren gegangene Postsendungen. Im vorliegenden Fall kommen Ausfälle durch Nichterreichbarkeit oder Auskunftsverweigerung zustande; beide Phänomene sind sicher mit dem Erwerbsstatus, also dem zentralen Erhebungsmerkmal, korreliert. Eine so genannte freie Hochrechnung, die innerhalb der regionalen Schichten nur mit dem Kehrwert der

Auswahlwahrscheinlichkeit π_k gewichtet und damit MCAR voraussetzt, scheidet also hier aus, wenn man keine stark verzerrten Ergebnisse riskieren will.

Die Alternative ist eine so genannte gebundene Hochrechnung. Voraussetzung ist dabei, dass neben den Zielvariablen, die mit Hilfe der Hochrechnung geschätzt werden sollen (im vorliegenden Fall der Erwerbsstatus, insbesondere die Zahl der Erwerbslosen), zusätzliche Variablen erhoben werden, deren Totalwerte in der Gesamtheit aus externen Quellen bekannt sind (so genannte Eckwertvariablen) und die mit den Zielvariablen möglichst hoch korreliert sind.

Zur Illustration der Idee einer gebundenen Hochrechnung kann man den einfachen Fall betrachten, dass zur Hochrechnung einer Zielvariablen nur eine zusätzliche Eckwertvariable zur Verfügung steht. Führt die freie Hochrechnung der Eckwertvariablen zu einer Unterschätzung des (aus externen Quellen bekannten) Totalwerts und ist diese Eckwertvariable positiv mit der Zielvariablen korreliert, so kann davon ausgegangen werden, dass auch die Zielvariable bei freier Hochrechnung unterschätzt wird. Das Ergebnis der freien Hochrechnung sollte in diesem Fall also nach oben korrigiert werden. Führt umgekehrt die freie Hochrechnung der Eckwertvariablen zu einer Überschätzung des Totalwerts, kann davon ausgegangen werden, dass auch die Zielvariable bei freier Hochrechnung überschätzt wird, sodass dieser Wert nach unten korrigiert werden sollte. (Bei negativer Korrelation zwischen Ziel- und Eckwertvariablen erfolgt die Korrektur jeweils in umgekehrter Richtung.) Stehen mehrere Eckwertvariablen zur Verfügung, ist die technische Umsetzung komplizierter, am Prinzip der gebundenen Hochrechnung ändert sich aber nichts.

Je höher die Eckwertvariablen mit der Zielvariablen korreliert sind, je stärker also die Erklärungskraft der Eckwertvariablen für die Zielvariable ist, desto größer ist der Effekt der gebundenen Hochrechnung. Dabei werden gleichzeitig zwei Probleme zu lösen versucht. Zum einen wirkt die gebundene Hochrechnung dem Zufallsfehler entgegen; das heißt auch bei völliger Abwesenheit von Nonresponse hat die gebundene Hochrechnung Vorteile gegenüber der freien Hochrechnung, weil größere Zufallsschwankungen abgemildert werden. Gleichzeitig kann mit der gebundenen Hochrechnung einer von systematischen Ausfällen hervorgerufenen Verzerrung entgegengewirkt werden. Während im ersten Fall jede mit der Zielvariablen hoch korrelierte Eckwertvariable die Hochrechnung verbessert, ist im zweiten Fall besonders wichtig, alle Variablen zu identifizieren und in das Hochrechnungsverfahren zu integrieren, die den Ausfallmechanismus steuern und gleichzeitig mit der Zielvariablen korreliert sind. Anders ausgedrückt: Innerhalb der durch alle Kombinationen von Eckwertvariablen definierten Teilgruppen muss der Ausfall jeweils dem MCAR-Muster folgen; man nennt den Ausfall in diesem Fall „missing at

11) Zum Zweck der Hochrechnung werden zurzeit insgesamt 307 regionale Schichten unterschieden. Falls sich in der Stichprobe weniger als fünf Personen in einer regionalen Schicht befinden, werden Schichten zusammengefasst.

12) Für die Hochrechnung wird die Zahl der Zielpersonen im Haushalt auf 5, die Zahl der Telefonanschlüsse auf 3 begrenzt, um einerseits fehlerhafte Antworten abzufangen und andererseits die Varianz der Hochrechnungsfaktoren zu beschränken.

13) Für eine bessere Näherung zur Bestimmung der Auswahlwahrscheinlichkeit müsste an Stelle von N_h^{HH} die Anzahl der privaten Telefonanschlüsse in der regionalen Schicht h stehen. Diese Angaben stehen in tiefer regionaler Gliederung nicht zur Verfügung, weshalb sie durch die Haushaltszahlen ersetzt werden. Ein eventueller Niveauunterschied dieser Angaben wird durch die gebundene Hochrechnung später ausgeglichen.

random“ (MAR), das heißt der Ausfallmechanismus ist bei gegebenen Eckwertvariablen von der Zielvariablen unabhängig und hängt somit nur vom Zufall ab.¹⁴⁾

Zu bemerken ist dabei, dass die optimale Auswahl der Eckwertvariablen, insbesondere zur Minimierung der von Nonresponse verursachten Verzerrung, von der Zielvariablen abhängt. In der vorliegenden Erhebung werden die Eckwertvariablen so ausgewählt, dass die Zielvariable „Erwerbslose“ im Bundesgebiet und in verschiedenen Bevölkerungsteilgruppen möglichst genau geschätzt werden. Werden mit demselben Verfahren andere Variablen (z. B. Erwerbstätige oder sozialversicherungspflichtig Beschäftigte) hochgerechnet, können durchaus noch gewisse Verzerrungen vorhanden sein. Bei der Berechnung von Erwerbslosenquoten werden u. a. aus diesem Grund nur die Erwerbslosenzahlen aus der Telefonstichprobe entnommen; die hochgerechnete Zahl der Erwerbstätigen dient als zusätzliche Quelle für die Erwerbstätigenrechnung, die dann einen gesicherten Wert für den Nenner der Erwerbslosenquote liefert.

Aus der sozialwissenschaftlichen Forschung sind gewisse Nonresponse-Muster bekannt, die sich im Rahmen der Piloterhebung im Wesentlichen auch bei der vorliegenden Fragestellung bestätigten.¹⁵⁾ Als Eckwertvariablen wurden die folgenden Merkmale gewählt, die ebenfalls während des Telefoninterviews erhoben werden: Alter, Geschlecht, Nationalität, Schul- und Berufsabschluss sowie Arbeitsmeldung bei der Bundesagentur für Arbeit. Aus der Vorwahlnummer sind zudem noch regionale Informationen vorhanden, sodass auch das Merkmal Bundesland zu den Eckwerten gezählt werden kann. Quellen für die externen Informationen über die Strukturen in der Gesamtheit entstammen der laufenden Bevölkerungsfortschreibung (Alter, Geschlecht, Nationalität: Informationen jeweils auf Bundeslandsebene), dem jeweils verfügbaren Mikrozensus (Schul- und Berufsabschlüsse) sowie der Geschäftsstatistik der Bundesagentur für Arbeit.

Die Verwendung der Arbeitslosenzahlen der Bundesagentur für Arbeit (BA) als Eckwert bedeutet natürlich nicht, dass die konzeptionelle Trennung zwischen dem ILO-Erwerbslosen- und dem Arbeitslosenbegriff des Sozialgesetzbuchs verwässert wird oder die hochgerechneten Erwerbslosenzahlen gar nachträglich an die BA-Statistik angeglichen werden. Stattdessen wird das Merkmal „arbeitslos ja/nein“ genauso behandelt wie alle soziodemographischen Eckwerte: Falls sich herausstellt, dass der Anteil der registrierten Arbeitslosen in der Stichprobe geringer ist als in der Gesamtheit (nach BA-Statistik), müssen die Arbeitslosen in der Stichprobe ein höheres Gewicht erhalten; im anderen Fall wäre es umgekehrt. Wegen der relativ hohen Korrelation zwischen dem Erwerbslosen- und dem Arbeitslosenstatus führt die Hinzufügung des BA-Eckwertes zu einer wesentlichen Verringerung des Schätzfehlers.

Aus den genannten Variablen werden durch Kreuzkombination von wenigen, zum Teil klassierten Variablen die endgültigen Eckwerte für die gebundene Hochrechnung gebildet, die in Übersicht 1 dargestellt sind.¹⁶⁾

Übersicht 1: Eckwerte für die gebundene Hochrechnung

Eckwerte für die gebundene Hochrechnung	Anzahl der Ausprägungen
Wohnort (8 Nielsengebiete) ¹⁾ × Alter (5 Altersklassen) × Geschlecht	80
Wohnort (West/Ost) × Alter (2 Altersklassen) × Schul-/Berufsabschluss	40
Wohnort (Bundesland) × Geschlecht	32
Alter (12 Altersklassen) × Geschlecht	24
Wohnort (West/Ost) × Alter (2 Altersklassen) × Berufsabschluss	16
Wohnort (West/Ost) × Alter (2 Altersklassen) × Schulabschluss	16
Wohnort (West/Ost) × Alter (3 Altersklassen) × registrierte Arbeitslosigkeit (ja/nein)	12
Wohnort (West/Ost) × Staatsangehörigkeit (deutsch/nicht deutsch) × Geschlecht	8
Wohnort (West/Ost) × Geschlecht × registrierte Arbeitslosigkeit (ja/nein)	8
Zusätzlicher Eckwert für die Hochrechnung der Panelfälle:	
Wohnort (West/Ost) × Erwerbsstatus Vormonat	8

1) Nielsengebiete (benannt nach dem Marktforschungsinstitut A.C.Nielsen) sind Zusammenfassungen der einzelnen Bundesländer zu ungefähr gleich großen Gruppen.

Im Rahmen der Piloterhebung wurde für die gebundene Hochrechnung ein iteratives Randsummenverfahren verwendet.¹⁷⁾ Für die laufende Erhebung kommt ein so genannter verallgemeinerter Regressionsschätzer zum Einsatz, der im Gegensatz zu iterativen Verfahren relativ einfache Möglichkeiten zur Quantifizierung des Schätzfehlers bietet.¹⁸⁾

Der Regressionsschätzer ist eine lineare Schätzfunktion der Form

$$(2) \quad \hat{t}_{y,reg} = \sum_{k=1}^n w_k y_k ;$$

dabei wird mit y die Zielvariable bezeichnet (z. B. Erwerbslosenzahl im Bundesgebiet), deren Ausprägung bei Person k in der Stichprobe mit y_k (erwerbslos = 1, nicht erwerbslos = 0), der Stichprobenumfang mit n , w_k ist der individuelle Hochrechnungsfaktor, der sich wie folgt berechnen lässt:

$$(3) \quad w_k = \frac{g_k}{\pi_k} \text{ mit } g_k = 1 + (t_x - \hat{t}_x)' \left(\sum_{k=1}^n \frac{x_k x_k'}{\pi_k} \right)^{-1} x_k .$$

Dabei ist x_k der Vektor mit allen Ausprägungen der Eckwertvariablen von Person k , t_x ist der Vektor der bekannten Total-

14) Die gleichen Bedingungen gelten auch für den korrekten Ausgleich der Noncoverage, die analog zum Nonresponse als Ausfallprozess gedeutet werden kann.

15) Siehe Fritz, J./Hartmann, J./Sacher, M., a. a. O. (Fußnote 9).

16) Eine Kreuzkombination aller genannten Variablen scheidet aus, weil dann die zu erwartende geringe Zellenbesetzung zu unverhältnismäßig großer Varianz der Hochrechnungsfaktoren führen würde. Auch bei den aufgeführten Eckwertvariablen können sich im Einzelfall schwach besetzte Ausprägungen in der Stichprobe ergeben. Zellen mit weniger als zehn Personen werden geeignet mit Nachbarausprägungen zusammengefasst.

17) Siehe Fritz, J./Hartmann, J./Sacher, M., a. a. O. (Fußnote 9).

18) Zur Theorie des verallgemeinerten Regressionsschätzers siehe Särndal, C.-E./Swensson, B./Wretman, J.: "Model Assisted Survey Sampling", New York 1992.

werte der Eckwertvariablen (Eckwerte), \hat{t}_x der Vektor der frei (das heißt mit dem Kehrwert der Auswahlwahrscheinlichkeit) hochgerechneten Eckwertvariablen.¹⁹⁾

Der Regressionsschätzer ist eine so genannte kalibrierte Schätzfunktion, das heißt rechnet man die Eckwertvariablen mit den Faktoren w_k hoch, erhält man exakt die aus externen Quellen bekannten Totalwerte:

$$(4) \quad \hat{t}_{x_i,reg} = \sum_{k=1}^n w_k x_{ik} = t_{x_i} \text{ für jede Eckwertvariable } x_i.$$

Der Regressionsschätzer verändert also die Ergebnisse der freien Hochrechnung derart, dass die Hochrechnung der Eckwertvariablen mit ihren (bekannten) Totalwerten übereinstimmt. Wegen der im Idealfall hohen Korrelation der Eckwertvariablen mit der Zielvariablen sollte daher auch die Hochrechnung der Zielvariablen nahe am wahren Wert liegen.

2.3 Hochrechnung der Panelfälle

Die Berechnung der A-priori-Wahrscheinlichkeiten, in die Stichprobe zu gelangen, ist für die Panelfälle aufwändiger als für die Erstbefragten. Schaubild 2 kann entnommen werden, dass es für eine Person grundsätzlich fünf verschiedene Wege gibt, in die Stichprobe der Panelfälle des aktuellen Monats zu gelangen. Neben der Wahrscheinlichkeit, in einem der Vormonate als Erstbefragter ausgewählt zu werden, ist für jeden Übergang von einem Monat zum nächsten die Wahrscheinlichkeit zu bestimmen, dass die Person weiter an der Befragung teilnimmt und nicht unter die Panelmortalität fällt.

Während über die Antwortverweigerer bei der Erstbefragung keinerlei Informationen vorliegen, kennt man bei Antwortausfällen in Wiederholungsbefragungen die Angaben aus dem Vormonat und kann damit die Wiederteilnahmewahrscheinlichkeiten $\theta_k^{(t-1) \rightarrow t}$ für Person k beim Übergang von Monat $t-1$ zu Monat t mit Hilfe eines Logit-Modells schätzen. Dazu müssen exogene Variablen identifiziert werden, die einen entscheidenden Einfluss auf die Wiederteilnahme bzw. die Verweigerung haben. Analysen der Piloterhebung haben gezeigt, dass die Merkmale Geschlecht, Alter, Staatsangehörigkeit, Erwerbsstatus im Vormonat, Wohnort [West/Ost sowie BIK-Regionsgrößenklasse²⁰⁾], Schulbildung, Ausbildungsstand, Arbeitslosenstatus und bisherige Dauer der Teilnahme an der Erhebung den größten Einfluss auf die Wiederteilnahme haben.²¹⁾ Mit diesen exogenen Variablen (siehe Übersicht 2) werden monatlich die Parameter des folgenden Logit-Modells für die Bestimmung der Wiederteilnahmewahrscheinlichkeiten $\theta_k^{(t-1) \rightarrow t}$ neu geschätzt, um auch unterjährige Unterschiede bei den Ausfallprozessen zu erfassen.

$$(5) \quad \log \left(\frac{\theta_k^{(t-1) \rightarrow t}}{1 - \theta_k^{(t-1) \rightarrow t}} \right) = \alpha + \sum_{i=1}^m \beta_i x_{ik}$$

Dabei ist x_{ik} die Ausprägung des exogenen Merkmals x_i im Vormonat bei Person k ; α und β_i sind Modellparameter, die nach dem Maximum-Likelihood-Prinzip geschätzt werden.

Übersicht 2: Exogene Variablen im Logit-Modell

Exogene Variablen	Ausprägungen
Geschlecht	männlich weiblich
Alter	15 – 24 Jahre 25 – 34 Jahre 35 – 44 Jahre 45 – 54 Jahre 55 – 74 Jahre
Staatsangehörigkeit	deutsch nicht deutsch
Schulbildung	kein Abschluss Hauptschulabschluss Realschulabschluss Fachabitur, Abitur
Ausbildungsstand	in Ausbildung nicht in Ausbildung
Erwerbsstatus im Vormonat	erwerbstätig erwerbslos Nichterwerbsperson
Arbeitslos (nach BA-Statistik)	arbeitslos gemeldet nicht arbeitslos gemeldet
Wohnort (Bundesland)	West Ost
Wohnort (Regionsgrößenklasse)	BIK-Region 0 BIK-Regionen 1, 3, 5 BIK-Regionen 2, 4, 6 – 9
bisherige Teilnahmedauer	1 Monat 2 Monate 3 Monate 4 Monate 5 Monate

Aus den daraus ableitbaren Schätzungen für die Wiederteilnahmewahrscheinlichkeiten sowie den Auswahlwahrscheinlichkeiten für Erstbefragte in den Vormonaten lassen sich auch für die Panelfälle die Wahrscheinlichkeiten, in die Stichprobe zu gelangen, bestimmen. Schaubild 2 zeigt die Zusammensetzung der Stichprobe im Monat t , die aus Erstbefragten (Teilstichprobe 1) und Panelfragten (Teilstichproben 2 bis 6) besteht. Die Pfeile deuten an, auf welche Weisen eine Person in die Panelfallstichprobe des Monats t gelangen kann: zum Beispiel als Erstbefragter des Vormonats, der im aktuellen Monat zum zweiten Mal an der Erhebung teilnimmt, oder im Extremfall als Erstbefragter vor fünf Monaten, der seitdem an allen Wiederholungsbefragungen teilgenommen hat.

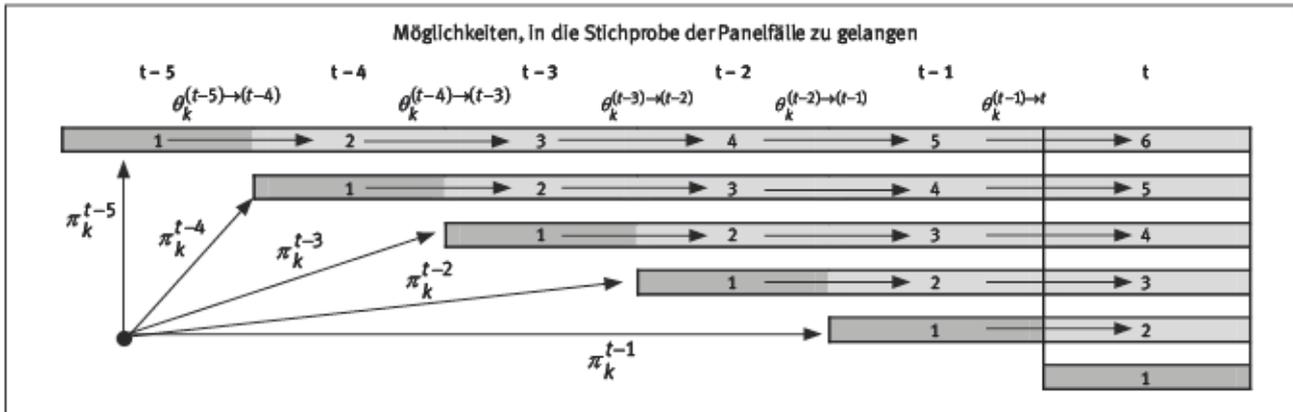
Die gesamte Wahrscheinlichkeit π_k , als Panelfall im Monat t in die Stichprobe zu gelangen, ist daher die Summe der Wahrscheinlichkeiten, als Zweit-, Dritt-, Viert-, Fünft- oder

19) Um die Varianz der Hochrechnungsfaktoren nicht zu groß werden zu lassen, wird g_k , das Verhältnis zwischen den Hochrechnungsfaktoren der gebundenen und der freien Hochrechnung, auf einen zulässigen Bereich beschränkt, weshalb das tatsächliche g_k im Einzelfall leicht von der obigen Formel abweichen kann.

20) Zuordnung von Gemeinden zu jeweils genau einem von zehn unterschiedlichen Typen regionaler Strukturierung (Einteilung in Stadtgebiete, Randlagen von Ballungszentren, ländliche Gebiete usw.).

21) Siehe Fritz, J./Hartmann, J./Sacher, M., a. a. O. (Fußnote 9).

Schaubild 2



Sechstbefragter in der Stichprobe zu sein. Diese Wahrscheinlichkeiten wiederum ergeben sich jeweils als Produkt aller auf dem entsprechenden Pfad in Schaubild 2 gelegenen Auswahl- und Wiederteilnahmewahrscheinlichkeiten. Es ergibt sich:

$$(6) \pi_k = \theta_k^{(t-1) \rightarrow t} \cdot \left(\pi_k^{t-1} + \theta_k^{(t-2) \rightarrow (t-1)} \cdot \left(\pi_k^{t-2} + \theta_k^{(t-3) \rightarrow (t-2)} \cdot \left(\pi_k^{t-3} + \theta_k^{(t-4) \rightarrow (t-3)} \cdot \left(\pi_k^{t-4} + \theta_k^{(t-5) \rightarrow (t-4)} \cdot \pi_k^{t-5} \right) \right) \right) \right)$$

Mit der so berechneten Auswahlwahrscheinlichkeit π_k werden auch die Panelfälle mit dem im vorherigen Abschnitt beschriebenen Regressionsschätzer hochgerechnet. Dabei werden dieselben Eckwerte wie bei der Hochrechnung der Erstbefragten verwendet. Zusätzlich wird aber bei der Hochrechnung der Panelfälle als weiterer Eckwert der Erwerbsstatus des Vormonats, wie er sich bei der Hochrechnung aus der Vormonatsstichprobe ergab, hinzugefügt (siehe Übersicht 1).

Dieses Vorgehen bewirkt, dass eine Hochrechnung des Erwerbsstatus des Vormonats aus den Panelfällen des aktuellen Monats (mit den Hochrechnungsfaktoren des aktuellen Monats) dieselben Ergebnisse liefert wie die Hochrechnung aus der gesamten Stichprobe des Vormonats (mit den Hochrechnungsfaktoren des Vormonats), und ist aus zweierlei Gründen sinnvoll. Zum einen ist es damit möglich, aus den Panelfällen Schätzungen für (Brutto-)Bewegungen zwischen den einzelnen Erwerbsstatusgruppen zu erhalten, die konsistent mit den Querschnittszahlen sind. Zum anderen führt dieser Eckwert dazu, dass die Schätzung der monatlichen Veränderungen der Erwerbslosenzahlen einen etwas geringeren Zufallsfehler aufweist.

2.4 Kombination der beiden Hochrechnungen

Aus den Teilstichproben der Erstbefragten und der Panelfälle erhält man auf die beschriebene Weise zwei unabhängige Schätzwerte für die Zielvariablen (d. h. im Wesentlichen für die Erwerbslosenzahlen nach dem ILO-Konzept). Aus beiden Schätzwerten wird anschließend ein gewogenes arithmetisches Mittel so bestimmt, dass der Schätzfehler der endgültigen Werte möglichst klein ist. Die Gewichte für diese Mittelwertbildung könnten für jede Zielvariable optimal

gebildet werden; allerdings ist es sinnvoll, sich auf gleiche Gewichte für alle Variablen zu einigen, um eindeutige Hochrechnungsfaktoren zu erhalten. Da die Erwerbslosenzahl für das gesamte Bundesgebiet die wichtigste Zielvariable ist, werden die endgültigen Schätzwerte so berechnet, dass der Zufallsfehler der Erwerbslosenzahl im Bundesgebiet möglichst gering wird. Dazu wird das folgende gewogene arithmetische Mittel verwendet:

$$(7) \hat{t}_{y,reg}^{(gesamt)} = \alpha \cdot \hat{t}_{y,reg}^{(Erst)} + (1 - \alpha) \cdot \hat{t}_{y,reg}^{(Panel)}$$

$$\text{mit } \alpha = \frac{\text{Var } \hat{t}_{EL-Bund,reg}^{(Panel)}}{\text{Var } \hat{t}_{EL-Bund,reg}^{(Erst)} + \text{Var } \hat{t}_{EL-Bund,reg}^{(Panel)}}$$

dabei sind $\hat{t}_{y,reg}^{(Erst)}$ und $\hat{t}_{y,reg}^{(Panel)}$ die Schätzwerte für den Gesamtwert der Zielvariable y aus den Teilstichproben der Erstbefragten bzw. der Panelfälle, $\text{Var } \hat{t}_{EL-Bund,reg}^{(Erst)}$ und $\text{Var } \hat{t}_{EL-Bund,reg}^{(Panel)}$ sind die Varianzen der Schätzungen für die Erwerbslosenzahl in Deutschland aus den Teilstichproben der Erstbefragten bzw. der Panelfälle (zur Bestimmung dieser Varianzen siehe Kapitel 3).

3 Qualitätskriterien

Der für die Hochrechnung der telefonischen Erhebung zum Erwerbsstatus benutzte Regressionsschätzer besitzt den Vorteil einer geschlossenen Darstellung für eine Näherungsformel der Varianz der Schätzfunktion; diese Varianz lässt sich wiederum aus der Stichprobe heraus schätzen. Somit ist es nach jeder Hochrechnung möglich, für jede interessierende Zielgruppe (insbesondere Erwerbslose nach West/Ost, nach Geschlecht und nach Alter) den Schätzfehler zu quantifizieren. Als Maße für den Zufallsfehler werden gewöhnlich der Standardfehler (also die Quadratwurzel der Varianz) und der relative Standardfehler (Standardfehler bezogen auf den Schätzwert) angegeben. Übersicht 3 enthält den durchschnittlichen relativen Standardfehler in der ersten Jahreshälfte 2005 für die Erwerbslosenzahlen in ausgewählten Bevölkerungsgruppen.

Die Standardfehler erlauben eine Aussage darüber, in welchem Intervall um den aus der Stichprobe geschätzten (hochgerechneten) Wert der tatsächliche Wert der Gesamt-

heit mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit liegt. Wegen des großen Stichprobenumfangs kann davon ausgegangen werden, dass die Schätzfunktionen näherungsweise normalverteilt sind, sodass für alle Zielvariablen folgende Aussagen gelten:

- Der wahre Wert liegt mit einer Wahrscheinlichkeit von etwa 68% im Intervall Schätzwert \pm Standardfehler.
- Der wahre Wert liegt mit einer Wahrscheinlichkeit von etwa 90% im Intervall Schätzwert \pm 1,64 · Standardfehler.
- Der wahre Wert liegt mit einer Wahrscheinlichkeit von etwa 95% im Intervall Schätzwert \pm 2 · Standardfehler.

Wird in einem Monat die Erwerbslosenzahl im Bundesgebiet zum Beispiel auf 4 Mill. Personen bei einem relativen Standardfehler von 2,2% geschätzt, entspricht dies einem absoluten Standardfehler von 88 000 Personen, sodass die Zahl der erwerbslosen Personen mit einer Wahrscheinlichkeit von 90% zwischen 3,86 und 4,14 Mill. Personen liegt.

Führt man die Hochrechnung ohne Eckwertvariablen durch, die auf der Arbeitslosenstatistik der Bundesagentur für Arbeit beruhen, so erhöhen sich die Standardfehler merklich. Für die Erwerbslosenzahl auf Bundesebene ergibt sich beispielsweise ein durchschnittlicher relativer Standardfehler von fast 2,7%. Da ein Fehler angestrebt wird, der dem Qualitätsanspruch der Arbeitskräfteerhebung auf europäischer Ebene genügt, ist die Verwendung der BA-Arbeitslosenzahlen als Eckwert zum augenblicklichen Zeitpunkt unabdingbar.

Für die monatlichen Veränderungen (Differenzen der hochgerechneten Zielvariablen gegenüber dem Vormonat) lassen sich die Schätzfehler ebenfalls quantifizieren. Als Maße hierfür werden gewöhnlich der Standardfehler und der relative Fehler (Standardfehler der Differenz bezogen auf den Vormonatsschätzwert) benutzt. Übersicht 3 enthält auch die durchschnittlichen relativen Fehler in der ersten Jahreshälfte 2005 für die monatlichen Differenzen der Erwerbslosenzahlen in ausgewählten Bevölkerungsgruppen.

Übersicht 3: Relative Standardfehler für ausgewählte Erwerbslosenzahlen
Prozent

Erwerbslosengruppe	Durchschnittlicher relativer Standardfehler im 1. Hj 2005	Durchschnittlicher relativer Fehler für die Differenz zum Vormonat im 1. Hj 2005
Deutschland insgesamt	2,2	2,3
West	2,9	3,0
Ost (einschl. Berlin)	3,2	3,3
Männer	3,4	3,9
Frauen	3,3	4,3
Männer unter 25 Jahren ..	8,7	10,7
Männer 25 Jahre und älter	3,7	4,5
Frauen unter 25 Jahren ..	10,1	11,5
Frauen 25 Jahre und älter	3,6	4,0
Ohne Schüler/-innen und Studierende	2,4	2,5

Es fällt auf, dass die relativen Fehler der Differenzen kaum größer sind als die entsprechenden relativen Standardfehler im Querschnitt. Dieses Ergebnis ist nicht selbstverständlich, sondern eine Folge der Stichprobenanlage als rotierendes Panel. Würde man nämlich auf Wiederholungsbefragungen verzichten und stattdessen jeden Monat eine neue Stichprobe ziehen, läge der relative Fehler der Differenz jeweils etwa bei dem 1,4-Fachen des relativen Standardfehlers im Querschnitt. Die mehrmalige Befragung derselben Personen führt zwischen zwei aufeinander folgenden Monaten zu einer Überlappung von über 70% der Befragten, und die sich dadurch ergebende Korrelation zwischen den Zielvariablen in beiden Monaten führt zu der entscheidenden Senkung des Schätzfehlers für die monatlichen Veränderungen.

4 Zusammenfassung

Das dargestellte Hochrechnungsmodell für die telefonische Erhebung zum ILO-Erwerbsstatus wurde so konzipiert, dass die Effekte der Noncoverage und des Nonresponse weitestgehend ausgeglichen und die Zufallsfehler bei dem vorgegebenen Stichprobenumfang minimal werden. Die entscheidende Annahme ist dabei, dass alle Variablen identifiziert wurden, die einen wesentlichen Einfluss auf die Verweigerung oder Nichterreichbarkeit der Ausfälle besitzen und mit dem Erwerbsstatus korrelieren. Die Ergebnisse von umfangreichen Analysen während der Piloterhebung bestätigen diese Annahme. Auch während der laufenden Erhebung werden die Ausfallprozesse monatlich neu analysiert, sodass im Bedarfsfall die exogene Variablenmenge des Logit-Modells oder die Menge der Eckwertvariablen zeitnah ergänzt oder verändert werden können. Alle bisherigen Untersuchungen weisen allerdings auf stabile Ausfallprozesse hin. Das erreichte Niveau der Zufallsfehler für Querschnittshochrechnungen und Vormonatsdifferenzen zeigt, dass die telefonische Erhebung zum ILO-Erwerbsstatus belastbare und aussagefähige Ergebnisse liefert und damit einen wichtigen Beitrag zur Arbeitsmarktstatistik darstellt. [u](#)

Dr. Klaus-Jürgen Duschek (Statistisches Bundesamt),
Dr. Heike Wirth (Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen)

Kinderlosigkeit von Frauen im Spiegel des Mikrozensus

Eine Kohortenanalyse der Mikrozensusen 1987 bis 2003

Obwohl seit längerem bekannt ist, dass die Kinderlosigkeit von Frauen – zumindest im früheren Bundesgebiet – zu einem relativ verbreiteten und zunehmend sozial verfestigten Verhaltensmuster geworden ist, genießt das Thema in der öffentlichen wie in der wissenschaftlichen Diskussion derzeit eine hohe Aufmerksamkeit. Im Zentrum des Interesses stehen dabei vor allem hoch qualifizierte Frauen mit einem Universitäts- oder Fachhochschulabschluss, die im früheren Bundesgebiet überdurchschnittlich häufig kinderlos sind. Frauen mit höherer beruflicher Qualifikation verweilen nicht nur länger im Bildungssystem, sondern die hohen Bildungsinvestitionen gehen auch mit einer stärkeren Berufsorientierung einher. Zugleich können sich die Berufsetablierungsprozesse sehr langwierig gestalten. Das Zusammenwirken dieser Faktoren wird in der Regel als wesentliche Ursache dafür gesehen, dass hoch qualifizierte Frauen den Familiengründungsprozess in ein höheres Lebensalter verschieben und häufig kinderlos bleiben. Allerdings kann hieraus nicht generell auf einen positiven Zusammenhang zwischen Bildungsniveau, Erwerbsorientierung und Kinderlosigkeit geschlossen werden, was letztendlich bedeuten würde, dem Bildungsniveau und der Erwerbsorientierung von Frauen eine eigenständige Bedeutung als Erklärungsfaktor für Kinderlosigkeit zuzumessen. Vielmehr ist aus international vergleichenden Studien wie auch aus dem Vergleich zwischen dem Osten und dem Westen Deutschlands bekannt, dass soziokulturelle und infrastrukturelle Rahmenbedingungen und ebenso die Arbeits-

marktbedingungen das Ausmaß der Kinderlosigkeit in einer Gesellschaft stärker beeinflussen als das Bildungsniveau von Frauen.

Vorbemerkung¹⁾

Der folgende Beitrag untersucht, wie sich die Kinderlosigkeit von Frauen in Abhängigkeit von ihrem Bildungsniveau seit Ende der 1980er-Jahre entwickelt hat. Von besonderem Interesse sind dabei – neben der Kinderlosigkeit von Akademikerinnen im Vergleich zu anderen Bildungsgruppen – das Erwerbsverhalten, die Einkommensquellen und die Lebensformen von Frauen mit Kindern und kinderlosen Frauen. Zudem wird die Kinderlosigkeit von Universitäts- und Fachhochschulabsolventinnen vor dem Hintergrund der Hauptfachrichtung ihres Studienabschlusses beleuchtet. Die Analysen basieren auf den Ergebnissen des Mikrozensus 1987, 1991, 1995, 1999 und 2003, ergänzt um den „aktuellen“ Rand des Berichtsjahres 2004.²⁾

Untersuchungen zur Kinderlosigkeit konzentrieren sich meist auf Frauen im früheren Bundesgebiet. Dieses Vorgehen ist dadurch begründet, dass es sich beim hohen Niveau der Kinderlosigkeit bislang um ein typisch westdeutsches Phänomen handelt. In den neuen Bundesländern zeichnet sich zwar seit Anfang der 1990er-Jahre eine zunehmende Kinderlosigkeit ab, die aber noch nicht die Werte wie im Westen erreicht.³⁾ Der vorliegende Beitrag hinterfragt diese

1) Bei dem vorliegenden Beitrag handelt es sich um eine aktualisierte, erweiterte und überarbeitete Version von Wirth, H./Dümmler, K.: „Zunehmende Tendenz zu späteren Geburten und Kinderlosigkeit bei Akademikerinnen – Eine Kohortenanalyse auf der Basis von Mikrozensusdaten“ in Informationsdienst soziale Indikatoren (ISI), Ausgabe 32, Juli 2004, S. 1 ff.

2) Der besondere Dank der Autoren gilt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gruppe VIII C „Mikrozensus, Arbeitskräftestichprobe, Haushalte und Familie“ des Statistischen Bundesamtes für die Sonderauswertungen des Mikrozensus. Ein ergänzender Tabellenanhang zum Aufsatz steht im Internet unter http://www.destatis.de/download/d/veroa/kinderlosigkeit_t.pdf kostenlos zum Download bereit.

3) Siehe Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (Hrsg.): „Bevölkerung: Fakten – Trends – Ursachen – Erwartungen, Die wichtigsten Fragen“, Sonderheft der Schriftenreihe des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung, Wiesbaden 2004, S. 26.

Aussage auf der Grundlage aktueller Daten und zeigt auf, welche schnelle Entwicklung die Kinderlosigkeit der Frauen in den neuen Bundesländern seit Beginn der 1990er-Jahre durchlaufen hat. Für Gesamtdeutschland wird zudem das Ausmaß der Kinderlosigkeit von ausländischen Frauen beschrieben.

Datenlage

Ist das Forschungsinteresse auf das Phänomen der Kinderlosigkeit in Deutschland gerichtet – unabhängig ob für Frauen oder für Männer –, ist festzustellen, dass man sich diesem sozialen Sachverhalt bislang nur annähern kann. Die gegenwärtig verfügbaren Daten bieten keine Möglichkeiten, präzise Schätzungen zum Ausmaß der Kinderlosigkeit vorzunehmen. Für die Analyse der Kinderlosigkeit werden gegenwärtig vor allem drei Datenquellen herangezogen, die jedoch zu unterschiedlichen Ergebnissen führen können:⁴⁾

1. Schätzung der Verteilung der Lebendgeborenen nach der Lebendgeborenenfolge anhand der Geburtenstatistik der amtlichen Statistik,
2. Schätzung auf der Grundlage von Mikrozensusdaten⁵⁾ oder
3. Schätzung auf Basis sozialwissenschaftlicher Bevölkerungsstichproben⁶⁾.

Analysen zur lebenslangen Kinderlosigkeit auf Grundlage der Geburtenstatistik sind insofern nur annähernde Schätzungen, als zum einen nur für die bestehende Ehe die Geborenen nach der Geburtenfolge erhoben werden. Bei außerhalb einer Ehe Geborenen wird dagegen die Geburtenfolge nicht erfasst. Wie viele nicht oder nicht mehr verheiratete kinderlose Frauen erstmals Mutter werden, ist somit nicht ersichtlich. Ferner werden bei geschiedenen oder verwitweten Frauen, die erneut heiraten, Kinder aus der vorherigen Ehe nicht berücksichtigt. So wird ein in zweiter Ehe geborenes Kind, auch wenn es beispielsweise das insgesamt dritte Kind einer Frau ist, wieder als „erstes“ Kind in der bestehenden Ehe gezählt. Zum anderen ist in den jüngeren Altersjahrgängen der Mütter die endgültige Kinderzahl noch nicht erreicht. Das spätere generative Verhalten muss also geschätzt werden, um Aussagen über die Kinderlosigkeit

treffen zu können. Hinzu kommt, dass die Geburtenstatistik keine Information zum Bildungsniveau der Mütter enthält und somit keine bildungsspezifischen Aussagen zulässt.

Bei Analysen auf Basis von Mikrozensusdaten ist zu beachten, dass hier keine Angaben zu den von einer Frau insgesamt geborenen Kinder erfragt werden.⁷⁾ Der Mikrozensus liefert ausschließlich Daten zu den zum jeweiligen Erhebungszeitpunkt im Haushalt lebenden Kindern (Koresidenzprinzip), wobei nicht zwischen leiblichen Kindern, Stief-, Adoptiv- und Pflegekindern unterschieden wird. Eine Altersbegrenzung für die Zählung als Kind existiert nicht. Zu den – in Untersuchungen auf Basis des Mikrozensus üblicherweise als Frauen ohne ledige Kinder im Haushalt definierten – Kinderlosen zählen somit nicht nur Frauen, (i) die (noch) keine Kinder haben, sondern auch Frauen, (ii) deren Kinder den elterlichen Haushalt bereits wieder verlassen haben, oder (iii) nicht im mütterlichen Haushalt leben, wie auch Frauen, (iv) deren Kinder noch im Haushalt leben, aber nicht mehr ledig sind. Nur bei (i) handelt es sich um tatsächliche Kinderlosigkeit, während in den Fällen (ii) bis (iv) gewissermaßen „statistische“ Kinderlosigkeit abgebildet wird.⁸⁾

Kinder unter 18 Jahren leben allerdings in der überwiegenden Mehrheit noch im Haushalt der Eltern.⁹⁾ Als Näherungsgröße für eine vermutete lebenslange Kinderlosigkeit wird daher in den meisten auf dem Mikrozensus beruhenden Untersuchungen überprüft, ob Kinder unter 18 Jahren im Haushalt leben oder nicht. Dies kann allerdings zu einer Überschätzung der Kinderlosigkeit führen, da Frauen, deren Kinder nicht mehr im Haushalt leben, als kinderlos gezählt werden. Um dieses Problem der statistischen Kinderlosigkeit zu minimieren, konzentrieren sich die Analysen in der Regel auf Frauen im Alter zwischen 35 und 39 Jahren. Sind Frauen dieser Altersgruppe kinderlos, galt dies bislang als hinreichend guter Indikator für eine sehr wahrscheinlich lebenslange Kinderlosigkeit: Für Frauen dieser Alterskohorte wird einerseits der Fertilitätsprozess als weitestgehend abgeschlossen betrachtet, andererseits sind vorhandene Kinder in der Regel noch minderjährig und leben mit hoher Wahrscheinlichkeit noch bei den Eltern¹⁰⁾, gegebenenfalls bei den Stief-, Adoptiv- oder Pflegeeltern.

Eine einfachere und effizientere Lösung wäre natürlich, im Mikrozensus direkt nach den jemals geborenen Kindern zu

4) Siehe Dorbritz, J./Schwarz, K.: „Kinderlosigkeit in Deutschland – ein Massenphänomen? Analysen zu Erscheinungsformen und Ursachen“, Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, Jahrgang 21, 3/1996, S. 233 ff.
 5) Siehe hierzu Grünheid, E.: „Junge Frauen in Deutschland: bei hoher Ausbildung kinderlos?“, unveröffentlichter Vortrag auf der 3. gemeinsamen Mikrozensus-Nutzerkonferenz des Zentrums für Umfragen, Methoden und Analysen und des Statistischen Bundesamtes am 9. und 10. Oktober 2003 in Mannheim, S. 2.
 6) Beispiele hierfür sind der Familiensurvey des Deutschen Jugendinstituts e.V. (DIJ), der Family and Fertility Survey (FFS) des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BIB), das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) oder die Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) des Zentrums für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA).
 7) Zur Verbesserung der Datenlage plant das Statistische Bundesamt für den Herbst 2006 eine Erhebung der demographischen Grunddaten zur Geburtenentwicklung in Deutschland. Mit dieser freiwilligen Stichprobenerhebung nach § 7 des Bundesstatistikgesetzes sollen Angaben zur vollständigen Kinderzahl bzw. zur Kinderlosigkeit der Frauen sowie zur Geburtenfolge aller lebendgeborenen Kinder in Verbindung mit Informationen zu Bildungsabschlüssen und zum Haushaltszusammenhang der Befragten gewonnen werden.
 8) Siehe hierzu auch Wirth, H./Dümmler, K.: „The Influence of Qualification on Women's Childlessness in West Germany: Age and Cohort Effects“, ZUMA-Arbeitsbericht Nr. 2005/03 (http://www.gesis.org/Publikationen/Berichte/ZUMA_Arbeitsberichte/2005.htm).
 9) Nach den Ergebnissen des Mikrozensus lebten im März 2004 in Deutschland noch 99% der minderjährigen Bevölkerung als lediges Kind im elterlichen Haushalt. Zum Auszug der Kinder aus dem Elternhaus siehe Statistisches Bundesamt (Hrsg.): „Leben und Arbeiten in Deutschland – Ergebnisse des Mikrozensus 2004“, Wiesbaden 2005, S. 29 f., sowie den zugehörigen Tabellenanhang, Tabelle 11. Kostenfreie Downloads des Berichts und des Tabellenanhangs sind im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes (<http://www.destatis.de>) unter der Rubrik „Presse → Presseveranstaltungen“ abrufbar. Zu weiteren Ergebnissen des Mikrozensus 2004 siehe auch Breiholz, H.: „Erste Ergebnisse des Mikrozensus 2004“ in WISTA 4/2005, S. 327 ff. Die Standardveröffentlichungen mit Ergebnissen des Mikrozensus stehen im Statistik-Shop des Statistischen Bundesamtes zum Download bereit (<http://www-ec.destatis.de>).
 10) Siehe Engstler, H./Menning, S.: „Die Familie im Spiegel der amtlichen Statistik“, erweiterte Neuauflage 2003, erstellt im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt, S. 75 f.

fragen. Entsprechend sah der am 2. Januar 2004 eingebrachte Entwurf zum Mikrozensusgesetz 2005 (MZG 2005, Bundesrats-Drucksache 12/04) eine diesbezügliche Frage für Frauen im Alter von 45 bis unter 65 Jahren vor.¹¹⁾ Dieser Vorschlag wurde allerdings im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens von Seiten des Bundesrats mit folgender Begründung abgelehnt: „Zu dem Merkmal ‚für Frauen von 45 bis 65 Jahren: Zahl der geborenen Kinder‘ ist zu bemerken, dass diese Frage auch in der Bevölkerungsstatistik mit Rücksicht auf den Adoptionschutz und andere Gegebenheiten nicht einmal im Zusammenhang mit der Geburtenmeldung erhoben wird. In nicht seltenen Fällen, hierzu gehören Situationen, die sich aus Adoptionsfreigabe, Angaben über gestorbene Säuglinge oder ungewollte Kinderlosigkeit ergeben können, würde diese Frage zu nicht zumutbaren Peinlichkeiten führen, die zur Verweigerung der Beantwortung der Frage oder sogar zum Abbruch des Interviews führen könnten.“ (Bundestags-Drucksache 15/2543, S. 18).¹²⁾

Im Unterschied zum Mikrozensus wird in sozialwissenschaftlichen Erhebungen – zumindest in den größeren – die Frage nach den insgesamt vorhandenen Kindern gestellt. Zu beachten ist hier jedoch, dass bei einer Betrachtung von spezifischen Subpopulationen – etwa Bildungsgruppen differenziert nach Ost und West – die Fallzahlen sehr klein werden können, weshalb Populationsschätzungen mit einem hohen Zufallsfehler behaftet sein können.¹³⁾ Hinzu kommt, dass die Teilnahme an sozialwissenschaftlichen Erhebungen freiwillig ist und die Daten durch (Unit-)Nonresponse beeinflusst sein können. So scheinen insbesondere Einpersonenhaushalte in freiwilligen Bevölkerungserhebungen unterrepräsentiert zu sein.¹⁴⁾ Dies ist teilweise durch fehlende Teilnahmebereitschaft bedingt, vor allem bei älteren Menschen. Partiiell ist dies aber auch die Folge der schwierigeren Erreichbarkeit von Einpersonenhaushalten im Vergleich zu Mehrpersonenhaushalten. Dies betrifft vor allem allein lebende Personen, die erwerbstätig sind. Da kinderlose Frauen eine erhöhte Wahrscheinlichkeit haben, allein zu leben und erwerbstätig zu sein, ist nicht auszuschließen, dass diese spezifische Gruppe in sozialwissenschaftlichen Erhebungen unterrepräsentiert ist bzw. Frauen mit Kindern überrepräsentiert sind. Allerdings stehen Untersuchungen, die sich mit diesem methodischen Aspekt und den möglichen Folgen für inhaltliche Aussagen genauer beschäftigen, bislang noch aus.¹⁵⁾

Methodische Anmerkungen

In den folgenden Analysen werden Frauen als Mütter definiert, wenn (i) zum Erhebungszeitpunkt (mindestens) eine Eltern-Kind-Gemeinschaft mit ledigen Kindern – im Folgenden als Familie bezeichnet – im befragten Haushalt existiert, (ii) sie Elternteil in der Familie sind und (iii) in der Familie (mindestens) ein lediges Kind unter 18 Jahren lebt.¹⁶⁾ Analog hierzu werden alle anderen Frauen – Frauen ohne ledige minderjährige Kinder in der Familie – als kinderlose bezeichnet. Hierzu zählen neben den de facto kinderlosen Frauen auch jene Frauen, (a) deren minderjährige Kinder nicht mehr im Haushalt leben, (b) deren im Haushalt lebende Kinder bereits alle volljährig sind sowie (c) minder- und volljährige Frauen, die selbst noch lediges Kind in der Familie sind.

Wie oben erwähnt, konzentrieren sich Analysen zum Ausmaß der Kinderlosigkeit in der Regel auf Frauen im Alter zwischen 35 und 39 Jahren. Diese Altersabgrenzung erscheint in der Gegenwart insofern zu eng, als Familiengründungsprozesse bei hoch qualifizierten Frauen im Vergleich zu mittleren und unteren Bildungsgruppen in einem deutlich höheren Lebensalter stattfinden; dabei ist eine „späte“ Mutterschaft durchaus nicht ungewöhnlich.¹⁷⁾ Um diesen so genannten Alterseffekt in den Analysen angemessen zu berücksichtigen, wird in diesem Beitrag einerseits eine andere Altersabgrenzung als bisher üblich verwendet, andererseits wird die Altersgrenze nach oben ausgeweitet. Konkret bedeutet dies, dass die bislang obere, relativ heterogene Altersgrenze „35 bis 39 Jahre“ durch die beiden Altersgruppen „33 bis 36 Jahre“ und „37 bis 40 Jahre“¹⁸⁾ ersetzt wird, die neue obere Altersgrenze wird durch die 41- bis 44-Jährigen abgebildet. Ein weiterer, sehr wesentlicher Aspekt ist, dass die Analyse von Kinderlosigkeit im Zeitverlauf nicht einfach durch einen Vergleich unterschiedlicher Altersgruppen zu einem bestimmten Zeitpunkt erfolgen kann, da sich die verschiedenen Altersgruppen auf unterschiedliche Geburtsjahrgänge beziehen. Im Jahr 2003 entsprechen beispielsweise die 37- bis 40-Jährigen den Geburtsjahrgängen 1963 bis 1966 und die 41- bis 44-Jährigen den Geburtsjahrgängen 1959 bis 1962. Aus einer geringeren Kinderlosenquote der 41- bis 44-Jährigen im Vergleich zu den 37- bis 40-Jährigen bezogen auf das Jahr 2003 lässt sich deshalb nicht einfach der Schluss ziehen, dass die 37- bis 40-Jährigen vier Jahre später, also bis Mitte 40, die Familiengründung in umfangreicher Weise nachgeholt haben werden. Vielmehr

11) Wobei diese Frage im Idealfall nicht nur Frauen, sondern auch Männern gestellt werden sollte.

12) Aufgrund der aus sozialwissenschaftlichen Erhebungen vorliegenden Erfahrungen scheinen es eher die Männer zu sein, die in der Interviewsituation nichteheliche Kinder verschweigen oder sich zum Teil auch in Unkenntnis über die eigene Vaterschaft befinden. Siehe hierzu Dorbritz, J./Schwarz, K., a. a. O. (Fußnote 4), S. 234.

13) Beispielsweise werden im Mikrozensus Populationsschätzungen, deren relativer Standardfehler über 15% liegt, aufgrund der eingeschränkten Aussagekraft der Ergebnisse nicht publiziert. Im Beispiel des Mikrozensus wird diese kritische Grenze bei einer Zellbesetzung von weniger als 50 Fällen in der Stichprobe erreicht, was 5 000 Fällen in der Grundgesamtheit entspricht; siehe Statistisches Bundesamt (Hrsg.): „Leben in Deutschland – Ergebnisse des Mikrozensus 2004, Themenheft 1: Allgemeine und methodische Erläuterungen“, Wiesbaden 2005, S. 17, das im Statistik-Shop des Statistischen Bundesamtes kostenlos zum Download bereitsteht (<http://www-ec.destatis.de>). Dementsprechend stößt man bei deskriptiven Analysen auch beim Mikrozensus bei einer Ausweisung sehr fein differenzierter Subgruppen – etwa Frauen nach Alter, Bildungsniveau, Staatsangehörigkeit und Gebiet – an Grenzen.

14) Siehe beispielsweise Däubler, T.: „Nonresponseanalysen der Stichprobe F des SOEP“, DIW-Materialien 15, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin 2002.

15) Eine sehr wesentliche Voraussetzung für die Vergleichbarkeit von Ergebnissen auf Basis von sozialwissenschaftlichen Daten und amtlicher Statistik ist natürlich auch, dass die Abgrenzung der betrachteten Subpopulationen in identischer Weise erfolgt. Hierzu wurde kürzlich eine interessante Studie vorgelegt; siehe Scharein, M./Unger, R.: „Kinderlosigkeit bei Akademikerinnen? Die Aussagekraft empirischer Daten zur Kinderlosigkeit bei Akademikerinnen“, BIB-Mitteilungen 02/2005, Wiesbaden, S. 6 ff.

16) In einem Haushalt können mehrere Eltern-Kind-Gemeinschaften mit ledigen Kindern (Familien) existieren, in denen jeweils mehrere ledige Kinder (ledige Kinder in der Familie) leben können. Die Zahl der ledigen Kinder im Haushalt entspricht der Summe der ledigen Kinder in der Familie, die in allen Eltern-Kind-Gemeinschaften des Haushalts leben.

17) Siehe hierzu ausführlich Wirth, H./Dümmler, K., a. a. O. (Fußnote 1), S. 2.

18) Die in der neueren Literatur inzwischen zunehmend genutzte Altersabgrenzung 35 bis 40 Jahre, welche den Versuch darstellt, die späte Mutterschaft von hoch qualifizierten Frauen zu berücksichtigen, erscheint für bildungsspezifische Analysen von Kinderlosigkeit als zu breit. Denn die relativ hohen Kinderlosenquoten der Mitte 30-jährigen Frauen mit Universitäts- oder Fachhochschulabschluss führen in der Tendenz zu einer Überschätzung der Kinderlosigkeit in dieser Gruppe.

kann nicht ausgeschlossen werden, dass ein so genannter Kohorteneffekt vorliegt, das heißt die jüngeren Geburtsjahrgänge eine Familiengründung tatsächlich in einem größeren Umfang vermeiden als die älteren Geburtskohorten.

Aus diesen Gründen wird im vorliegenden Beitrag eine Kohortenanalyse¹⁹⁾ der Kinderlosigkeit von Frauen in Abhängigkeit von ihrem Bildungsniveau durchgeführt. Sie basiert auf den Ergebnissen des Mikrozensus 1987, 1991, 1995, 1999 und 2003 und umfasst insgesamt neun Geburtskohorten (1943 bis 1946, 1947 bis 1950, ..., 1975 bis 1978) zu verschiedenen Zeitpunkten im Lebensverlauf (25 bis 28 Jahre, 29 bis 32 Jahre, 33 bis 36 Jahre, 37 bis 40 Jahre, 41 bis 44 Jahre).²⁰⁾ Auf diese Weise lassen sich sowohl zwischen den Bildungsgruppen variierende Alters-effekte beobachten als auch systematische Unterschiede zwischen den Geburtskohorten – also Kohorteneffekte – nachweisen. Die Ergebnisse der Kohortenanalyse werden ergänzt um den „aktuellen“ Rand des Berichtsjahrs 2004.

Neben der Betrachtung regionaler Gemeinsamkeiten und Unterschiede in West und Ost²¹⁾ wird auch eine Differenzierung nach deutscher und ausländischer Bevölkerung vorgenommen. Gemäß Tabelle 1 lag der Anteil der Ausländerinnen an allen Frauen im März 2004 deutschlandweit zwischen 6% (41- bis 44-jährige) und 15% (29- bis 32-jährige), wobei erhebliche Unterschiede zwischen dem früheren Bundesgebiet sowie den neuen Ländern und Berlin-Ost bestanden. Während der Anteil der ausländischen Frauen im Westen je nach Altersgruppe zwischen 7 und 17% betrug, lagen die entsprechenden Anteile in den neuen Ländern und Berlin-Ost nur zwischen 2 und 4%. Aufgrund der dahinter stehenden geringen Fallzahlen – insbesondere im Osten – werden die Analysen für ausländische Frauen nur für Deutschland ausgewiesen. Für das frühere Bundesgebiet sowie für die neuen Länder und Berlin-Ost beziehen sich die Ergebnisse entsprechend auf deutsche Frauen.

Der vorliegende Beitrag unterscheidet mit Blick auf das Bildungsniveau die in der Übersicht auf S. 805 dargestellten acht Bildungsabschlüsse. Nicht berücksichtigt werden Frauen, die sich zum Erhebungszeitpunkt noch in einer Ausbildung befanden, da Familiengründungsprozesse vor allem im früheren Bundesgebiet nach wie vor bei der überwiegenden Mehrheit der Frauen erst nach Abschluss einer Ausbildung einsetzen. Tabelle 2 auf S. 804 f. zeigt die Verteilung der Bildungsabschlüsse nach Alter und Staatsangehörigkeit. Aufgrund der dahinter stehenden Fallzahlen werden die Bildungsabschlüsse für die Analyse der Kinderlosigkeit von Ausländerinnen in Deutschland sowie von deutschen Frauen in den neuen Ländern und Berlin-Ost gemäß der Übersicht in vier Kategorien zusammengefasst. Die Untersuchung der Kinderlosigkeit von deutschen Frauen im frühe-

Tabelle 1: 25- bis 44-jährige Frauen nach Altersgruppen und Staatsangehörigkeit
Ergebnisse des Mikrozensus¹⁾

Alter von ... bis ... Jahren	Insgesamt	Deutsche		Ausländerinnen		Darunter Kinderlose ²⁾		
		% von Sp. 1		% von Sp. 4		zu-sammen	Deutsche	Ausländerinnen
		Sp. 1	Sp. 2	Sp. 3	Sp. 4			
März 2004								
Deutschland								
25 – 28	1327	86	14	895	90	10		
29 – 32	1573	85	15	764	89	11		
33 – 36	2054	89	11	702	92	8		
37 – 40	2458	92	8	690	94	6		
41 – 44	2447	94	6	898	94	6		
Früheres Bundesgebiet								
25 – 28	1080	83	17	740	88	12		
29 – 32	1335	83	17	663	88	12		
33 – 36	1714	88	12	618	91	9		
37 – 40	2041	91	9	598	94	6		
41 – 44	1976	98	7	694	93	7		
Neue Länder und Berlin-Ost								
25 – 28	247	97	3	156	97	/		
29 – 32	239	96	4	100	95	5		
33 – 36	341	98	2	84	97	/		
37 – 40	417	98	2	92	97	/		
41 – 44	471	98	2	204	99	/		
April 1991								
Deutschland								
25 – 28	2103	94	6	1 127	95	5		
29 – 32	2171	95	5	679	95	5		
33 – 36	2011	94	6	436	95	5		
37 – 40	1947	99	7	465	94	6		
41 – 44	1826	99	7	784	94	6		
Früheres Bundesgebiet								
25 – 28	1666	92	8	1 023	95	5		
29 – 32	1695	99	7	628	94	6		
33 – 36	1555	99	7	401	95	5		
37 – 40	1496	91	9	392	93	7		
41 – 44	1459	91	9	618	93	7		
Neue Länder und Berlin-Ost								
25 – 28	437	99	/	104	98	/		
29 – 32	476	99	/	50	98	/		
33 – 36	456	99	/	35	97	/		
37 – 40	451	99	/	73	99	/		
41 – 44	367	99	/	165	99	/		
März 1987								
Früheres Bundesgebiet								
25 – 28	1726	99	7	989	95	5		
29 – 32	1662	91	9	595	95	5		
33 – 36	1582	89	11	400	90	10		
37 – 40	1553	88	12	420	90	10		
41 – 44	1361	90	10	590	93	7		

1) Bevölkerung am Familienwohnsitz. – Personen ohne gegenwärtigen Schulbesuch; mit allgemeinem Schulabschluss und/oder mit beruflichem Ausbildungs- oder Universitäts-, Fachhochschulabschluss. – 2) Frauen ohne ledige Kinder unter 18 Jahren in der Familie; einschl. Frauen, die selbst lediges Kind in der Familie sind.

ren Bundesgebiet erfolgt – soweit möglich – in tiefer Differenzierung nach acht Bildungsabschlüssen.²²⁾

19) Für einen Überblick zum Begriff der Kohortenanalyse siehe Wagner, M.: „Kohortenstudien in Deutschland“ in Kommission zur Verbesserung der informationellen Infrastruktur zwischen Wissenschaft und Statistik (Hrsg.): „Wege zu einer besseren informationellen Infrastruktur“ (KVI-Gutachten), Baden-Baden 2001.
20) Da die Kohorten auf der Basis von Querschnittdaten generiert werden, d. h. aufeinander folgende Altersgruppen des gleichen Geburtsjahrgangs nicht dieselben Personen repräsentieren, handelt es sich de facto um synthetische Kohorten bzw. um eine Aggregatkohortenanalyse.
21) Der Mikrozensus wird seit 1957 im früheren Bundesgebiet und seit 1991 auch in den neuen Ländern und Berlin-Ost durchgeführt.
22) Obwohl der Mikrozensus als 1%-Haushaltsstichprobe mit mehr als 800 000 Befragten (2004) europaweit die größte Bevölkerungserhebung darstellt, werden infolge der differenzierten Darstellung in nahezu allen Tabellen einige der Zellbesetzungen zu klein. Konventionsgemäß werden daher Zellenbesetzungen unter 5 000 in der Grundgesamtheit (bzw. unter 50 Fällen in der Stichprobe) mit einem Schrägstrich (/) gekennzeichnet.

Tabelle 2: 25- bis 44-jährige Frauen nach Altersgruppen, Staatsangehörigkeit und Bildungsabschluss
Ergebnisse des Mikrozensus¹⁾
Prozent

Alter von ... bis ... Jahren	Deutsche										Ausländerinnen			
	Früheres Bundesgebiet					Neue Länder und Berlin-Ost					Deutschland			
	März 2004		April 1991		März 1987		März 2004		April 1991		März 2004		April 1991	
	zu- sammen	dar.: Kinder- lose ²⁾	zu- sammen	dar.: Kinder- lose ²⁾	zu- sammen	dar.: Kinder- lose ²⁾	zu- sammen	dar.: Kinder- lose ²⁾	zu- sammen	dar.: Kinder- lose ²⁾	zu- sammen	dar.: Kinder- lose ²⁾	zu- sammen	dar.: Kinder- lose ²⁾
Insgesamt														
25 – 28	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
29 – 32	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
33 – 36	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
37 – 40	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
41 – 44	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Universitäts-, Fachhochschulabschluss														
25 – 28	14	18	7	10	7	11	13	18	10	18	14	22	9	19
29 – 32	19	28	12	19	12	20	19	29	11	15	18	32	15	29
33 – 36	17	26	13	20	12	20	16	25	13	/	17	31	14	22
37 – 40	15	21	12	15	10	12	15	17	13	9	17	24	12	/
41 – 44	15	17	10	7	8	7	15	10	10	6	16	18	11	/
und zwar:														
Universitätsabschluss														
25 – 28	9	11	4	6	4	6	7	9	9	17	11	18	7	14
29 – 32	13	19	8	13	9	15	11	19	10	13	15	27	12	22
33 – 36	11	17	9	15	9	15	10	17	11	/	13	23	10	/
37 – 40	9	13	9	11	8	10	10	11	11	7	13	20	9	/
41 – 44	9	11	7	5	6	5	10	6	8	5	12	15	8	/
Fachhochschulabschluss														
25 – 28	5	7	3	4	3	4	7	9	1	/	3	/	/	/
29 – 32	6	9	4	6	3	6	8	10	1	/	3	/	/	/
33 – 36	6	9	4	5	3	5	5	8	2	/	4	/	/	/
37 – 40	6	8	3	4	2	2	6	6	2	/	4	/	/	/
41 – 44	5	6	2	2	2	1	6	4	2	/	5	/	/	/
Abitur														
25 – 28	21	25	14	18	11	14	21	25	6	8	15	19	12	16
29 – 32	17	21	10	13	8	10	11	12	6	/	16	19	13	21
33 – 36	15	18	8	10	4	5	7	8	6	/	15	19	13	/
37 – 40	16	17	4	5	3	4	5	/	6	/	13	19	9	/
41 – 44	13	13	3	3	3	2	4	4	6	6	15	16	9	/
und zwar:														
mit beruflichem Ausbildungsabschluss														
25 – 28	18	22	13	17	9	13	19	23	6	8	8	11	7	10
29 – 32	16	19	9	12	7	9	10	11	6	/	10	13	10	/
33 – 36	14	16	7	9	3	4	6	6	6	/	9	12	7	/
37 – 40	14	15	4	4	3	3	5	/	6	/	9	/	7	/
41 – 44	11	11	3	2	2	2	4	3	6	6	10	11	6	/
ohne beruflichen Ausbildungsabschluss														
25 – 28	2	2	1	1	1	2	/	/	/	/	8	9	5	/
29 – 32	2	2	1	1	1	1	/	/	/	/	6	6	/	/
33 – 36	1	2	1	/	1	/	/	/	/	/	6	/	5	/
37 – 40	1	2	1	/	1	/	/	/	/	/	4	/	/	/
41 – 44	1	2	0	/	1	/	/	/	/	/	5	/	/	/
Mittlere Reife														
25 – 28	41	40	42	45	38	41	54	48	78	68	22	24	17	21
29 – 32	39	35	37	38	30	31	66	55	77	71	21	19	15	16
33 – 36	40	36	32	32	26	29	75	64	74	68	20	17	16	/
37 – 40	40	37	27	26	22	23	76	73	69	71	19	18	15	/
41 – 44	37	35	25	22	24	23	77	81	67	69	21	22	17	18
und zwar:														
mit beruflichem Ausbildungsabschluss														
25 – 28	37	38	40	43	34	38	50	46	76	67	15	19	11	14
29 – 32	36	33	35	36	27	29	62	53	75	67	15	16	11	/
33 – 36	37	34	29	30	23	26	72	61	72	66	14	13	13	/
37 – 40	37	34	25	24	19	20	74	70	67	68	13	13	11	/
41 – 44	35	32	22	20	20	20	74	77	64	66	15	17	12	14
ohne beruflichen Ausbildungsabschluss														
25 – 28	4	2	2	2	3	3	4	/	2	/	7	/	6	/
29 – 32	3	2	3	2	3	2	3	/	2	/	6	/	5	/
33 – 36	3	2	3	2	3	3	3	/	2	/	6	/	/	/
37 – 40	3	3	2	2	3	3	2	/	2	/	6	/	4	/
41 – 44	3	3	2	2	4	3	3	4	2	/	6	/	5	/

Fußnoten am Tabellenende.

noch Tabelle 2: 25- bis 44-jährige Frauen nach Altersgruppen, Staatsangehörigkeit und Bildungsabschluss
Ergebnisse des Mikrozensus¹⁾
Prozent

Alter von ... bis ... Jahren	Deutsche										Ausländerinnen			
	Früheres Bundesgebiet					Neue Länder und Berlin-Ost					Deutschland			
	März 2004		April 1991		März 1987		März 2004		April 1991		März 2004		April 1991	
	zu-sammen	dar.: Kinderlose ²⁾	zu-sammen	dar.: Kinderlose ²⁾	zu-sammen	dar.: Kinderlose ²⁾	zu-sammen	dar.: Kinderlose ²⁾	zu-sammen	dar.: Kinderlose ²⁾	zu-sammen	dar.: Kinderlose ²⁾	zu-sammen	dar.: Kinderlose ²⁾
Haupt-(Volks-)schulabschluss														
25 – 28	24	17	36	27	44	34	11	9	5	5	49	34	62	44
29 – 32	26	17	41	29	51	38	4	/	6	/	45	30	56	35
33 – 36	27	20	48	37	59	47	3	/	8	15	48	33	58	42
37 – 40	30	25	57	54	65	61	3	/	13	17	52	39	64	55
41 – 44	35	36	62	68	66	67	4	5	17	20	48	44	64	60
und zwar:														
mit beruflichem Ausbildungsabschluss														
25 – 28	16	13	27	22	30	25	8	6	4	/	16	15	20	22
29 – 32	18	13	29	22	36	29	3	/	5	/	17	16	16	14
33 – 36	19	14	37	29	42	34	2	/	6	/	17	14	20	24
37 – 40	22	18	42	40	45	44	3	/	11	14	15	17	20	19
41 – 44	25	24	45	49	43	45	3	4	14	17	15	19	20	19
ohne beruflichen Ausbildungsabschluss														
25 – 28	8	4	9	5	14	9	4	/	/	/	33	19	42	22
29 – 32	7	4	12	8	14	9	/	/	/	/	28	14	40	20
33 – 36	8	5	11	8	17	13	/	/	2	/	31	19	37	/
37 – 40	8	7	14	15	20	17	/	/	2	/	37	22	44	36
41 – 44	10	12	17	19	22	22	/	/	3	3	33	26	44	41

1) Bevölkerung am Familienwohnsitz. – Personen ohne gegenwärtigen Schulbesuch; mit allgemeinem Schulabschluss und/oder mit beruflichem Ausbildungs- oder Universitäts-, Fachhochschulabschluss. – 2) Frauen ohne ledige Kinder unter 18 Jahren in der Familie; einschl. Frauen, die selbst lediges Kind in der Familie sind.

Nachweis der Bildungsabschlüsse von Frauen in Deutschland nach Staatsangehörigkeit

Bildungsabschluss	Deutsche		Ausländerinnen
	Früheres Bundesgebiet ¹⁾	Neue Länder und Berlin-Ost ²⁾	Deutschland ²⁾
Universitäts-, Fachhochschulabschluss	X	X	X
Universitätabschluss ³⁾	X	–	–
Fachhochschulabschluss ⁴⁾ ...	X	–	–
Abitur ⁵⁾	X	X	X
mit beruflichem Ausbildungsabschluss ⁶⁾	X	–	–
ohne beruflichen Ausbildungsabschluss ⁷⁾	X	–	–
Mittlere Reife ⁸⁾	X	X	X
mit beruflichem Ausbildungsabschluss ⁶⁾	X	–	–
ohne beruflichen Ausbildungsabschluss ⁷⁾	X	–	–
Haupt-(Volks-)schulabschluss ..	X	X	X
mit beruflichem Ausbildungsabschluss ⁶⁾	X	–	–
ohne beruflichen Ausbildungsabschluss ⁷⁾	X	–	–

X – Nachweis,

– – kein Nachweis.

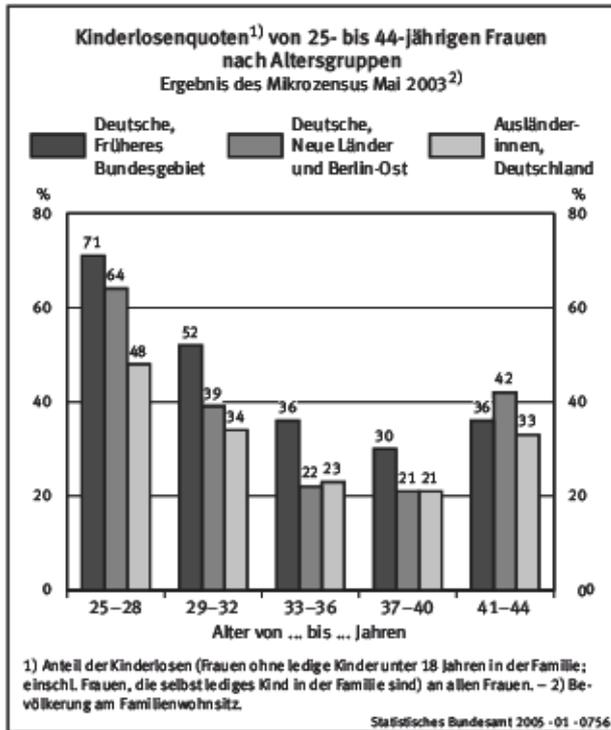
1) Ergebnisse des Mikrozensus 1987, 1991, 1995, 1999, 2003 und 2004. – 2) Ergebnisse des Mikrozensus 1991, 1995, 1999, 2003 und 2004. – 3) Einschl. Promotion. – 4) Einschl. Ingenieurschulabschluss, Verwaltungsfachhochschule (außer 1999). – 5) Allgemeine Hochschul-, Fachhochschulreife. – 6) Lehr-/Anlernausbildung, Fachschulabschluss (einschl. Meister-/Technikerausbildung); 1999: einschl. Abschluss einer Verwaltungsfachhochschule. – 7) Einschl. Personen ohne Angabe zum Vorhandensein eines beruflichen Ausbildungs- oder Universitäts-, Fachhochschulabschlusses. – 8) Realschul- oder gleichwertiger Abschluss; einschl. Abschluss der allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule der DDR.

Entwicklung der Kinderlosigkeit in Abhängigkeit vom Bildungsabschluss der Frauen von 1987 bis 2003

Schaubild 1 bildet die Kinderlosenquote – den Anteil der Kinderlosen an allen Frauen – im Durchschnitt aller Bildungsgruppen für deutsche Frauen in Ost und West sowie für ausländische Frauen in Deutschland für die 25- bis 44-jährigen im Mai 2003 ab. Erkennbar ist eine klare Struktur:

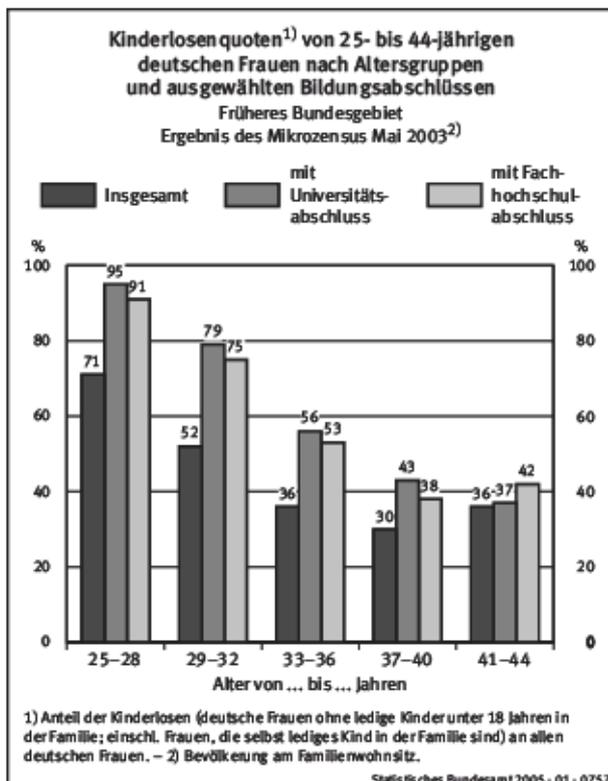
- Während der überwiegende Anteil der 25- bis 28-jährigen deutschen Frauen in West und Ost noch kinderlos war, traf dies nur für weniger als die Hälfte der gleichaltrigen ausländischen Frauen zu.
- Mit zunehmendem Alter geht der Anteil der Kinderlosen zurück und erreicht bei allen Gruppen im Alter zwischen 37 und 40 Jahren einen Tiefpunkt.
- Nimmt man den Tiefpunkt als Indikator für eine wahrscheinlich lebenslange Kinderlosigkeit, werden bei den westdeutschen Frauen, die 2003 zwischen 37 und 40 Jahren alt waren, im Durchschnitt etwa 30% kinderlos bleiben. Bei den gleichaltrigen deutschen Frauen im Osten sowie den ausländischen Frauen ist hingegen nur bei etwa jeder fünften Frau (21%) von einer lebenslangen Kinderlosigkeit auszugehen.
- Die in Deutschland lebenden Ausländerinnen sind im „jüngeren“ Alter (25 bis 32 Jahre) erheblich seltener kin-

Schaubild 1



derlos als ihre deutschen Altersgenossinnen in West und Ost. Zwischen Mitte bis Ende Dreißig ist die Kinderlosigkeit von Ausländerinnen und von deutschen Frauen in den neuen Ländern und Berlin-Ost ungefähr gleich hoch. Bei den über 40-jährigen ist die Kinderlosenquote

Schaubild 2



bei den Ausländerinnen wiederum niedriger als bei den gleichaltrigen deutschen Frauen in Ost- und Westdeutschland. Demnach setzen die Familiengründungsprozesse bei ausländischen Frauen zum einen deutlich früher ein als bei deutschen Frauen. Zum anderen ziehen sie als über 40-jährige noch häufiger minderjährige Kinder im Haushalt groß als gleichaltrige deutsche Frauen.

Untersucht man die Kinderlosigkeit von Frauen in Abhängigkeit vom Bildungsniveau, zeichnet sich auf Grundlage der Ergebnisse des Mikrozensus 2003 folgendes Bild ab (siehe Tabelle 3):

- Das Ausmaß der Kinderlosigkeit steigt mit dem Bildungsniveau und ist bei Frauen mit Universitäts- oder Fachhochschulabschluss am höchsten.
- Im früheren Bundesgebiet weichen deutsche Frauen mit Universitätsabschluss vom gängigen Muster eines Tiefpunkts der Kinderlosigkeit bei 37- bis 40-jährigen ab. Im Mai 2003 waren von den 37- bis 40-jährigen Akademikerinnen 43% kinderlos, von den 41- bis 44-jährigen dagegen nur 37% (siehe Schaubild 2).

Bei den 41- bis 44-jährigen Frauen ist nicht nur von bereits relativ fest gefügten Lebenskonzepten auszugehen. Auch

Tabelle 3: Kinderlosenquoten¹⁾ von 25- bis 44-jährigen Frauen nach Altersgruppen
Ergebnis des Mikrozensus Mai 2003²⁾
Prozent

Alter von ... bis ... Jahren	Deutsche		Ausländerinnen
	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Deutschland
Insgesamt			
25-28	71	64	48
29-32	52	39	34
33-36	36	22	23
37-40	30	21	21
41-44	36	42	33
Universitäts-, Fachhochschulabschluss			
25-28	93	85	79
29-32	78	60	62
33-36	55	33	46
37-40	41	21	23
41-44	39	28	29
Abitur			
25-28	85	74	61
29-32	63	48	49
33-36	43	24	29
37-40	33	/	26
41-44	36	40	32
Mittlere Reife			
25-28	71	58	48
29-32	48	33	31
33-36	33	19	22
37-40	28	20	24
41-44	33	44	34
Haupt-(Volks-)schulabschluss			
25-28	48	50	36
29-32	34	/	22
33-36	27	/	14
37-40	25	28	17
41-44	38	52	34

1) Anteil der Kinderlosen (Frauen ohne ledige Kinder unter 18 Jahren in der Familie; einschl. Frauen, die selbst lediges Kind in der Familie sind) an allen Frauen. - 2) Bevölkerung am Familienwohnsitz. - Personen ohne gegenwärtigen Schulbesuch; mit allgemeinem Schulabschluss und/oder mit beruflichem Ausbildungs- oder Universitäts-, Fachhochschulabschluss.

Tabelle 4: Kinderlosenquoten¹⁾ von 25- bis 44-jährigen deutschen Frauen der Geburtsjahrgänge 1943 bis 1978 nach Altersgruppen
Früheres Bundesgebiet
Ergebnisse des Mikrozensus 1987, 1991, 1995, 1999 und 2003²⁾
Anteil der deutschen Frauen des Geburtsjahrgangs in %

Alter von ... bis ... Jahren	Geburtsjahrgänge von ... bis ...								
	1943 – 1946	1947 – 1950	1951 – 1954	1955 – 1958	1959 – 1962	1963 – 1966	1967 – 1970	1971 – 1974	1975 – 1978
Insgesamt									
25 – 28	X	X	X	X	59	63	68	70	71
29 – 32	X	X	X	37	38	45	49	52	X
33 – 36	X	X	26	26	29	33	36	X	X
37 – 40	X	27	27	27	27	30	X	X	X
41 – 44	44	43	40	36	36	X	X	X	X
Universitäts-, Fachhochschulabschluss									
25 – 28	X	X	X	X	84	86	91	93	93
29 – 32	X	X	X	62	62	72	77	78	X
33 – 36	X	X	44	42	48	52	55	X	X
37 – 40	X	33	32	35	40	41	X	X	X
41 – 44	37	33	32	35	39	X	X	X	X
und zwar:									
Universitätsabschluss									
25 – 28	X	X	X	X	84	87	92	94	95
29 – 32	X	X	X	63	63	75	78	79	X
33 – 36	X	X	43	44	50	53	56	X	X
37 – 40	X	32	32	34	40	43	X	X	X
41 – 44	37	30	31	35	37	X	X	X	X
Fachhochschulabschluss									
25 – 28	X	X	X	X	84	86	89	91	91
29 – 32	X	X	X	59	59	66	75	75	X
33 – 36	X	X	45	38	46	50	53	X	X
37 – 40	X	35	32	36	38	38	X	X	X
41 – 44	40	42	35	36	42	X	X	X	X
Abitur									
25 – 28	X	X	X	X	78	80	83	84	85
29 – 32	X	X	X	48	48	57	60	63	X
33 – 36	X	X	32	34	39	41	43	X	X
37 – 40	X	32	31	29	30	33	X	X	X
41 – 44	38	34	36	35	36	X	X	X	X
und zwar:									
mit beruflichem Ausbildungsabschluss									
25 – 28	X	X	X	X	80	81	84	85	86
29 – 32	X	X	X	51	49	58	60	64	X
33 – 36	X	X	33	35	39	41	43	X	X
37 – 40	X	33	31	30	31	33	X	X	X
41 – 44	37	35	35	34	34	X	X	X	X
ohne beruflichen Ausbildungsabschluss									
25 – 28	X	X	X	X	63	65	73	76	76
29 – 32	X	X	X	31	39	49	58	52	X
33 – 36	X	X	/	/	36	45	43	X	X
37 – 40	X	/	/	/	26	36	X	X	X
41 – 44	/	/	/	42	44	X	X	X	X
Mittlere Reife									
25 – 28	X	X	X	X	64	67	70	71	71
29 – 32	X	X	X	39	38	43	47	48	X
33 – 36	X	X	29	27	27	30	33	X	X
37 – 40	X	29	26	27	25	28	X	X	X
41 – 44	44	39	38	33	33	X	X	X	X
und zwar:									
mit beruflichem Ausbildungsabschluss									
25 – 28	X	X	X	X	66	69	71	72	74
29 – 32	X	X	X	40	39	43	47	50	X
33 – 36	X	X	29	28	28	30	33	X	X
37 – 40	X	29	26	26	25	28	X	X	X
41 – 44	44	39	38	33	32	X	X	X	X
ohne beruflichen Ausbildungsabschluss									
25 – 28	X	X	X	X	47	42	46	52	48
29 – 32	X	X	X	32	30	33	40	33	X
33 – 36	X	X	24	21	17	26	30	X	X
37 – 40	X	32	24	27	29	32	X	X	X
41 – 44	44	39	38	38	40	X	X	X	X

Fußnoten am Tabellenende.

noch Tabelle 4: Kinderlosenquoten¹⁾ von 25- bis 44-jährigen deutschen Frauen der Geburtsjahrgänge 1943 bis 1978 nach Altersgruppen
Früheres Bundesgebiet
Ergebnisse des Mikrozensus 1987, 1991, 1995, 1999 und 2003²⁾
Anteil der deutschen Frauen des Geburtsjahrgangs in %

Alter von ... bis ... Jahren	Geburtsjahrgänge von ... bis ...								
	1943 – 1946	1947 – 1950	1951 – 1954	1955 – 1958	1959 – 1962	1963 – 1966	1967 – 1970	1971 – 1974	1975 – 1978
Haupt-(Volks-)schulabschluss									
25 – 28	X	X	X	X	46	48	53	52	48
29 – 32	X	X	X	28	27	31	34	34	X
33 – 36	X	X	20	20	22	25	27	X	X
37 – 40	X	26	26	24	23	25	X	X	X
41 – 44	46	47	42	38	38	X	X	X	X
und zwar:									
mit beruflichem Ausbildungsabschluss									
25 – 28	X	X	X	X	50	51	57	57	54
29 – 32	X	X	X	30	28	33	35	38	X
33 – 36	X	X	21	21	23	25	28	X	X
37 – 40	X	27	25	24	23	24	X	X	X
41 – 44	46	47	41	38	36	X	X	X	X
ohne beruflichen Ausbildungsabschluss									
25 – 28	X	X	X	X	36	36	39	38	34
29 – 32	X	X	X	24	24	27	29	25	X
33 – 36	X	X	19	19	20	23	24	X	X
37 – 40	X	24	27	26	25	29	X	X	X
41 – 44	45	47	46	40	42	X	X	X	X

Lesebeispiele:

Alterseffekt: Von den 1951 bis 1954 geborenen Frauen mit Universitätsabschluss waren im Alter von 37 bis 40 Jahren 32%, im Alter von 41 bis 44 Jahren 31% kinderlos.

Kohorteneffekt: Von den Frauen mit Universitätsabschluss waren im Alter von 37 bis 40 Jahren in der Geburtskohorte 1955 bis 1958 34%, in der Geburtskohorte 1959 bis 1962 40% kinderlos.

1) Anteil der deutschen Kinderlosen (Frauen ohne ledige Kinder unter 18 Jahren in der Familie; einschl. Frauen, die selbst lediges Kind in der Familie sind) an allen deutschen Frauen. – 2) Bevölkerung am Familienwohnsitz. – Personen ohne gegenwärtigen Schulbesuch; mit allgemeinem Schulabschluss und/oder mit beruflichem Aus-bildungs- oder Universitäts-, Fachhochschulabschluss.

die Realisierung eines Kinderwunsches stößt zunehmend an biologische Grenzen. Deshalb bedarf es einer Erklärung, wenn die 41- bis 44-jährigen deutschen Frauen mit Universitätsabschluss im früheren Bundesgebiet in geringerem Umfang kinderlos sind als die 37- bis 40-jährigen. Wie oben ausgeführt, ist bei einem Vergleich verschiedener Altersgruppen zu einem gegebenen Zeitpunkt (hier: 2003) zu berücksichtigen, dass diese unterschiedliche Geburtskohorten (41- bis 44-jährige: Geburtsjahrgänge 1959 bis 1962; 37- bis 40-jährige: Geburtsjahrgänge 1963 bis 1966) repräsentieren. Man kann daher nicht einfach von einem Alterseffekt dergestalt ausgehen, dass die 37- bis 40-jährigen vier Jahre später, also bis Mitte 40, die Familiengründung in umfangreicher Weise nachgeholt haben werden. Vielmehr muss die Möglichkeit eines Kohorteneffekts in Betracht gezogen werden, welcher bedeuten würde, dass die jüngeren Geburtsjahrgänge eine geringer ausgeprägte Tendenz zur Familiengründung haben als die älteren Geburtskohorten. Im Folgenden werden daher die Kinderlosenquoten für die Geburtskohorten 1943 bis 1978 im Alter von 25 bis 44 Jahren in Abhängigkeit vom Bildungsniveau betrachtet. Auf diese Weise ist es möglich, zwischen Alterseffekten (altersspezifische Kinderlosigkeit von Frauen eines bestimmten Geburtsjahrgangs) und Kohorteneffekten (geburtskohortenspezifische Kinderlosigkeit von Frauen einer bestimmten Altersgruppe) zu trennen.

Deutsche Frauen im früheren Bundesgebiet

Tabelle 4 zeigt die bildungsspezifischen Kinderlosenquoten von 25- bis 44-jährigen deutschen Frauen im früheren

Bundesgebiet, die zwischen 1943 und 1978 geboren sind. Konzentriert man sich zunächst auf Frauen mit einer Universitätsausbildung, ist ein deutlicher Alterseffekt in Form einer vergleichsweise späten Familiengründung offensichtlich: So waren von den 1951 bis 1954 geborenen Frauen im Alter von 33 bis 36 Jahren noch 43%, bei den 37- bis 40-jährigen 32% und im Alter von 41 bis 44 Jahren 31% kinderlos. Bei den 1959 bis 1962 Geborenen liegen die entsprechenden Anteile bei 50% (33- bis 36-jährige), 40% (37- bis 40-jährige) und 37% (41- bis 44-jährige). Mithin scheint es im früheren Bundesgebiet bei deutschen Frauen mit Universitätsabschluss im Alter von Ende 30 bis Anfang 40 noch durchaus zu Nachholprozessen bei der Familiengründung zu kommen. Dieser Alterseffekt wird verdeckt, wenn sich die Betrachtung auf die relative breite Gruppe der 35- bis 39-jährigen konzentriert und führt aufgrund der noch sehr hohen Kinderlosigkeit von Frauen mit Universitätsabschluss um die Mitte 30 tendenziell zu einer Überschätzung der lebenslangen Kinderlosigkeit von Akademikerinnen. Gleichwohl ist auch ein Kohorteneffekt zu beobachten, das heißt ein Anstieg der Kinderlosigkeit über die Geburtsjahrgänge hinweg. Während bei den 1947 bis 1954 geborenen Frauen mit Universitätsabschluss für 30% eine dauerhafte Kinderlosigkeit anzunehmen ist, liegt dieser Anteil bei den 1955 bis 1958 Geborenen bei 34% und bei den 1959 bis 1962 Geborenen bereits bei 37%. Bei den 1963 bis 1966 sowie den 1967 bis 1970 Geborenen deutet sich ein weiterer Anstieg an, da hier im Alter zwischen 33 und 36 Jahren bereits mehr als die Hälfte der Frauen (53 bzw. 56%) keine Kinder hatte.

Ein von der Tendenz ähnliches Muster zeigt sich im früheren Bundesgebiet für Frauen mit Fachhochschulabschluss: Ist für die 1947 bis 1954 geborenen Frauen eine dauerhafte Kinderlosigkeit von 32 bis 35% anzunehmen, steigt sie bei den 1955 bis 1962 Geborenen bereits auf 36 bis 38%. Auch hier ist mit einem weiteren Anstieg zu rechnen, da der Anteil der 33- bis 36-jährigen Kinderlosen bei den 1963 bis 1970 Geborenen bereits 50% und mehr erreicht.

Das Phänomen der relativ späten Mutterschaft ist bislang auf Frauen mit Universitätsabschluss begrenzt. Für Frauen mit Abitur und Mittlerer Reife gilt das „klassische“ altersspezifische Muster der Kinderlosigkeit mit einem Tiefpunkt bei den 37- bis 40-jährigen. Bei Hauptstudierenden ist die geringste Kinderlosigkeit dagegen bereits im Alter von 33 bis 36 Jahren zu beobachten. Darüber hinaus korreliert das Ausmaß der Kinderlosigkeit von deutschen Frauen im früheren Bundesgebiet sehr stark mit dem Bildungsabschluss, bei einem insgesamt sehr hohen Niveau. Die geringste Kin-

derlosenquote findet sich bei Frauen mit einem Hauptschulabschluss (20 bis 27%), gefolgt von Frauen mit einem mittleren Bildungsniveau (25 bis 29%) und Frauen mit Abitur (29 bis 33%). Weder für Abiturientinnen noch für Frauen mit mittlerer Reife ist bislang eine Tendenz in Richtung zunehmende Kinderlosigkeit über die Geburtskohorten hinweg zu erkennen. Im Unterschied hierzu deutet sich bei Frauen mit Hauptschulabschluss ein Anstieg der Kinderlosigkeit an: Bei den zwischen 1951 und 1958 Geborenen ist für jede fünfte Frau von einer lebenslangen Kinderlosigkeit auszugehen, in der Kohorte 1963 bis 1966 wird es bereits jede vierte Frau sein.

Deutsche Frauen in den neuen Ländern und Berlin-Ost

Wie Tabelle 5 verdeutlicht, lassen die aus dem Mikrozensus vorliegenden Daten für die deutschen Frauen in den

Tabelle 5: Kinderlosenquoten¹⁾ von 25- bis 44-jährigen deutschen Frauen der Geburtsjahrgänge 1947 bis 1978 nach Altersgruppen
Neue Länder und Berlin-Ost
Ergebnisse des Mikrozensus 1991, 1995, 1999 und 2003²⁾
Anteil der deutschen Frauen des Geburtsjahrgangs in %

Alter von... bis... Jahren	Geburtsjahrgänge von ... bis ...							
	1947 – 1950	1951 – 1954	1955 – 1958	1959 – 1962	1963 – 1966	1967 – 1970	1971 – 1974	1975 – 1978
Insgesamt								
25 – 28	X	X	X	X	23	40	57	64
29 – 32	X	X	X	10	16	29	39	X
33 – 36	X	X	8	9	14	22	X	X
37 – 40	X	16	14	16	21	X	X	X
41 – 44	45	37	39	42	X	X	X	X
Universitäts-, Fachhochschulabschluss								
25 – 28	X	X	X	X	42	72	85	85
29 – 32	X	X	X	14	25	51	60	X
33 – 36	X	X	/	12	21	33	X	X
37 – 40	X	10	/	14	21	X	X	X
41 – 44	27	21	25	28	X	X	X	X
Abitur								
25 – 28	X	X	X	X	30	50	66	74
29 – 32	X	X	X	/	/	34	48	X
33 – 36	X	X	/	/	/	24	X	X
37 – 40	X	/	/	/	/	X	X	X
41 – 44	39	33	34	40	X	X	X	X
Mittlere Reife								
25 – 28	X	X	X	X	20	36	53	58
29 – 32	X	X	X	10	14	25	33	X
33 – 36	X	X	7	8	12	19	X	X
37 – 40	X	17	14	16	20	X	X	X
41 – 44	46	39	41	44	X	X	X	X
Haupt-(Volks-)schulabschluss								
25 – 28	X	X	X	X	/	/	46	50
29 – 32	X	X	X	/	/	/	/	X
33 – 36	X	X	/	/	/	/	X	X
37 – 40	X	/	/	23	28	X	X	X
41 – 44	51	/	49	52	X	X	X	X

Lesbeispiele:

Alterseffekt: Von den 1959 bis 1962 geborenen Frauen mit Universitäts- oder Fachhochschulabschluss waren im Alter von 29 bis 32 Jahren 14%, im Alter von 33 bis 36 Jahren 12% kinderlos.

Kohorteneffekt: Von den Frauen mit Universitäts- oder Fachhochschulabschluss waren im Alter von 37 bis 40 Jahren in der Geburtskohorte 1959 bis 1962 14%, in der Geburtskohorte 1963 bis 1966 21% kinderlos.

1) Anteil der deutschen Kinderlosen (Frauen ohne ledige Kinder unter 18 Jahren in der Familie; einschl. Frauen, die selbst lediges Kind in der Familie sind) an allen deutschen Frauen. – 2) Bevölkerung am Familienwohnsitz. – Personen ohne gegenwärtigen Schulbesuch; mit allgemeinem Schulabschluss und/oder mit beruflichem Ausbildungs- oder Universitäts-, Fachhochschulabschluss.

neuen Ländern und Berlin-Ost nur bedingt bildungsabhängige Aussagen zu.²³⁾ Erkennbar ist jedoch, dass die Familiengründungsprozesse bei den Kohorten 1955 bis 1962 – die 1987 zwischen 25 und 32 Jahren alt waren und deren Ausbildungsphase ebenso wie der Einstieg ins Erwerbsleben noch überwiegend vor der deutschen Vereinigung erfolgt ist – deutlich früher eingesetzt haben als bei den entsprechenden Geburtskohorten im früheren Bundesgebiet. Die geringste Kinderlosigkeit findet sich hier bereits bei Frauen im Alter zwischen 33 und 36 Jahren. Bezogen auf die Jahrgänge 1963 bis 1966 waren im Alter zwischen 25 und 28 Jahren im Durchschnitt nur 23% der Frauen im Osten kinderlos, bei der entsprechenden Gruppe im Westen waren es hingegen 63%. Weiterhin war das Phänomen der Kinderlosigkeit auf eine relativ kleine Minderheit von Frauen beschränkt. Für die 1959 bis 1962 Geborenen ist von einer dauerhaften Kinderlosigkeit von 9% im Durchschnitt aller Bildungsgruppen auszugehen, für Frauen mit Universitäts- oder Fachhochschulabschluss von 12%.

Dieses Bild hat sich im Verlauf des letzten Jahrzehnts nicht unbedeutend verändert. Dies äußert sich zum einen in einer Verschiebung der Familiengründung in ein höheres Lebensalter. Besonders deutlich wird dies bei der jüngsten hier betrachteten Altersgruppe, den 25- bis 28-Jährigen. Die Kinderlosenquote dieser Altersgruppe lag im Jahr 1991

(Geburtsjahrgänge 1963 bis 1966) bei 23% und ist bis zum Jahr 2003 (Geburtsjahrgänge 1975 bis 1978) auf 64% angestiegen, das heißt sie hat sich nahezu verdreifacht. Bemerkenswert ist auch die Entwicklung bei Frauen mit einem Universitäts- oder Fachhochschulabschluss: Hier waren 2003 85% der 25- bis 28-Jährigen kinderlos, ein rund doppelt so hoher Anteil wie im Jahr 1991 (42%). Zugleich zeigt sich, dass die Kinderlosenquote in dieser Bildungsgruppe überdurchschnittlich angestiegen ist. Bezogen auf die 33- bis 36-Jährigen mit Universitäts- oder Fachhochschulabschluss war in der Geburtskohorte 1959 bis 1962 nur etwa jede achte Frau (12%) kinderlos, in der Geburtskohorte 1963 bis 1966 war es bereits mehr als jede fünfte Frau (21%) und in den Jahrgängen 1967 bis 1970 bereits jede dritte Frau (33%).

Schaubild 3 verdeutlicht, wie stark sich die Kinderlosigkeit deutscher Frauen in den neuen Ländern und Berlin-Ost der von Frauen im früheren Bundesgebiet inzwischen angenähert hat.

Ausländische Frauen in Deutschland

Aufgrund der geringen Fallzahlen sind Aussagen zum bildungsspezifischen Ausmaß der Kinderlosigkeit von Ausländerinnen in Deutschland nur eingeschränkt möglich.

Schaubild 3

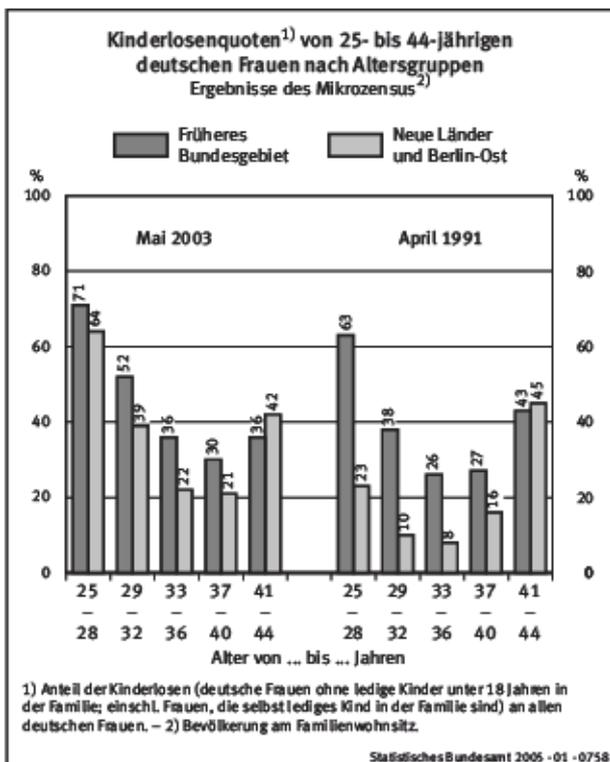
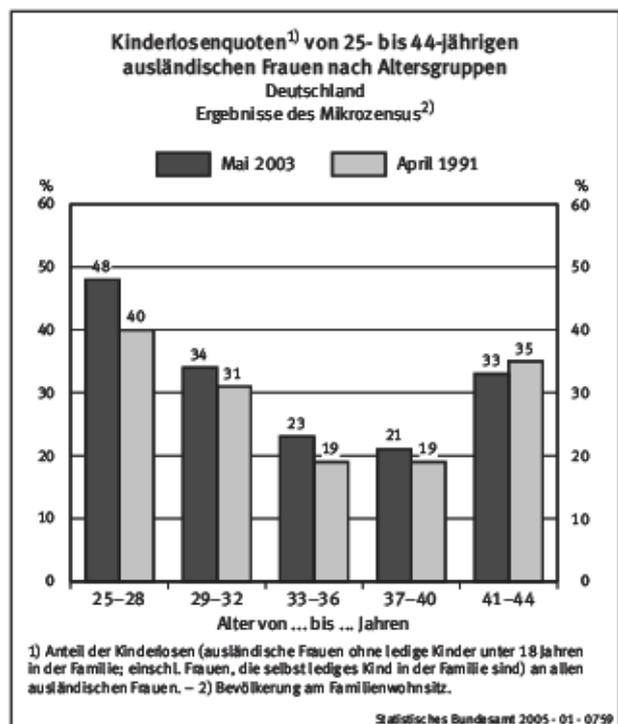


Schaubild 4



23) Dies ist einerseits durch die schiefe Verteilung der Bildungsabschlüsse bedingt (siehe Tabelle 2) als Folge des Bildungssystems in der ehemaligen DDR. Das im früheren Bundesgebiet dominierende dreigliedrige Bildungssystem wurde in der ehemaligen DDR in den 1950er-Jahren durch ein gesamtschulartiges Bildungssystem abgelöst, wobei die zehnte Klasse (allgemeinbildende polytechnische Oberschule) als Regelabschluss eingeführt wurde. Das Äquivalent im früheren Bundesgebiet war die mittlere Reife. Nur ein geringer Prozentsatz der Schülerinnen und Schüler ging bereits nach der achten Klasse (Äquivalent im Westen: Hauptschulabschluss) von der Schule. In der Konsequenz sind die Bildungsverteilungen in den neuen Ländern und Berlin-Ost durch die mittleren Bildungsabschlüsse dominiert, gefolgt von höheren Abschlüssen, während nur eine Minderheit einen Hauptschulabschluss aufweist. Andererseits waren nur wenige Frauen kinderlos. Die vergleichsweise geringen Fallzahlen bei den Kinderlosen führen daher bei einer Differenzierung nach Alter und Bildungsabschluss sehr schnell zu nicht mehr aussagekräftigen Zellenbesetzungen.

Tabelle 6: Kinderlosenquoten¹⁾ von 25- bis 44-jährigen ausländischen Frauen der Geburtsjahrgänge 1947 bis 1978 nach Altersgruppen
Deutschland

Ergebnisse des Mikrozensus 1991, 1995, 1999 und 2003²⁾
Anteil der ausländischen Frauen des Geburtsjahrgangs in %

Alter von ... bis ... Jahren	Geburtsjahrgänge von ... bis ...							
	1947 – 1950	1951 – 1954	1955 – 1958	1959 – 1962	1963 – 1966	1967 – 1970	1971 – 1974	1975 – 1978
Insgesamt								
25 – 28	X	X	X	X	40	43	42	48
29 – 32	X	X	X	31	28	30	34	X
33 – 36	X	X	19	24	22	23	X	X
37 – 40	X	19	24	21	21	X	X	X
41 – 44	35	34	35	33	X	X	X	X
Universitäts-, Fachhochschulabschluss								
25 – 28	X	X	X	X	82	74	78	79
29 – 32	X	X	X	57	47	62	62	X
33 – 36	X	X	31	36	43	46	X	X
37 – 40	X	/	/	33	23	X	X	X
41 – 44	/	34	34	29	X	X	X	X
Abitur								
25 – 28	X	X	X	X	55	68	59	61
29 – 32	X	X	X	48	49	38	49	X
33 – 36	X	X	/	34	32	29	X	X
37 – 40	X	/	36	27	26	X	X	X
41 – 44	/	43	35	32	X	X	X	X
Mittlere Reife								
25 – 28	X	X	X	X	48	50	48	48
29 – 32	X	X	X	31	30	30	31	X
33 – 36	X	X	/	32	23	22	X	X
37 – 40	X	/	27	/	24	X	X	X
41 – 44	39	31	33	34	X	X	X	X
Haupt-(Volks-)schulabschluss								
25 – 28	X	X	X	X	29	31	28	36
29 – 32	X	X	X	19	18	19	22	X
33 – 36	X	X	14	15	13	14	X	X
37 – 40	X	17	19	17	17	X	X	X
41 – 44	33	33	35	34	X	X	X	X

Lesebeispiele:

Alterseffekt: Von den 1959 bis 1962 geborenen Frauen mit Universitäts- oder Fachhochschulabschluss waren im Alter von 37 bis 40 Jahren 33%, im Alter von 41 bis 44 Jahren 29% kinderlos.

Kohorteneffekt: Von den Frauen mit Universitäts- oder Fachhochschulabschluss waren im Alter von 37 bis 40 Jahren in der Geburtskohorte 1959 bis 1962 33%, in der Geburtskohorte 1963 bis 1966 23% kinderlos.

1) Anteil der ausländischen Kinderlosen (Frauen ohne ledige Kinder unter 18 Jahren in der Familie; einschl. Frauen, die selbst lediges Kind in der Familie sind) an allen ausländischen Frauen. – 2) Bevölkerung am Familienwohnsitz. – Personen ohne gegenwärtigen Schulbesuch; mit allgemeinem Schulabschluss und/oder mit beruflichem Ausbildungs- oder Universitäts-, Fachhochschulabschluss.

Tabelle 6 zeigt, dass die Kinderlosigkeit von Ausländerinnen der Geburtsjahrgänge 1959 bis 1962 im Durchschnitt aller Bildungsgruppen – ganz nach klassischem Muster – für 37- bis 40-Jährige einen Tiefpunkt erreicht. Für Universitäts- und Fachhochschulabsolventinnen dieser Geburtsjahrgänge ist die Kinderlosigkeit dagegen erst bei den 41- bis 44-Jährigen am geringsten; für Hauptschülerinnen erreicht sie bereits für 33- bis 36-Jährige ihr Minimum. Für die 1959 bis 1962 geborenen Ausländerinnen ist im Durchschnitt aller Bildungsgruppen von einer dauerhaften Kinderlosigkeit von 21% auszugehen.

Die Entwicklung der Kinderlosigkeit 25- bis 28-jähriger Ausländerinnen über die Geburtsjahrgänge 1967 bis 1970, 1971 bis 1974 sowie 1975 bis 1978 hinweg zeigt ebenfalls keinen eindeutigen Trend: Bei Frauen mit Universitäts- oder Fachhochschulabschluss steigt die Kinderlosigkeit tendenziell, während sie bei Frauen mit mittlerer Reife relativ konstant bleibt und bei Abiturientinnen bzw. Hauptschülerinnen zunächst zurückgeht (Geburtsjahrgänge 1971 bis 1974), dann jedoch ansteigt. Dabei ist die Kinderlosigkeit

25- bis 28-jähriger Abiturientinnen der Geburtsjahrgänge 1975 bis 1978 niedriger als die der gleichaltrigen 1967 bis 1970 Geborenen. Bei den Hauptschülerinnen verhält es sich umgekehrt: Im Gesamtdurchschnitt aller Bildungsgruppen ergibt sich die in Schaubild 4 aufgezeigte altersspezifische Entwicklung.

Kinderlosigkeit im März 2004

Aktuelle Ergebnisse zum Ausmaß der Kinderlosigkeit – mit den eingangs genannten Einschränkungen – liefert der Mikrozensus 2004. Bei einem Vergleich der Mikrozensus-ergebnisse vom März 2004 mit denen vom Mai 2003 ist zu beachten, dass bei dieser Vorgehensweise die im vorangegangenen Kapitel betrachteten Alterseffekte (altersspezifische Kinderlosigkeit von Frauen eines bestimmten Geburtsjahrgangs) und Kohorteneffekte (geburtskohortenspezifische Kinderlosigkeit von Frauen einer bestimmten Altersgruppe) nicht mehr voneinander zu trennen sind. Beispielsweise repräsentieren die 25- bis 28-Jährigen im Jahr

2004 die Geburtsjahrgänge 1976 bis 1979, im Jahr 2003 dagegen die Geburtsjahrgänge 1975 bis 1978. Im Folgenden wird deshalb von einer diesbezüglichen Gegenüberstellung abgesehen.

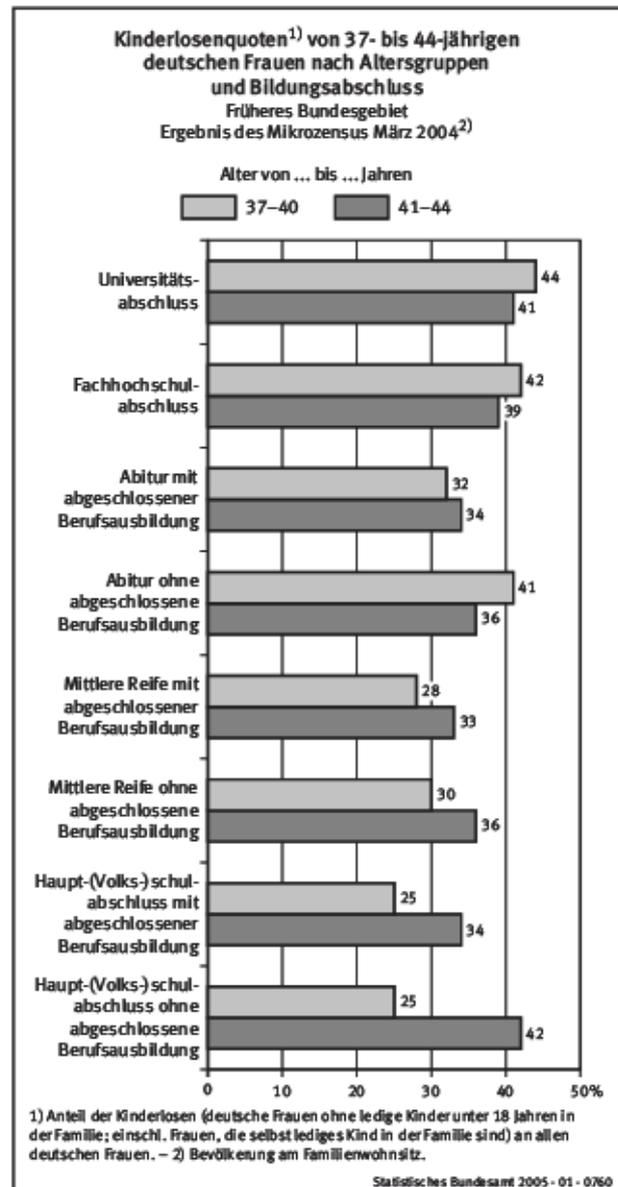
Die Kinderlosigkeit im März 2004 weist – mit Blick auf Tabelle 7 – die bekannten Strukturen auf. Dabei zeichnet Schaubild 5 ein differenzierteres Bild für die alters- und bildungsspezifische Kinderlosigkeit deutscher Frauen im früheren Bundesgebiet. Frauen mit Universitätsabschluss weichen wiederum vom gängigen Muster eines Tiefpunkts der Kinderlosigkeit bei 37- bis 40-jährigen ab. Von den 37- bis 40-jährigen waren 44% kinderlos, von den 41- bis 44-jährigen dagegen nur 41%. Gleiches galt im März 2004 für Frauen mit Fachhochschulabschluss und für Abiturientinnen ohne abgeschlossene Berufsausbildung. Bei den Erstgenannten waren von den 37- bis 40-jährigen 42%, von den 41- bis 44-jährigen dagegen nur 39% kinderlos. Von den Abiturientinnen ohne abgeschlossene Berufsausbildung waren im Alter von 37 bis 40 Jahren 41% kinderlos, im Alter von 41 bis 44 Jahren nur noch 36%. Damit scheint sich der für Frauen mit Universitätsabschluss bekannte Trend eines verzögerten Rückgangs der Kinderlosigkeit, der auf eine im Lebenslauf späte Realisierung eines Kinderwunsches hin-

Tabelle 7: Kinderlosenquoten¹⁾ von 25- bis 44-jährigen Frauen nach Altersgruppen
Ergebnis des Mikrozensus März 2004²⁾
Prozent

Alter von ... bis ... Jahren	Deutsche		Ausländerinnen
	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Deutschland
Insgesamt			
25 – 28	72	63	49
29 – 32	53	42	35
33 – 36	38	24	26
37 – 40	30	22	21
41 – 44	35	43	33
Universitäts-, Fachhochschulabschluss			
25 – 28	94	87	77
29 – 32	79	64	61
33 – 36	56	40	46
37 – 40	43	24	30
41 – 44	40	29	36
Abitur			
25 – 28	86	74	62
29 – 32	63	46	43
33 – 36	44	27	32
37 – 40	33	/	30
41 – 44	34	38	37
Mittlere Reife			
25 – 28	72	57	54
29 – 32	47	35	32
33 – 36	34	21	22
37 – 40	28	21	20
41 – 44	33	46	35
Haupt-(Volks-)schulabschluss			
25 – 28	50	48	34
29 – 32	35	/	24
33 – 36	27	/	18
37 – 40	25	/	16
41 – 44	36	52	31

1) Anteil der Kinderlosen (Frauen ohne ledige Kinder unter 18 Jahren in der Familie; einschl. Frauen, die selbst lediges Kind in der Familie sind) an allen Frauen. – 2) Bevölkerung am Familienwohnsitz. – Personen ohne gegenwärtigen Schulbesuch; mit allgemeinem Schulabschluss und/oder mit beruflichem Ausbildungs- oder Universitäts-, Fachhochschulabschluss.

Schaubild 5



deutet, auch bei Frauen mit höherem Bildungsabschluss auszubreiten. Ob sich dieses Verhaltensmuster fortsetzt und auch von anderen sozialen Gruppen mittel- und langfristig übernommen wird, bedarf weiterer Untersuchungen sobald aktuellere Daten zur Verfügung stehen.

Auf Basis der aktuellen Daten des Mikrozensus 2004 ist – unter der Annahme einer zukünftig konstanten geburtskohortenspezifischen Kinderlosigkeit von Frauen einer bestimmten Altersgruppe (Abwesenheit von Kohorteneffekten) – davon auszugehen, dass im früheren Bundesgebiet 40% der 1960 bis 1963 geborenen deutschen Frauen mit Universitäts- oder Fachhochschulabschluss (Universitätsabschluss: 41%, Fachhochschulabschluss: 39%) „kinderlos“ in der im Mikrozensus möglichen Abgrenzung bleiben werden. In den neuen Ländern und Berlin-Ost ist für 1964 bis 1967 geborene deutsche Frauen mit Universitäts- oder Fachhochschulabschluss von einer „Kin-

derlosigkeit“ von 24% auszugehen. Für die 1964 bis 1967 geborenen Ausländerinnen mit entsprechenden Bildungsabschlüssen zeichnet sich deutschlandweit eine „Kinderlosigkeit“ von 30% ab. „Kinderlosigkeit“ bedeutet hier, dass keine weiteren Kinder mehr zu erwarten sind, aber keine Festlegung für die künftige Entwicklung.

Erwerbstätigkeit, überwiegender Lebensunterhalt und Hauptfachrichtung

Die klassische Erklärung für die stärker ausgeprägte und im Zeitverlauff tendenziell zunehmende Kinderlosigkeit bei hoch qualifizierten Frauen basiert auf dem familienökonomischen Ansatz.²⁴⁾ Danach entstehen Frauen mit einem hohen Bildungsniveau und dementsprechend hohem Einkommenspotenzial im Falle einer Mutterschaft höhere Opportunitätskosten (beispielsweise durch entgangenes Einkommen infolge von Berufsunterbrechungen) als Frauen mit einem geringeren Bildungsniveau. Allerdings bleiben bei diesem ökonomischen Erklärungsansatz der gesellschaftliche Kontext, beispielsweise in Form infrastruktureller Rahmenbedingungen (etwa Verfügbarkeit von Krippen- und Hortplätzen, Öffnungszeiten von Kindergärten, Halbtags- gegenüber Ganztagschulen), soziokultureller Randbedingungen (etwa Geschlechterrollenleitbilder hinsichtlich der Arbeitsteilung von Frauen und Männern) ebenso wie Arbeitsmarktbedingungen (etwa Verfügbarkeit von Teilzeitarbeitsplätzen, flexible Arbeitszeiten) als gleichfalls wichtige Bedingungsfaktoren für Opportunitätskosten unberücksichtigt. Tatsächlich spricht die empirische Evidenz gegen einen monokausalen Zusammenhang zwischen der Erwerbsorientierung von Frauen und dem Ausmaß der Kinderlosigkeit. So zeigen international vergleichende Studien, dass eine hohe Frauenerwerbsbeteiligung sowohl mit geringen wie auch mit hohen Fertilitätsraten korrelieren kann.²⁵⁾ Beispiele für einen positiven Zusammenhang zwischen der Frauenerwerbsquote und Geburtenziffern sind Norwegen und Island. In der Schweiz hingegen geht eine hohe Erwerbsquote der weiblichen Bevölkerung mit einer geringen Geburtenziffer einher. Vice versa ist eine geringe weibliche Erwerbsbeteiligung nicht gleichbedeutend mit einer hohen Fertilitätsrate, sondern kann ebenso mit einem niedrigen Geburtenniveau einhergehen. Beispiele hierfür sind Italien, Griechenland und Spanien. Natürlich kann auf Basis von Fertilitätsraten nicht auf das Ausmaß von Kinderlosigkeit in einer Gesellschaft geschlossen werden, allerdings zeigt der Vergleich zwischen dem früheren Bundesgebiet sowie den neuen Ländern und Berlin-Ost, dass durchaus eine Analogie zur Kinderlosigkeit erkennbar ist, das heißt, dass eine hohe Erwerbsbeteiligung nicht notwendigerweise mit einer hohen Kinderlosigkeit einhergehen muss.

Zu diesem Zweck wird im Folgenden das Erwerbsverhalten von deutschen 37- bis 40-jährigen Frauen mit Universitäts-

oder Fachhochschulabschluss mit Kindern und ohne Kinder betrachtet und mit dem Durchschnitt aller Frauen der entsprechenden Altersgruppe verglichen. Im Zentrum stehen dabei der Wandel im Zeitverlauf sowie der Vergleich zwischen Ost und West.

Deutsche Frauen im früheren Bundesgebiet

Erwerbstätigkeit

Tabelle 8 zeigt die Veränderung der Erwerbstätigenquote – Anteil der Erwerbstätigen an allen Frauen – sowie der Teilzeitquote – Anteil der Teilzeittätigen an allen Erwerbstätigen – zwischen 1987 und 2004 für 37- bis 40-jährige Frauen insgesamt sowie für die gleichaltrigen Frauen mit Universitäts- oder Fachhochschulabschluss, jeweils bezogen auf deutsche Frauen im früheren Bundesgebiet.

Tabelle 8: Erwerbstätigen- und Teilzeitquoten von 37- bis 40-jährigen deutschen Frauen Früheres Bundesgebiet Ergebnisse des Mikrozensus¹⁾ Prozent

Zeitpunkt	Insgesamt	Kinderlose ²⁾	Mütter ³⁾	Darunter mit Universitäts- oder Fachhochschulabschluss		
				zusammen	Kinderlose ⁴⁾	Mütter ⁵⁾
Erwerbstätigenquote ⁶⁾						
1987	59	80	51	78	92	71
1991	67	86	60	77	92	70
1995	68	86	62	77	90	69
2003	75	87	70	83	93	76
2004	75	88	69	83	93	75
Teilzeitquote ⁷⁾						
1987	43	21	55	40	15	57
1991	48	21	62	46	19	62
1995	49	18	65	41	16	59
2003	54	17	73	42	15	65
2004	54	19	74	40	16	63

1) 1991 und 1995: April; 2003: Mai; 1987 und 2004: März. – Bevölkerung am Familienwohnsitz. – Personen ohne gegenwärtigen Schulbesuch; mit allgemeinem Schulabschluss und/oder mit beruflichem Ausbildungs- oder Universitäts-, Fachhochschulabschluss. – 2) Frauen ohne ledige Kinder unter 18 Jahren in der Familie; einschl. Frauen, die selbst lediges Kind in der Familie sind. – 3) Frauen mit ledigen Kindern unter 18 Jahren in der Familie, die selbst nicht lediges Kind in der Familie sind. – 4) Anteil der Erwerbstätigen an allen Frauen. – 5) Anteil der Teilzeittätigen (Selbsteinstufung der Befragten) an allen Erwerbstätigen.

Konzentriert man sich zunächst auf Frauen mit einem Universitäts- oder Fachhochschulabschluss, zeigt sich erwartungsgemäß eine sehr hohe Erwerbsorientierung. 1987 waren 78% dieser Frauen erwerbstätig, im Zeitverlauf ist eine leichte Zunahme auf 83% im Jahr 2004 zu beobachten. Betrachtet man im Weiteren die Erwerbstätigenquote in Abhängigkeit von der Kinderlosigkeit, zeigt sich das für Westdeutschland typische Muster, nach dem kinderlose Frauen durchgängig mit höherer Wahrscheinlichkeit erwerbstätig sind als Mütter. Bemerkenswert sind jedoch zwei Aspekte:

24) Siehe Becker, G.: "A Treatise on the Family", Cambridge 1991.

25) Siehe Engelhardt, H./Prskawetz, A.: "On the Changing Correlation Between Fertility and Female Employment over Space and Time", European Journal of Population 20 (1), 2004, S. 35 ff.; Diprete, T. u. a.: "Do Cross National Differences in the Costs of Children Generate Cross-National Differences in Fertility Rates?", Population Research and Policy Review 22 (5 – 6), 2003, S. 439 ff. und Ahn, N./Mira, P.: "A note on the changing relationship between fertility and female employment rates in developed countries", Journal of Population Economics 15 (4), 2002, S. 667 ff.

(1) Auch wenn Kinder vorhanden sind, sind hoch qualifizierte Frauen in der überwiegenden Mehrheit erwerbstätig.
 (2) Während die Erwerbstätigenquote kinderloser Frauen auf einem sehr hohen Niveau von 90% und mehr im Zeitverlauf relativ stabil ist, verzeichnet sie bei Frauen mit Kindern im gleichen Zeitraum – bei Schwankungen – einen leichten Anstieg von 71% (1987) auf 75% (2004).

Wesentlich aufschlussreicher ist der Vergleich mit der Erwerbstätigenquote der gleichaltrigen Frauen insgesamt und deren Dynamik im Zeitverlauf. 1987 lag die durchschnittliche Erwerbstätigenquote der 37- bis 40-jährigen bei nur 59%. Verfolgt man die zeitliche Entwicklung, wird ersichtlich, warum die eingangs erwähnte These, nach welcher der Anstieg der Kinderlosigkeit bei hoch qualifizierten Frauen hauptsächlich auf ihrer hohen Erwerbsorientierung beruht, in dieser vereinfachenden Form nicht haltbar ist: Wie Tabelle 8 zeigt, ist die Erwerbstätigenquote der 37- bis 40-jährigen Frauen insgesamt erheblich stärker angestiegen (1987: 59%; 2004: 75%) als die der gleichaltrigen Hochqualifizierten (1987: 78%; 2004: 83%). Sofern die Erwerbsbeteiligung von Frauen ein maßgeblicher Bedingungsfaktor für den Verzicht auf Kinder wäre, hätte die Kinderlosigkeit im Durchschnitt aller Frauen dieses Alters stärker ansteigen müssen als bei den Frauen mit Universitäts- oder Fachhochschulabschluss. Wie oben dargestellt, war dies jedoch nicht der Fall.

Generell ist Tabelle 8 zwar zu entnehmen, dass hoch qualifizierte Frauen auch im März 2004 überdurchschnittlich häufig berufstätig waren. Die entscheidende Veränderung besteht jedoch vor allem im Aufholprozess der anderen Bildungsgruppen, wie er sich in den Durchschnittswerten widerspiegelt. Erwähnenswert ist vor allem die Erwerbstätigenquote von Müttern, die von 51% (1987) auf 69% (2004) gestiegen ist. Bei den kinderlosen Frauen hat sich die Erwerbstätigenquote in diesem Zeitraum von 80 auf 88% erhöht. Ob eine Frau überhaupt erwerbstätig ist, wird demnach in der Gegenwart wesentlich weniger stark vom Vorhandensein von Kindern beeinflusst als noch Ende der 1980er-Jahre.

In Hinblick auf die Arbeitszeit hat der Einflussfaktor „Kind“ hingegen an Bedeutung gewonnen: Lag die Teilzeitquote von Müttern 1987 noch bei 55%, waren 2004 fast drei Viertel (74%) teilzeittätig. Ein vergleichbar eindeutiger Trend ist bei Frauen mit einem Universitäts- oder Fachhochschulabschluss nicht erkennbar. Hier hat sich der Anteil der teilzeittätigen Mütter vergleichsweise moderat erhöht (1987: 57%; 2004: 63%).

Überwiegender Lebensunterhalt

Die steigende Erwerbsorientierung von Frauen spiegelt sich in der Quelle des überwiegenden Lebensunterhalts wider. In Tabelle 9 sind die drei hauptsächlichen Einkommensquellen – eigene Erwerbstätigkeit, Unterhalt durch Angehörige sowie Arbeitslosengeld – von 37- bis 40-jährigen Frauen abgebildet. Insgesamt gaben 1987 etwas über die Hälfte (53%) dieser Frauen die eigene Erwerbstätigkeit als Haupteinkommensquelle an. Für 42% hingegen war der

Unterhalt durch Angehörige, also im Wesentlichen durch den Ehepartner, die primäre Einkommensquelle. Im Zeitverlauf geht die Bedeutung des Unterhalts durch Angehörige erheblich zurück. Im Jahr 2004 bildete er nur noch für weniger als ein Drittel (31%) der Frauen die überwiegende Quelle des Lebensunterhalts. Parallel hierzu gewinnt die weibliche Erwerbstätigkeit an Bedeutung: Im Jahr 2004 war sie für 63% der Frauen die überwiegende Finanzierungsquelle ihres Lebensunterhalts.

Tabelle 9: Überwiegender Lebensunterhalt von 37- bis 40-jährigen deutschen Frauen
 Früheres Bundesgebiet
 Ergebnisse des Mikrozensus¹⁾
 Prozent

Zeitpunkt	Insgesamt	Kinderlose ²⁾	Mütter ³⁾	Darunter mit Universitäts- oder Fachhochschulabschluss		
				zusammen	Kinderlose ²⁾	Mütter ³⁾
Überwiegender Lebensunterhalt durch Erwerbstätigkeit						
1987	53	78	44	74	91	65
1991	59	84	50	72	91	62
1995	60	84	51	71	89	61
2004	63	86	53	76	90	65
Überwiegender Lebensunterhalt durch Arbeitslosengeld						
1987	2	3	1	/	/	/
1991	2	3	1	/	/	/
1995	2	4	2	3	/	/
2004	4	5	3	3	4	/
Überwiegender Lebensunterhalt durch Angehörige						
1987	42	16	52	24	/	33
1991	37	11	46	25	/	34
1995	35	9	44	24	/	35
2004	31	5	41	20	/	32

1) 1991, 1995: April; 1987, 2004: März. – Bevölkerung am Familienwohnsitz. – Personen ohne gegenwärtigen Schulbesuch; mit allgemeinem Schulabschluss und/oder mit beruflichem Ausbildungs- oder Universitäts-, Fachhochschulabschluss. – 2) Frauen ohne ledige Kinder unter 18 Jahren in der Familie; einschl. Frauen, die selbst lediges Kind in der Familie sind. – 3) Frauen mit ledigen Kindern unter 18 Jahren in der Familie, die selbst nicht lediges Kind in der Familie sind.

Dieser generelle Trend bleibt auch bei einer Differenzierung nach Frauen mit Kindern und solchen ohne Kinder bestehen, wobei jedoch – wenig überraschend – beträchtliche Niveauunterschiede festzustellen sind. Für die überwiegende Mehrheit der 37- bis 40-jährigen kinderlosen Frauen stellt das am Arbeitsmarkt selbst erzielte Einkommen die zentrale Quelle des Lebensunterhalts dar. Im Zeitverlauf erhöhte sich der Anteil dieser Frauen von 78% (1987) auf 86% (2004). Zugleich nahm die Bedeutung des Unterhalts durch Angehörige rapide ab: Während 1987 noch etwa jede sechste kinderlose Frau (16%) auf Unterhaltsleistungen angewiesen war, traf dies 2004 nur noch auf jede zwanzigste Frau (5%) zu. Sind hingegen Kinder vorhanden, ist eine wesentlich stärkere Abhängigkeit von Unterhaltsleistungen gegeben, allerdings mit einer über die Jahre ebenfalls rückläufigen Tendenz: 1987 gab noch mehr als jede zweite Frau mit Kind(ern) (52%) „Unterhalt durch Angehörige“ als überwiegende Quelle ihres Lebensunterhalts an, im Jahr 2004 waren es noch 41%. Umgekehrt hat sich der Anteil der Mütter, für welche die eigene Erwerbstätigkeit die Haupteinkommensquelle ist, von 44 auf 53% erhöht.

Richtet man den Blick auf die 37- bis 40-jährigen Frauen mit Universitäts- oder Fachhochschulabschluss, findet die überdurchschnittlich hohe Erwerbstätigkeit ihre Entsprechung in einer hohen ökonomischen Selbstständigkeit: Neun von zehn kinderlosen Frauen (90%) gaben im März 2004 die eigene Erwerbstätigkeit als primäre Unterhaltsquelle an. Bei den Müttern liegt der entsprechende Anteil noch immer bei knapp zwei Dritteln (65%). Nur für etwa jede dritte Frau mit Kind(ern) (32%) stellt der Unterhalt durch Angehörige die überwiegende Einkommensquelle dar. Die im Vergleich zum Durchschnitt aller Mütter erheblich geringere ökonomische Abhängigkeit von Müttern mit hoher schulisch-beruflicher Bildung ist im Wesentlichen Ausdruck ihres höheren Anteils an Vollzeittätigen.

Studienfachrichtung

Eingangs wurde mit dem Hinweis auf international vergleichende Studien ausgeführt, dass die starke Berufsorientierung kein hinreichender Erklärungsfaktor für die über die Geburtskohorten zunehmende Kinderlosigkeit hoch qualifizierter Frauen ist. Die bisher dargestellten Ergebnisse für das frühere Bundesgebiet sprechen gleichfalls für diese These: Denn einerseits ist die Erwerbstätigenquote im Durchschnitt aller Frauen wesentlich stärker angestiegen als die bei Frauen mit hoher schulisch-beruflicher Bildung. Andererseits ist die Entwicklung der weiblichen Erwerbsbeteiligung vor allem in der zunehmenden Integration von Frauen mit Kindern in den Arbeitsmarkt zu sehen. Vor diesem Kontext soll daher zumindest kurz auf einen Aspekt hingewiesen werden, der – unseres Wissens – in der bisherigen Diskussion kaum Beachtung gefunden hat, nämlich die zum Teil beachtlichen Unterschiede im Ausmaß der Kinderlosigkeit von Frauen mit Universitäts- oder Fachhochschulabschluss in Abhängigkeit von der Studienfachrichtung (siehe Tabelle 10).

Betrachtet man das Jahr 1991, fällt die Konzentration bei der Verteilung auf die Studienfachrichtungen auf. 72% der Frauen verteilten sich auf nur zwei Fachrichtungen: Rund jede zweite Frau (52%) hatte ihr Studium im Bereich „Sprach- und Kulturwissenschaften, Sport“ abgeschlossen, jede fünfte Frau (20%) verfügte über einen Abschluss in der Fachrichtung „Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften“. In den verbleibenden Bereichen lagen die Anteile jeweils unter 10%. Bemerkenswert ist jedoch die erhebliche Diskrepanz der Elternquote – Anteil der Frauen mit mindestens einem ledigen Kind unter 18 Jahren im Haushalt – in den beiden dominierenden Fachbereichen. Während im Bereich „Sprach- und Kulturwissenschaften, Sport“ die Elternquote mit 72% über dem Durchschnitt von 68% lag, war sie bei den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlerinnen mit 57% um 11 Prozentpunkte niedriger als der Durchschnitt.

Über die hinter diesen Verteilungsunterschieden stehenden sozialen Mechanismen kann ohne weitergehende Analysen nur spekuliert werden. Hinweise für mögliche Erklärungen könnten sich aus der unterschiedlichen Beschäftigungssituation für Absolventinnen dieser beiden Fachrichtungen ergeben. 1991 ging ein Abschluss im Bereich „Sprach- und Kulturwissenschaften, Sport“ für Frauen typischerweise nicht mit einer Beschäftigung in der Privatwirtschaft einher. Bezogen auf die 37- bis 40-jährigen erwerbstätigen Frauen mit diesem Abschluss waren 1991 weniger als ein Viertel (22%) in der Privatwirtschaft beschäftigt. Umgekehrt war weniger als die Hälfte (45%) der gleichaltrigen erwerbstätigen Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlerinnen in der Privatwirtschaft tätig. Vor dem Hintergrund, dass eine Beschäftigung im öffentlichen Dienst für Frauen (und Männer) ein nicht unbedeutendes Potenzial bietet, Erwerbstätigkeit und Familie zu vereinbaren – sowohl in Bezug auf die Arbeitszeitflexibilität als auch in Hinblick auf die Arbeitsplatzsicherheit –, ist die

Tabelle 10: 37- bis 40-jährige deutsche Frauen mit Universitäts- oder Fachhochschulabschluss nach Hauptfachrichtung
Früheres Bundesgebiet
Ergebnisse des Mikrozensus¹⁾

Hauptfachrichtung ²⁾	April 1991			April 1995			Mai 2003 ³⁾			März 2004		
	zu- sammen	Kinder- lose ⁴⁾	Mütter ⁵⁾	zu- sammen	Kinder- lose ⁴⁾	Mütter ⁵⁾	zu- sammen	Kinder- lose ⁴⁾	Mütter ⁵⁾	zu- sammen	Kinder- lose ⁴⁾	Mütter ⁵⁾
	Sp. 1	Sp. 2	Sp. 3	Sp. 4	Sp. 5	Sp. 6	Sp. 7	Sp. 8	Sp. 9	Sp. 10	Sp. 11	Sp. 12
	%	% von Sp. 1	%	% von Sp. 4	%	% von Sp. 7	%	% von Sp. 7	%	% von Sp. 10	%	% von Sp. 10
Insgesamt	100	32	68	100	35	65	100	42	58	100	43	57
Sprach- und Kulturwissen- schaften, Sport	52	28	72	39	32	68	25	36	64	24	40	60
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften ..	20	43	57	27	35	65	28	44	56	31	44	56
Mathematik, Naturwissen- schaften	8	/	72	8	38	62	6	53	47	6	50	50
Humanmedizin, Veterinär- medizin	6	/	66	7	38	62	9	40	60	9	36	64
Agrar-, Forst- und Ernährungswissen- schaften	/	/	/	/	/	/	/	/	/	3	/	/
Ingenieurwissenschaften .	4	/	/	5	/	64	10	39	61	8	35	65
Kunst, Kunstwissenschaft	3	/	/	4	/	/	6	44	56	6	47	53
Sonstige ⁶⁾	5	/	65	7	35	65	15	51	49	13	50	50

1) Bevölkerung am Familienwohnsitz. – 2) Die Angaben zur Hauptfachrichtung sind freiwillig. – 3) Unterstichprobe. – 4) Frauen ohne ledige Kinder unter 18 Jahren in der Familie; einschl. Frauen, die selbst lediges Kind in der Familie sind. – 5) Frauen mit ledigen Kindern unter 18 Jahren in der Familie, die selbst nicht lediges Kind in der Familie sind. – 6) Einschl. ohne Angabe.

Beschäftigungssituation als Bedingungsfaktor von Kinderlosigkeit sicherlich nicht zu unterschätzen.²⁶⁾

Auch im März 2004 besaß die Mehrzahl der 37- bis 40-jährigen Frauen mit Universitäts- oder Fachhochschulstudium (55%) einen Abschluss der Studienfachrichtungen „Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften“ (31%) oder „Sprach- und Kulturwissenschaften, Sport“ (24%). Dabei lag die Elternquote der Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlerinnen mit 56% leicht unter dem Durchschnitt von 57%, im Bereich „Sprach- und Kulturwissenschaften, Sport“ mit 60% um 3 Prozentpunkte über dem Durchschnitt. Die für das Jahr 1991 formulierte These der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei Beschäftigten im öffentlichen Dienst ist auf die Situation im Jahr 2004 allerdings nicht ohne Weiteres übertragbar. So geht einerseits der beträchtliche Rückgang der Elternquote von Sprach- und Kulturwissenschaftlerinnen (1991: 72%, 2004: 60%) mit einer erheblichen Zunahme der in der Privatwirtschaft Beschäftigten einher (1991: 22%, 2004: 39%). Andererseits veränderte sich die Elternquote der Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlerinnen nur geringfügig (1991: 57%, 2004: 56%), während der Anteil der in der Privatwirtschaft Tätigen ebenfalls deutlich stieg (1991: 45%, 2004: 61%). Zudem wiesen im Jahr 2004 die beiden Gruppen mit den höchsten Elternquoten (Ingenieurinnen: 65%, Human- und Veterinärmedizinerinnen: 64%) einen deutlich höheren Anteil an Beschäftigten in der Privatwirtschaft auf: Von den 37- bis 40-jährigen Ingenieurinnen waren 2004 fast vier Fünftel (78%), von den gleichaltrigen Human- und Veterinärmedizinerinnen über zwei Drittel (69%) in der Privatwirtschaft tätig.

Wie oben angedeutet, kann die bivariate Betrachtung des Zusammenhangs zwischen Fachrichtung und Kinderlosigkeit von Frauen Strukturen aufzeigen, aber keine Erklärung für die zugrunde liegenden sozialen Mechanismen liefern. Mit gegebener Vorsicht können die beobachteten Strukturunterschiede zwischen den verschiedenen Fachrichtungen jedoch als ein möglicher Indikator für unterschiedliche Beschäftigungsbedingungen angesehen werden, welche die Balance von Familie und Beruf für Frauen erleichtern oder erschweren. Von Interesse ist hierbei nicht nur der Einflussfaktor „öffentlicher Dienst“ (gegenüber „Privatwirtschaft“), sondern etwa auch die Verteilung über Branchen, das Einkommensniveau oder das Arbeitslosigkeitsrisiko in Abhängigkeit von der Fachrichtung. Allerdings kann die Analyse derartiger Wirkungsfaktoren an dieser Stelle nicht erfolgen, sondern muss weiterführenden Untersuchungen vorbehalten bleiben.

Deutsche Frauen in den neuen Ländern und Berlin-Ost

Die nicht unbeträchtliche Wechselwirkung zwischen der Erwerbsorientierung von Frauen, sozialpolitischen und so-

zio-normativen Randbedingungen sowie der Arbeitsmarktsituation auf das Ausmaß von Kinderlosigkeit zeigt sich auch in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Beginnend mit den 1970er-Jahren bis zur deutschen Vereinigung war die staatliche Familienpolitik in der ehemaligen DDR stark pronatalistisch ausgerichtet. Mit dem Ziel die Fertilitätsrate zu erhöhen, wurde eine Vielzahl sozialpolitischer Maßnahmen umgesetzt, die eine Elternschaft mit monetären wie nicht-monetären Leistungen – vor allem für Frauen – unterstützten.²⁷⁾ Parallel hierzu war die umfassende Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt – nicht zuletzt aus volkswirtschaftlichen Gründen – ein wesentlicher Bestandteil der Gesellschaftspolitik. Begleitet wurde dieser gesellschaftliche Prozess von einem extensiven Ausbau eines familienfremden ganztägigen Kinderbetreuungssystems als einer wesentlichen Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Mutterschaft und Erwerbstätigkeit. Auf sozio-normativer Ebene wurden diese Prozesse einerseits getragen von einer breiten sozialen Akzeptanz der externen (Klein-)Kinderbetreuung, andererseits aber auch von der gesellschaftlichen Erwartung an Frauen – wenn nicht sogar einem gewissen sozialen Druck –, sowohl Kinder zu bekommen als auch erwerbstätig zu sein.²⁸⁾

Erwerbstätigkeit

Diese sozialen Prozesse zeigen sich in den vom früheren Bundesgebiet erheblich abweichenden weiblichen Erwerbs-

Tabelle 11: Erwerbstätigen- und Teilzeitquoten von 37- bis 40-jährigen deutschen Frauen
Neue Länder und Berlin-Ost
Ergebnisse des Mikrozensus¹⁾
Prozent

Zeitpunkt	Insgesamt	Kinderlose ²⁾	Mütter ³⁾	Darunter mit Universitäts- oder Fachhochschulabschluss		
				zusammen	Kinderlose ²⁾	Mütter ³⁾
Erwerbstätigenquote ⁴⁾						
1991	88	87	89	93	93	93
1995	78	74	79	92	/	93
2003	78	78	78	90	92	89
2004	77	77	77	88	88	88
Teilzeitquote ⁵⁾						
1991	17	14	18	12	/	12
1995	20	17	21	16	/	17
2003	29	19	31	24	/	27
2004	30	17	33	20	/	23

1) 1991 und 1995: April; 2003: Mai; 2004: März. – Bevölkerung am Familienwohnsitz. – Personen ohne gegenwärtigen Schulbesuch; mit allgemeinem Schulabschluss und/oder mit beruflichem Ausbildungs- oder Universitäts-, Fachhochschulabschluss. – 2) Frauen ohne ledige Kinder unter 18 Jahren in der Familie; einschl. Frauen, die selbst lediges Kind in der Familie sind. – 3) Frauen mit ledigen Kindern unter 18 Jahren in der Familie, die selbst nicht lediges Kind in der Familie sind. – 4) Anteil der Erwerbstätigen an allen Frauen. – 5) Anteil der Teilzeittätigen (Selbsteinstufung der Befragten) an allen Erwerbstätigen.

26) Auf diesen Sachverhalt wird auch in internationalen Studien hingewiesen: "Certain sectors, often the public sector, have more progressive schemes and are better placed to facilitate the combining of family and work roles. For example, in Sweden women are more likely to transfer from private to public sector employment after they become mothers, as the climate in the latter tends to be more family friendly than in the former, where the companies may be smaller, have less flexibility and fewer substitution possibilities than public sector employers."; siehe Hobcraft, J./Kiernan, K.: "Becoming a parent in Europe", Papier präsentiert auf der European Population Conference vom 4. bis 8. September 1995 in Mailand, United Nations Population Information Network, S. 31 (<http://www.un.org/popin/conf/econ/milan/plen1.html>); Stand: 11. August 2005).

27) Hierzu gehörten beispielsweise zinslose Darlehen für junge Paare bei Eheschließung, Geburtenprämien, Kindergeld, Mutterschaftsurlaub, Babyjahr, Möglichkeiten der Arbeitszeitreduzierung und Sonderurlaub für Frauen mit zwei und mehr Kindern. Für eine tabellarische Übersicht der verschiedenen Maßnahmen siehe Kreyenfeld, M.: "Fertility Decisions in the FRG and GDR: An Analysis with Data from the German Fertility and Family Survey", Demographic Research, 2004, Special Collection 3, Article 11, S. 280.

28) Für eine ausführliche Darstellung siehe Trappe, H.: "Work and Family in Women's Lives in the German Democratic Republic", Work and Occupations 23 (4), 1996, S. 354 ff.

strukturen in den neuen Ländern und Berlin-Ost (siehe Tabelle 11). Im Jahr 1991 – dem Jahr nach der deutschen Vereinigung – fällt zunächst die im Vergleich zum Westen wesentlich höhere Erwerbstätigenquote von Frauen im Osten auf. Vor allem wird jedoch deutlich – wie auch schon aus anderen Untersuchungen bekannt –, dass das für das frühere Bundesgebiet charakteristische Muster einer stark überdurchschnittlichen Erwerbsbeteiligung von hoch qualifizierten Frauen sowie einer stark unterdurchschnittlichen Erwerbsbeteiligung von Frauen mit Kindern im Osten Deutschlands Anfang der 1990er-Jahre keine Entsprechung hatte: Von den 37- bis 40-jährigen Frauen waren im Durchschnitt knapp unter 90% erwerbstätig, unabhängig davon, ob es sich um Kinderlose oder Mütter handelte. Bei den Frauen mit Universitäts- oder Hochschulabschluss lagen die entsprechenden Quoten mit etwas über 90% geringfügig höher; auch hier ging die Mutterschaft nicht mit einer verringerten Erwerbsbeteiligung einher.

Wie eingangs ausgeführt, ist in den neuen Ländern und Berlin-Ost während der letzten Dekade ein sukzessiver Anstieg der Kinderlosigkeit zu beobachten. Zum Teil ist dies sicherlich durch eine Verschiebung der Familiengründung in ein höheres Lebensalter begründet. Gleichzeitig muss aber auch von einem Anstieg der lebenslangen Kinderlosigkeit ausgegangen werden, das heißt von einer mehr oder weniger bewussten Entscheidung gegen eine Familiengründung. Dieser Trend ist insofern aufschlussreich, als zum einen die Möglichkeiten der externen Kinderbetreuung im Osten nach wie vor erheblich umfassender und sozial akzeptierter sind als im Westen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf dürfte daher als Ursache für den beobachteten Anstieg der Kinderlosigkeit eine eher untergeordnete Rolle spielen. Zum anderen geht dieser Trend nicht mit einer zunehmenden, sondern vielmehr mit einer rückläufigen Berufstätigkeit von Frauen einher. Zwischen 1991 und 2004 ist der Anteil der erwerbstätigen Frauen in den neuen Ländern und Berlin-Ost um elf Prozentpunkte (1991: 88%; 2004: 77%), bei Frauen mit einer hohen schulisch-beruflichen Bildung um fünf Prozentpunkte gesunken (1991: 93%; 2004: 88%).

Eine mögliche Erklärung für diese scheinbar widersprüchlichen Tendenzen liegt darin, dass die zurückgehende Erwerbsbeteiligung nicht durch einen freiwilligen Rückzug von Frauen aus dem Arbeitsmarkt bedingt ist, sondern primär Ausdruck der prekären Arbeitsmarktsituation und des damit verbundenen Anstiegs der Arbeitslosigkeit im Osten ist. Tabelle 12 zeigt die drei bedeutendsten Einkommensquellen für die 37- bis 40-jährigen Frauen in den neuen Ländern und Berlin-Ost für die Jahre 1991, 1995 und 2004. Danach ist die eigene Erwerbstätigkeit für die deutliche Mehrheit der Frauen – unabhängig ob Kinderlose oder Mütter – die überwiegende Quelle des Lebensunterhalts. Während 1991 noch 87% der Frauen ihren überwiegenden Lebensunterhalt aus der Erwerbstätigkeit bezogen, waren es im Jahr 2004 weniger als drei Viertel (73%). Zugleich hat sich der Anteil der vorwiegend auf Arbeitslosengeld angewiesenen Frauen nahezu verdoppelt: 1991 war Arbeitslosengeld nur für rund jede zehnte Frau (9%) die Hauptein-

Tabelle 12: Überwiegender Lebensunterhalt von 37- bis 40-jährigen deutschen Frauen
Neue Länder und Berlin-Ost
Ergebnisse des Mikrozensus¹⁾
Prozent

Zeitpunkt	Ins-gesamt	Kinderlose ²⁾	Mütter ³⁾	Darunter mit Universitäts- oder Fachhochschulabschluss		
				zu-sammen	Kinderlose ²⁾	Mütter ³⁾
Überwiegender Lebensunterhalt durch Erwerbstätigkeit						
1991	87	86	88	93	93	93
1995	77	73	77	91	/	92
2004	73	74	73	85	85	85
Überwiegender Lebensunterhalt durch Arbeitslosengeld						
1991	9	10	8	/	/	/
1995	14	18	14	/	/	/
2004	17	18	17	/	/	/
Überwiegender Lebensunterhalt durch Angehörige						
1991	2	/	2	/	/	/
1995	4	/	4	/	/	/
2004	5	/	5	/	/	/

1) 1991 und 1995: April; 2004: März. – Bevölkerung am Familienwohnsitz. – Personen ohne gegenwärtigen Schulbesuch; mit allgemeinem Schulabschluss und/oder mit beruflichem Ausbildungs- oder Universitäts-, Fachhochschulabschluss. – 2) Frauen ohne ledige Kinder unter 18 Jahren in der Familie; einschl. Frauen, die selbst lediges Kind in der Familie sind. – 3) Frauen mit ledigen Kindern unter 18 Jahren in der Familie, die selbst nicht lediges Kind in der Familie sind.

kommensquelle, 2004 traf dies bereits für rund jede sechste Frau (17%) zu. Unterhaltsleistungen durch Angehörige, insbesondere durch Partner, standen hingegen auch im Jahr 2004 nur für jede zwanzigste Frau (5%) an erster Stelle.

Unter der Annahme, dass die Entscheidung für eine Familiengründung auch durch Überlegungen beeinflusst wird, inwieweit mittel- und langfristig ausreichende Ressourcen zur Verfügung stehen, um den Kindern eine angemessene Erziehung und Ausbildung zu ermöglichen, könnte die zunehmende Kinderlosigkeit in den neuen Ländern und Berlin-Ost auch Ausdruck der ökonomischen Unsicherheit in der jüngeren Bevölkerung sein.

Lebensformen und Kinderlosigkeit

Deutsche Frauen im früheren Bundesgebiet

In der Fachliteratur gilt die Balance von Familie und Beruf als dominierender Bedingungsfaktor für den Verzicht von Frauen und deren Partnern auf Kinder. Eine ähnliche Wahrnehmung findet sich bei den Betroffenen. Befragt „warum Frauen heutzutage ganz allgemein keine Kinder bekommen“, führen 30- bis 39-jährige kinderlose Frauen an erster Stelle die Schwierigkeit an, Beruf und Mutterschaft miteinander zu vereinbaren. Wird hingegen nach den persönlichen Gründen für die eigene Kinderlosigkeit gefragt, wird die Partnersituation bzw. das Fehlen eines geeigneten Partners an erster Stelle genannt. Erst an zweiter Stelle werden berufsrelevante Gründe angeführt.²⁹⁾

29) Siehe Dorbilitz, J./Schwarz, K., a. a. O. (FuBnote 4), S. 250 ff.

Wie Tabelle 13 verdeutlicht, hat der Anteil der 37- bis 40-jährigen deutschen Frauen, die nicht mit einem Partner zusammenleben, im früheren Bundesgebiet im Zeitverlauf zugenommen.³⁰⁾ 1987 lebten in dieser Altersgruppe 18% der Frauen ohne Partner³¹⁾, im Jahr 2004 traf dies nahezu auf jede vierte Frau zu (24%). Diese Entwicklung wird vor allem durch den zunehmenden Anteil der Ledigen ohne Partner getragen, deren Anteil sich von 7% im Jahr 1987 auf 14% im Jahr 2004 verdoppelt hat.

Tabelle 13: 37- bis 40-jährige deutsche Frauen nach Familienstand und Partnerschaft
Früheres Bundesgebiet
Ergebnisse des Mikrozensus¹⁾
Prozent

Familienstand/ Partnerschaft	März 1987	April 1991	April 1995	Mai 2003	März 2004
Insgesamt	100	100	100	100	100
Ohne Partner/-in ²⁾	18	17	19	24	24
Ledige	7	7	10	14	14
Nicht-Ledige ⁴⁾	11	9	9	10	10
Mit Partner/-in ³⁾	82	83	81	76	76
Ehefrauen ⁵⁾	79	79	75	67	67
Lebenspartnerinnen ⁶⁾ ..	3	4	5	9	9
dar.: mit Universitäts- oder Fachhochschulabschluss					
Zusammen	100	100	100	100	100
Ohne Partner/-in ²⁾	26	24	24	29	30
Ledige	15	16	17	23	23
Nicht-Ledige ⁴⁾	11	7	7	6	6
Mit Partner/-in ³⁾	74	76	76	71	70
Ehefrauen ⁵⁾	70	71	69	60	59
Lebenspartnerinnen ⁶⁾ ..	4	5	7	11	11

1) Bevölkerung am Familienwohnsitz. – Personen ohne gegenwärtigen Schulbesuch; mit allgemeinem Schulabschluss und/oder mit beruflichem Ausbildungs- oder Universitäts-, Fachhochschulabschluss. – 2) Im Haushalt. – 3) 1987, 1991 und 1995 Schätzungen aus Ergebnissen des Mikrozensus, 2003 und 2004 Ergebnisse des Mikrozensus. Die den nicht mit der Haushaltsbezugsperson verwandten Haushaltsmitgliedern seit dem Mikrozensus 1996 gestellte Frage nach Lebenspartnerschaft zur Haushaltsbezugsperson ist freiwillig zu beantworten. – 4) Geschiedene, verheiratet getrennt Lebende und Verwitwete. – 5) Verheiratet zusammen Lebende. – 6) In nichtehelichen (gegengeschlechtlichen) und gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften.

Parallel zum Anstieg der Partnerlosigkeit ging der Anteil der in einer Partnerschaft lebenden Frauen³²⁾ zwischen 1987 und 2004 von 82 auf 76% zurück. Diese Entwicklung ist durch den Rückgang bei den Ehefrauen (verheiratet zusammen Lebende) bedingt, deren Anteil seit den späten 1980er-Jahren um zwölf Prozentpunkte gesunken ist (1987: 79%; 2004: 67%). Gleichzeitig ist der Anteil der Lebenspartnerinnen – in nichtehelichen (gegengeschlechtlichen) und gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften – um sechs Prozentpunkte gestiegen und hat sich von 3% im Jahr 1987 auf 9% im Jahr 2004 verdreifacht.

Ein ähnlicher Trend – allerdings auf höherem Niveau – zeigt sich bei 37- bis 40-jährigen Frauen mit einem Universitäts- oder Fachhochschulabschluss. Ende der 1980er-Jahre war

bereits über ein Viertel dieser Frauen partnerlos (26%), bis 2004 erhöhte sich dieser Anteil auf 30%. Bemerkenswert ist wiederum, dass dieser Prozess ausschließlich durch einen Anstieg des Anteils der ledigen Frauen getragen wird. Nahezu jede vierte hoch qualifizierte Frau (23%) zählte Anfang 2004 zu den Ledigen ohne Partner, 1987 war es noch etwa jede Siebte (15%). Wie aus Tabelle 13 hervorgeht, waren Hochqualifizierte bereits 1987 unterdurchschnittlich häufig Ehefrauen (70%) und ihr Anteil nahm im Zeitverlauf weiter ab: Im Jahr 2004 waren lediglich noch 59% der Hochqualifizierten verheiratet zusammen Lebende. Im gleichen Zeitraum hat sich der Anteil der Lebenspartnerinnen von 4 auf 11% erhöht; er liegt damit nur geringfügig über dem Durchschnitt aller 37- bis 40-jährigen Frauen. Demnach war die Wahrscheinlichkeit, ledig und partnerlos zu sein, für 37- bis 40-jährige hoch qualifizierte Frauen im Jahr 2004 etwa doppelt so hoch wie die Wahrscheinlichkeit, eine Lebensgemeinschaft zu führen (23 gegenüber 11%).

Die Bedeutung, die der Paargemeinschaft – und hier maßgeblich der Ehe – für die Realisierung eines Kinderwunsches bzw. für die Familiengründung im Westen auch in der Gegenwart zukommt, zeigt sich bei Betrachtung der Elternquote der 37- bis 40-jährigen Frauen (siehe Tabelle 14). Zwar ist die Elternquote der partnerlosen Frauen in

Tabelle 14: Elternquoten¹⁾ der 37- bis 40-jährigen deutschen Frauen nach Familienstand und Partnerschaft
Früheres Bundesgebiet
Ergebnisse des Mikrozensus²⁾
Prozent

Familienstand/ Partnerschaft	März 1987	April 1991	April 1995	Mai 2003	März 2004
Insgesamt					
Ohne Partner/-in ³⁾	43	39	40	41	41
Ledige	13	12	15	18	18
Nicht-Ledige ⁵⁾	60	61	66	72	75
Mit Partner/-in ³⁾	79	80	81	79	79
Ehefrauen ⁶⁾	81	82	84	85	85
Lebenspartnerinnen ⁷⁾ ...	37	32	35	34	32
dar.: mit Universitäts- oder Fachhochschulabschluss					
Ohne Partner/-in ³⁾	32	26	29	23	24
Ledige	/	/	/	15	13
Nicht-Ledige ⁵⁾	59	60	70	54	62
Mit Partner/-in ³⁾	79	81	77	73	71
Ehefrauen ⁶⁾	82	84	82	82	81
Lebenspartnerinnen ⁷⁾ ...	/	/	/	23	22

1) Anteil der deutschen Frauen mit ledigen Kindern unter 18 Jahren in der Familie (die selbst nicht lediges Kind in der Familie sind) an allen deutschen Frauen. – 2) Bevölkerung am Familienwohnsitz. – Personen ohne gegenwärtigen Schulbesuch; mit allgemeinem Schulabschluss und/oder mit beruflichem Ausbildungs- oder Universitäts-, Fachhochschulabschluss. – 3) Im Haushalt. – 4) 1987, 1991 und 1995 Schätzungen aus Ergebnissen des Mikrozensus, 2003 und 2004 Ergebnisse des Mikrozensus. Die den nicht mit der Haushaltsbezugsperson verwandten Haushaltsmitgliedern seit dem Mikrozensus 1996 gestellte Frage nach Lebenspartnerschaft zur Haushaltsbezugsperson ist freiwillig zu beantworten. – 5) Geschiedene, verheiratet getrennt Lebende und Verwitwete. – 6) Verheiratet zusammen Lebende. – 7) In nichtehelichen (gegengeschlechtlichen) und gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften.

30) Zum Wandel der Lebensformen siehe Heidenreich, H.-J./Nöthen, M.: „Der Wandel der Lebensformen im Spiegel des Mikrozensus“ in WiSta 1/2002, S. 26 ff. sowie Nöthen, M.: „Von der ‚traditionellen Familie‘ zu ‚neuen Lebensformen‘“ in WiSta 1/2005, S. 25 ff.

31) Wenn hier und im Folgenden von „Frauen ohne Partner“ oder „Partnerlosen“ gesprochen wird, handelt es sich um eine Vereinfachung. Gemeint ist damit, dass kein Ehemann, kein nichtehelicher Lebenspartner oder keine Lebenspartnerin im Haushalt lebt. Gleichwohl kann eine Ehe mit einem Ehemann, eine nichteheliche (gegengeschlechtliche) Lebensgemeinschaft mit einem Lebenspartner oder eine gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaft mit einer Lebenspartnerin, der/die außerhalb des Haushalts lebt, bestehen.

32) Die Bezeichnung „in Partnerschaft lebende Frauen“ oder „in Paargemeinschaft lebende Frauen“ bezieht sich auf Frauen, die mit ihrem Ehemann, ihrem nichtehelichen Lebenspartner oder ihrer Lebenspartnerin im Haushalt leben. Zu den in Partnerschaft bzw. in Paargemeinschaft lebenden Frauen zählen somit Ehefrauen (verheiratet zusammen Lebende) und Lebenspartnerinnen, d. h. Frauen, die in nichtehelicher (gegengeschlechtlicher) oder gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaft mit ihrem Partner bzw. ihrer Partnerin im Haushalt leben.

dieser Altersgruppe mit rund 40% relativ hoch. Dies ist jedoch hauptsächlich durch die nicht-ledigen Partnerlosen bedingt, zu denen die Geschiedenen und Verwitweten ebenso wie die verheiratet getrennt Lebenden zählen. Der Anteil der nicht-ledigen Partnerlosen, die gemeinsam mit einem oder mehreren Kindern in einem Haushalt leben, ist zwischen 1987 und 2004 um 15 Prozentpunkte von 60 auf 75% gestiegen. Im Gegensatz hierzu stellen die ledigen, partnerlosen Mütter im Jahr 2004 mit 18% (1987: 13%) eine Minderheit dar.

Aber auch 2004 ist das Leben in einer Partnerschaft im Westen nicht per se mit einer Elternschaft gleichzusetzen. Vielmehr war die Elternschaft nach wie vor in einem sehr hohen Ausmaß an die von einer formalen Eheschließung ausgehenden Sicherheiten gebunden bzw. umgekehrt: Eine Eheschließung geht mehrheitlich mit einer Familiengründung einher. So hatten im Jahr 1987 von den 37- bis 40-jährigen Ehefrauen 81% Kinder, Anfang 2004 waren es 85%. Im Unterschied hierzu stellt die Lebensgemeinschaft – zumindest im früheren Bundesgebiet – eine überwiegend kinderlose Lebensform dar. Überraschend ist dabei, dass der Anteil der Lebensgemeinschaften mit Kindern im Zeitverlauf nicht zunimmt, sondern tendenziell rückläufig ist. Ende der 1980er-Jahre betrug die Elternquote von Lebenspartnerinnen 37%, fast zwei Dekaden später lag sie nur noch bei 32%.

Wie stellt sich die Situation nun bei den gleichaltrigen Frauen mit hoher schulisch-beruflicher Bildung dar? Als ein zentraler Befund kann zunächst festgehalten werden, dass eine Ehegemeinschaft auch in dieser Gruppe in der überwiegenden Mehrheit mit Elternschaft verknüpft ist. Rund 80% der Ehefrauen haben Kinder. Dieser Wert lag im Jahr 2004 nur unwesentlich unter dem Durchschnitt aller Frauen und war im Zeitverlauf relativ stabil. Gleichfalls bemerkenswert ist, dass hoch qualifizierte Lebenspartnerinnen eine Mutterschaft deutlich unterdurchschnittlich realisieren: 2004 hatte nur gut jede fünfte (22%) Lebenspartnerin Kinder. Auch unter den partnerlosen Frauen ist die Neigung zur Mutterschaft bei den Hochqualifizierten unterdurchschnittlich ausgeprägt. Bei den ledigen Partnerlosen hatten 2004 nur 13% Kinder, bei den nicht-ledigen Partnerlosen waren es 62%.

Zusammenfassend deuten diese Daten darauf hin, dass der oben festgestellte Anstieg der Kinderlosigkeit bei hoch qualifizierten Frauen in einem sehr engen Zusammenhang mit der Partnersituation steht bzw. eine unmittelbare Folge der zunehmenden Zahl von ledigen Partnerlosen ist. Die eigentlich spannende Frage, wer die treibende Kraft hinter dieser Entwicklung ist – die Frauen, die Männer oder beide –, kann mit diesen deskriptiven Analysen nicht beantwortet werden. Die in der Fachliteratur gelegentlich anzutreffende These, die in der Bildungshomogamie von hoch qualifizierten Paaren eine Ursache für die steigende Kinderlosigkeit sieht, ist diesen Befunden zufolge jedoch eher in Zweifel zu ziehen.³³⁾

33) Siehe etwa Dorbritz, J./Schwarz, K., a. a. O. (Fußnote 4), S. 255.

Deutsche Frauen in den neuen Ländern und Berlin-Ost

Wie stellt sich nun die Entwicklung für 37- bis 40-jährige deutsche Frauen in den neuen Ländern und Berlin-Ost dar? Zunächst fällt auf, dass die Strukturen für hoch qualifizierte Frauen weitgehend mit den Durchschnittswerten aller Frauen übereinstimmen (siehe Tabelle 15). Anders als im Westen Deutschlands folgen hoch qualifizierte Frauen im Osten Deutschlands demnach in ihren Lebensformen weitgehend dem gängigen Muster. Weiterhin ist bemerkenswert, wie stark sich die Verteilung der Lebensformen zwischen Ost und West seit Anfang der 1990er-Jahre angenähert hat. Dies äußert sich zum einen im Anstieg des Anteils der partnerlosen Frauen: 1991 war nur etwa jede siebte Frau (14%) ohne Partner, im Jahr 2004 hingegen nahezu jede vierte Frau (24%). Auch im Osten beruht dieser Prozess vor allem auf einem Anstieg der Ledigen ohne Partner, deren Anteil sich seit 1991 von 4 auf 12% im Jahr 2004 verdreifacht und damit fast das westdeutsche Niveau erreicht hat. Eine noch größere Dynamik ist bei den Paargemeinschaften zu beobachten: Anfang der 1990er-Jahre lebten 86% der Frauen mit einem Partner zusammen. Dabei handelte es sich überwiegend um Ehefrauen, deren Anteil bei 81% lag. Rund 5% waren Lebenspartnerinnen. Im Jahr 2004 lebten nur noch 76% der Frauen in einer Paargemeinschaft, wobei der Anteil der Ehefrauen um fast zwanzig Prozentpunkte auf 62% zurückgegangen ist (1991: 81%). Gleichzeitig hat sich der Anteil der Lebenspartnerinnen mit 14% im Jahr 2004 gegenüber 5% im Jahr 1991 fast verdreifacht.

Tabelle 15: 37- bis 40-jährige deutsche Frauen nach Familienstand und Partnerschaft
Neue Länder und Berlin-Ost
Ergebnisse des Mikrozensus¹⁾
Prozent

Familienstand/ Partnerschaft	April 1991	April 1995	Mai 2003	März 2004
Insgesamt	100	100	100	100
Ohne Partner/-in ²⁾	14	15	22	24
Ledige	4	6	10	12
Nicht-Ledige ⁴⁾	10	9	12	12
Mit Partner/-in ²⁾	86	85	78	76
Ehefrauen ⁵⁾	81	79	65	62
Lebenspartnerinnen ⁶⁾	5	6	13	14
dar.: mit Universitäts- oder Fachhochschulabschluss				
Zusammen	100	100	100	100
Ohne Partner/-in ²⁾	15	17	20	24
Ledige	/	/	12	16
Nicht-Ledige ⁴⁾	/	10	9	8
Mit Partner/-in ²⁾	85	83	80	76
Ehefrauen ⁵⁾	82	78	65	62
Lebenspartnerinnen ⁶⁾	/	/	14	14

1) Bevölkerung am Familienwohnsitz, – Personen ohne gegenwärtigen Schulbesuch; mit allgemeinem Schulabschluss und/oder mit beruflichem Ausbildungs- oder Universitäts-, Fachhochschulabschluss. – 2) Im Haushalt. – 3) 1991 und 1995 Schätzungen aus Ergebnissen des Mikrozensus, 2003 und 2004 Ergebnisse des Mikrozensus. Die den nicht mit der Haushaltsbezugs-person verwandten Haushaltsmitgliedern seit dem Mikrozensus 1996 gestellte Frage nach Lebenspartnerschaft zur Haushaltsbezugs-person ist freiwillig zu beantworten. – 4) Geschiedene, verheiratet getrennt Lebende und Verwitwete. – 5) Verheiratet zusammen Lebende. – 6) In nicht-eheleichen (gegengeschlechtlichen) und gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften.

Im Unterschied zum früheren Bundesgebiet übt die Lebensform von Frauen in den neuen Ländern und Berlin-Ost allerdings einen wesentlich geringeren Einfluss auf die Familiengründung aus, das heißt die Elternschaft ist nicht in einem solchen starken Maß wie im Westen Deutschlands an die formale Eheschließung gekoppelt. Ersichtlich wird dies anhand der Elternquote von Ledigen ohne Partner, die nicht nur deutlich höher ist als im Westen, sondern im Zeitverlauf auch weiter angestiegen ist. So hatten 1991 41% der ledigen Partnerlosen Kinder, im Jahr 2004 lag der entsprechende Anteil bei 51% (siehe Tabelle 16). Auch die Lebensgemeinschaft ist in den neuen Bundesländern eine Lebensform mit Kindern, wenn auch mit sinkender Tendenz. 1991 hatten über zwei Drittel (68%) der Lebenspartnerinnen Kinder, im Jahr 2004 waren es noch 60%. Damit ist dieser Wert immer noch fast doppelt so hoch wie bei den gleichaltrigen Lebenspartnerinnen im Westen (2004: 32%).

Tabelle 16: Elternquoten¹⁾ der 37- bis 40-jährigen deutschen Frauen nach Familienstand und Partnerschaft
Neue Länder und Berlin-Ost
Ergebnisse des Mikrozensus²⁾
Prozent

Familienstand/ Partnerschaft	April 1991	April 1995	Mai 2003	März 2004
Insgesamt				
Ohne Partner/-in ³⁾	67	69	64	64
Ledige	41	48	49	51
Nicht-Ledige ⁵⁾	77	82	77	76
Mit Partner/-in ³⁾	87	89	83	83
Ehefrauen ⁶⁾	88	91	88	88
Lebenspartnerinnen ⁷⁾ ...	68	73	60	60
dar.: mit Universitäts- oder Fachhochschulabschluss				
Ohne Partner/-in ³⁾	66	75	49	50
Ledige	/	/	/	/
Nicht-Ledige ⁵⁾	/	94	/	/
Mit Partner/-in ³⁾	94	95	87	84
Ehefrauen ⁶⁾	94	97	92	90
Lebenspartnerinnen ⁷⁾ ...	/	/	60	/

1) Anteil der deutschen Frauen mit ledigen Kindern unter 18 Jahren in der Familie (die selbst nicht lediges Kind in der Familie sind) an allen deutschen Frauen. – 2) Bevölkerung am Familienwohnsitz. – Personen ohne gegenwärtigen Schulbesuch; mit allgemeinem Schulabschluss und/oder mit beruflichem Ausbildungs- oder Universitäts-, Fachhochschulabschluss. – 3) Im Haushalt. – 4) 1991 und 1995 Schätzungen aus Ergebnissen des Mikrozensus, 2003 und 2004 Ergebnisse des Mikrozensus. Die den nicht mit der Haushaltsbezugsperson verwandten Haushaltsmitgliedern seit dem Mikrozensus 1996 gestellte Frage nach Lebenspartnerschaft zur Haushaltsbezugsperson ist freiwillig zu beantworten. – 5) Geschiedene, verheiratet getrennt Lebende und Verwitwete. – 6) Verheiratet zusammen Lebende. – 7) In nichtehelichen (gegengeschlechtlichen) und gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften.

Ausblick

Im vorliegenden Bericht wurden Frauen mit und ohne Kinder im Haushalt im Hinblick auf relevante soziodemographische Strukturen betrachtet. Im Vordergrund stand hierbei die deskriptive Analyse. Als ein wesentlicher Befund kann festgehalten werden, dass das Bildungsniveau von Frauen ebenso wie die Erwerbsorientierung als Erklärungsfaktoren für das Ausmaß von Kinderlosigkeit wenig aussagekräftig sind, wenn nicht zusätzliche Faktoren, wie etwa infrastrukturelle Randbedingungen und die Arbeitsmarktlage, berücksichtigt werden. Ein zweiter wesentlicher Befund ist,

dass Erklärungsmodelle, welche die Analyse auf die Frau beschränken, unvollständig bleiben müssen, da die Paarsituation – zumindest im früheren Bundesgebiet – offensichtlich einen ganz erheblichen Einfluss auf die Familiengründung ausübt. Im Zentrum weiterführender Analysen sollten dabei nicht primär Ehegemeinschaften stehen, da hier bislang keine Zunahme von Kinderlosigkeit zu beobachten ist, sondern vielmehr partnerlose, ledige Männer und Frauen ebenso wie Lebensgemeinschaften einbezogen werden. Die eigentlich zentrale und bislang nicht untersuchte Frage, wer der Motor hinter der zunehmenden Partnerlosigkeit und der damit einhergehenden Kinderlosigkeit ist – Frauen, Männer oder beide – und welche Bedeutung dabei den veränderten Rollenbeziehungen zwischen den Geschlechtern zukommt, kann mit den Daten des Mikrozensus nicht beantwortet werden. Allerdings können mit dem Mikrozensus Strukturanalysen nicht nur für Frauen, sondern auch für Männer oder Paare durchgeführt werden, die wichtige Anhaltspunkte für weitergehende Untersuchungen liefern. [\[1\]](#)

Dr. Peter Gurrath

Konzeptionelle und methodische Grundlagen der Gartenbauerhebung 2005

Mit den Ergebnissen der Gartenbauerhebung 2005 werden voraussichtlich Mitte 2006 erstmals seit mehr als zehn Jahren wieder aktuelle Daten zum Erwerbsgartenbau zur Verfügung stehen. Das Erhebungsprogramm umfasst zum Beispiel Angaben über die angebauten Kulturen im Freiland und unter Glas, die Gewächshäuser, die Arbeitskräfte und die Absatzwege. Die Gartenbauerhebung findet gemeinsam mit der Agrarstrukturhebung 2005 bei etwa 40 000 Gartenbaubetrieben statt. Durch die gemeinsame Durchführung mit der Agrarstrukturhebung werden Doppelbefragungen vermieden, dennoch ist die Belastung der Auskunftspflichtigen relativ hoch.

Nutzer der Ergebnisse der Gartenbauerhebung sind vor allem Wissenschaft und Politik sowie die Unternehmen des Gartenbaus und damit verbundener Branchen des Verarbeitenden Gewerbes und des Dienstleistungssektors. Die Daten dienen in Verbindung mit den Ergebnissen anderer Agrarstatistiken dazu, die Strukturen des deutschen Gartenbaus zu beschreiben, den Strukturwandel im Gartenbau zu beobachten und Marktanalysen zu erstellen.

Vorbemerkung

Der Gartenbau hat sich zu einem modernen Wirtschaftszweig mit einer breiten Palette von Produktions- sowie Handels- und Dienstleistungen entwickelt. Gleichzeitig ist durch die Verwirklichung des europäischen Binnenmarktes sowie die Erweiterung der Europäischen Union ein zunehmender Wettbewerbsdruck für die deutsche Gartenbauwirt-

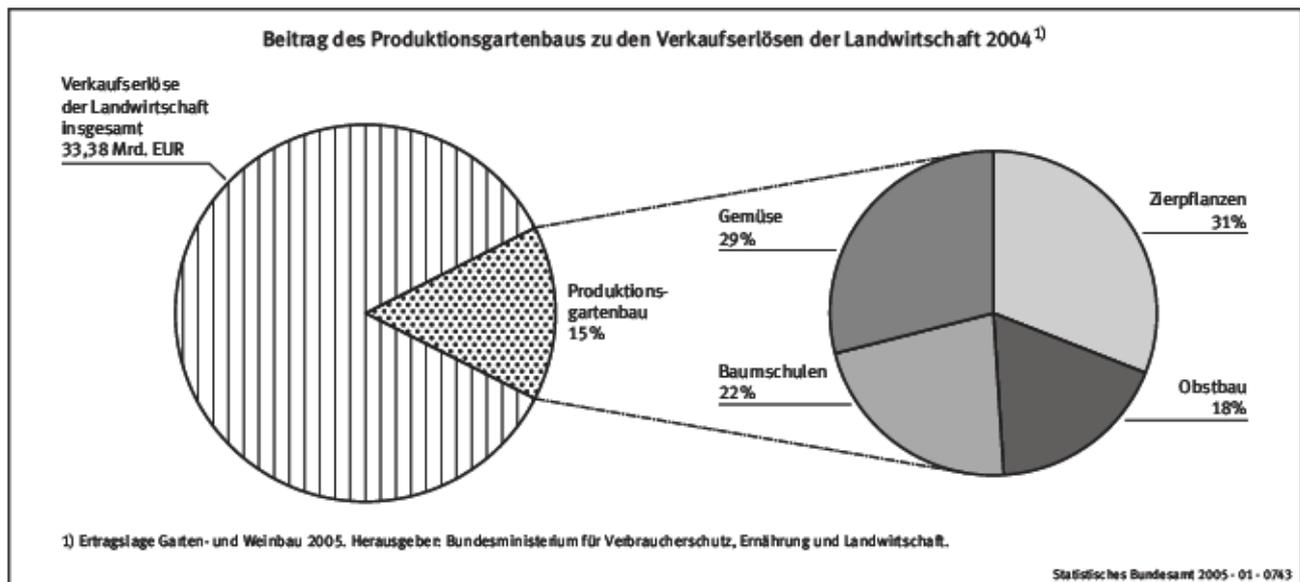
schaft entstanden, der u. a. zu einem Wandel der Produktionsstrukturen geführt hat. In der deutschen Landwirtschaft nimmt der Gartenbau einen wichtigen Platz ein, wie die wirtschaftliche Bedeutung der Gartenbauerzeugnisse zeigt: Die Verkaufserlöse des Produktionsgartenbaus betragen im Kalenderjahr 2004 zusammen 5,01 Mrd. Euro, sie haben damit einen Anteil von 15% an den Verkaufserlösen der Landwirtschaft insgesamt¹⁾ (siehe Schaubild 1).

Die Gartenbauerhebung wurde im Frühjahr 2005 gemeinsam mit der Agrarstrukturhebung durchgeführt. Ziel der Gartenbauerhebung ist die Gewinnung umfassender, aktueller, wirklichkeitsgetreuer und zuverlässiger statistischer Informationen über die Betriebsstruktur sowie die wirtschaftliche Situation in den Gartenbaubetrieben und landwirtschaftlichen Betrieben mit Gartenbau. Die Daten dienen in Verbindung mit den Ergebnissen anderer Agrarstatistiken dazu, die Strukturen des deutschen Gartenbaus zu beschreiben, den Strukturwandel im Gartenbau zu beobachten und auf seine Ursachen hin untersuchen zu können. Die Ergebnisse bieten damit für Regierung, Berufsstand, Wirtschaft und Wissenschaft die notwendigen statistischen Grundlagen für ihre Entscheidungen und Marktanalysen.

Die Gartenbauerhebung 2005 ist eine Nacherhebung zur Landwirtschaftszählung 1999. Landwirtschaftszählungen als Strukturhebungen in landwirtschaftlichen Betrieben werden im Abstand von acht bis zwölf Jahren durchgeführt. Neben der Haupterhebung der Landwirtschaftszählung sind für die Landwirtschaftszählung 1999 eine Weinbau-, eine

1) Ertragslage Garten- und Weinbau 2005. Herausgeber: Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft.

Schaubild 1



Gartenbau- und eine Binnenfischereierhebung als ergänzende oder nachfolgende Spezialerhebungen der Großzählung nach dem Agrarstatistikgesetz²⁾ angeordnet.

Gartenbauerhebungen haben eine lange Tradition: Bereits im Jahr 1933 fand eine Gartenbauerhebung im Rahmen der Volks-, Berufs- und Betriebszählung im Deutschen Reich statt.³⁾ Die nächste Gartenbauerhebung erfolgte 1950 im Rahmen der landwirtschaftlichen Betriebszählung. Als Nacherhebungen zur Landwirtschaftszählung wurden Gartenbauerhebungen in den Jahren 1961, 1972/73, 1981/82 und 1994 durchgeführt.⁴⁾

Neben der Gartenbauerhebung gibt es noch weitere Erhebungen im Bereich der gartenbaulichen Produktion. Mit den Einzelerhebungen über Gemüseanbau, Zierpflanzen, Baumschulen und Baumobstanbau werden pflanzliche Erzeugungsgrundlagen festgestellt. Der Anbau von Gemüse und Erdbeeren wird jährlich (alle vier Jahre allgemein, in den übrigen Jahren repräsentativ), die Pflanzenbestände in Baumschulen werden seit 1996 alle vier Jahre, der Anbau von Zierpflanzen ebenfalls alle vier Jahre sowie Flächen und Bestände der Baumobstanlagen alle fünf Jahre allgemein erhoben.

Im vorliegenden Beitrag wird zunächst die Abgrenzung des Berichtskreises der Gartenbauerhebung 2005 erläutert. Im Anschluss werden der Merkmalskatalog und der organisatorische Ablauf der Erhebung dargestellt. Weiter wird auf die Klassifikation der Betriebe und die vorgesehene Darstellung der Ergebnisse eingegangen. Abschließend werden Aussagen zur Vergleichbarkeit der Ergebnisse mit denen der letzten Gartenbauerhebung im Jahr 1994 gemacht.

1 Abgrenzung des Berichtskreises

Im Sinne der Agrarstatistik in Deutschland gehören zu gartenbaulichen Erzeugnissen Obst, Gemüse, Blumen und Zierpflanzen, Baumschulerzeugnisse und Gartenbausämereien. Normalerweise werden in der Öffentlichkeit mit dem Begriff Gartenbau auch Tätigkeiten wie Handel und Dienstleistungen im gärtnerischen Bereich verbunden. Die Befragung von Betrieben, die ausschließlich diese Tätigkeiten erbringen, ist jedoch nicht Gegenstand der klassischen Agrarstatistik. Deshalb orientiert sich die im Rahmen der Landwirtschaftszählung durchzuführende Erhebung im Produktionsgartenbau ausschließlich an der Nutzung von Bodenflächen durch gärtnerische Kulturen bzw. an der Produktion von Gartenbauerzeugnissen. Demzufolge ist ein landwirtschaftlicher Betrieb, der auf einer Fläche Gemüse oder Obst anbaut, zur Gartenbauerhebung ebenso auskunftspflichtig wie der hochspezialisierte Zierpflanzenbetrieb mit Unterglasanbau.

Entsprechend wird im Agrarstatistikgesetz (AgrStatG)⁵⁾ der Berichtskreis im Produktionsgartenbau auf Basis der bewirtschafteten Flächen abgegrenzt: Erhebungseinheiten sind hiernach alle landwirtschaftlichen Betriebe, die Flächen im Freiland von jeweils 30 Ar und mehr mit Obst (auch soweit sie nicht im Ertrag stehen), Baumschulen, Gemüse, Blumen und Zierpflanzen oder Gartenbausämereien oder Flächen unter Glas von jeweils 3 Ar und mehr mit Gemüse oder Blumen und Zierpflanzen zu Erwerbszwecken bewirtschaften.

Zusätzlich findet im Rahmen der Gartenbauerhebung 2005 neben der „klassischen“ Gartenbauerhebung erstmals eine Betrachtung des Dienstleistungsgartenbaus statt.

²⁾ Gesetz über Agrarstatistiken (Agrarstatistikgesetz – AgrStatG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. August 2002 (BGBl. I S. 3118).

³⁾ Siehe Statistik des Deutschen Reiches, Band 468, 469, 1, 470, 3: Gartenbauerhebung 1933/34.

⁴⁾ Siehe z. B. Statistisches Bundesamt: Statistische Berichte: Gartenbauerhebung 1950 sowie Mülles, E.: „Gartenbauerhebung 1981/82“ in WiSta 12/1983, S. 955 ff.

⁵⁾ Siehe Fußnote 2; nicht auskunftspflichtig sind Betriebe, die die Erfassungsgrenzen für Reben, Tabak, Hopfen sowie Heil- und Gewürzpflanzen überschreiten, da diese keine Gartenbauerzeugnisse im Sinne der Gartenbauerhebung sind.

Dazu werden sekundärstatistische Auswertungen – aus den Daten der Umsatzsteuerstatistik und der Beschäftigtenstatistik – über die Betriebe von Unternehmen des Garten- und Landschaftsbaus und der Erbringung von gärtnerischen Dienstleistungen durchgeführt. Ausgewertet werden die Rechtsform, die Höhe des Umsatzes im Jahr 2004 und die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am 31. März 2005. Diese Auswertungen werden im Rahmen dieses Aufsatzes nicht weiter berücksichtigt, da es sich lediglich um ergänzende Darstellungen aus den Ergebnissen der oben genannten Statistiken handelt.

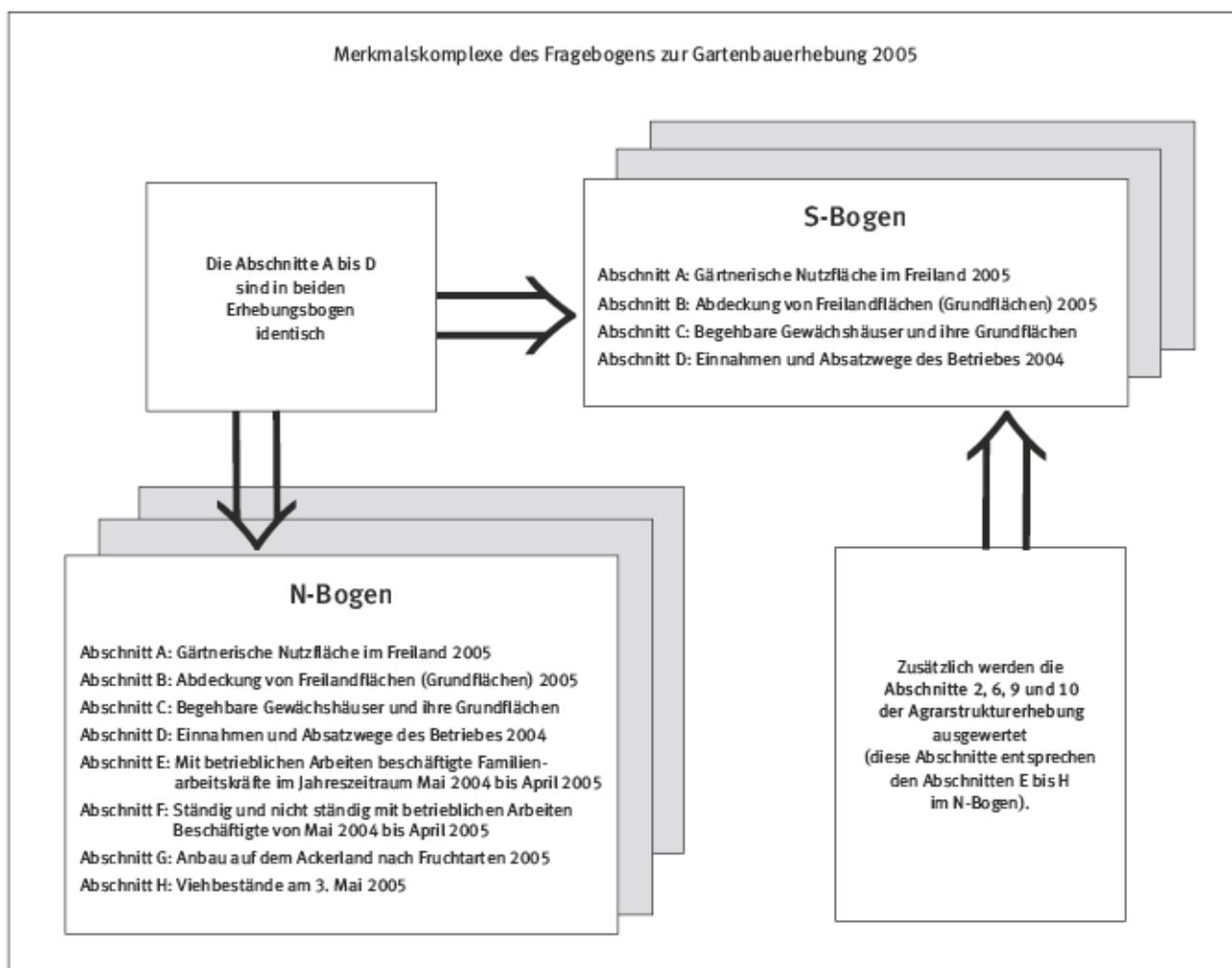
2 Merkmalskatalog und organisatorischer Ablauf

Wie bereits dargestellt, ist das Ziel der Gartenbauerhebung die Gewinnung von aktuellen Informationen über die Betriebsstruktur und die wirtschaftliche Situation in Gartenbaubetrieben und landwirtschaftlichen Betrieben mit Gar-

tenbau. Aus diesem Grund werden in der Gartenbauerhebung nicht die erzeugten Mengen erfragt. Vielmehr werden Merkmale zu den Erzeugungsf lächen im Freiland und unter Glas und zu den genutzten technischen Hilfsmitteln (z. B. Einsatz von Abdeckungen im Freiland und Nutzung von Gewächshäusern sowie deren Alter und technische Ausstattung einschließlich der für die Beheizung eingesetzten Energiemengen) sowie zum Arbeitskräfteeinsatz erhoben, die das Produktionspotenzial im Gartenbau abbilden. Einen zweiten Schwerpunkt bilden die Einnahmen und die Absatzwege, die die wirtschaftliche Situation der Betriebe reflektieren. Zudem werden zur Kennzeichnung der Betriebe die Rechtsform und die sozialökonomischen Verhältnisse zur Unterscheidung von Haupt- und Nebenerwerb erfragt.

Die einzelnen Merkmalskomplexe wurden dabei auf Basis von Expertenmeinungen und der Ergebnisse der letzten Gartenbauerhebung (1994) überarbeitet und gestrafft. So wurden einzelne Merkmalskomplexe ganz gestrichen⁶⁾, wie zum Beispiel die Fragen zur Beregnung und Bewässerung im Freiland, zur Buchführung und zur gartenbaulichen Berufs-

Schaubild 2



⁶⁾ Siehe Fußnote 2 sowie Verordnung zur Aussetzung und Ergänzung von Merkmalen nach dem Agrarstatistikgesetz (Erste Agrarstatistikverordnung – 1. AgrStatV) vom 20. November 2002 (BGBl. I S. 4415), geändert durch Verordnung vom 20. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3584).

bildung des Betriebsleiters. Zudem wurden einige Fragenkomplexe gestrafft, indem einzelne Abschnitte gestrichen wurden, wie zum Beispiel die Untergliederung der Baumschulkulturen. Neu aufgenommen wurde dagegen die Untergliederung der Strauchbeerenobstflächen nach Obstarten, da Strauchbeerenobstflächen in den letzten Jahren regional an Bedeutung gewonnen haben. Ferner wurde der Merkmalskomplex zur Beheizung der Gewächshäuser um Fragen zum Einsatz von erneuerbaren Energien erweitert. Vor dem Hintergrund der Integration der Gartenbauerhebung in die Agrarstrukturhebung (siehe unten) wurden die Merkmale des Grundprogramms der Agrarstrukturhebung in die Gartenbauerhebung übernommen. Hier werden Angaben über die gesamte Bodennutzung und eventuell vorhandene Viehbestände ermittelt. Zudem wurde das Erhebungskonzept für die Arbeitskräfte im Rahmen der Agrarstrukturhebung⁷⁾ auch in der Gartenbauerhebung angewendet.

Bis 1994 wurden die Gartenbauerhebungen als eigenständige Erhebungen durchgeführt. Im Rahmen der Ende der 1990er-Jahren durchgeführten Integration und Vereinheitlichung der Erhebungen über die Viehbestände, der Bodennutzungshaupt- und der Agrarstrukturhebung wurde bereits geplant, die nächste Gartenbauerhebung im Hinblick auf das Merkmalsprogramm und die Organisation eng mit der Agrarstrukturhebung 2003 oder 2005 zu verknüpfen. Dieses Vorgehen bietet Vorteile unter den Aspekten Entlastung der Befragten, Vergleichbarkeit der Ergebnisse mit denen anderer Erhebungen und rationelle Durchführung der Erhebung.

Eine Entlastung der auskunftspflichtigen Betriebe war möglich, da ein Teil der Merkmale der Gartenbau- und der Agrarstrukturhebung identisch ist. Zudem hatten Schätzungen im Vorfeld der Erhebungen ergeben, dass rund die Hälfte der Gartenbaubetriebe auch im Rahmen der repräsentativen Agrarstrukturhebung zu befragen ist. Um außerdem eine möglichst weitgehende Vergleichbarkeit der Erhebungsergebnisse zu erreichen, wurde der Berichtskreis der Gartenbauerhebung an jenen der Agrarstrukturhebung angeglichen.

Aufbauend auf diesem Konzept finden die Gartenbauerhebung und die Agrarstrukturhebung 2005 zeitgleich statt und werden gemeinsam durchgeführt. Damit werden bei allen zur Agrarstrukturhebung 2005 auskunftspflichtigen Betrieben – für die aufgrund ihrer Teilnahme an der Agrarstrukturhebung viele Merkmale bereits vorliegen – nur die speziellen Erhebungsmerkmale für die Gartenbauerhebung mit einem Anlage- oder Ergänzungsbogen erhoben (siehe Schaubild 2, S-Bogen).

Bei der Agrarstrukturhebung 2005 handelt es sich um eine repräsentative Erhebung und bei der Gartenbauerhebung um eine allgemeine Erhebung. Deshalb erhalten die Betriebe, die nicht für den repräsentativen Teil der Agrarstrukturhebung ausgewählt wurden, den gesamten Fragenkatalog zur Gartenbauerhebung einschließlich der Merkmale des Grundprogramms der Agrarstrukturhebung, das

heißt den Merkmalen zu Bodennutzung und Viehbeständen (N-Bogen). Diese Verfahrensweise führt jedoch nur bei einer geringen Zahl der Betriebe zu einer tatsächlichen Mehrbelastung, da die zur Gartenbauerhebung auskunftspflichtigen Betriebe, die nicht in der Stichprobe zur Agrarstrukturhebung enthalten sind, in der Regel keine oder nur eine geringe landwirtschaftliche Produktion aufweisen.

3 Auswertung

3.1 Klassifikation der Betriebe

Im Gartenbau gibt es eine breite Palette von Produkten: Obst, Feldgemüse, Zierpflanzen usw. Diese Kulturen unterscheiden sich deutlich in den Erträgen, im Verkaufswert und in der Arbeitsintensität. Entsprechend ist die Wertschöpfung je Flächeneinheit zum Beispiel im Feldgemüseanbau völlig verschieden von der Wertschöpfung im Zierpflanzenanbau unter Glas. Deshalb ist es bei der Darstellung der Ergebnisse des Gartenbaus sinnvoll, Betriebsgruppen zu bilden, die in sich möglichst homogen sind, das heißt die gleiche oder eine ähnliche Produktionsstruktur haben. Hierzu ist es erforderlich, die Betriebe bei der Auswertung zu klassifizieren.

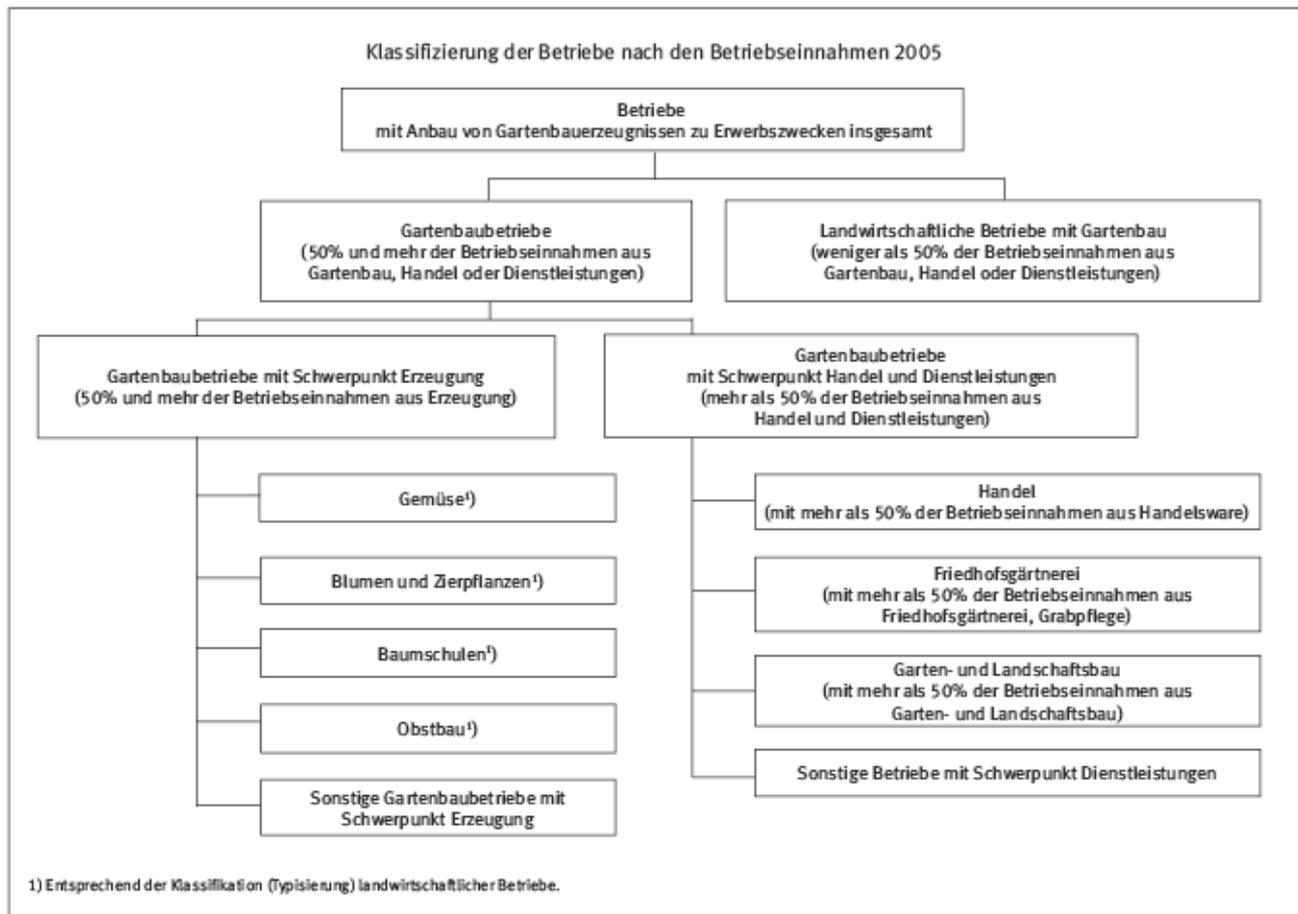
Für die Agrarstrukturhebung wird bereits seit mehr als 30 Jahren eine eigene Klassifikation verwendet, mit deren Hilfe die betriebswirtschaftliche Ausrichtung der Betriebe ermittelt wird.⁸⁾ Die betriebswirtschaftliche Ausrichtung eines Betriebes ist ein Ausdruck für die Spezialisierungsrichtung eines Betriebes, das heißt seines Produktionsschwerpunktes. Für die Darstellung der Ergebnisse der Gartenbauerhebung ist diese Klassifikation jedoch nicht ausreichend, da die Umsätze aus Handel und Dienstleistungen generell nicht berücksichtigt sind und die Kombination von gartenbaulichen Aktivitäten mit landwirtschaftlicher Erzeugung im engeren Sinne nicht abgebildet werden kann. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die Klassifikation nicht auf den einzelbetrieblichen Umsätzen bzw. den tatsächlichen einzelbetrieblichen Wertschöpfungsbeiträgen basiert.

Deshalb wird für die Gartenbauerhebung ein mehrstufiges Klassifizierungssystem verwendet (siehe Schaubild 3): In einer ersten Stufe werden die Betriebe nach Betriebsarten, in einer zweiten Stufe nach Betriebsschwerpunkten und in einer dritten Stufe nach Betriebstypen eingeordnet. Die Klassifizierung der Betriebe bis zur zweiten Stufe und die Unterteilung der Betriebe mit Schwerpunkt Handel und Dienstleistungen sind entsprechend der Gartenbauerhebung 1994 vorgenommen worden, das heißt auf Basis der Angaben über die Aufteilung der Betriebseinnahmen. Die Klassifizierung der Gartenbaubetriebe mit Schwerpunkt Erzeugung wurde verändert und erfolgt nunmehr mit den Merkmalsausprägungen „Gemüse“, „Blumen und Zierpflanzen“, „Baumschulen“, „Obstbau“ sowie „Sonstige Gartenbaubetriebe mit Schwerpunkt Erzeugung“ auf Basis ihrer Einordnung entsprechend der Klassifikation der landwirtschaftlichen Betriebe.

7) Siehe Nause, G./Pöschl, H.: „Zur Methodik der Arbeitskräfteerhebungen in den landwirtschaftlichen Betrieben Deutschlands 1991 bis 2003“ in WiSta 10/2003, S. 922 ff.

8) Zur Klassifizierung der landwirtschaftlichen Betriebe siehe Walsemann, U.: „Die Klassifikation der landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland von 1971 bis 2001“ in WiSta 3/2003, S. 191 ff.

Schaubild 3



Im Vergleich zur Gartenbauerhebung 1994 wurde bei der Gartenbauerhebung 2005 an dieser Stelle eine methodische Änderung der Klassifikation vorgesehen: Bei der Gartenbauerhebung 1994 wurden die Betriebe mit Schwerpunkt Erzeugung nach den Anteilen der Einnahmen für die einzelnen selbst erzeugten Produkte an den Betriebseinnahmen befragt und direkt danach klassifiziert. Hierauf wurde bei der Gartenbauerhebung 2005 verzichtet, um für dieses Segment Vergleiche mit den Ergebnissen der Agrarstrukturhebung durchführen zu können.

Insgesamt ermöglicht das bei der Gartenbauerhebung 2005 durchgeführte Verfahren damit neben der Einordnung des Gartenbaus in den Gesamtbetrieb eine differenzierte Kennzeichnung der eigentlichen „Gartenbaubetriebe“ nach Schwerpunkten und Typen und verdeutlicht dadurch ihre spezifische wirtschaftliche Ausrichtung. Diese Vorgehensweise stellt eine Vergleichbarkeit mit den grundlegenden Ergebnissen der Gartenbauerhebung 1994 sicher. Nicht vergleichbar sind die Ergebnisse für die Betriebstypen mit Schwerpunkt Erzeugung, da hier die Klassifikation für 2005 geändert wurde.

3.2 Darstellung der Ergebnisse

Entsprechend der in der amtlichen Agrarstatistik üblichen Vorgehensweise stellen die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder im Rahmen der statistischen Grundver-

sorgung Standardauswertungen aus der Gartenbauerhebung zur Verfügung. Dafür wurde ein Tabellenprogramm erstellt. Das Tabellenprogramm besteht aus drei Abschnitten: den Vorabtabellen, den Übersichts- und Regionaltabellen und den Tabellen mit tiefer sachlicher Gliederung (siehe die Übersicht). Die Vorabtabellen geben einen Überblick über alle Gartenbaumerkmale und dienen dazu, zeitnah erste Ergebnisse zur Verfügung stellen zu können. In den so genannten Übersichtstabellen werden die zentralen Ergebnisse zusammengefasst und kompakt dargestellt. Auch diese Tabellen werden möglichst zeitnah und für alle Bundesländer veröffentlicht. Ähnlich dem Aufbau der Übersichtstabellen werden von den meisten Statistischen Landesämtern Regionaltabellen für kleinere regionale Einheiten (Stadt- und Landkreise) erstellt werden. Zudem sind für die detaillierte Darstellung der Ergebnisse auf Bundes- und Landesebene Tabellen mit tiefer sachlicher Gliederung vorgesehen. In diesen Tabellen werden die Merkmale unter zentralen Gesichtspunkten für die einzelnen Betriebstypen abgebildet.

Das Tabellenprogramm mit tiefer sachlicher Gliederung ist folgendermaßen gegliedert: Die ersten beiden Tabellen enthalten Übersichten über die Betriebe mit Gartenbau nach Betriebsarten sowie über die Nutzung der Flächen und den Arbeitskräfteeinsatz in den Gartenbaubetrieben auf allen Klassifikationsstufen. In den folgenden drei Tabellen werden Daten zum produktionstechnischen Bereich des Gar-

Übersicht zum Tabellenprogramm 2005

Vorabtabellen	Überblick über alle Gartenbaumerkmale sowie alle Klassifizierungsmerkmale
	Überblick über die Merkmale der Agrarstrukturerhebung
Übersichts- und Regionaltabellen	In den Übersichtstabellen werden die zentralen Ergebnisse zusammengefasst und kompakt dargestellt.
	Die Regionaltabellen haben den gleichen Aufbau wie die Übersichtstabellen, jedoch mit einer tiefen regionalen Gliederung.
Tabellen mit tiefer sachlicher Gliederung	Übersicht der Betriebe mit Gartenbau nach Betriebsarten
	Übersichten zur Nutzung der Flächen und zu den Arbeitskräften in den Gartenbaubetrieben für alle Klassifikationsstufen
	Auswertungen über die Nutzung der Freilandflächen
	Übersicht der Betriebe mit abgedeckten Freilandflächen und deren Nutzung
	Auswertungen über Gewächshausflächen
	Auswertungen zu den Arbeitskräften
	Übersicht zu Einnahmen aus gartenbaulichen Handels- und Dienstleistungen
	Übersicht zur sozialökonomischen Gliederung der Betriebe
	Auswertungen zu den Absatzwegen und zu Anteilen der Verkaufserlöse

tenbaus (Anbauverhältnisse im Freiland, Abdeckung von Freilandflächen sowie Eindeckung, Baujahr und Grundflächen der Gewächshäuser, deren Ausstattung mit Heizanlagen sowie die für die Beheizung eingesetzten Energiemengen) dargestellt. Schließlich werden die Strukturmerkmale der Gartenbaubetriebe (Arbeitskräfte, Einnahmen aus gartenbaulichen Handels- und Dienstleistungen, sozialökonomische Verhältnisse der Betriebe, Absatzwege und Vermarktung) in vier Tabellen abgebildet.

Die Tabellen mit tiefer sachlicher Gliederung werden für die Betriebe mit Anbau von Gartenbauerzeugnissen zu Erwerbszwecken insgesamt, für die Gartenbaubetriebe mit Schwerpunkt Erzeugung und – soweit sinnvoll darstellbar – für die Betriebe mit Schwerpunkt Handel und Dienstleistungen erstellt. In diesen Tabellen werden, differenziert nach Größenklassen der gärtnerischen Nutzfläche⁹⁾ bzw. Arbeitskräfte-Einheiten, die Ergebnisse für die erhobenen Merkmale zur gartenbaulichen Produktion dargestellt.

Auch für die Gartenbauerhebung sind tiefer gehende Auswertungen – ebenso wie in der Vergangenheit für die Gartenbauerhebung 1994 – als Sonderauswertungen möglich. Für wissenschaftliche Analysen besteht zudem grundsätzlich die Möglichkeit, die entsprechenden Daten über das Forschungsdatenzentrum der Länder zu erhalten. Damit sind auch für die Gartenbauerhebung 2005 Analysen wie die auf Basis der Gartenbauerhebung 1994 durchgeführte Untersuchung¹⁰⁾ zu Strukturen und Leistungen des deutschen Gartenbaus möglich.

4 Vergleichbarkeit mit der Gartenbauerhebung 1994

In der Gartenbauerhebung 2005 werden – ebenso wie in der Gartenbauerhebung 1994 – grundlegende Strukturdaten zum Produktionsgartenbau in Deutschland erhoben.

9) Gärtnerische Nutzfläche: Flächen, auf denen Obst, Gemüse, Blumen und Zierpflanzen, Baumschulerzeugnisse sowie Gartenbausämereien zu Erwerbszwecken in Hauptnutzung auf dem Freiland oder in Gewächshäusern angebaut werden. Die gärtnerische Nutzfläche ist keine Teilmenge der landwirtschaftlich genutzten Fläche, da die gärtnerische Nutzfläche auch leer stehende Gewächshäuser und Verkaufsgewächshäuser umfasst.

10) Siehe Storck, H.: „Der Gartenbau in der Bundesrepublik Deutschland – Leistungen, Strukturen, Entwicklungen“ in Schriftenreihe des Bundesministeriums für Landwirtschaft, angewandte Wissenschaft, Heft 466.

Aufgrund der methodischen Änderungen sind Vergleiche mit den Ergebnissen der Gartenbauerhebung 1994 allerdings nur eingeschränkt möglich. Diese Änderungen betreffen vor allem folgende Aspekte:

Erstens wurde aufgrund der organisatorischen Eingliederung der Gartenbauerhebung 2005 in die Agrarstrukturerhebung der Berichtskreis der Gartenbauerhebung an den der Agrarstrukturerhebung angepasst. Dieses implizierte insbesondere eine Anhebung der unteren Erfassungsgrenzen. So wurden 1994 alle Betriebe erfasst, die Gartenbauerzeugnisse zum Verkauf anbauen mit einer gärtnerischen Nutzfläche von mindestens 15 Ar im Freiland oder einer gärtnerischen Nutzfläche unter Glas oder Kunststoff. In die Gartenbauerhebung 2005 wurden dagegen, wie in Kapitel 1 beschrieben, alle landwirtschaftlichen Betriebe einbezogen, die Flächen im Freiland von jeweils 30 Ar und mehr mit Obst, Baumschulen, Gemüse, Blumen und Zierpflanzen oder Gartenbausämereien oder Flächen unter Glas von jeweils 3 Ar und mehr mit Gemüse oder Blumen und Zierpflanzen zu Erwerbszwecken bewirtschaften.

Zweitens wurde das Klassifizierungssystem der Betriebe für die Gartenbauerhebung 2005 in Teilen verändert (siehe Abschnitt 3.1). Die Klassifizierung der Gartenbaubetriebe mit Schwerpunkt Erzeugung erfolgt 2005 entsprechend der Klassifikation der landwirtschaftlichen Betriebe. Alle übrigen Gliederungsebenen sind dagegen vollständig vergleichbar mit 1994.

Drittens ist die Zuordnung der sozialökonomischen Betriebstypen Haupt- und Nebenerwerb in der Gartenbauerhebung 2005 nur bedingt mit der der Gartenbauerhebung 1994 vergleichbar. Bei der Gartenbauerhebung 2005 wird die sozialökonomische Gliederung auf Grundlage der aus den personenbezogenen Daten berechneten Arbeitsleistung (ausgedrückt in Arbeitskräfte-Einheiten) je Betrieb und dem Verhältnis von betrieblichem und außerbetrieblichem Einkommen vorgenommen. Bei der Gartenbauerhebung 1994 wurde die Zuordnung zu den sozialökonomischen Betriebstypen ausschließlich über die mit dem Erhebungsvordruck gestellten Fragen über das Vorhandensein bzw. Nichtvorhandensein außerbetrieblichen Einkommens bei Betriebsinhaber und/oder Ehegatte sowie über das Verhältnis des betrieblichen Einkommens zum außerbetrieblichen Einkommen vorgenommen.

Viertens wurden einige Merkmalskomplexe gegenüber der Gartenbauerhebung 1994 deutlich überarbeitet. Einerseits wurden einzelne Merkmalskomplexe ganz gestrichen oder gekürzt, andererseits wurden neue Merkmale aufgenommen, die den geänderten Informationsbedarf über den Gartenbau widerspiegeln. Darüber hinaus haben sich die Definitionen einiger Merkmale seit der Gartenbauerhebung 1994 geändert. Insbesondere werden die Frühbeetflächen 2005 den Freilandflächen zugeordnet¹¹⁾, während sie 1994 noch zu den Unterglasflächen zählten. Auch dieses führt zu einer gewissen Einschränkung der Vergleichbarkeit der Ergebnisse.

5 Zusammenfassung und Ausblick

Die Gartenbauerhebung 2005 findet gemeinsam mit der Agrarstrukturerhebung bei etwa 40 000 Gartenbaubetrieben statt; ihre Ergebnisse werden voraussichtlich Mitte 2006 zur Verfügung stehen.

Mit dieser Erhebung werden erstmals seit mehr als zehn Jahren wieder spezifische Strukturdaten zum Erwerbsgartenbau in Deutschland erfasst. Das Erhebungsprogramm umfasst zum Beispiel Angaben über die angebauten Kulturen im Freiland und unter Glas, die Gewächshäuser, die Arbeitskräfte und die Absatzwege. Es wurde im Vergleich zur letzten Gartenbauerhebung 1994 in einigen wesentlichen Bereichen überarbeitet und gestrafft. Neu aufgenommen wurden vor allem die Aufgliederung des Strauchbeerenobstes nach Arten und Fragen zur Nutzung von regenerativen Energien bei der Beheizung von Gewächshäusern. Damit wurde den geänderten Informationsbedürfnissen der Nutzer Rechnung getragen.

Die Gartenbauerhebung 2005 ist die erste Gartenbauerhebung, die mit der Agrarstrukturerhebung gemeinsam durchgeführt wird. Dieses führt insgesamt zu einer Entlastung der Berichtspflichtigen, da Doppelmeldungen vermieden werden. Voraussetzung hierfür war aber eine umfassende Anpassung des Berichtskreises und des Fragenprogramms, sodass Vergleiche mit den Ergebnissen der vorhergehenden Gartenbauerhebung, die 1994 durchgeführt wurde, nur eingeschränkt möglich sind. [uu](#)

¹¹⁾ In Anlehnung an die Verordnung (EG) Nr. 1444/2002 der Kommission vom 24. Juli 2002 (Amtsbl. der EG Nr. L 216 vom 12. August 2002).

Dipl.-Kaufrau Karin Böhm

Gesundheitsdaten in Deutschland

Gesundheit geht jeden an. Von Erwachsenen wird sie als wichtigster Faktor für das Wohlbefinden genannt.¹⁾ Durchschnittlich 2 900 Euro werden in Deutschland jährlich pro Kopf der Bevölkerung für den Erhalt und die Wiederherstellung der Gesundheit ausgegeben. Im Jahr 2003 waren dies insgesamt rund 240 Mrd. Euro bzw. 11,3% des Bruttoinlandsprodukts.²⁾ Um die Wirksamkeit, Qualität, Wirtschaftlichkeit und Finanzierbarkeit der Leistungserstellung im Gesundheitswesen beurteilen zu können, sind aussagekräftige Daten nötig.

Der Gesundheitsbegriff selbst ist schwer fassbar, wie die in der Literatur auffindbaren Begriffsdefinitionen zeigen. Er versammelt auf den ersten Blick Unvereinbares – von Körperzuständen über Versorgungsaspekte bis hin zu ökonomischen Sachverhalten³⁾ (siehe das Schaubild). Die Mehrdimensionalität des Gesundheitsbegriffs und die Komplexität des Gesundheitssystems finden ihre Entsprechung in der Vielfalt gesundheitsbezogener Datenquellen.

Im folgenden Beitrag werden ausgewählte Quellen für Gesundheitsdaten in Deutschland zusammengestellt. Sie zeichnen sich durch ihre allgemeine Zugänglichkeit – meist über das Internet – aus, auch wenn dies bei einzelnen Quellen nur für Auszüge aus einem umfassenden Datenfundus zutrifft. Ergänzt wird der Beitrag um Hinweise auf Lücken in der Datenlandschaft. Er schließt mit einem Ausblick auf gesetzliche Neuregelungen, die die gesundheitsbezogene

Datenlandschaft um wichtige Aspekte bereichern werden. Der Beitrag kann und will angesichts der Vielfalt und des raschen Wandels der angebotenen Informationen keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben.⁴⁾

Vorbemerkung

Die verfügbaren Zahlen und Informationen zum Gesundheitszustand der Bevölkerung und deren Gesundheitsversorgung liegen in Deutschland über eine große Anzahl von Datenhaltern und heterogenen Statistiken bzw. Erhebungen verstreut vor. Die einzelnen Daten werden der historisch gewachsenen Struktur des Gesundheitswesens und den verteilten Kompetenzen der Akteure im Gesundheitswesen entsprechend insbesondere für den speziellen Informationsbedarf einzelner Institutionen in meist unterschiedlicher Form erhoben. Trotz des hohen Stellenwertes, den das Gesundheitswesen in der politischen Diskussion, der interessierten Öffentlichkeit und den Medien einnimmt, gibt es gemessen am Informationsbedarf, aber auch im internationalen Vergleich nach wie vor Lücken in den verfügbaren Daten und Analysen.

Das Gesundheitswesen sieht Gesundheit fast ausschließlich defizitorientiert als Abweichung vom Idealzustand, der durch die Definition der Weltgesundheitsorganisation (WHO) beschrieben wird. Gesundheit ist nach der WHO-Definition ein Zustand völligen körperlichen, geistigen und

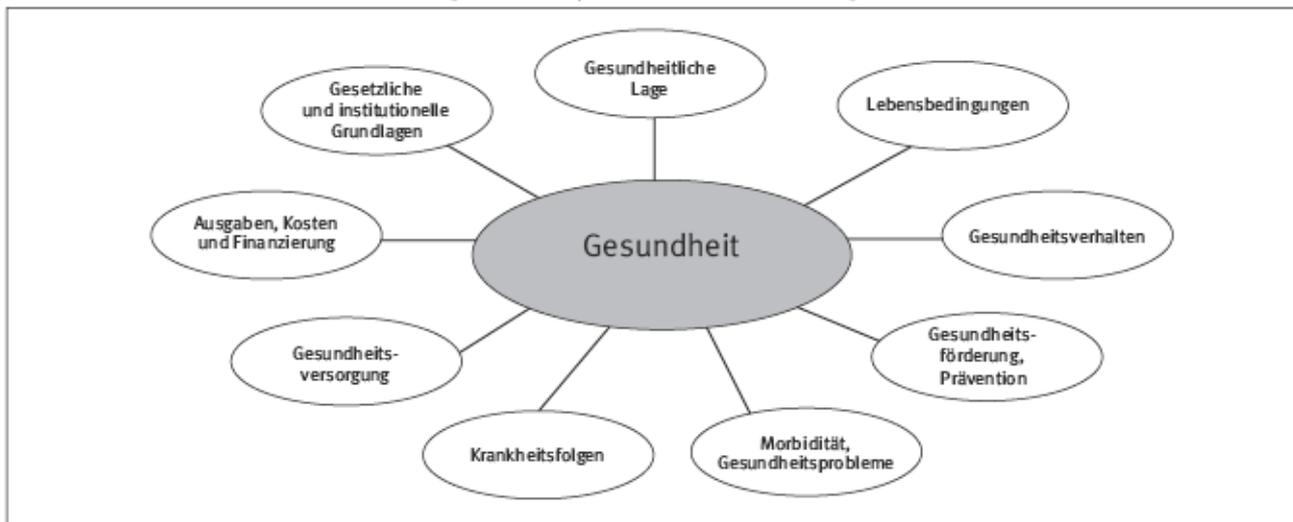
1) Siehe Habich, R. u. a.: „Subjektives Wohlbefinden in Ostdeutschland nähert sich westdeutschem Niveau“ in Informationsdienst Soziale Indikatoren (ISI), Ausgabe 22, Juli 1999, S. 2.

2) Siehe Statistisches Bundesamt: „Gesundheitsausgabenrechnung“, www.gbe-bund.de, Stichwort Gesundheitsausgaben 2003.

3) Siehe Kuhn, J.: „Gesundheit, Krankheit und Public Health“ in prävention 01/2005, S. 27 ff.

4) Wesentliche Teile des Beitrags entsprechen einer Unterlage des Statistischen Bundesamtes für die 2. Sitzung des Rates für Sozial- und Wirtschaftsdaten am 25. Februar 2005.

Ausgewählte Komponenten des Gesundheitsbegriffs



sozialen Wohlbefindens und nicht nur die Abwesenheit von Krankheit oder Gebrechen.⁵⁾ Mit welchen Inhalten der Gesundheitsbegriff gefüllt wird, hängt ganz wesentlich von der jeweiligen Interessenlage des Datenproduzenten bzw. -nutzers ab. Die Medizin beispielsweise braucht differenzierte Krankheitskategorien, die es ihr erleichtern, sich in Behandlung, Forschung und Lehre gezielt und wirksam mit Krankheiten auseinanderzusetzen. Für die Rentenversicherung ist Krankheit die Ursache eingeschränkter Erwerbsfähigkeit. Für gesundheitlich beeinträchtigte oder erkrankte Menschen stehen die Behandlungsmöglichkeiten, die Qualität des Versorgungsangebots und dessen Erreichbarkeit im Vordergrund.

Grundsätzlich sind für das Gesundheitswesen in Deutschland

1. Daten der amtlichen Statistik der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder,
2. amtliche originärstatistische Daten,
3. amtliche prozessinduzierte Daten (freiwillig oder als Pflichtaufgabe im Rahmen der Tätigkeit des jeweiligen Akteurs),
4. wissenschaftstragende originärstatistische Daten sowie
5. Daten kommerzieller, privatwirtschaftlicher Anbieter

zu unterscheiden. Die folgende Darstellung ist vor dem Hintergrund bestehender Berichtssysteme vorrangig thematisch ausgerichtet. Die Daten kommerzieller, privatwirtschaftlicher Anbieter bleiben unberücksichtigt.

Daten nach Teilbereichen des Gesundheitswesens

Zur Beschreibung der gesundheitlichen Situation stehen als regelmäßige Totalerhebungen in Deutschland im Wesentlichen Mortalitätsdaten aus der Todesursachenstatistik⁶⁾ sowie Diagnosedaten der Krankenhauspatientinnen und -patienten aus der Krankenhausstatistik⁷⁾ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder zur Verfügung. Diese fallbezogenen Daten geben einen umfassenden Überblick über die todesursachenspezifische Sterblichkeit und die Inanspruchnahme stationärer Krankenhausleistungen nach Hauptdiagnosen. Anfang Juli 2005 wurden vom Statistischen Bundesamt erstmalig Ergebnisse zu den Diagnosen der aus den Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen mit mehr als 100 Betten entlassenen Patientinnen und Patienten veröffentlicht.⁸⁾ Aus diesen Daten lassen sich Anhaltspunkte gewinnen, durch welche präventiven und kurativ-medizinischen Maßnahmen beispielsweise die Lebenserwartung und -qualität der Bevölkerung erhöht werden können. Eine umfassende Einschätzung des Gesundheitszustands der Bevölkerung bzw. des Erkrankungsgeschehens ist auf Basis dieser Angaben allerdings nicht möglich. Angaben zur Inzidenz (Anzahl der Neuerkrankungen) und Prävalenz (Gesamtzahl an Erkrankungen) liegen nur für wenige Krankheiten (z. B. für AIDS über das AIDS-Fallregister, für Krebserkrankungen über die Dachdokumentation Krebs und für meldepflichtige Krankheiten nach dem Infektionsschutzgesetz) und/oder nur aus regional begrenzten Datenquellen (z. B. für Schlaganfall über das Erlanger Schlaganfallregister und für Herzinfarkt über das MONICA/KORA-Herzinfarktregister Augsburg) vor.

Die Höhe und Entwicklung der Sterblichkeit sowie die Struktur der Todesursachen nach Alter und Geschlecht der Verstorbenen gelten nach wie vor als wichtigste Kennziffern zur

5) Präambel der Verfassung der Weltgesundheitsorganisation, in Kraft gesetzt von der International Health Conference New York, 22. Juni 1946 (http://w3.whosea.org/Linkfiles/About_SEARO_const.pdf; Stand: 4. August 2005).

6) Siehe Fachserie 12 „Gesundheitswesen“, Reihe 4 „Todesursachen in Deutschland“ (www.ec.destatis.de).

7) Siehe Fachserie 12 „Gesundheitswesen“, Reihe 6.2.1 „Diagnosen der Krankenhauspatienten“ (www-ec.destatis.de).

8) Siehe Fachserie 12 „Gesundheitswesen“, Reihe 6.2.2 „Diagnosen der Patienten und Patientinnen in Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen“ (www-ec.destatis.de).

Bewertung des Gesundheitszustands einer Bevölkerung. Dennoch reichen die mortalitätsbezogenen Indikatoren wie allgemeine, spezifische und standardisierte Sterbeziffern, Lebenserwartung sowie Säuglings- und Müttersterblichkeit nicht mehr aus, um die gesundheitliche Lage hoch entwickelter Industrienationen zu beschreiben. Dafür hat sich das Krankheitsspektrum, aber auch das Gesundheitsbewusstsein bestimmter Bevölkerungsteile in den letzten Jahrzehnten zu stark geändert. Immer mehr an Bedeutung gewinnt die Beschreibung der Lebensqualität, des subjektiven Gesundheitszustands, des Gesundheitsverhaltens und der Gesundheitsgefährdungen sowie der sozialen und ökonomischen Folgen von Krankheit und Behinderung. Die allgemeine Lebenserwartung wird durch Kenngrößen zur gesunden bzw. behinderungsfreien Lebenserwartung ergänzt. Insbesondere zur Lebensqualität und zu den sozialen Folgen von Krankheit fehlen systematische und periodisch wiederholte Bestandsaufnahmen.

Aussagen über die Häufigkeit und Verteilung von Krankheiten in der Bevölkerung sind in der Regel allein durch Primärerhebungen (Surveys) möglich. Die ärztlich behandelte Morbidität kann dagegen auf der Basis anonymisierter Prozessdaten analysiert werden. Aussagen über die ambulante Versorgung müssen deshalb oft vom Betreuungs- und Leistungsgeschehen ausgehen, das sich zum Beispiel in den Abrechnungsdaten der Kostenträger niederschlägt. Hier gibt es als allgemein zugängliche Quellen beispielsweise das Patienten-Arzt-Panel (ADT-Panel) des Zentralinstituts für die kassenärztliche Versorgung in der Bundesrepublik Deutschland mit den häufigsten Diagnosen in Praxen von 14 Fachgruppen einschließlich Allgemeinmedizinern und praktischen Ärzten. Beim Zentralinstitut gibt es auch Daten zur Akzeptanz der gesetzlichen Früherkennungsprogramme in den Bereichen Krebsfrüherkennungsuntersuchungen und Gesundheitsuntersuchung. Ab dem 1. Januar 2000 wurde nach dem Muster des Zentralinstituts für die kassenärztliche Versorgung ein Panel von der Kassenärztlichen Vereinigung Brandenburg aufgebaut. Ergebnisse aus Versichertenstichproben beispielsweise der KV Hessen/AOK Hessen sind nur eingeschränkt und gegen Entgelt zugänglich. Insgesamt mangelt es in Deutschland an leistungsunabhängigen, für die Bevölkerung repräsentativen, hochrechenbaren Daten zur gesundheitlichen Situation und zum Erkrankungs-geschehen. Mit Gesundheitssurveys wie dem Bundes-Gesundheitssurvey, den telefonischen Gesundheitssurveys oder dem Kinder- und Jugendsurvey des Robert Koch-Instituts wird diesem Mangel begegnet.

Wesentliche ökonomische Krankheitsfolgen wie Erwerbs- und Berufsunfähigkeit, Häufigkeit von ambulanter und stationärer Behandlung und Arbeitsunfähigkeit lassen sich dagegen aus den Statistiken der Sozialversicherungsträger [z. B. Krankheitsartenstatistik über Versicherte der Allgemeinen Ortskrankenkassen mit Angaben zu den Arbeitsunfähigkeitsfällen und -tagen nach Krankheitsgruppen, Statistik des Rentenzugangs mit Angaben zur verminderten Erwerbs-

fähigkeit nach Diagnosen des Verbands Deutscher Rentenversicherungsträger (VDR)] ableiten.

Als Ressourcen der Gesundheitsversorgung sind alle Einrichtungen im Gesundheitswesen, die in diesen Einrichtungen tätigen Beschäftigten sowie die dort zum Einsatz kommenden Sachmittel wie medizinische Großgeräte oder Medikamente zu zählen. Die statistischen Informationen über die Ressourcen im Gesundheitswesen orientieren sich an den verschiedenen Teilsystemen der Gesundheitsversorgung – Gesundheitsschutz und Gesundheitsförderung, ambulante Gesundheitsversorgung, stationäre und teilstationäre Gesundheitsversorgung, Industrie, Forschung und Verwaltung im Bereich der Gesundheitsversorgung. Die Art und Anzahl der Ressourcen, ihr Einsatz und die entsprechenden Versorgungsstrukturen stehen dabei im Mittelpunkt der Betrachtung. Den personellen Ressourcen kommt in der Dienstleistungsbranche Gesundheitswesen eine besondere Bedeutung zu. Mit der Gesundheitspersonalrechnung des Statistischen Bundesamtes stehen ab dem Berichtsjahr 1997 differenzierte Angaben über die Anzahl und Struktur der Beschäftigten im Gesundheitswesen nach Alter, Geschlecht, Beruf und Einrichtung zur Verfügung.

Die Darstellung der Leistungen im Gesundheitswesen erfolgt in der Regel mengenbezogen, zum Beispiel als Anzahl der Arztkontakte, der Verordnungen, der Krankenhausfälle, der Krankenhaustage. Ein Rückschluss auf die Anzahl der behandelten Personen ist aufgrund möglicher mehrfacher Inanspruchnahmen durch die gleiche Person anhand dieser Daten nicht möglich. Grundsätzlich ist dabei zwischen präventiven, kurativen, rehabilitativen und pflegerischen Leistungen zu unterscheiden. Die so genannten Grunddaten der Krankenhausstatistik liefern wichtige Informationen über die Struktur der stationären Versorgung in den Krankenhäusern und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen und die von ihnen erbrachten Leistungen. Struktur- und Leistungsdaten gemäß § 21 Krankenhausentgeltgesetz (KHEntgG) der Krankenhäuser, die nach diagnosebezogenen Fallpauschalen (so genannten Diagnosis Related Groups – DRG) abrechnen, werden ab dem Berichtsjahr 2002 vom Institut für das Entgeltsystem im Krankenhaus (InEK) veröffentlicht.

Umfassende und differenzierte Informationen über Ausgaben, Kosten und Finanzierung des Gesundheitswesens stehen mit den gesundheitsbezogenen Rechensystemen des Statistischen Bundesamtes zu den Gesundheitsausgaben und Krankheitskosten zur Verfügung. Der Fokus der Gesundheitsausgabenrechnung richtet sich auf die Ermittlung und Struktur der Gesundheitsausgaben nach Leistungsarten und Einrichtungen⁹⁾, die Krankheitskostenrechnung erweitert erstmals für das Berichtsjahr 2002 die Darstellungsebenen um eine krankheits- und personenbezogene Sichtweise des Gesundheitswesens.¹⁰⁾ Durch die Aufgliederung der Krankheitskosten nach Alter und Geschlecht der Patienten sowie nach Einrichtungen können die Kosten vor ihrem demographischen, epidemiologischen und einrichtungsspezifischen Hintergrund analysiert werden. Die Krankheits-

9) Siehe Fußnote 2.

10) Siehe Statistisches Bundesamt: „Krankheitskostenrechnung“, www.gbe-bund.de, Stichwort Krankheitskosten 2002.

kosten sollen im mehrjährigen Turnus berechnet und veröffentlicht werden. Durch die systematische Verknüpfung von Daten für die Zwecke der beiden Rechensysteme und deren enge inhaltliche Verzahnung haben sich die Auswertungs- und Analysemöglichkeiten über finanzielle Aspekte des Gesundheitswesens wesentlich verbessert.

Insgesamt ist festzustellen, dass man nicht generell über einen Mangel an Informationen zum Thema Gesundheit klagen muss. Dies kommt auch in den Bestandsaufnahmen und Expertisen zum Ausdruck, die u. a. im Rahmen des Gutachtens der Kommission zur Verbesserung der informationellen Infrastruktur zwischen Wissenschaft und Statistik erarbeitet wurden.¹¹⁾ Bislang sind aber noch nicht alle Möglichkeiten einer intensiven Datennutzung ausgeschöpft, die sich beispielsweise durch eine weitere systematische Zusammenführung vorhandener Daten „belastungsneutral“, das heißt ohne zusätzliche Belastung der Auskunftgebenden, realisieren ließen. Zu denken wäre hier auch an eine Synthese von Prozess- und Befragungsdaten. Sich wiederholende Datenanforderungen könnten stärker vereinheitlicht werden, um den Aufwand bei den Auskunftgebenden zu verringern. Als eine positive Entwicklung in diesem Zusammenhang sind die Regelungen im zweiten Fallpauschalenänderungsgesetz vom 15. Dezember 2004 über die Lieferung ausgewählter Struktur- und Leistungsdaten zu werten (siehe Ausblick). In den meisten amtlichen Gesundheitsstatistiken sind darüber hinaus keine sozialen Kriterien und damit keine Informationen über die international empfohlenen Mindestmerkmale Bildung, Stellung im Beruf und Einkommen enthalten. Aus Fachkreisen wird auch deshalb eine wesentlich engere Verflechtung von Gesundheits- und Sozialberichterstattung gefordert.¹²⁾ Die Zusammenhänge zwischen sozioökonomischem Status und Gesundheit bilden aktuell einen der Schwerpunkte der Betrachtung im Gutachten 2005 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen. „Gefordert werden eine stärkere Berücksichtigung der Ungleichheit von Gesundheitschancen in der Gesundheitsberichterstattung sowie die Verknüpfung der Gesundheitsberichterstattung mit der Berichterstattung über Armut und Reichtum.“¹³⁾ Zudem sind bestimmte gesundheitsbezogene Datenbestände für die Öffentlichkeit nicht oder nur gegen Entgelt zugänglich.

Auch die gesundheitsbezogene Datenlandschaft unterliegt einem stetigen Wandel. Insbesondere das Angebot an elektronischen Informationen zum Thema Gesundheit ist in den vergangenen Jahren explosionsartig gewachsen. Vielfältige Anstrengungen und Initiativen des Bundes und der Länder wie der Aufbau von Systemen der Gesundheitsberichterstattung und von öffentlichen Gesundheitsportalen, flankiert von Initiativen auf europäischer und internationaler Ebene tragen dazu bei, mehr und bessere Informationen für Bürger, Patienten und Ärzte sowie Politik und Wissenschaft zur Verfügung zu stellen.

Spezielle Datenangebote

Die Gesundheitsberichterstattung des Bundes

Die Gesundheitsberichterstattung (GBE) des Bundes, die gemeinsam vom Robert Koch-Institut und dem Statistischen Bundesamt betrieben wird, trägt mit ihrem Informationssystem www.gbe-bund.de ganz entscheidend zur Verbesserung des Onlineangebots an Daten über das Gesundheitswesen bei. Bislang konnten 115 gesundheitsbezogene Datenquellen für die Zwecke der GBE des Bundes erschlossen werden. 47 Quellen fallen in den Zuständigkeitsbereich der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, 68 Quellen stammen von Institutionen außerhalb der statistischen Ämter.

Aus diesen Quellen sind derzeit rund 825 Mill. Werte und ein Vielfaches an daraus berechneten Daten im Informationssystem der GBE des Bundes enthalten und über www.gbe-bund.de für die Öffentlichkeit kostenlos zugänglich gemacht. Die Zahlen sind überwiegend in flexibel gestaltbaren Tabellen abgebildet. Dem Systemnutzer bieten sich dadurch vielfältige Recherche- und Analysemöglichkeiten. Dabei werden völlig neue und auf diesem Gebiet bisher einzigartige Verfahren eingesetzt, insbesondere für die Onlineanalyse statistischer Daten. Die Zahlen in den Tabellen werden durch Texte und Abbildungen (u. a. aus dem Gesundheitsbericht für Deutschland und den GBE-Themenheften), ein Glossar und ausgewählte Hintergrundinformationen wie Methodiken, Variablen, Definitionen und Ansprechpartner ergänzt. Einen aktuellen Überblick über die Gesundheitsdaten im GBE-Informationssystem nach Datenaltern und Datenquellen geben die Tabellen 1 und 2 auf den folgenden Seiten. Daraus geht auch die Vielzahl weiterer wichtiger gesundheitsbezogener Datenquellen in Deutschland hervor, die keine explizite Erwähnung im Text finden.

Das Informationsangebot der GBE des Bundes beschränkt sich auf Themenbereiche, für die ein laufender und vielseitiger Bedarf besteht. Das Statistische Bundesamt, das im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe GBE des Bundes insbesondere für den Betrieb und die Weiterentwicklung des Informationssystems zuständig ist, wertet für die Zwecke der GBE ausschließlich vorhandene Daten aus und stellt diese in aggregierter und standardisierter Form zur Verfügung. Die Einzeldaten verbleiben in der Regel beim jeweiligen Datenhalter. Zu diesen wurde ein bilaterales Kommunikationsnetz aufgebaut.

Trotz des guten Befüllungsstands ist das Statistische Bundesamt bemüht, das Angebot des Informationssystems weiter inhaltlich anzureichern und regelmäßig zu aktualisieren. Für die Belange der GBE berechnet das Statistische Bundesamt auf Anfrage auch zusätzliche Indikatoren, vermittelt Ansprechpartner bei den datenhaltenden Stellen und unter-

11) Siehe Kommission zur Verbesserung der informationellen Infrastruktur zwischen Wissenschaft und Statistik (Hrsg.): „Wege zu einer besseren informationellen Infrastruktur“, Baden-Baden 2001.

12) Siehe Bardehle, D.: „Die Datenlücke“ in Deutsches Ärzteblatt 2001, Jahrgang 98, Heft 17, S. A1107 ff./C883 ff.

13) Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen: „Koordination und Qualität im Gesundheitswesen, Gutachten 2005“, S. 35 (<http://www.svr-gesundheit.de/Gutachten/Gutacht05/Langfassung2.pdf>; Stand: 4. August 2005).

Tabelle 1: Datenquellen des Statistischen Bundesamtes und der Statistischen Ämter der Länder im Informationssystem der Gesundheitsberichterstattung des Bundes www.gbe-bund.de

Datenquelle	Berichtsjahre
Alte Gesundheitsausgabenrechnung	1970 – 1998
Berufbildungsstatistik	1993 – 2003
Bevölkerungsvorausrechnungen	2001, 2010, 2020, ..., 2050
Einkommensteuerstatistik	1989, 1992, 1995
Feststellung des Gebietsstandes	1980 – 2003
Fortschreibung des Bevölkerungsstandes	1980 – 2003
Fortschreibung des Wohngebäude- und Wohnungsbestandes	1980 – 2003
Gesundheitsausgabenrechnung	1992 – 2003
Gesundheitspersonalrechnung	1997 – 2003
Hochschulstatistik – Statistik der Habilitationen	1992 – 2003
Hochschulstatistik – Statistik der Personalstellen	1992 – 2003
Hochschulstatistik – Statistik der Prüfungen	1992 – 2003
Hochschulstatistik – Statistik des Hochschulpersonals	1992 – 2003
Hochschulstatistik – Studentenstatistik	1992 – 2003
Kostenstrukturstatistik – Praxen von Psychotherapeuten	1990, 1994
Kostenstrukturstatistik – Arzt- und Zahnarztpraxen	1983, 1987, 1991, 1992, 1995
Kostenstrukturstatistik – Heilpraktikerpraxen	1986, 1990, 1994
Krankenhausstatistik – Diagnosedaten der Krankenhauspatienten	1994 – 2003
Krankenhausstatistik – Diagnosedaten der Patienten und Patientinnen in Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen ..	2003
Krankenhausstatistik – Grunddaten	1994 – 2003
Krankenhausstatistik – Kostennachweis	1996 – 2003
Krankheitskostenrechnung	2002
Mikrozensus – Altersvorsorge, Versicherte in der Kranken- und Pflegeversicherung	1993, 1995, 1999, 2000, 2003
Mikrozensus – Fragen zu Beruf, Ausbildung und Arbeitsbedingungen der Erwerbstätigen	1991 – 2004
Mikrozensus – Fragen zur Erwerbstätigkeit	1991 – 2004
Mikrozensus – Fragen zur Gesundheit	1999, 2003
Mikrozensus – Haushalts- und Familienstatistik	1991 – 2004
Pflegestatistik – Ambulante Pflegeeinrichtungen	1999, 2001, 2003
Pflegestatistik – Stationäre Pflegeeinrichtungen	1999, 2001, 2003
Pflegestatistik – Empfänger/-innen von Pflegegeldleistungen	1999, 2001, 2003
Statistik der beruflichen Schulen	1991 – 2003
Statistik der meldepflichtigen Krankheiten – Geschlechtskrankheiten	1984 – 2000
Statistik der meldepflichtigen Krankheiten – Tuberkulosestatistik	1981 – 2000
Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung	1980 – 2003
Statistik der Schwangerschaftsabbrüche	1980 – 2004
Statistik der schwerbehinderten Menschen	1985, 1987, ..., 2001
Statistik der sonstigen meldepflichtigen Krankheiten	1981 – 2000
Statistik der Sozialhilfe – Ausgaben und Einnahmen	1988 – 2002
Statistik der Sozialhilfe – Empfänger/-innen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt	1988 – 2003
Statistik der Straßenverkehrsunfälle	1980 – 2003
Todesursachenstatistik	1980 – 2003
Umsatzsteuerstatistik	1980, 1982, ..., 1996 – 2001
Umweltökonomische Gesamtrechnungen – Material- und Energieflußrechnung	1991 – 2002
Verbrauchssteuerstatistik	1980 – 2004
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	1980 – 2003
Wohngeldstatistik	1981 – 2003
Zeitverwendung privater Haushalte	1991, 1992

stützt gegebenenfalls bei der Erschließung weiterer Datenquellen.

Das Datenangebot des Informationssystems wurde vorrangig auf die Bundesebene ausgerichtet, es werden aber – sofern sie vorliegen – auch regional differenzierte Angaben zur Verfügung gestellt. Mit der Integration ausgewählter Indikatoren des Länderindikatorensetzes in das GBE-Informationssystem ist ein direkter Bezug zur GBE der Länder geschaffen und das Informationsangebot für die Nutzer nochmals entscheidend erweitert worden. Weitere Links führen die Nutzer zu ausgewählten Daten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) oder der Weltgesundheitsorganisation (WHO).

Derzeit wird eine noch einfacher zu bedienende Oberfläche für das GBE-Informationssystem getestet. Neben Änderun-

gen bei der Navigation und optischen Gestaltung sind ein einfacherer Download, erweiterte Möglichkeiten zur Gestaltung dynamischer Datentabellen und eine verbesserte Positionierung des Informationssystems in Internetsuchmaschinen in Arbeit. Die neue Systemversion soll im Herbst 2005 für die Öffentlichkeit freigeschaltet werden.

Medizinische Register und Datenbanken

Auch medizinische Register gewinnen immer mehr an Bedeutung. Sowohl die Anzahl als auch die Menge der Einträge steigen stetig. Sie stellen eine wichtige Erkenntnisquelle u. a. zu epidemiologischen Fragestellungen, zur Qualitätssicherung und zur Praxis der therapeutischen Versorgung dar. Die folgenden Ausführungen beschränken sich auf eine Auswahl an Registern mit statistischen Informationen in Deutschland.¹⁴⁾

14) Siehe hierzu auch Bundesgesundheitsblatt – Gesundheitsforschung – Gesundheitsschutz: „Medizinische Register und Datenbanken“, Jahrgang 47, Heft 5, Mai 2004, sowie „Medizinische Register und Datenbanken, Teil 2“, Jahrgang 47, Heft 6, Juni 2004.

Tabelle 2: Datenquellen außerhalb der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder im Informationssystem der Gesundheitsberichterstattung des Bundes www.gbe-bund.de

Datenquelle	Berichtsjahre	Datenhalter
Abrechnungsstatistik (vertragsärztliche Versorgung)	1995 – 2003	Kassenärztliche Bundesvereinigung (KZBV)
ADT-Panel	2002	Zentralinstitut für die kassenärztliche Versorgung in der Bundesrepublik Deutschland (ZI)
AIDS-Fallregister	1982 – 2003	Robert Koch-Institut (RKI)
Apotheken- und Personalstatistik	1983 – 2003	Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände (ABDA)
Arbeitsmarktstatistiken – Statistik der Anzeigen gemäß SchwbG / SGB IX	1991 – 2001	Bundesagentur für Arbeit (BA)
Arzneimitteln dex der gesetzlichen Krankenversicherung	1981 – 2003	Wissenschaftliches Institut der AOK (WIdO)
Ärztestatistik	1985 – 2004	Bundesärztekammer (BÄK)
Belastung von Lebensmitteln mit radioaktiven Stoffen	1980 – 2003	Bundesforschungsanstalt für Ernährung und Lebensmittel (ehem. Bundesanstalt für Milchforschung) (BfM)
Bericht zur Meldung nach §21 Transfusionsgesetz	2000	Paul-Ehrlich-Institut (PEI)
Bestandserhebung der Mitglieder des Deutschen Sportbundes	1984 – 2004	Deutscher Sportbund (DSB)
BIBB/IAB – Repräsentativbefragung	1998, 1999	Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) und Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB)
Bundes-Gesundheitsurvey	1998	RKI
Bundesarztregister	1985 – 2004	Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV)
Bundeslagebericht Rauschgift	1991 – 2003	Bundeskriminalamt (BKA)
Dachdokumentation Krebs	Link	RKI
Daten der gesetzlichen Krankenkassen	1970, 1975, ..., 1985, 1986 – 2001	Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung (BMGS)
Daten zur gesetzlichen Sozialversicherung	1980 – 2003	BMGS
Der Arzneimittelmarkt in Deutschland in Zahlen	1995 – 2004	Bundesverband der Arzneimittel-Hersteller e.V. (BAH)
Deutsches Kinderkrebsregister Mainz	1980 – 2003	Institut für Medizinische Biometrie, Epidemiologie und Informatik, Klinikum der Johannes Gutenberg-Universität Mainz (IMBEI)
Dialysebehandlung und Nierentransplantation	1997 – 2003	QuaSi-Niere gGmbH
Die Apotheke – Zahlen Daten Fakten	1986 – 2004	ABDA
Dokumentation „Mutterschaftsvorsorge und Entbindungen“	1992 – 1999	KBV
Drogenaffinität Jugendlicher in der Bundesrepublik Deutschland	1980 – 1998	Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA)
Einzelleistungsstatistik (vertragsärztliche Versorgung)	1995 – 2003	KZBV
Epidemiologische Begleituntersuchungen zur zahnmedizinischen Gruppenprophylaxe	2000	Deutsche Arbeitsgemeinschaft für Jugendzahnpflege e.V. (DAJ)
Erhebung der Alten- und Behinderteneinrichtungen nach §1 Absatz 1 Heimgesetz	Link	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)
Erlanger Schlaganfall Register	1994 – 1996	Interdisziplinäres Zentrum für Public Health der Universität Erlangen-Nürnberg (IZPH)
Ernährungsbericht	1993, 1998	Deutsche Gesellschaft für Ernährung e.V. (DGE)
Frequenzstatistik	1991 – 2003	KBV
Früherkennung von Krankheiten bei Kindern nach § 26 SGB V	1993 – 1997	KBV
Gesamtstatistik der Einrichtungen und Dienste der Freien Wohlfahrtspflege	1981, 1984, ..., 1996, 2000	Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW)
Geschäfts- und Rechnungsergebnisse der gesetzlichen Rentenversicherung	1992 – 2003	BMGS
Geschäfts- und Rechnungsergebnisse der gesetzlichen Unfallversicherung	1992 – 2002	BMGS
Geschäfts- und Rechnungsergebnisse der gewerblichen Berufsgenossenschaften	1995 – 2003	Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften (HVBG)
Geschäfts- und Rechnungsergebnisse der sozialen Pflegeversicherung	1995 – 2003	BMGS
Gesetzliche Krankenversicherung: Abrechnungsfälle ärztlicher und zahnärztlicher Behandlung, Maßnahmen zur Früherkennung von Krankheiten, Mutterschaftsvorsorgefälle	1993 – 2000	BMGS
Gesetzliche Krankenversicherung: Ausgleich der Arbeitgeber-Aufwendungen nach dem Lohnfortzahlungsgesetz bei Krankheit und bei Mutterschaft	1993 – 2000	BMGS
Gesetzliche Krankenversicherung: Leistungsfälle und -tage von ambulanten und stationären Kuren, Müttervorsorge- und Müttergenesungskuren, Krankengeld bei Kuren	1993 – 2000	BMGS
Gesetzliche Krankenversicherung: Mitglieder der bundesunmittelbaren Krankenkassen	1993 – 2000	BMGS
Gesetzliche Krankenversicherung: Mitglieder und Krankenstand der Pflichtmitglieder im Jahresdurchschnitt	1993 – 2000	BMGS
Gesetzliche Krankenversicherung: Mitglieder, beschäftigte ausländische Arbeitnehmer	1993 – 2000	BMGS
Gesetzliche Krankenversicherung: Mitversicherte Familienangehörige	1993 – 2000	BMGS
Gesetzliche Krankenversicherung: Personal der Krankenkassen und der Eigenbetriebe, Mitglieder der Selbstverwaltung, jahresdurchschnittliche Beitragssätze	1993 – 2000	BMGS
Gesetzliche Krankenversicherung: Rechnungsergebnisse sowie Angaben zum Ausgleich der Krankenversicherung der Rentner	1993 – 1999	BMGS

noch Tabelle 2: Datenquellen außerhalb der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder im Informationssystem der Gesundheitsberichterstattung des Bundes www.gbe-bund.de

Datenquelle	Berichtsjahre	Datenhalter
Gesetzliche Krankenversicherung: u.a. Leistungsfälle und -zeiten von Arbeitsunfähigkeit, Krankengeld, -hausbehandlung, häuslicher Krankenpflege; Leistungsfälle bei Schwanger- und Mutterschaft, von Entbindungs- und Sterbegeld	1993–2000	BMGS
Gesetzliche Krankenversicherung: Versicherte nach Status, Alter, Wohnort, Kassenart	1999–2001	BMGS
Kerndokumentation Rheuma	1993–2002	Stiftung Deutsches Rheuma-Forschungszentrum Berlin (DRFZ)
Kostenstrukturanalyse in der Arztpraxis	1997–1999	ZI
Kostenstrukturerhebung (Zahnarztpraxen)	2001,2002	KZBV
Krankheitsartenstatistik der Versicherten der AOK	1991–2003	AOK Bundesverband
Krankheitsbedingte Fehlzeiten in der deutschen Wirtschaft – Fehlzeiten-Report (Versicherte der AOK)	1994–2003	WidO
KZBV-Jahrbuch – Basisdaten zur vertragszahnärztlichen Versorgung	1980–2002	KZBV
Leistungen des Rettungsdienstes	1994/1995 – 2000/2001	Bundesanstalt für Straßenwesen (BASf)
Meldepflichtige Infektionskrankheiten	2001–2004	RKI
Meldepflichtige Störfälle und Störungen in verfahrenstechnischen Anlagen	2002	Umweltbundesamt (UBA)
MONICA/KORA-Herzinfarktregister Augsburg	1985/1987, 2001/2003	Forschungszentrum für Umwelt und Gesundheit (GSF)
Organspende und Transplantation	1991–2004	Deutsche Stiftung Organtransplantation (DSO)
Polizeiliche Kriminalstatistik	1987–2003	BKA
Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit – Jährlicher Bericht der Bundesregierung	1970–2001	Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (BMWA)
Situation der medizinisch-technischen Großgeräte in Deutschland	1982–1997	Dr. Ernst Bruckner
Statistik der aktiv Versicherten	1992–2003	Verband Deutscher Rentenversicherungsträger (VDR)
Statistik der Leistungen zur Rehabilitation	1992–2003	VDR
Statistik des Rentenbestands	1992–2004	VDR
Statistik des Rentenzugangs	1993–2004	VDR
Unfallgeschehen in Heim und Freizeit	1996,2000	Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA)
Verbandsübergreifende Statistik der fünf Abstinenz- und Selbsthilfeverbände ...	1996,1999,2003	Kreuzbund e.V.
Zahlenbericht (private Krankenversicherung)	1988–2003	Verband der privaten Krankenversicherung (PKV)
Zahnärztedatei	1980–2003	Bundeszahnärztekammer (BZÄK)

Zu den bekanntesten medizinischen Registern zählen die *Krebsregister* in Deutschland. Sie sind in den meisten Bundesländern mit überwiegend flächendeckender Registrierung und hohem Vollzähligkeitsgrad eingerichtet. Nachdem der Fokus bisher auf den Aufbau aussagekräftiger Register gelegt wurde, soll nun die Nutzbarkeit der Daten verbessert werden. Die Wissenschaft ist aufgefordert, die bereitstehenden Daten für Forschungs- und Evaluationsprojekte zu nutzen. Die Nutzung der Daten wird derzeit jedoch noch durch mangelnde Vollzähligkeit und nicht harmonisierte gesetzliche Vorschriften erschwert.¹⁵⁾ Die *Dachdokumentation Krebs* am Robert Koch-Institut wertet die Daten der bevölkerungsbezogenen Krebsregister in Deutschland zusammenfassend und übergreifend aus. Auf nationaler Ebene können die Krebsneuerkrankungen bisher jedoch nur geschätzt werden. Diese Schätzungen werden von der Dachdokumentation Krebs in regelmäßigen Abständen durchgeführt. Die Daten stehen im Internet in einer interaktiv zu bedienenden Datenbank zur Verfügung (<http://www.rki.de> → *Gesundheitsberichterstattung und Epidemiologie* → *Dachdokumentation Krebs*)¹⁶⁾.

Ein spezielles Register stellt das *Deutsche Kinderkrebsregister* am Institut für Medizinische Biometrie, Epidemiologie und Informatik der Johannes Gutenberg-Universität Mainz dar. Es arbeitet flächendeckend, bundesweit und weist einen hohen Vollzähligkeitsgrad auf. Die Besonderheit liegt darin, dass es neben den üblichen, in einem bevölkerungsbezogenen Register erfassten Daten auch zahlreiche klinische Informationen zum Beispiel über Stadium, Grading und immunologische Subtypen umfasst (<http://www.kinderkrebsregister.de>)¹⁷⁾.

Der *Bremer Mortalitätsindex* ist eine Datenbank, in der der vollständige Inhalt aller Todesbescheinigungen von Personen erfasst wird, die nach dem 31. Dezember 1997 verstorben sind und ihren ersten Wohnsitz im Bundesland Bremen hatten. Der Mortalitätsindex wird beim Abgleich mit dem Bremer Krebsregister verwendet. Er bietet sich auch als primäre Datenquelle für definierte Todesursachen an und wird bei der Thesaurusentwicklung für elektronische Kodierverfahren und für die Bestimmung des Grundleidens in der Todesursachenstatistik eingesetzt (<http://www.krebsregister.bremen.de/mortalitaetsindex.html>)¹⁸⁾.

15) Siehe Katalinic, A.: „Epidemiologische Krebsregistrierung in Deutschland: Bestandsaufnahme und Perspektiven“ in Bundesgesundheitsblatt – Gesundheitsforschung – Gesundheitsschutz: „Medizinische Register und Datenbanken“, Jahrgang 47, Heft 5, Mai 2004, S. 422 ff.
 16) Siehe Schön, D. u. a.: „Die Dachdokumentation Krebs: Eine Surveillance-Einrichtung der Krebsregistrierung in Deutschland“ in Bundesgesundheitsblatt – Gesundheitsforschung – Gesundheitsschutz: „Medizinische Register und Datenbanken“, Jahrgang 47, Heft 5, Mai 2004, S. 429 ff.
 17) Siehe Kaatsch, P.: „Das Deutsche Kinderkrebsregister im Umfeld günstiger Rahmendingungen“ in Bundesgesundheitsblatt – Gesundheitsforschung – Gesundheitsschutz: „Medizinische Register und Datenbanken“, Jahrgang 47, Heft 5, Mai 2004, S. 437 ff.
 18) Siehe Giersiepen, K. u. a.: „Der Bremer Mortalitätsindex“ in Bundesgesundheitsblatt – Gesundheitsforschung – Gesundheitsschutz: „Medizinische Register und Datenbanken“, Jahrgang 47, Heft 5, Mai 2004, S. 451 ff.

Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung führt zu ausgewählten Themenfeldern wie Gesundheitsförderung von sozial Benachteiligten, Prävention von Kinderunfällen und Bewegungsförderung im Kindergarten bundesweite Bestandsaufnahmen durch und stellt die Ergebnisse als Online-Fachdatenbanken mit differenzierten Recherchemöglichkeiten über das Internet zur Verfügung (<http://www.bzga.de>)¹⁹⁾.

Thematisch spezialisierte Surveys

Der *Bundes-Gesundheitssurvey 1998* des Robert Koch-Instituts war der erste gesamtdeutsche Survey, das heißt er wurde für alte und neue Bundesländer nach einheitlichen Merkmalen zeitgleich und unter den gleichen Bedingungen erhoben. Der Kern des Gesundheitssurveys enthielt u. a. Angaben zur Inzidenz und Prävalenz von Krankheiten und Risikofaktoren, zu gesundheitsrelevanten Verhaltensweisen und Lebensbedingungen sowie zur Inanspruchnahme medizinischer Leistungen. Bei Teilnahmebereitschaft des Probanden konnte der Kern durch die Module Arzneimittel-survey, Ernährungssurvey, Folsäureversorgung, Umweltsurvey und Psychische Störungen ergänzt werden.

Unter der Bezeichnung „*Nationaler Gesundheitssurvey*“ wurden bereits in den Jahren 1984 bis 1986 und 1987 bis 1989 sowie 1990 bis 1991 repräsentative Stichproben der bundesdeutschen Bevölkerung einer standardisierten Untersuchung und einer umfangreichen Befragung zu gesundheitsrelevanten Themen unterzogen. Mit weitgehend gleicher Methodik wurde auch in den neuen Bundesländern 1991/1992 der Gesundheitssurvey Ost vorgenommen.

Mit den *telefonischen Gesundheitssurveys* ergänzt das Robert Koch-Institut die Untersuchungs- und Befragungssurveys. Gegenwärtig wird eine dritte telefonische Befragung durchgeführt. Die ersten beiden wurden von September 2002 bis März 2003 und von September 2003 bis März 2004 realisiert. Die Daten der Gesundheitssurveys stehen als Public-Use-Files zur Verfügung (<http://www.rki.de> → *Gesundheitsberichterstattung und Epidemiologie* → *Datenerhebungen* → *Gesundheitssurveys*).

Der aktuelle *Kinder- und Jugendsurvey* des Robert Koch-Instituts ist eine bundesweit repräsentative, umfassende Untersuchung zur gesundheitlichen Lage von Kindern und Jugendlichen, über die Verbreitung von Krankheiten, gesundheitsbeeinflussende Verhaltensweisen und umweltbedingte Belastungen der Bevölkerung unter 18 Jahren. Sie ist als Querschnittstudie angelegt und modular aufgebaut. Thematische Schwerpunkte des Kinder- und Jugendsurveys sind u. a. akute und chronische Krankheiten, Gesundheitsrisiken, Unfälle, Ernährung, Essstörungen, Adipositas (Fettleibigkeit), Gesundheitsverhalten und Freizeitaktivitäten, Medikamentenkonsum, Impfstatus sowie Inanspruchnahme medizinischer Leistungen. Nach Abschluss der Erhebung sollen auch diese Daten der Fachöffentlichkeit als Public-Use-File zur Verfügung gestellt werden (<http://www.kiggs.de>).

Regelmäßige Mehrthemenbefragungen mit Befragungsteil Gesundheit

Im *Mikrozensus* der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, der amtlichen Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt in Deutschland, wird alle vier Jahre eine Zusatzbefragung zur Gesundheit mit Fragen zu Krankheit und Unfallverletzung, Rauchverhalten sowie Körpergröße und -gewicht durchgeführt (<http://www.gbe-bund.de>, Stichworte Gesundheitszustand, Rauchen, Körpermaße). Ab dem Jahr 2005 beträgt der Auswahlsatz der Stichprobe für die Fragen zur Gesundheit wie der des Mikrozensus-Grundprogramms 1% aller Haushalte in Deutschland (bisher 0,45%).

Das *Sozio-oekonomische Panel* des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (<http://www.diw.de>) ist eine repräsentative Längsschnittstudie privater Haushalte in Deutschland. Es läuft seit 1984 als laufende jährliche Wiederholungsbefragung, auf deren Datenbasis die Analyse u. a. gesundheitswissenschaftlicher Fragestellungen möglich ist.

Der *Wohlfahrtssurvey* als Gemeinschaftsprojekt des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung und des Zentrums für Umfragen, Methoden und Analysen in Mannheim war eine Repräsentativbefragung, die speziell für die Messung der individuellen Wohlfahrt und Lebensqualität in verschiedenen Lebensbereichen wie beispielsweise Gesundheit für die deutsche Wohnbevölkerung im Alter von 18 Jahren und darüber konzipiert und zwischen 1978 und 1998 sieben Mal durchgeführt wurde (http://www.wz-berlin.de/ars/usi/projekte/wohlfahrtssurvey_ausfuehrlich.de.htm).

Im Frühjahr 2005 hat das Statistische Bundesamt mit der Erhebung der Daten für die *EU-Statistik über Einkommens- und Lebensbedingungen* (EU-SILC) begonnen, die der Bereitstellung von Daten mit Blick auf die Einkommenssituation privater Haushalte und den sozialen Zusammenhalt dient. EU-SILC umfasst auch gesundheitsbezogene Variablen. Diese beziehen sich auf den Gesundheitszustand, chronische Krankheiten oder Beschwerden und den Zugang zur Gesundheitsversorgung. Der Gesamtstichprobenumfang umfasst rund 16 000 Haushalte. Mit der Vorlage erster Ergebnisse aus EU-SILC wird im Frühjahr 2006 gerechnet.

Bundeseinrichtungen mit medizinischen und gesundheitsbezogenen Fachinformationen

Neben den bereits genannten gibt es eine Reihe weiterer Bundeseinrichtungen wie

- das Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung (<http://www.bmgs.bund.de>),

¹⁹⁾ Siehe Meyer-Nümburger, M.: „Die Fachdatenbanken der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) im Bereich der Gesundheitsförderung/Prävention“ in Bundesgesundheitsblatt – Gesundheitsforschung – Gesundheitsschutz: „Medizinische Register und Datenbanken“, Jahrgang 47, Heft 5, Mai 2004, S. 464 ff.

- das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (<http://www.bfarm.de>),
- das Bundesinstitut für Risikobewertung (<http://www.bgvv.de>),
- das Deutsche Institut für medizinische Dokumentation und Information (<http://www.dimdi.de>) und
- das Paul-Ehrlich-Institut (<http://www.pei.de>)

mit eigenen umfangreichen medizinischen Angeboten im Internet. Die Inhalte reichen von aktuellen Mitteilungen, Literaturdatenbanken und Fachinformationen (u. a. zu bestimmten Krankheiten, Arzneimitteln, Toxikologie und Ernährung) über normative, administrative und statistische Daten bis zu Adressen und interaktiven Seiten.

Das Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung erstellt darüber hinaus umfangreiche statistische und finanzielle Berichte aus den Geschäfts- und Rechnungsergebnissen der Träger der Gesetzlichen Krankenversicherung (§ 79 SGB IV). Die kumulierten Ergebnisse werden für die Rubriken Versicherte und Mitglieder, Finanzergebnisse, Leistungsfälle und -tage sowie sonstige Statistiken aus dem Geschäftsbereich bereitgestellt.

Daten im regionalen, europäischen und internationalen Vergleich

Für die Gesundheitsdaten der amtlichen Statistik stehen regionale Angaben mindestens auf Länderebene zur Verfügung. Die meisten Bundesländer haben damit begonnen, Daten nach dem neu systematisierten und mit Metadatenbeschreibungen versehenen Indikatorensatz für die länderspezifische Gesundheitsberichterstattung zu erfassen und ihre bislang unterschiedlichen Arten und Formen der Berichterstattung dadurch abzulösen.²⁰⁾

In den letzten Jahren haben sowohl Eurostat, das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften, als auch internationale Organisationen, wie die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und die Weltgesundheitsorganisation (WHO), ihre Anstrengungen in Richtung auf eine länderübergreifende, methodisch besser vergleichbare Datenbereitstellung verstärkt. Entsprechende statistische Informationen zum Thema Gesundheit werden regelmäßig u. a. in den interaktiven Datenbanken von Eurostat (<http://www.eds-destatis.de>) und "European health for all database" der WHO (<http://www.euro.who.int/HFADB>) sowie dem Onlineangebot (<http://www.oecd.org/statsportal>) und der CD-ROM "Health at a Glance" der OECD zur Verfügung gestellt. Die Tätigkeiten zum weiteren Ausbau des statistischen Aspekts der Gesundheitsinformationen werden im Rahmen des Europäischen Statistischen Systems fortgeführt.

In unregelmäßigen Abständen werden Daten zur Gesundheit darüber hinaus beispielsweise in den Eurobarometer-Meinungsumfragen, die im Auftrag der Europäischen Kommission in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union durchgeführt werden, und im World Health Survey der Weltgesundheitsorganisation erhoben.

Ausblick

Mit den Regelungen zur Datentransparenz im Gesetz zur Modernisierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Modernisierungsgesetz – GMG) vom 14. November 2003²¹⁾ sollen die Datenlage über das Leistungsgeschehen und die Möglichkeiten der Datennutzung verbessert werden. Eine Arbeitsgemeinschaft für Aufgaben der Datentransparenz – bestehend aus Mitgliedern von Krankenkassen und Ärzten – ist dafür verantwortlich, dass die im System vorhandenen Daten systematisch erfasst, aufbereitet und ausgewertet werden können. Laut GMG können die bei der Datenaufbereitungsstelle gespeicherten Daten u. a. von Institutionen der Gesundheitsberichterstattung des Bundes und der Länder, Institutionen der Gesundheitsforschung, Hochschulen und sonstigen Einrichtungen mit der Aufgabe unabhängiger wissenschaftlicher Forschung verarbeitet und genutzt werden, soweit sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich sind. Die jeweiligen Zwecke, für welche die Daten verarbeitet und genutzt werden dürfen, werden in einem Katalog festgelegt, der von der Arbeitsgemeinschaft bis zum 31. Dezember 2004 zu erstellen war. Durch das GMG werden Krankenkassen routinemäßig nicht nur über umfassende personen- oder mitgliederbezogene Daten ihrer Versicherten verfügen, ihnen werden zukünftig zur Abrechnung ärztlicher Leistungen auch Diagnosen übermittelt. Auch die Forschung mit Krankenkassendaten wird in Zukunft an Bedeutung gewinnen.

Durch die Regelungen im Zweiten Fallpauschalenänderungsgesetz vom 15. Dezember 2004²²⁾ werden ausgewählte Struktur- und Leistungsdaten nach § 21 Krankenhausentgeltgesetz vom Institut für das Entgeltsystem im Krankenhaus (InEK) an das Statistische Bundesamt für die Zwecke der Krankenhausstatistik ab dem Berichtsjahr 2004 mit dem Ziel übermittelt, eine amtliche DRG-Statistik und Operationen-/Prozeduren-Statistik zu erstellen. Mit der Veröffentlichung erster Ergebnisse durch das Statistische Bundesamt ist Ende 2005 zu rechnen.

Regelmäßige, bundesweite und repräsentative epidemiologische Erhebungen in Deutschland haben auch Eingang in das Gesetz zur Stärkung der gesundheitlichen Prävention gefunden, das am 3. Februar 2005 vom Bundeskabinett beschlossen und vom Bundestag im April 2005 verabschiedet wurde, bislang aber keine Mehrheit bei den Ländern fand. Da der Bundesrat das Gesetz an den Vermittlungsausschuss geleitet hat, bleibt derzeit offen, wie die politi-

20) Die Internetadressen für die länderspezifischen GBE-Angebote sind unter www.gbe-bund.de, Themen Gesundheitsberichterstattung, Gesundheitsberichterstattung der Länder zusammengestellt.

21) BGBl. I S. 2190.

22) Zweites Gesetz zur Änderung der Vorschriften zum diagnose-orientierten Fallpauschalensystem für Krankenhäuser und zur Änderung anderer Vorschriften (Zweites Fallpauschalenänderungsgesetz – 2. FPÄndG) vom 15. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3429).

schen Machtverhältnisse das Gesetzgebungsverfahren weiter beeinflussen werden.

Hinsichtlich der Verbesserung der Datenzugangswege steht für das Statistische Bundesamt die Erweiterung des Angebots an Scientific-Use-Files im Mittelpunkt. Aus den Gesundheitsstatistiken wurde auf Empfehlung der Kommission zur Verbesserung der informationellen Infrastruktur zwischen Wissenschaft und Statistik die Diagnosestatistik der Krankenhauspatientinnen und -patienten prioritär zur Bearbeitung ausgewählt. Diese Daten werden seit 1993 erhoben und umfassten im Jahr 2003 Einzeldatensätze von etwa 17,3 Mill. vollstationär behandelten Patientinnen und Patienten (Fälle). In enger Kooperation zwischen den Fachabteilungen der Krankenhausstatistik und den Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder wurde ein Konzept zur faktischen Anonymisierung erarbeitet. Danach sind zwei faktisch anonymisierte Datensätze (zum Patienten und zum Krankenhaus) vorgesehen, die beide Forschungsinteressen unabhängig voneinander befriedigen. Die Scientific-Use-Files werden im Herbst 2005 zur Verfügung stehen. [lu](#)

Dipl.-Kaufmann Sebastian Rolland

Krankenhäuser in Deutschland 2003

Der Beitrag fasst die drei Erhebungsbereiche der Krankenhausstatistik – Grund-, Kosten- und Diagnosedaten – erstmals zu einem Gesamtüberblick zusammen. Nach einer kurzen Erläuterung der Ziele und der Methodik der Krankenhausstatistik werden die Ergebnisse des Jahres 2003 dargestellt. Zunächst wird das Leistungsangebot der fast 2 200 Krankenhäuser in Deutschland betrachtet. Hierzu zählen vor allem Betten, Fachabteilungen, medizinisch-technische Großgeräte und das Personal der Krankenhäuser. Eine nach Krankenträger und -größe differenzierte Darstellung ermöglicht darüber hinaus Aussagen über die Strukturen der Krankenhauslandschaft. Zudem werden durch Zehnjahresvergleiche Entwicklungstendenzen im Krankenhausbereich deutlich gemacht. An den Überblick über das Krankenhausangebot schließt sich eine Betrachtung der Inanspruchnahme von Krankenhausleistungen an. Sie umfasst eine ausführliche Darstellung der über 17 Mill. vollstationären Behandlungsfälle und ergänzt diese um Ergebnisse zu weiteren Formen der Krankenhausbehandlung, wie teil-, vor- und nachstationäre Behandlungen sowie ambulante Operationen, die deutsche Krankenhäuser im Jahr 2003 durchführten. Der letzte Teil dieses Beitrags widmet sich den Kosten der Krankenhäuser, die ebenfalls in der Krankenhausstatistik erfasst werden. Insgesamt entstanden den Krankenhäusern im Jahr 2003 Kosten in Höhe von 61,3 Mrd. Euro. Ihre Verteilung auf die einzelnen Kostenarten und die zeitliche Entwicklung ausgewählter Kostenkennziffern werden im abschließenden Kapitel beschrieben.

Vorbemerkung

Die Ergebnisse der Krankenhausstatistik bilden die statistische Basis für viele gesundheitspolitische Entscheidungen des Bundes und der Länder. Sie liefern wichtige Informationen über das Volumen und die Struktur des Leistungsangebots und über die Inanspruchnahme von Krankenhausleistungen. Darüber hinaus leistet die Krankenhausstatistik einen bedeutenden Beitrag für die gesundheitsökonomische und epidemiologische Wissenschaft und Forschung und dient der umfassenden Information der Bevölkerung.

Die wachsende Bedeutung von Krankenhäusern als Unternehmensbereich und Arbeitgeber sowie der bedeutende Anteil der in Krankenhäusern entstehenden Ausgaben an den Gesamtausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung führten dazu, dass im Jahr 1990 mit der Krankenhausstatistik-Verordnung die rechtliche Grundlage für eine bundeseinheitliche Krankenhausstatistik geschaffen wurde.¹⁾ Seit 1991 erstreckt sich die jährliche Befragung auf die Krankenhäuser im gesamten Bundesgebiet. Die befragten Krankenträger sind im Rahmen dieser dezentral durchgeführten Vollerhebung auskunftspflichtig.

Die Krankenhausstatistik gliedert sich in drei Erhebungsbereiche. Innerhalb des Bereichs Grunddaten der Krankenhäuser werden die sachliche und personelle Ausstattung sowie die Patientenbewegung in den Krankenhäusern

1) Vor 1990 war die Krankenhausstatistik eine koordinierte Länderstatistik, bei der die Daten in den verschiedenen Bundesländern uneinheitlich erhoben wurden. So waren Erhebungsmerkmale unterschiedlich definiert, es bestanden Lücken in den inhaltlichen Aussagen und die Daten wurden in den Ländern nach verschiedenen Aufbereitungs- und Prüfverfahren zusammengeführt. Rechtsgrundlage für die Krankenhausstatistik vor 1990 waren ein Beschluss des Reichsrates vom 17. September 1931 und die §§ 49 und 79 der Dritten Durchführungsverordnung vom 30. März 1935 zum Gesetz über die Vereinheitlichung des Gesundheitswesens vom 3. Juli 1934 (siehe Begründung zur Verordnung vom 10. April 1990, Bundesratsdrucksache Nr. 704/89 vom 7. Dezember 1989).

und ihren organisatorischen Einheiten (Fachabteilungen) erfasst. Die Diagnosedaten der Krankenhauspatienten und -patientinnen – als zweiter Erhebungsbereich – geben Aufschluss über die Art der Erkrankung und über soziodemographische Merkmale wie Alter, Geschlecht und Wohnort der Patienten und Patientinnen. Im dritten Teil der Krankenhausstatistik werden die Kosten der Krankenhäuser, das heißt vor allem ihre Aufwendungen für Sachmittel und Personal, erhoben.²⁾

Der vorliegende Beitrag hat zum Ziel, einen Überblick über den Umfang der in der Krankenhausstatistik erhobenen Merkmale und deren Ergebnisse für das Jahr 2003 zu geben. Ausgehend von den statistisch erfassten sachlichen, fachlichen und personellen Ressourcen der Krankenhäuser (Kapitel 1) erfolgt eine Betrachtung der Inanspruchnahme von Krankenhausleistungen (Kapitel 2). Abschließend werden Kostenvolumen und -struktur der Krankenhäuser dargestellt (Kapitel 3).

1 Das Angebot von Krankenhausleistungen

Die Leistungserbringung der Krankenhäuser hängt von deren sachlicher, fachlicher und personeller Ausstattung ab. Zur sachlichen Ausstattung zählen vor allem Krankenhausbetten sowie medizinisch-technische Großgeräte und Sondereinrichtungen. Der Bettenzahl kommt dabei eine besondere Bedeutung zu, weil sie eine wichtige Kenngröße und Planungsgrundlage für die an der Krankenhausfinanzierung beteiligten Institutionen darstellt (siehe Abschnitt 1.1).

Das fachlich-medizinische Angebot der Krankenhäuser lässt sich im weiteren Sinne durch die Fachabteilungen eines Krankenhauses abbilden.³⁾ Auf Basis der Bettenzahl in den Fachabteilungen können Aussagen über die Verteilung der Ressourcen auf die unterschiedlichen Disziplinen getroffen werden (siehe Abschnitt 1.2).

Der personellen Ausstattung der Krankenhäuser kommt in mehrfacher Hinsicht eine besondere Bedeutung zu. Das ärztliche und pflegerische Personal stellt im dienstleistungsintensiven Krankenhausbetrieb die wesentliche Leistungskomponente dar. Darüber hinaus sind Krankenhäuser wichtige Arbeitgeber im Gesundheitswesen, Ausbildungsstätten für Gesundheitsberufe und Zentren der medizinischen Forschung (siehe Abschnitt 1.3).

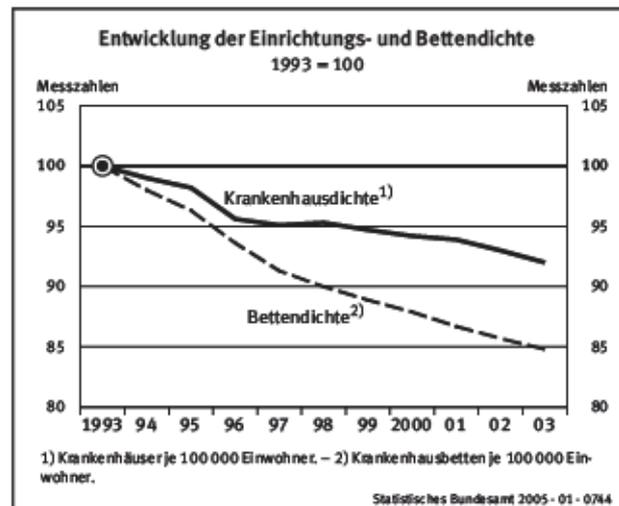
1.1 Sachliche Ausstattung

Einrichtungs- und Bettenabbau setzte sich 2003 weiter fort

Am 31. Dezember 2003 gab es in Deutschland 2 197 Krankenhäuser und damit 24 Einrichtungen weniger als ein Jahr zuvor (- 1,1%). Der seit Jahren anhaltende Rückgang setzte

sich somit fort. Seit 1993 nahm die Zahl der Krankenhäuser um 157 ab. Der Rückgang lässt sich nicht allein auf Schließungen zurückführen. Auch Krankenhausfusionen reduzieren die Zahl der Einrichtungen, da anstelle mehrerer vormals eigenständiger Krankenhäuser nur noch eine Einrichtung gezählt wird. Auf Grundlage der Krankenhausstatistik ist jedoch keine quantitative Einschätzung des Umfangs von Schließungen und Fusionen möglich.

Schaubild 1



Auch der Bettenabbau hielt an. Im Jahr 2003 gab es mit 542 000 Krankenhausbetten über 5 000 Betten weniger als im Vorjahr und fast 87 000 weniger als 1993. Bezogen auf die Bevölkerung Deutschlands standen 2003 durchschnittlich 657 Betten zur stationären Versorgung von 100 000 Einwohnern zur Verfügung. Vor zehn Jahren kamen 774 Betten auf 100 000 Einwohner.

Schaubild 1 zeigt, dass der Rückgang der Bettendichte zwischen 1993 und 2003 wesentlich stärker ausgeprägt war als der der Krankenhausedichte. Während es 1993 durchschnittlich 2,9 Krankenhäuser zur Versorgung von 100 000 Einwohnern gab, waren es zehn Jahre später 2,7 Krankenhäuser.

Zahl kleiner Krankenhäuser steigt

Vom allgemeinen Rückgang der Zahl der Einrichtungen sind nicht alle Krankhaustypen betroffen, denn in den letzten Jahren nahm die Anzahl sehr kleiner Krankenhäuser mit weniger als 50 Betten kontinuierlich zu. Im Jahr 2003 gehörten 392 (17,8%) aller Krankenhäuser dieser Größenklasse an. Gegenüber 1993 erhöhte sich ihre Zahl um 76 Einrichtungen. Damals lag der entsprechende Anteil an allen Krankenhäusern noch bei 13,4%. Weiterhin zeigt sich, dass die kleinen Kliniken in den letzten Jahren immer kleiner geworden sind: Gemessen an der durchschnittlichen Bettenzahl

²⁾ Die Ergebnisse der Krankenhausstatistik werden jährlich in der Fachserie 12 „Gesundheitswesen“ veröffentlicht. Entsprechend den drei Erhebungsbereichen stehen die Reihen 6.1 „Grunddaten der Krankenhäuser“, 6.2 „Diagnosedaten der Krankenhauspatienten“ und 6.3 „Kostennachweis der Krankenhäuser“ kostenlos im Statistik-Shop des Statistischen Bundesamtes (www.destatis.de/shop) zur Verfügung.

³⁾ Fachabteilungen sind abgegrenzte, von Ärzten bzw. Ärztinnen ständig verantwortlich geleitete Abteilungen mit besonderen Behandlungseinrichtungen.

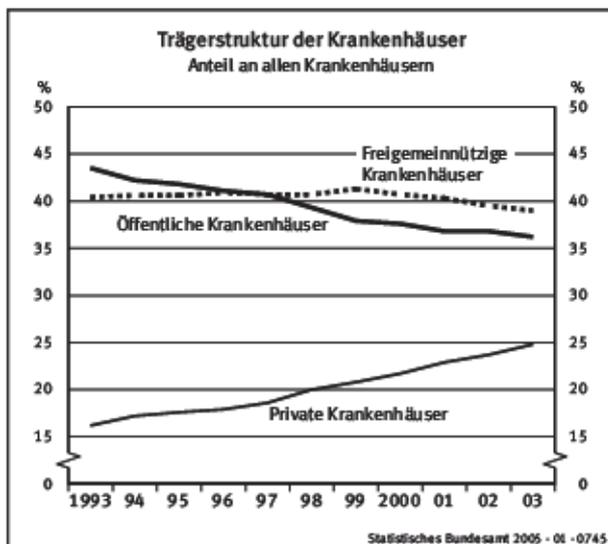
sank ihre Größe im Betrachtungszeitraum von 26 auf 18 Betten. Dies deutet auf eine Tendenz zur Spezialisierung des Krankenhausangebots hin.

Demgegenüber nahm vor allem die Zahl mittelgroßer Krankenhäuser ab. Obwohl sich auch die Zahl großer Einrichtungen mit 500 und mehr Betten zwischen 1993 und 2003 reduzierte, gab es im Jahr 2003 im Vergleich zum Vorjahr neun Einrichtungen dieser Größe mehr. Das legt die Vermutung nahe, dass es sich hierbei um fusionierte Einrichtungen handelt, die nach dem Zusammenschluss einer höheren Größenklasse zugeordnet wurden. Gemessen am gesamten Bettenvolumen hatten die großen Krankenhäuser (500 und mehr Betten) im Jahr 2003 mit 38,5% einen maßgeblichen Anteil am gesamten Bettenangebot in der stationären Versorgung.

Immer mehr private Kliniken

Auch bei den Krankenhausträgern vollzog sich ein Strukturwandel. Im Jahr 2003 gab es 545 Privatkliniken und damit 18 mehr als im Vorjahr und sogar 164 mehr als 1993. Der allgemeine Rückgang der Zahl der Einrichtungen traf folglich die freigemeinnützigen und noch stärker die öffentlichen Krankenhäuser. Im Vergleich zu 2002 ging ihre Zahl um jeweils 21 Einrichtungen zurück. Besonders deutlich wird der Wandel bei der Betrachtung des Zehnjahreszeitraums. Von 1993 bis 2003 nahm die Zahl öffentlicher Krankenhäuser um 227 ab, die der freigemeinnützigen Einrichtungen um 94. Schaubild 2 zeigt die Auswirkungen dieser Entwicklungen auf die anteilige Verteilung der Krankenhäuser nach ihrem Träger.

Schaubild 2



Diese Entwicklung steht in engem Zusammenhang mit jener der durchschnittlichen Krankenhausgröße. Große Krankenhäuser, wie zum Beispiel Universitätskliniken, zählen vorwiegend zu den öffentlichen Einrichtungen, während kleine Krankenhäuser, wie zum Beispiel Schönheitskliniken, meist

in privater Trägerschaft stehen. 2003 besaß eine Privatklinik im Durchschnitt 99 Betten. Freigemeinnützige Krankenhäuser waren mit 231 Betten mehr als doppelt, öffentliche mit durchschnittlich 365 Betten mehr als dreimal so groß.

Öffentliche Krankenhäuser zunehmend in privatrechtlicher Form

Neue wirtschaftliche Rahmenbedingungen haben dazu geführt, dass immer mehr öffentliche Krankenhausträger ihre Einrichtungen rechtlich verselbstständigen. Im Rahmen der ersten Novellierung der Krankenhausstatistik-Verordnung wurde daher das Merkmal Rechtsform öffentlicher Krankenhäuser in die Erhebung aufgenommen.⁴⁾ Damit ist es seit 2002 möglich, die Überführung öffentlicher Krankenhäuser in eine privatrechtliche Rechtsform statistisch abzubilden. Die Ergebnisse des Jahres 2003 erlauben erste tendenzielle Aussagen über die Entwicklungen in diesem Bereich.

Im Vergleich zum Vorjahr erhöhte sich 2003 die Zahl öffentlicher Krankenhäuser in privatrechtlicher Form (zum Beispiel GmbHs) um 6,1%. Die der öffentlich-rechtlichen Einrichtungen (zum Beispiel Anstalten oder Stiftungen des öffentlichen Rechts) ging in gleichem Umfang zurück. Innerhalb der letztgenannten Gruppe blieb die Zahl rechtlich selbstständiger Krankenhäuser annähernd konstant, während sich die Zahl rechtlich unselbstständiger Einrichtungen (zum Beispiel Eigen- oder Regiebetriebe) um 7,3% reduzierte. Das hatte Auswirkungen auf die Anteile der jeweiligen Rechtsformen. Im Jahr 2003 wurden bereits 30,8% aller öffentlichen Krankenhäuser privatrechtlich geführt. 15,1% waren rechtlich selbstständige, 54,1% rechtlich unselbstständige öffentlich-rechtliche Krankenhäuser.

Stadtstaaten und Flächenländer zeigen deutliche Unterschiede

Bei regionaler Betrachtung der Einrichtungs- und Bettenzahl fallen deutliche Unterschiede insbesondere zwischen Stadtstaaten und Flächenländern auf. Stadtstaaten übernehmen eine Mitversorgungsfunktion für die umliegenden Flächenländer. In ihnen konzentrieren sich u. a. Krankenhäuser der Maximalversorgung. Aufgrund dieser Mitversorgungsfunktion ist die Bettendichte in den Stadtstaaten grundsätzlich höher als in den Flächenländern. So kamen in Bremen im Jahr 2003 auf 100 000 Einwohner 887 Krankenhausbetten. Die geringste Bettendichte besaß Schleswig-Holstein mit 581 Betten je 100 000 Einwohner. Gegenüber dem Vorjahr verringerte sich die Bettendichte in fast allen Bundesländern. Nur in Sachsen und in Thüringen lag sie etwas höher (+0,3 bzw. +0,4%).

Schaubild 3 zeigt die Bettendichte in den Bundesländern 1993 sowie 2003. Neben dem allgemeinen Rückgang der Bettendichte fällt der besonders starke Bettenabbau in einigen Ländern, insbesondere in Berlin, auf.

Gemessen an der durchschnittlichen Bettenzahl je Einrichtung hatten die Krankenhäuser in Bremen (392 Betten), Thüringen (345 Betten) und Sachsen (335 Betten) die höchste Bettenausstattung im Jahr 2003.

⁴⁾ Siehe Begründung zur Ersten Verordnung zur Änderung der Krankenhausstatistik-Verordnung vom 13. August 2001 (Bundesratsdrucksache Nr. 270/01 vom 6. April 2001).

Schaubild 3



Einen überdurchschnittlich hohen Anteil privater Kliniken gab es 2003 in Berlin (42,0%). Besonders niedrig fiel dieser dagegen in Nordrhein-Westfalen (8,7%) aus. Dort gab es mit 71,7% den höchsten Anteil freigemeinnütziger Krankenhäuser. Den geringsten Anteil öffentlicher Krankenhäuser besaß Berlin (5,8%), den höchsten Bayern (56,8%).

Medizinisch-technische Ausstattung erhöht sich

Als medizinisch-technische Großgeräte und Sondereinrichtungen werden zum Beispiel Dialysegeräte, Computer- und Kernspintomographen sowie Gamma-Kameras zusammengefasst. Insgesamt wurden am 31. Dezember 2003 in den deutschen Krankenhäusern 8 211 medizinisch-technische Großgeräte gezählt. Damit stieg der Bestand im Vergleich zum Vorjahr um 197 Geräte (+2,5%). Tabelle 1 gibt einen Überblick über Art und Zahl der in der Krankenhausstatistik erfassten Geräte und Sondereinrichtungen.

Tabelle 1: Medizinisch-technische Großgeräte der Krankenhäuser 2003

Medizinisch-technisches Großgerät/ Sondereinrichtung	Anzahl	Veränderung gegenüber 2002 in %
Insgesamt	8 211	+2,5
Computer-Tomographen	1 137	+3,3
Dialysegeräte	3 973	+1,5
Digitale Subtraktions-Angiographie-Geräte	499	+9,9
Gamma-Kameras	571	+4,6
Herz-Lungen-Maschinen	328	-3,0
Kernspintomographen	502	+4,4
Koronarangiographische Arbeitsplätze	495	+2,3
Linearbeschleuniger/Kreisbeschleuniger	346	+1,5
Positionen-Emissions-Computer-Tomographen ..	56	+12,0
Stoßwellenlithotripter	268	±0,0
Tele-Kobalt-Therapiegeräte	36	±0,0

64,0% aller Großgeräte und Sondereinrichtungen befinden sich in Krankenhäusern mit 500 und mehr Betten. Sie verteilen sich darüber hinaus vorwiegend auf die westdeutschen Bundesländer (85,8%).

1.2 Fachabteilungen

Innere Medizin und Chirurgie sind die bedeutendsten Fachgebiete

Die fachlich-medizinische Struktur der Krankenhäuser kann über das Fachabteilungsspektrum abgebildet werden. Anhand der Betten- und Fallzahl ist es möglich, die Bedeutung einzelner Fachdisziplinen darzustellen. Am 31. Dezember 2003 gab es fast 8 700 Fachabteilungen in den deutschen Krankenhäusern, die meisten davon in den Fachgebieten Innere Medizin (1 500) und Chirurgie (1 400). Gemessen an der Bettenkapazität und den Behandlungsfällen dominieren diese beiden Fachgebiete die Fachabteilungen der Krankenhäuser. Sie vereinen über die Hälfte aller Krankenhausbetten (55,5%) auf sich und versorgen zusammen mehr als jeden zweiten vollstationären Behandlungsfall.

Tabelle 2: Fachabteilungen 2003 im Überblick

Fachabteilungsbezeichnung	Fachabteilungen insgesamt		Aufgestellte Betten		Vollstationäre Fälle ¹⁾		Durchschnittliche Verweildauer	
	Anzahl	Veränderung gegenüber 2002 in %	Anzahl	Veränderung gegenüber 2002 in %	Anzahl	Veränderung gegenüber 2002 in %	Tage	Veränderung gegenüber 2002 in %
Fachabteilungen insgesamt ²⁾	8 671	-0,8	541901	-1,0	17 295 910	-0,7	8,9	-3,5
Augenheilkunde	364	-1,4	6479	-3,8	388 556	-5,0	4,0	-0,9
Chirurgie	1 393	-1,7	123 215	-2,1	4 099 158	-2,1	8,2	-3,2
Frauenheilkunde und Geburtshilfe	1 084	-1,5	44 974	-2,5	2 053 578	-3,5	5,2	-2,9
Hals-Nasen-Ohrenheilkunde	844	-1,2	13 600	-1,6	694 206	-3,9	5,0	-2,8
Haut- und Geschlechtskrankheiten	123	+0,0	5 232	-0,7	164 169	+1,0	9,2	-5,8
Herzchirurgie	63	+5,0	3 438	+10,0	115 017	+8,6	9,2	+0,8
Innere Medizin	1 493	-1,6	177 710	-0,8	6 359 933	-0,1	8,2	-4,8
Kinderchirurgie	70	+2,9	2 224	-2,9	118 786	-0,5	4,3	-3,4
Kinderheilkunde	378	-1,6	21 426	-0,9	922 426	-3,2	5,7	-3,0
Kinder-/Jugendpsychiatrie und -psychotherapie	118	+3,5	4 669	+0,4	34 349	+2,9	45,2	-1,1
Mund-Kiefer-Gesichtschirurgie	192	-1,5	2 539	-1,1	106 398	-5,1	5,9	-1,8
Neurochirurgie	149	+0,0	6 406	+2,0	203 875	+1,3	9,4	-2,7
Neurologie	373	-1,3	19 870	+0,1	585 268	+4,0	10,3	-6,6
Nuklearmedizin	114	+0,9	978	+0,9	56 643	-1,3	4,8	-2,2
Orthopädie	409	+1,7	25 087	+0,1	671 678	+2,1	10,6	-4,9
Plastische Chirurgie	111	+3,7	2 032	+12,6	75 665	+4,3	6,5	-1,7
Psychiatrie und Psychotherapie	405	+2,3	54 088	+0,3	698 788	+1,0	25,3	-0,7
Psychotherapeutische Medizin	90	+11,1	3 183	+6,2	23 230	+3,5	45,7	+2,6
Strahlentherapie	165	-0,6	3 488	-2,3	102 385	-1,8	9,4	-2,6
Urologie	520	-0,6	16 478	-1,1	741 312	+0,1	6,2	-3,3
Sonstige Fachbereiche/Allgemeinbetten	213	-3,2	4 785	-2,5	169 825	-4,7	7,7	+1,8

1) Fachabteilungsbezogene Fallzahl (einschl. interner Verlegungen zwischen den Fachabteilungen). – 2) Einrichtungsbezogene Fallzahl (ohne interne Verlegungen).

Aussagen über Entwicklungstendenzen einzelner Fachabteilungen lassen sich zum Beispiel auf Basis relativer Änderungen von Betten- und Fallzahl treffen. So erhöhte sich im Jahr 2003 die Bettenkapazität in der plastischen Chirurgie (+ 12,6%), der Herzchirurgie (+ 10,0%) und der psychotherapeutischen Medizin (+ 6,2%) besonders deutlich. Diese Entwicklung spiegelte sich auch im Anstieg der Zahl der vollstationären Fälle wider. In der Herzchirurgie wurden 8,6% mehr Fälle behandelt als im Jahr zuvor. Auch plastische Chirurgie (+ 4,3%), Neurologie (+ 4,0%) und psychotherapeutische Medizin (+ 3,5%) verzeichneten Anstiege bei der Fallzahl (siehe Tabelle 2).

Große Unterschiede werden bei der Betrachtung der durchschnittlichen Verweildauer deutlich. Besonders viele Tage verbrachten die Patienten und Patientinnen psychiatrischer Fachabteilungen im Krankenhaus. Mit fast 28 Tagen war ihr Aufenthalt aufgrund der besonderen Behandlungserfordernisse ihrer Erkrankungen im Durchschnitt dreieinhalb Mal so lang wie der von Patienten in einer allgemeinen Fachabteilung (acht Tage). Insgesamt reichte die Spanne von vier Tagen in der Augenheilkunde bis 46 Tagen in der psychotherapeutischen Medizin.

1.3 Krankenhauspersonal

Am 31. Dezember 2003 waren 1,1 Mill. Personen in den Krankenhäusern einschließlich der mit ihnen verbundenen Ausbildungsstätten beschäftigt. Mehr als jeder vierte

Beschäftigte im Gesundheitswesen (26,2%) arbeitete damit in einem Krankenhaus.⁵⁾ Gegenüber dem Vorjahr ging die Zahl der Beschäftigten in den Krankenhäusern um 16 000 bzw. 1,4% zurück. Die Entwicklung beim ärztlichen und nichtärztlichen Personal verlief allerdings gänzlich unterschiedlich.

Mehr Ärzte im Krankenhaus

Zum ärztlichen Personal des Krankenhauses gehören in erster Linie die hauptamtlich beschäftigten Ärzte und Ärztinnen. Zum Erhebungsstichtag 31. Dezember 2003 gab es in dieser Personalgruppe 118 500 Beschäftigte und damit 2,1% mehr als ein Jahr zuvor. Außerdem arbeiteten 10 400 Ärzte und Ärztinnen im Praktikum in den Krankenhäusern. Ihre Zahl erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 3,8%. Darüber hinaus waren 1 400 Zahnärzte und Zahnärztinnen in den Krankenhäusern angestellt und damit 6,7% mehr als 2002.

Neben den im Krankenhaus angestellten Ärzten und Ärztinnen werden in der Statistik auch nicht-hauptamtliche Ärzte und Ärztinnen gezählt. Hierzu zählen Belegärzte und -ärztinnen, das heißt niedergelassene sowie andere nicht im Krankenhaus angestellte Ärzte, die berechtigt sind, ihre Patienten (Belegpatienten) in der Einrichtung unter Inanspruchnahme der hierfür bereitgestellten Dienste, Einrichtungen und Mittel stationär oder teilstationär zu behandeln, ohne hierfür von der Einrichtung eine Vergütung zu erhalten. Von den Krankenhäusern wurden 6 500 solcher Ärzte

5) Siehe Weinmann, J.: „Gesundheitspersonal 2003“ in WiSta 3/2005, S. 221.

gemeldet. Darüber hinaus gab es weitere 500 Ärzte und Ärztinnen, die von Belegärzten angestellt waren.

Anteile der Ärztinnen und der Teilzeitbeschäftigten nehmen zu

Für die hauptamtlichen Ärzte und Ärztinnen liegen in der Krankenhausstatistik Informationen über Geschlecht und Beschäftigungsverhältnis vor. 35,6% der 118 500 hauptamtlichen Ärzte und Ärztinnen waren Frauen (42 000). Damit erhöhte sich der Frauenanteil im Vergleich zum Vorjahr zwar nur leicht, gegenüber 1993 hat er jedoch um 4,5 Prozentpunkte zugenommen.

Auch die Art des Beschäftigungsverhältnisses hat sich in diesem Zeitraum deutlich verändert. 1993 war jede neunte Frau (11,1%) teilzeit- oder geringfügig beschäftigt; 2003 war es bereits jede vierte Frau (25,9%). Bei männlichen Kollegen erhöhte sich der Anteil der Teilzeit- oder geringfügig Beschäftigten von 1,7 auf 4,7%. Insgesamt gab es 14 500 (12,2%) hauptamtliche Ärzte und Ärztinnen, die 2003 in einem Teilzeitarbeitsverhältnis standen oder geringfügig beschäftigt waren.

Mit steigender funktionaler Stellung nahm der Anteil der Ärztinnen ab. Während 44,3% der Assistenzärzte im Jahr 2003 Frauen waren, lag der entsprechende Anteil bei den leitenden Ärzten nur noch bei 7,2%. Vergleichsweise hoch war jedoch der Anteil der leitenden Ärztinnen in speziellen Fachgebieten wie der Phoniatrie/Pädaudiologie⁶⁾ (46,7%) und in der Arbeitsmedizin (30,9%).

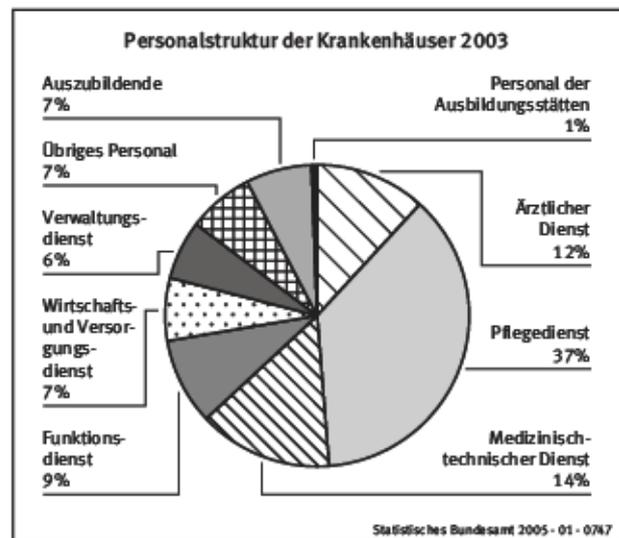
Zahl der nichtärztlichen Beschäftigten geht zurück

Mit 890 000 Beschäftigten⁷⁾ waren am 31. Dezember 2003 fast achtmal so viel Personen im nichtärztlichen Dienst angestellt wie im ärztlichen Dienst. Im Unterschied zu den Ärzten nahm die Zahl der nichtärztlichen Beschäftigten gegenüber dem Vorjahr ab, und zwar um 2,0%. Im Vergleich zu 1993 gab es 2003 fast 39 000 Beschäftigte (4,2%) weniger. Die meisten nichtärztlichen Beschäftigten waren im Pflegedienst tätig (45,9%), 17,7% arbeiteten im medizinisch-technischen Dienst zum Beispiel als Logopäden, Apothekenpersonal, Krankengymnasten/-gymnastinnen und 11,5% im Funktionsdienst, zum Beispiel im Operationsdienst, als Hebammen/Entbindungspfleger oder im Krankentransportdienst.

Der Anteil der Frauen lag 2003 beim nichtärztlichen Personal mit 79,9% deutlich höher als beim ärztlichen Personal und blieb im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert. Personalgruppen, in denen die Männer dominierten, waren der technische Dienst (94,0%) und der Krankentransportdienst (81,6%). 2003 betrug der Anteil der Teilzeit- oder geringfügig Beschäftigten 38,6% gegenüber 27,9% zehn Jahre zuvor.

In den Krankenhäusern wurden 2003 rund 77 500 Auszubildende gezählt. Dies waren 1,3% weniger als ein Jahr zuvor. Die meisten waren Krankenpflegeschüler und -schülerinnen (60 100). An den Ausbildungsstätten der Krankenhäuser waren zudem 6 700 Personen angestellt. Schaubild 4 gibt einen Überblick über die Personalstruktur der Krankenhäuser.

Schaubild 4



Für zeitliche und regionale Vergleiche ist es sinnvoll, die Beschäftigtenzahl auf die volle tarifliche Arbeitszeit umzurechnen, um unterschiedlichen Beschäftigungsverhältnissen (Vollzeit-, Teilzeit- und geringfügige Beschäftigung) Rechnung zu tragen. Daraus ergibt sich die Rechengröße der Vollzeitäquivalente. Die Krankenhausstatistik verwendet für diese Größe den Begriff Vollkräfte im Jahresdurchschnitt.⁸⁾ 2003 betrug deren Zahl 824 000. Das waren 9 600 Vollkräfte bzw. 1,2% weniger als im Vorjahr und 5,8% weniger als zehn Jahre zuvor. Entsprechend der Entwicklung bei der Beschäftigtenzahl zum Stichtag 31. Dezember stieg die Zahl der ärztlichen Vollkräfte im Vergleich zum Vorjahr an (+1,2%), während die der nichtärztlichen Vollkräfte sank (-1,5%). Dies hatte Auswirkungen auf die Personalstruktur. Von 1993 bis 2003 stieg der Anteil der ärztlichen an allen Vollkräften kontinuierlich an, und zwar von 10,9 auf 13,8%.

2 Die Inanspruchnahme von Krankenhausleistungen

Allgemein wird die Krankenhausbehandlung voll-, teil-, vor- und nachstationär sowie ambulant erbracht.⁹⁾ Die Krankenhausstatistik bildet die einzelnen Behandlungsarten in unterschiedlicher Tiefe ab. Vor allem die vollstationären

6) Die Phoniatrie befasst sich mit Störungen der Stimme, des Sprechens, der Sprache und des Schluckens. Die Pädaudiologie beschäftigt sich mit dem Hören und mit Hörstörungen im Kindesalter.
 7) Ohne Schüler/-innen und Auszubildende und ohne Personal der Ausbildungsstätten.
 8) In die Berechnung der Vollkräfte im Jahresdurchschnitt gehen die hauptamtlichen Ärzte und Ärztinnen, die Ärzte und Ärztinnen im Praktikum (soweit auf den ärztlichen Dienst anrechenbar) und die nichtärztlichen Beschäftigten des Krankenhauses ein.
 9) Siehe § 39 Abs. 1 Satz 1 Sozialgesetzbuch (SGB), Fünftes Buch (V), Gesetzliche Krankenversicherung, vom 20. Dezember 1988 (BGBl. I S. 2477, 2482), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22. Juni 2005 (BGBl. I S. 1720).

Behandlungen, das heißt die herkömmlichen Behandlungen mit ganztägiger Pflege, werden im Erhebungsbereich der Diagnosedaten der Patienten und Patientinnen in einer sehr tiefen Gliederung dargestellt (siehe Abschnitt 2.1). Die Grunddaten der Krankenhäuser ergänzen dieses Informationsangebot um das teil-, vor- und nachstationäre sowie das intensivmedizinische Behandlungsgeschehen, ambulante Operationen und Entbindungen im Krankenhaus (siehe Abschnitt 2.2).

2.1 Vollstationäre Krankenhausbehandlungen

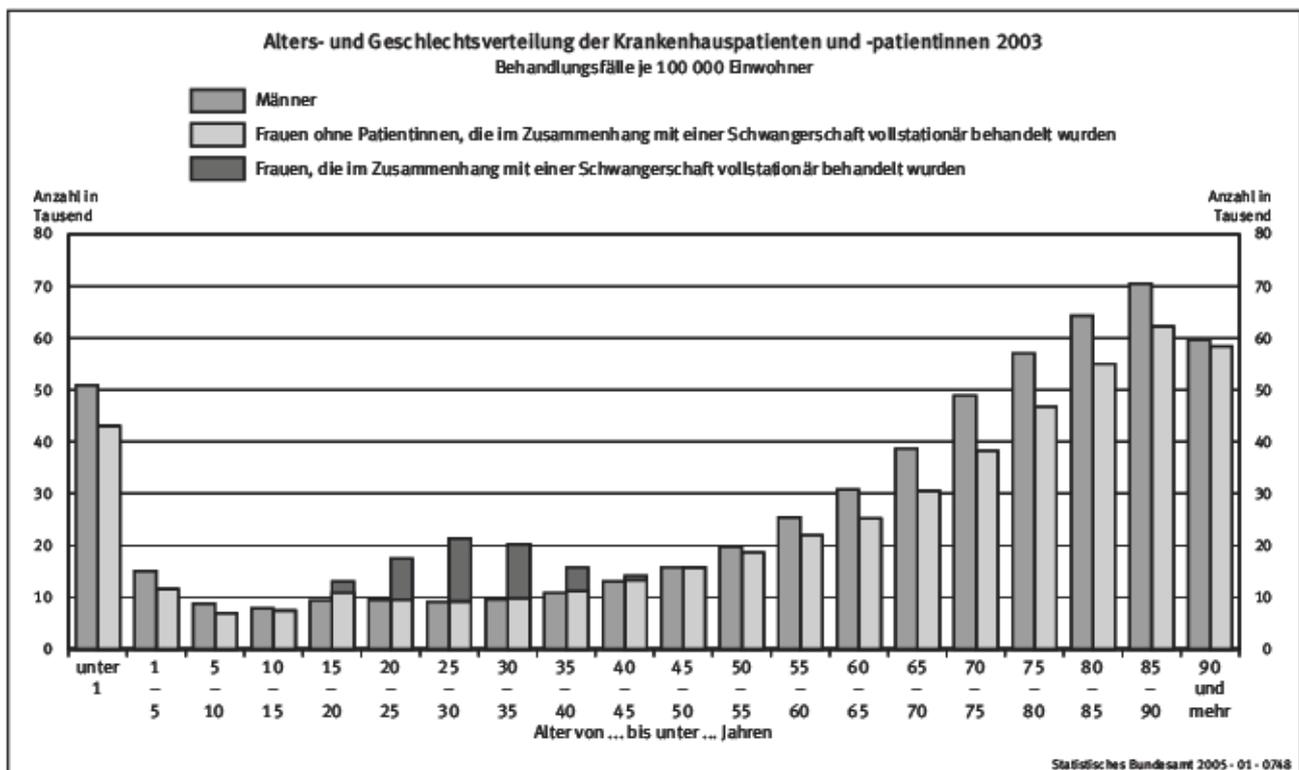
Bei vollstationären Behandlungen verbringen die Patienten und Patientinnen ganze Tage im Krankenhaus, während für alle anderen Behandlungsformen der Aufenthalt im Krankenhaus auf einen Teil des Tages (z. B. am Tag oder in der Nacht) begrenzt ist. Vollstationäre Behandlungen werden sowohl im Erhebungsbereich Grunddaten der Krankenhäuser als auch in den Diagnosen der Krankenhauspatienten erhoben. Allerdings gibt es Abweichungen zwischen beiden Erhebungsbereichen, was zum Teil auf methodische Unterschiede zurückzuführen ist. Im Folgenden werden die Ergebnisse der Diagnosestatistik präsentiert. Maßgeblich für die statistische Erfassung eines Patienten in der Diagnosestatistik ist, dass er innerhalb des Berichtsjahres aus der vollstationären Behandlung eines Krankenhauses entlassen wurde.

Weniger vollstationäre Krankenhausfälle als im Vorjahr

2003 lag die Zahl der vollstationär behandelten Krankenhauspatienten und -patientinnen erstmals unter der des Vorjahres. Mit 17,3 Mill. Behandlungsfällen gab es 0,3% Behandlungsfälle weniger als 2002. Für den Rückgang lassen sich unterschiedliche Gründe nennen. Das Sozialgesetzbuch sieht vor, dass eine vollstationäre Krankenhausbehandlung erst dann erbracht werden soll, wenn das Behandlungsziel nicht durch eine teil-, vor- und nachstationäre oder ambulante Behandlung erreicht werden kann.¹⁰⁾ Wenn vollstationäre Behandlungen zunehmend durch andere Behandlungsformen substituiert werden, reduziert dies die Zahl vollstationärer Fälle. Zum anderen war 2003 das erste Jahr, in dem Krankenhäuser ihre Leistungen optional nach dem neuen fallpauschalierten Entgeltsystem (DRG-System) abrechnen konnten. Dieses neue System hat u. a. insofern methodische Auswirkungen auf die Krankenhausstatistik, als im DRG-System eine Fallzusammenführung erfolgt, wenn der entlassene Patient innerhalb der oberen Grenzverweildauer wieder rückverlegt wird. Bis 2002 wurden dagegen diese Patienten, die kurz nach ihrer Entlassung ins Krankenhaus rückverlegt wurden, als neuer Fall gezählt.

Die Notwendigkeit für einen stationären Krankenhausaufenthalt steht darüber hinaus in engem Zusammenhang mit dem Alter der Patienten. Veränderungen im Bevölkerungsaufbau zwischen unterschiedlichen Berichtsjahren oder

Schaubild 5



10) Siehe § 39 Abs. 1 Satz 2 SGB V.

Regionen können somit Einfluss auf die Fallzahl haben. Um solche Effekte zu kontrollieren, kann die absolute Fallzahl altersstandardisiert werden. Hierbei wird eine einheitliche Altersstruktur für alle Vergleichsjahre bzw. -regionen angenommen. Standardisierte Fallzahlen lassen sich in der Krankenhausstatistik mit Hilfe der Diagnosedaten ermitteln, da hier soziodemographische Angaben zu den Patienten vorliegen. 2003 betrug die standardisierte Fallzahl 20030 Krankenhaufälle je 100 000 Einwohner.¹¹⁾ Sie lag um 0,9% unter jener des Vorjahres und zeigt, dass der Rückgang der Zahl der Behandlungsfälle ohne demographische Einflüsse dreimal höher gewesen wäre.

Jeder zweite Patient 60 Jahre oder älter

Lässt man die 1,0 Mill. Krankenhausaufenthalte, die im Zusammenhang mit einer Schwangerschaft standen, unberücksichtigt¹²⁾, so waren im Jahr 50,4% aller Patienten und Patientinnen 60 Jahre und älter. Der Anteil der Hochbetagten im Alter von 80 Jahren und mehr lag bei 12,4%.

Schaubild 5 zeigt die Alters- und Geschlechtsverteilung der Patienten und Patientinnen 2003. In fast allen Altersgruppen wurden mehr Männer als Frauen aus der vollstationären Krankenhausbehandlung entlassen.

Hauptdiagnose hängt von der Lebensphase ab

Neben der höheren Wahrscheinlichkeit für einen stationären Krankenhausaufenthalt ist auch die Art der Krankheit vom Alter abhängig. So wurden Kinder und Jugendliche im Alter von weniger als 15 Jahren in erster Linie wegen Krankheiten des Atmungssystems stationär behandelt. Mit 129 000 Fällen war im Jahr 2003 eine chronische Krankheit der Gaumen- und Rachenmandeln¹³⁾ die häufigste Hauptdiagnose in dieser Altersgruppe (siehe Tabelle 3).

Bei den 15- bis unter 45-Jährigen waren Aufenthalte im Zusammenhang mit Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett (1,0 Mill. Fälle) sowie Verletzungen, Vergiftungen und anderen Folgen äußerer Ursachen (0,5 Mill. Fälle) besonders häufig. Entsprechend war die normale Entbindung (ICD-Position O80) mit 169 000 Fällen die häufigste Einzeldiagnose, gefolgt von psychischen und Verhaltensstörungen durch Alkohol (ICD-Position F10) mit 148 000 Fällen.

In den höheren Altersgruppen dominierten die Krankheiten des Kreislaufsystems. Bei den 45- bis unter 85-Jährigen war die chronische ischämische Herzkrankheit (ICD-Position J25) die häufigste Einzeldiagnose (338 000 Fälle). Herzinsuffizienz (ICD-Position J50) war mit 65 000 Fällen bei den 85-Jährigen und Älteren häufigster Anlass für einen Krankenhausaufenthalt.

Häufigste Hauptdiagnosen bei Männern und Frauen

Das Diagnosespektrum unterscheidet sich nicht nur hinsichtlich des Alters, sondern auch bezüglich des Geschlechts der

Tabelle 3: Die fünf häufigsten Hauptdiagnosen 2003 nach dem Alter der Patientinnen und Patienten

Rang	Alter der Patientinnen und Patienten Hauptdiagnose (ICD-Position)	Anzahl
	unter 15 Jahre	1405 881
1	Chronische Krankheiten der Gaumen- und Rachenmandeln (J35)	129 303
2	Intrakranielle Verletzung [innerhalb des Schädels] (S06)	67 869
3	Diarrhoe und Gastroenteritis (A09)	65 843
4	Sonstige medizinische Behandlung (Z51)	44 200
5	Störungen im Zusammenhang mit kurzer Schwangerschaftsdauer und niedrigem Geburtsgewicht (P07)	39 125
	15 bis unter 45 Jahre	4643 836
1	Normale Entbindung (O80)	168 511
2	Psychische und Verhaltensstörungen durch Alkohol (F10)	148 289
3	Dammriss unter der Geburt (O70)	82 027
4	Intrakranielle Verletzung [innerhalb des Schädels] (S06)	70 075
5	Chronische Krankheiten der Gaumen- und Rachenmandeln (J35)	68 555
	45 bis unter 65 Jahre	4596 716
1	Chronische ischämische Herzkrankheit (I25)	131 177
2	Psychische und Verhaltensstörungen durch Alkohol (F10)	118 317
3	Angina pectoris (I20)	94 673
4	Schlafstörungen (G47)	84 775
5	Krampfadem der unteren Extremitäten (I83)	80 112
	65 bis unter 85 Jahre	5791 644
1	Chronische ischämische Herzkrankheit (I25)	206 868
2	Herzinsuffizienz (I50)	174 097
3	Angina pectoris (I20)	145 999
4	Grauer Star (H25)	135 647
5	Arthrose des Kniegelenkes (M17)	107 491
	85 Jahre und älter	875 084
1	Herzinsuffizienz (I50)	64 572
2	Oberschenkelhalsbruch (S72)	48 030
3	Lungenentzündung, Erreger nicht näher bezeichnet (J18)	38 139
4	Hirninfarkt (I63)	23 720
5	Grauer Star (H25)	21 580

Patienten. Tabelle 4 zeigt die zehn häufigsten Hauptdiagnosen im Jahr 2003 bei Männern und Frauen.

Während das Diagnosespektrum bei den Männern vor allem von den Herzkrankheiten bestimmt wurde, war es bei den Frauen differenzierter. Bei fast jedem fünften Mann war eine der aufgeführten zehn häufigsten Hauptdiagnosen Anlass für einen Krankenhausaufenthalt. Der gleiche Sachverhalt traf dagegen nur auf 14% aller Frauen zu.

Patientinnen und Patienten aus Hamburg waren am seltensten in Krankenhausbehandlung

Nicht nur bei intertemporalen, sondern auch bei interregionalen Vergleichen, zum Beispiel zwischen Bundesländern, erhöht eine Standardisierung der Ergebnisse ihre Vergleichbarkeit, da der Effekt unterschiedlicher Altersstrukturen in den Ländern ausgeglichen wird. Die standardisierte Fallzahl sagt aus, wie viele Krankenhaufälle in einem Land auftreten würden, wenn überall dieselbe Altersstruktur in

11) Standardisiert anhand der Standardbevölkerung „Deutschland 1987“.

12) ICD-10-Diagnosekapitel O00 bis O99 „Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett“.

13) Zur Diagnosenklassifikation wird weltweit die von der Weltgesundheitsorganisation herausgegebene Internationale Klassifikation der Krankheiten (ICD) eingesetzt. Die deutschsprachige Ausgabe wird im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung vom Deutschen Institut für Medizinische Dokumentation und Information (DIMDI) erstellt und herausgegeben. Die genannte Diagnose entspricht der ICD-Position J35.

Tabelle 4: Die zehn häufigsten Hauptdiagnosen 2003 bei Männern und Frauen

Rang	Geschlecht		Anzahl
	Hauptdiagnose (ICD-Position)		
Männer			
1	Chronische ischämische Herzkrankheit (I25)		7907222
2	Psychische und Verhaltensstörungen durch Alkohol (F10)		246000
3	Leistenbruch (K40)		215936
4	Angina pectoris (I20)		175017
5	Schlafstörungen (G47)		157995
6	Herzinsuffizienz (I50)		122150
7	Intrakranielle Verletzung [Innerhalb des Schädels] (S06)		120879
8	Akuter Myokardinfarkt (I21)		119954
9	Bösartige Neubildung der Bronchien und der Lunge (C34)		119732
10	Lungenentzündung, Erreger nicht näher bezeichnet (J18)		115889
Frauen			
1	Normale Entbindung (O80)		9405898
2	Bösartige Neubildung der Brustdrüse (C50)		168756
3	Herzinsuffizienz (I50)		156205
4	Gallensteine (K80)		150647
5	Grauer Star (H25)		146759
6	Arthrose des Kniegelenks (M17)		121491
7	Krampfadern der unteren Extremitäten (I83)		116354
8	Oberschenkelhalsbruch (S72)		113944
9	Chronische ischämische Herzkrankheit (I25)		113050
10	Angina pectoris (I20)		109263
			108603

der Bevölkerung vorherrschen würde. In der Diagnosestatistik wird neben dem Behandlungsort auch der Wohnort des Patienten erfragt. Letztgenannter ist maßgeblich für die Standardisierung der Ergebnisse. Schaubild 6 gibt einen Überblick über die standardisierte Fallzahl je 100 000 Einwohner nach Bundesländern. Demnach waren am häufigsten Patienten und Patientinnen aus dem Saarland in stationärer Krankenhausbehandlung, am seltensten Patienten und Patientinnen aus Hamburg. Der Vorjahresvergleich in Tabelle 5 zeigt, dass einzig in Sachsen-Anhalt die standardisierte Fallzahl gestiegen ist (+ 7,7%).

Tabelle 5: Standardisierte Fallzahl 2003 nach Bundesländern

Bundesland	Standardisierte Fallzahl ¹⁾	Veränderung gegenüber 2002
	je 100 000 Einwohner	%
Baden-Württemberg	17 679	-0,9
Bayern	20 370	-1,0
Berlin	17 981	-0,9
Brandenburg	21 998	-0,2
Bremen	18 992	-2,3
Hamburg	17 238	-0,8
Hessen	19 384	-0,0
Mecklenburg-Vorpommern ..	21 929	-2,9
Niedersachsen	19 372	-2,9
Nordrhein-Westfalen	21 464	-1,2
Rheinland-Pfalz	21 011	-1,8
Saarland	22 397	-1,7
Sachsen	19 175	-0,1
Sachsen-Anhalt	22 265	+7,7
Schleswig-Holstein	19 464	-2,2
Thüringen	21 611	-0,2

1) Standard: Deutschland 1987.

Schaubild 6



2.2 Sonstige Behandlungen

Teil- und vorstationäre Behandlungen nahmen zu

Seit 2002 werden neben den vollstationären Behandlungen auch einzelne Merkmale im Bereich der teil-, vor- und nachstationären Behandlungen in der Krankenhausstatistik detaillierter erfasst.

Unter einer teilstationären Behandlung versteht man eine Krankenhausleistung, die eine regelmäßige Verweildauer im Krankenhaus von weniger als 24 Stunden erfordert. Sie wird vorwiegend in einer Tages- oder Nachtambulanz angeboten. Die Patienten verbringen dort nur den entsprechenden Tagesabschnitt mit der ärztlichen Behandlung, die restliche Zeit aber außerhalb des Krankenhauses.¹⁴⁾ Patienten und Patientinnen, die wegen derselben Erkrankung mehrfach teilstationär behandelt werden, zum Beispiel wöchentlich mehrmalig teilstationäre Dialysebehandlungen haben, werden je Quartal als ein Fall gezählt. 2003 wurden in den Krankenhäusern insgesamt 502 000 teilstationäre Behandlungen durchgeführt. Das waren 33,5% mehr als im Jahr

14) Siehe <http://www.versicherungszentrum.de/Onlinelexikon>.

zuvor. Knapp die Hälfte aller teilstationären Behandlungen erfolgte in der Inneren Medizin (49,1%), und dort vor allem in den Teilgebieten Hämatologie und internistische Onkologie¹⁵⁾ (17,4%) sowie Nephrologie¹⁶⁾ (10,0%).

Vorstationäre Behandlungen werden im Vorfeld einer anstehenden vollstationären Behandlung, zum Beispiel für Voruntersuchungen, erbracht. In diesem Bereich wurden 1,4 Mill. Behandlungsfälle im Jahr 2003 gezählt, 248 000 bzw. 21,2% mehr als 2002. Vorstationäre Behandlungen werden besonders häufig in den Fachabteilungen Chirurgie (30,0%), Innere Medizin (23,3%) sowie Frauenheilkunde und Geburtshilfe (13,4%) durchgeführt.

Nachstationäre Behandlungen finden im Anschluss an einen vollstationären Krankenhausaufenthalt statt. Mit insgesamt 755 000 Behandlungen stieg ihre Zahl nur leicht (+1,1%). Die meisten nachstationären Behandlungen erfolgten in der Chirurgie (38,4%).

Zusammengenommen erweiterten die genannten Behandlungsformen damit das Leistungsvolumen der Krankenhäuser im Jahr 2003 um fast 2,7 Mill. Fälle.

Fast 2 Mill. Patienten wurden intensivmedizinisch versorgt

Im Jahr 2003 wurden 1,9 Mill. Patienten und Patientinnen intensivmedizinisch versorgt. Das waren 1,4% mehr als im Vorjahr. 62% aller Krankenhäuser verfügten über Betten für die intensivmedizinische Versorgung. Insgesamt waren 23 000 Intensivbetten in den Krankenhäusern vorhanden (-1,0%).

Intensivmedizinische Behandlungen werden in erster Linie in mittleren und großen Krankenhäusern durchgeführt. Ein Viertel aller Intensivbehandlungen erfolgte in Einrichtungen mit 800 Betten und mehr. In den kleinen Krankenhäusern mit weniger als 150 Betten waren es nur 7,0%.

Deutlich mehr ambulante Operationen im Krankenhaus

Der wachsenden Bedeutung ambulanter Leistungen wird seit 2002 auch in der Krankenhausstatistik Rechnung getragen. Nach § 115b SGB V sind Krankenhäuser zur Durchführung ambulanter Operationen zugelassen, und zwar in dem Umfang, der in einem von den Spitzenverbänden der Krankenkassen gemeinsam, der Deutschen Krankenhausgesellschaft oder den Bundesverbänden der Krankenhausträger gemeinsam und den Kassenärztlichen Bundesvereinigungen vereinbarten Katalog ambulanter Operationen festgelegt ist.

Jedes zweite Krankenhaus (51,2%) führte im Jahr 2003 ambulante Operationen durch. Insgesamt wurden 724 000 Patienten und Patientinnen ambulant operiert und damit 149 000 (+25,8%) mehr als im Vorjahr. Die Zunahme der vor-, nach- und teilstationären Behandlungen sowie der ambulanten Operationen macht den Wandel im Leistungsspektrum der Krankenhäuser deutlich.

Jede vierte Krankenhausentbindung erfolgte durch Kaiserschnitt

Neben den zuvor genannten Behandlungen ist das Leisten von Geburtshilfe eine weitere wichtige Aufgabe der Krankenhäuser. In Deutschland kommt fast jedes Kind in einem Krankenhaus zur Welt.¹⁷⁾ Insgesamt haben 2003 fast 688 000 Frauen im Krankenhaus entbunden. Dabei kamen über 697 000 Kinder lebend zur Welt.

In der Krankenhausstatistik werden auch ausgewählte Maßnahmen der Geburtshilfe erfasst. So erfolgten im Jahr 2003 über 175 000 Krankenhausentbindungen durch Kaiserschnitt, 29 000 durch Vakuumextraktion/Saugglocke und 7 000 durch Zangengeburt. Der Anteil der Kaiserschnittentbindungen hat in den letzten Jahren kontinuierlich zugenommen. Von 1993 bis 2003 stieg er von 16,9 auf 25,5%. Demgegenüber waren die Anteile der beiden anderen Entbindungsmaßnahmen leicht rückläufig.

3 Kosten der Krankenhäuser

Im dritten Erhebungsbereich der Krankenhausstatistik werden die Kosten der Krankenhäuser auf Basis der Krankenhausbuchführung erfasst. Grundlage hierbei ist der einheitliche Kontenrahmen der Krankenhausbuchführungsverordnung.¹⁸⁾ Erfragt werden die Aufwendungen für Personal und Sachmittel für das abgelaufene Geschäftsjahr, das heißt für die letzte abgeschlossene Rechnungsperiode.¹⁹⁾

Seit 2002 wird bei der Kostenermittlung auf eine genaue Kostenkalkulation für die nicht pflegesatzfähigen bzw. nicht stationären Kostenanteile (z. B. Kosten für wahlärztliche Leistungen) verzichtet. An die Stelle einer genauen Kalkulation ist aus Vereinfachungsgründen eine Schätzung dieser Kostenanteile getreten. Sämtliche nicht pflegesatzfähigen Kosten werden nun als Abzüge von den Gesamtkosten²⁰⁾ subtrahiert, sodass sich die bereinigten Kosten als pflegesatzfähige bzw. stationäre Kosten ergeben. Auf deren Basis sind dann sinnvolle Vergleiche mit den Jahren vor 2002 möglich, in denen unterschiedliche Kostenermittlungsprinzipien galten.

15) Hämatologie ist die Lehre von den Krankheiten des Blutes. Die Onkologie beschäftigt sich mit bösartigen Tumorerkrankungen und ihrer Behandlung.

16) Die Nephrologie befasst sich mit der Diagnostik und der nichtchirurgischen Therapie von Nierenerkrankungen.

17) Insgesamt wurden 2003 fast 707 000 Kinder lebend geboren. Davon kamen über 697 000 Kinder in einem Krankenhaus zur Welt. Den beiden Zahlen liegen unterschiedliche Erhebungen zugrunde. Die Krankenhausgeburten umfassen auch Geburten von Kindern, deren Mutter einen ausländischen Wohnsitz hat. Deren Anteil ist jedoch relativ gering, sodass mit keinen größeren Verzerrungen zu rechnen ist.

18) Siehe Anlage 4 der Krankenhausbuchführungsverordnung (KHBV).

19) Weil das Geschäftsjahr nicht unbedingt zum 31. Dezember des Berichtsjahres enden muss, kann es vorkommen, dass Berichts- und Geschäftsjahr in Einzelfällen nicht übereinstimmen.

20) Die (Brutto-)Gesamtkosten enthalten seit 2002 sowohl Kosten für stationäre als auch für nicht stationäre Leistungen des Krankenhauses. Von 1996 bis 2001 handelte es sich um (Netto-)Gesamtkosten, in denen Kosten für nicht stationäre Leistungen nicht enthalten waren. Dadurch sind keine Vergleiche mit diesen Jahren möglich.

Im folgenden Abschnitt werden zunächst die Gesamtkosten nach Kostenarten betrachtet. Anschließend wird die Entwicklung der Kosten und ausgewählter Kostenkennziffern in regionaler und zeitlicher Hinsicht dargestellt.

Anteil der Personalkosten bei fast zwei Dritteln

Im Jahr 2003 entstanden den Krankenhäusern in Deutschland Kosten in Höhe von 61,3 Mrd. Euro. Die Personalkosten hatten mit 40,4 Mrd. Euro einen Anteil von knapp zwei Dritteln. 20,7 Mrd. Euro wurden für Sachmittel aufgewendet. Die übrigen Kosten verteilten sich auf Steuern und Zinsen. Tabelle 6 gibt einen Überblick über Kostenvolumen und -struktur der Krankenhäuser.

Tabelle 6: Kosten der Krankenhäuser 2003 nach Kostenarten

Kostenart	Bruttogesamtkosten	Anteil an den Bruttogesamtkosten	Veränderung gegenüber 2002
	1 000 EUR	%	
Kosten der Krankenhäuser	61 335 325	100	+1,9
Personalkosten	40 360 776	65,8	+21
Ärztlicher Dienst	9 513 741	15,5	+3,9
Pflegedienst	14 446 778	23,6	+0,9
Medizinisch-technischer Dienst	5 338 001	8,7	+2,7
Funktionsdienst	3 854 272	6,3	+3,1
Klinisches Hauspersonal	5 93 661	1,0	-4,0
Wirtschafts- und Versorgungsdienst	2 075 705	3,4	-2,1
Technischer Dienst	861 923	1,4	+0,7
Verwaltungsdienst	2 592 763	4,2	+2,7
Sonderdienste	202 658	0,3	+2,9
Sonstiges Personal	311 028	0,5	-4,7
Nicht zurechenbare Personalkosten	570 247	0,9	+17,6
Sachkosten	20 720 403	33,8	+1,5
Lebensmittel	1 227 568	2,0	-1,0
Medizinischer Bedarf	9 986 506	16,3	+0,4
darunter:			
Arzneimittel	2 391 698	3,9	±0,0
Blut, Blutkonserven und -plasma	628 370	1,0	-4,1
Verband-, Heil-, Hilfsmittel	224 313	0,4	-1,8
Verbrauchsmaterial, Instrumente	1 137 024	1,9	-0,5
Narkose- und sonstiger OP-Bedarf	1 231 944	2,0	±0,0
Laborbedarf	899 692	1,5	-1,0
Wasser, Energie, Brennstoffe	1 342 321	2,2	+5,7
Wirtschaftsbedarf	2 131 106	3,5	+2,5
Verwaltungsbedarf	1 338 420	2,2	+1,1
Zentrale Verwaltungsdienste	378 624	0,6	+8,0
Zentrale Gemeinschaftsdienste	137 006	0,2	-2,2
Versicherungen und sonstige Abgaben	544 674	0,9	+10,0
Pflegesatzfähige Instandhaltung	2 587 981	4,2	+1,5
Wiederbeschaffte Gebrauchsgüter	65 736	0,1	-16,7
Sonstiges	980 462	1,6	+4,4
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	207 627	0,3	+6,3
Steuern	46 518	0,1	+2,0

Die Gesamtkosten der Krankenhäuser stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 1,9%. Mit 1,5% nahmen die Sachkosten weniger stark zu als die Personalkosten (+2,1%).

Neben den Kosten der Krankenhäuser werden auch die Kosten für die Ausbildungsstätten an Krankenhäusern erfasst. Im Jahr 2003 betragen diese zusätzlich 0,4 Mrd. Euro.

Durchschnittliche Kosten je Krankenhausfall betragen 3 218 Euro

Abzüglich der Kosten für nicht stationäre Leistungen (Ambulanz, Forschung und Lehre, wahlärztliche Leistungen usw.) betragen die bereinigten Kosten 55,7 Mrd. Euro. Damit lagen sie um 1,7% über denen von 2002 und um 28,6% über denen von 1993.

Setzt man die bereinigten Kosten zur Anzahl der Krankenhäuser in Beziehung, so hatte im Jahr 2003 jedes Krankenhaus im Durchschnitt Kosten in Höhe von 25,3 Mill. Euro.

Bezogen auf die vollstationären Behandlungsfälle betragen die Kosten im Jahr 2003 je Fall 3 218 Euro. Dies waren 80 Euro (+2,5%) mehr als im Vorjahr. Die durchschnittlichen Kosten je Krankenhausfall nahmen mit steigender Krankenhausgröße zu. In kleinen Kliniken (unter 50 Betten) lagen sie mit 2 664 Euro deutlich unter denen der großen Krankenhäuser mit 500 und mehr Betten (3 627 Euro).

Die Höhe der Kosten je Behandlungsfall variiert zwischen den Bundesländern. Wie bei der Bettendichte rangieren die Stadtstaaten auf den obersten Plätzen. Berliner Krankenhäuser hatten mit 4 011 Euro die höchsten Kosten je vollstationären Fall. Es folgten Hamburg (3 861 Euro) und Bremen (3 509 Euro). Die Krankenhäuser des Saarlands wiesen mit 3 472 Euro je Fall die höchsten Kosten aller Flächenländer auf. Am niedrigsten waren die Kosten je Behandlungsfall in Brandenburg (2 811 Euro) und Mecklenburg-Vorpommern (2 814 Euro).

Die Kostenentwicklung von 1993 bis 2003 ist in Schaubild 7 dargestellt. Das Wachstum der bereinigten Kosten

Schaubild 7



fiel in diesem Zeitraum mit +28,6% mehr als doppelt so hoch aus wie das der bereinigten Kosten je Krankenhausfall (+13,0%). Der Grund hierfür liegt darin, dass sich auch die Fallzahl im Betrachtungszeitraum deutlich erhöht hat (+13,9%). [Inf](#)

Dipl.-Volkswirtin, Dipl.-Kauffrau Evelin Michaelis

Schulden der öffentlichen Haushalte 2004

Im vorliegenden Bericht wird ein Überblick über die am 31. Dezember 2004 bestehenden öffentlichen Schulden – gegliedert nach den Haushaltsebenen Bund und Sondervermögen, Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände (Gv.) und Zweckverbände – gegeben. Auch Daten über die Schuldenaufnahme der öffentlichen Haushalte nach Laufzeiten und ihre Schuldentilgungen im Laufe des letzten Jahres werden erläutert. Daneben wird die wachsende Bedeutung der Kassenkredite dargestellt. Eine Übersicht über die Schulden je Einwohner ermöglicht einen Regionalvergleich nach Ländern.

Vorbemerkung

Mit der Einführung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion steht die Höhe der Schulden öffentlicher Haushalte im Mittelpunkt des Interesses. Das Maastricht-Kriterium des Stabilitäts- und Wachstumspaktes der Europäischen Union sieht vor, den Anteil der öffentlichen Schulden¹⁾ am Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen dauerhaft unter 60% zu halten. Ende 2004 wurde dieses Ziel mit 65,1% in Deutschland (2003: 63,1%) zum zweiten Mal hintereinander deutlich verfehlt.

Überblick

Der Schuldenstand der öffentlichen Haushalte erreichte am 31. Dezember 2004 mit 1 395,0 Mrd. Euro einen um 5,2% höheren Betrag als im Vorjahr. Von dieser Summe entfielen 860,2 Mrd. Euro auf den Bund und seine Sondervermögen

(Anteil: 61,7%), 442,9 Mrd. Euro auf die Länder (31,8%), 84,3 Mrd. Euro auf die Gemeinden/Gv. (6,0%) und 7,5 Mrd. Euro auf die kommunalen Zweckverbände (0,5%). Während die Schulden von Gemeinden/Gv. stagnierten (+0,2%) und sich bei den kommunalen Zweckverbänden nur geringfügig erhöhten (+1,4%), stiegen sie beim Bund und seinen Sondervermögen um 5,0% und bei den Ländern um 6,7%.



1) Die Berechnung dieses Schuldenstandes erfolgt nach den Regeln des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 1995. Die hier im Folgenden verwendete haushaltsmäßige Abgrenzung der Schuldenstatistik weicht davon geringfügig ab.

Tabelle 1: Stand der öffentlichen Schulden¹⁾

Schuldner	Stand am 31. Dezember					
	2002		2003		2004	
	Mill. EUR	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	Mill. EUR	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	Mill. EUR	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %
Bund einschließlich Sondervermögen .	778607	+2,9	819283	+5,2	860244	+5,0
Bund ²⁾	719397	+3,2	760453	+5,7	802994	+5,6
ERP-Sondervermögen ³⁾	19769	+1,7	19730	-0,2	18600	-5,7
Fonds „Deutsche Einheit“	39441	-0,5	39099	-0,9	38650	-1,2
Länder	384773	+7,6	414952	+7,8	442922	+6,7
Früheres Bundesgebiet (ohne Stadtstaaten)	250486	+6,6	269423	+7,6	286847	+6,5
Stadtstaaten ⁴⁾	72414	+11,6	78688	+8,7	85505	+8,7
Neue Länder	61873	+6,8	66841	+8,0	70569	+5,6
Gemeinden/ Gv.	82662	-0,0	84069	+1,7	84257	+0,2
Früheres Bundesgebiet	67155	+0,2	68726	+2,3	68981	+0,4
Neue Länder	15506	-0,8	15343	-1,1	15276	-0,4
Zweckverbände	7153	-0,1	7429	+3,9	7531	+1,4
Früheres Bundesgebiet	6541	+0,6	6913	+5,7	7012	+1,4
Neue Länder	612	-6,4	516	-15,7	519	+0,6
Insgesamt ...	1253195	+4,1	1325733	+5,8	1394954	+5,2

1) Kreditmarktschulden im weiteren Sinne (= Wertpapiersschulden, Schulden bei Banken, Sparkassen, Versicherungsunternehmen und sonstigen in- und ausländischen Stellen sowie Ausgleichsforderungen). – 2) Einschl. Lastenausgleichsfonds und einschl. der am 1. Juli 1999 mit übernommenen Schulden des Bundeseisenbahnvermögens, des Ausgleichsfonds „Steinkohle“ und des Erblastentilgungsfonds. – 3) Einschl. Entschädigungsfonds. – 4) Einschl. Berlin-Ost.

Neben den Schulden, die zur Schließung einer Einnahmelücke (Finanzierungsdefizit) der öffentlichen Haushalte dienen, nehmen die Gebietskörperschaften im Laufe eines Jahres auch Kassenkredite zur Überbrückung kurzfristiger Schwankungen zwischen den Einnahmen und Ausgaben ihrer Kassen auf. Diese Kassenkredite erreichten am 31. Dezember 2004 34,8 Mrd. Euro. Davon wurden 9,1 Mrd. Euro vom Bund, 5,7 Mrd. Euro von den Ländern und 19,9 Mrd. Euro von den Gemeinden/Gv. aufgenommen. Insgesamt lag der Betrag um 8,8% über dem entsprechenden Vorjahreswert.

Neben den Schulden der Kernhaushalte der Gebietskörperschaften werden summarisch auch diejenigen der selbstständigen öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen erfasst, an denen die öffentliche Hand zu mehr als 50% beteiligt ist. Diese betragen im Jahr 2003 389,7 Mrd. Euro. Im weiteren Verlauf der Untersuchung bleibt dieser Bereich unberücksichtigt.

Bund und Sondervermögen

Zum Jahresende 2004 waren der Bund und seine Sondervermögen in Höhe von 860,2 Mrd. Euro verschuldet. 803,0 Mrd. Euro (+5,6%) des Betrages waren dem Bund und 57,3 Mrd. Euro den Bundessondervermögen zuzurechnen (-2,7%).

Mit einem Anteil von 94,0% überwogen die in Wertpapieren verbrieften Schulden. Über direkte Darlehen bei Banken, Sparkassen und sonstigen Institutionen hat sich der Bund 5,3% aller Mittel beschafft, während die vornehmlich aus Vorkriegsschulden und Kosten der Währungsumstellung in den neuen Ländern zusammengesetzten Ausgleichsforderungen nur noch knapp 1% aller Schulden ausmachten.

Im Verlauf des Jahres 2004 nahmen Bund und Sondervermögen 235,1 Mrd. Euro neu am Kreditmarkt auf; bei einer gleichzeitigen Tilgungsleistung von 186,5 Mrd. Euro errechnet sich daraus eine Nettoschuldenaufnahme von 48,6 Mrd. Euro. Von den neuen Schuldverträgen wurden rund 32% mit einer kurzfristigen Laufzeit (bis zu einem Jahr einschließlich) abgeschlossen, 25% mit einer mittelfristigen (zwischen einem und fünf Jahren) und 43% mit einer langfristigen Laufzeit (fünf Jahre und mehr).

Länder

Am 31. Dezember 2004 betrug der Schuldenstand der Länder 442,9 Mrd. Euro, im Vergleich zum Vorjahr eine Zunahme um 6,7%. Die Zuwächse der neuen Länder waren mit 5,6% etwas niedriger als die in den Flächenländern des früheren Bundesgebietes (+6,5%). Die Entwicklung des Schuldenstandes der Stadtstaaten (+8,7%) war besonders durch Berlin (+10,6%) geprägt. Die Schuldenzunahme der beiden Hansestädte Hamburg und Bremen lag unter dem Durchschnitt der westlichen Flächenländer.

Der Schuldenbestand setzte sich bei den Ländern am Jahresende 2004 zu 40,8% aus Wertpapiersschulden und zu 59,2% aus direkten Darlehen zusammen. In jüngster Zeit begeben die Länder verstärkt Wertpapiere, um sich die benötigten Mittel zu beschaffen. Im abgelaufenen Jahr waren rund die Hälfte der neu aufgenommenen Schulden durch Wertpapiere verbrieft.

Insgesamt wurden im Jahr 2004 80,8 Mrd. Euro Schulden von den Ländern neu aufgenommen, gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme um 3,5%. Da im gleichen Zeitraum Tilgungen von 53,9 Mrd. Euro (+10,9%) geleistet wurden, errechnet sich per saldo eine Nettoverschuldung von 26,9 Mrd. Euro, 2,6 Mrd. Euro weniger als 2003.

Tabelle 2: Schuldenaufnahme und Schuldentilgung 2004¹⁾
Mill. EUR

Schuldner	Schuldenaufnahme		Schuldentilgung	
	zu- sammen	dar.: Wertpapier- schulden	zu- sammen	dar.: Wertpapier- schulden
Bund einschließlich Sondervermögen	235 108	227 922	186 549	175 410
Bund	234 884	227 698	184 610	174 634
ERP-Sondervermögen ..	-	-	1 061	-
Fonds „Deutsche Einheit“	224	224	674	572
Entschädigungsfonds ..	-	-	204	204
Länder	80 808	42 652	53 881	18 674
Früheres Bundesgebiet (ohne Stadtstaaten) ..	51 084	25 292	34 096	10 419
Stadtstaaten ²⁾	17 135	10 688	10 883	4 391
Neue Länder	12 588	6 672	8 902	3 864
Gemeinden/Gv.	9 435	-	8 675	1 28
Früheres Bundesgebiet	8 019	-	7 157	1 28
Neue Länder	1 416	-	1 518	-
Zweckverbände	939	-	782	-
Früheres Bundesgebiet	875	-	728	-
Neue Länder	63	-	54	-
Insgesamt ...	326 289	270 574	249 886	194 212

1) Kreditmarktschulden im weiteren Sinne (= Wertpapiersschulden, Schulden bei Banken, Sparkassen, Versicherungsunternehmen und sonstigen in- und ausländischen Stellen sowie Ausgleichsforderungen). – 2) Einschl. Berlin-Ost.

Rund 7% der neu aufgenommenen Schulden der Länder waren 2004 in kurzfristigen, 18% in mittelfristigen und 75% in langfristigen Verträgen kontrahiert.

Gemeinden/Gv.

Der Schuldenstand der Gemeinden/Gv. lag am 31. Dezember 2004 bei 84,3 Mrd. Euro (+0,2%). Weit überwiegend wurden die Mittel von den Gemeinden/Gv. in Form von direkten Darlehen aufgenommen, nur weniger als 1% waren als Wertpapiersschulden verbrieft.

Im Jahr 2004 nahmen die Gemeinden/Gv. mit 9,4 Mrd. Euro 16,8% weniger Schulden neu auf als im Vorjahr. Da sich die Tilgungen um 6,8% auf 8,7 Mrd. Euro reduzierten, errechnet sich per saldo eine Nettoschuldenaufnahme von 0,8 Mrd. Euro, 1,3 Mrd. Euro weniger als im Jahr zuvor. Von den 2004 neu aufgenommenen Schulden hatten je rund 13% eine kurzfristige, 6% eine mittlere und 81% eine langfristige Laufzeit.

In sieben Bundesländern konnten die Gemeinden/Gv. ihre Schulden zurückführen.

Zweckverbände

7,5 Mrd. Euro betrug der Schuldenstand der kommunalen Zweckverbände am 31. Dezember 2004. In den neuen Ländern stagnierten die Zweckverbandsschulden bei 0,5 Mrd. Euro, während sie sich in den alten Ländern leicht um 0,1 Mrd. Euro auf 7,0 Mrd. Euro erhöhten. Eine spürbare Bedeutung (von über 2% des Schuldenstandes der auf Landesebene anfallenden Schulden) haben die Zweckverbände

Tabelle 3: Stand der Kreditmarktschulden von Ländern, Gemeinden/Gv. und Zweckverbänden 2004¹⁾

Land	Kreditmarktschulden	
	Mill. EUR	EUR je Einwohner ²⁾
Flächenländer zusammen ...	449 205	5 856
Baden-Württemberg	44 515	4 158
Bayern	37 428	3 012
Brandenburg	18 214	7 091
Hessen	37 093	6 093
Mecklenburg-Vorpommern	12 339	7 149
Niedersachsen	54 666	6 832
Nordrhein-Westfalen	130 886	7 244
Rheinland-Pfalz	27 974	6 894
Saarland	8 263	7 804
Sachsen	17 412	4 043
Sachsen-Anhalt	21 396	8 522
Schleswig-Holstein	22 017	7 792
Thüringen	17 003	7 190
Stadtstaaten zusammen	85 505	14 777
Berlin	53 876	15 907
Bremen	11 270	17 013
Hamburg	20 359	11 721
Insgesamt ...	534 710	6 565
Früheres Bundesgebiet ³⁾ ..	448 346	6 496 ⁴⁾
Neue Länder	86 364	6 408

1) Kreditmarktschulden im weiteren Sinne (= Wertpapiersschulden, Schulden bei Banken, Sparkassen, Versicherungsunternehmen und sonstigen in- und ausländischen Stellen sowie Ausgleichsforderungen). – 2) Stand der Einwohnerzahlen: 30. Juni 2004. – 3) Einschl. Berlin-Ost. – 4) Die Schulden pro Einwohner sind, wegen unterschiedlicher Bezugsgrößen, nicht beliebig addierbar, da die Stadtstaaten in der Finanzstatistik nur dem Länderbereich zugeordnet werden.

nur noch in den Ländern Bayern, Nordrhein-Westfalen und Sachsen.

Schulden je Einwohner

Die Maßzahl Schulden je Einwohner ermöglicht einen regionalen Vergleich. Die Schulden pro Einwohner von Ländern, Gemeinden/Gv. und Zweckverbänden wurden dabei zusammengefasst, um die zwischen den Ländern bestehende unterschiedliche Aufgabenverteilung zwischen diesen Haushaltsebenen zu neutralisieren. Die Schulden, die durch den Bund und seine Sondervermögen in Höhe von 10 400 Euro auf jeden Einwohner entfallen, bleiben beim Vergleich unberücksichtigt, da diese sich regional nicht zuordnen lassen.

Zum Jahresende 2004 ergaben sich mit rechnerisch 6 600 Euro Schulden je Bundesbürger um 400 Euro höhere Schulden als zum Ende 2003. Von dem Gesamtschuldenbetrag entfielen rund 5 400 Euro auf die Länderhaushalte, 1 100 Euro auf die Haushalte der Gemeinden/Gv. und 100 Euro auf die der Zweckverbände. Unter den westdeutschen Flächenländern wiesen Bayern mit 3 000 Euro die niedrigste und das Saarland mit 7 800 Euro die höchste Pro-Kopf-Verschuldung auf. Bei den neuen Ländern ergibt sich für Sachsen mit 4 000 Euro die niedrigste und für Sachsen-Anhalt mit 8 500 Euro die höchste Pro-Kopf-Verschuldung. Je Einwohner der Stadtstaaten errechneten sich durchschnittlich 14 800 Euro Schulden. Hier lagen die Pro-Kopf-Werte zwischen 11 700 Euro in Hamburg und 17 000 Euro in Bremen. Die größte Zunahme dieser Maßzahl bei den Bundesländern gegenüber dem Vorjahr gab es in Berlin (+1 500 Euro) und Bremen (+1 000 Euro).

Kassenkredite

Am 31. Dezember 2004 wurden von Bund, Ländern, Gemeinden/Gv. und Zweckverbänden neben den Kreditmarktschulden zur Finanzierung ihrer Haushalte noch 34,8 Mrd. Euro Kassenkredite nachgewiesen. Deutlich höher als im Jahr 2003 lagen die Kassenkredite vor allem bei den Gemeinden/Gv. (+ 4,0 Mrd. Euro).

Tabelle 4: Kassenkredite der öffentlichen Haushalte 2004
 Mill. EUR

Schuldner	Kassenkredite
Bund ¹⁾	9088
Länder	5700
Früheres Bundesgebiet (ohne Stadtstaaten)	2567
Stadtstaaten ²⁾	1727
Neue Länder	1405
Gemeinden/Gv.	19936
Früheres Bundesgebiet	18413
Neue Länder	1523
Zweckverbände	72
Früheres Bundesgebiet	66
Neue Länder	5
Insgesamt ...	34795

1) Einschl. Sondervermögen, – 2) Einschl. Berlin-Ost.

Über alle Ebenen hinweg betragen die Kassenkredite gemessen an den Kreditmarktschulden 2,5%. Beim Bund waren es nur 1,1%, bei den Ländern 1,3%. Eine besonders wichtige Funktion zur Beseitigung kurzfristiger Einnahmengenpässe haben die Kassenkredite bei den Gemeinden/Gv. mit einem Anteil von 23,7%, gegenüber 2003 waren das 5 Prozentpunkte mehr. [U](#)

Dr. Sabine Bechtold, Dr. Stefan Linz

Schritte zur Verbesserung der Glaubwürdigkeit des Verbraucherpreisindex

Um die Glaubwürdigkeit der Verbraucherpreisstatistik zu fördern, hat das Statistische Bundesamt im letzten Jahr verschiedene Instrumente entwickelt, mit denen die Funktionsweise der Preisstatistik auf allgemein verständliche Weise erklärt werden soll. Im Folgenden werden einige Aspekte dieser Kommunikationsstrategie dargestellt. Der Aufsatz gibt die Inhalte eines Vortrags auf der Konferenz „Messung der Teuerung“ wieder, die im Juni 2005 in Dresden stattgefunden hat.

1 Hintergrund

Die Europäische Kommission führt in der Europäischen Union monatlich Konsumentenbefragungen durch, bei denen es u. a. auch um die Preise geht. Die Konsumenten werden gefragt, wie sich die Verbraucherpreise nach ihrer Ansicht in den letzten zwölf Monaten entwickelt haben. Aus diesen Antworten wird ein qualitativer Indikator der „gefühlten Inflation“ berechnet¹⁾, dessen Entwicklung mit der durch die amtliche Statistik ermittelten tatsächlichen Preisentwicklung verglichen werden kann (siehe Schaubild 1 auf S. 854).

Man sieht, dass im abgebildeten Zeitraum der Indikator der gefühlten Inflation bis Ende des Jahres 2001 in etwa parallel zur gemessenen Inflation verlief. Anfang 2002, mit der Einführung des Euro-Bargeldes, koppelte sich die gefühlte Inflation aber deutlich von der gemessenen Teuerung ab. Während die tatsächlichen Preissteigerungsraten weiter sanken,

schnellte die gefühlte Inflation nach oben. Ein Jahr lang blieb die von den Konsumenten empfundene Preissteigerung in einem ungewöhnlich großen Abstand oberhalb der gemessenen Teuerung, bis sie dann im Lauf des Jahres 2003 wieder zurückging. Sehr ähnliche Entwicklungen gab es auch in den anderen Ländern der Eurozone, während in den EU-Staaten, die das Euro-Bargeld nicht eingeführt haben, kein derartiger Effekt zu beobachten war.

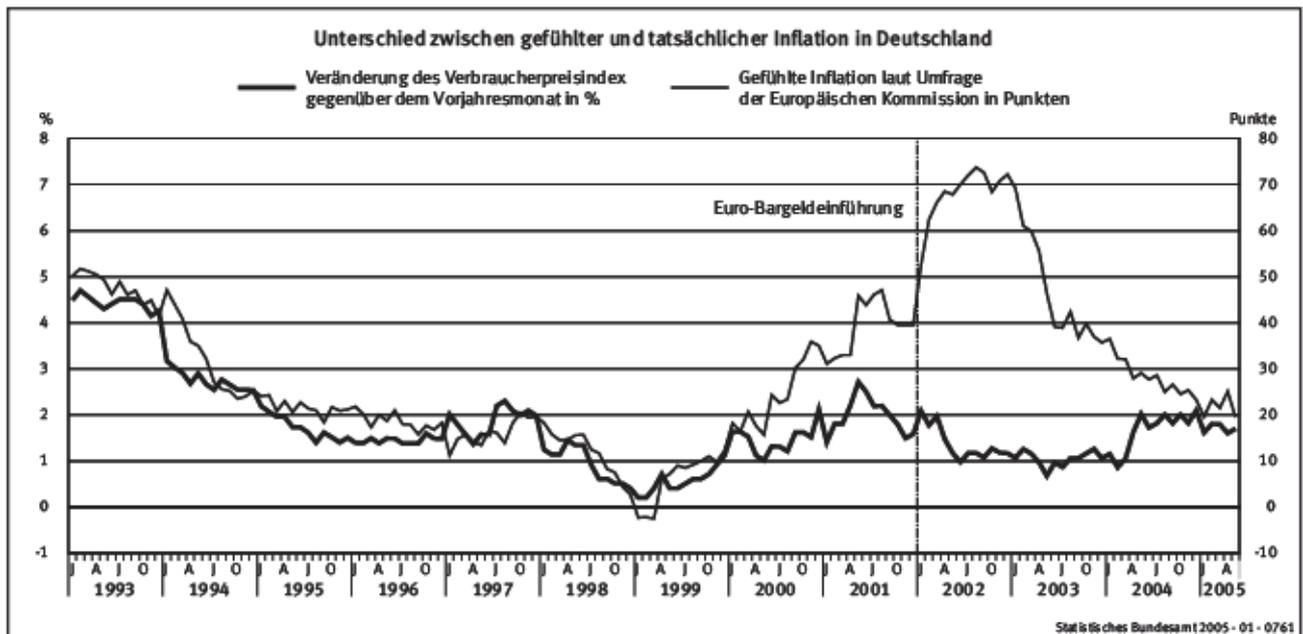
Obwohl die deutschen Verbraucher die Preissteigerungen mittlerweile nicht mehr so hoch einschätzen wie kurz nach der Euro-Bargeldeinführung und sich die gefühlte Inflation wieder an die in der Preisstatistik gemessenen Teuerungsraten angenähert hat, ist die Vermittlung der amtlichen Ergebnisse zur Preisstatistik in den letzten Jahren nicht einfacher geworden. Eine hohe Skepsis gegenüber dem Euro ist geblieben. So zeigte eine Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach im Dezember 2004, dass 59% der Bevölkerung lieber wieder in D-Mark bezahlen würden.²⁾

Hinzu kommt, dass das allgemeine Preisniveau in Deutschland in den letzten Jahren nur noch wenig gestiegen ist und die von der amtlichen Statistik gemessenen Preissteigerungsraten immer niedriger ausfallen. Zwar ist im Jahr 2004 das Preisniveau um 1,6% gestiegen, dieser Preisauftrieb war aber zu einem großen Teil durch staatliche Maßnahmen verursacht, nämlich durch die Gesundheitsreform und durch Tabaksteuererhöhungen. Rechnet man die Wirkungen dieser speziellen Maßnahmen aus der Teuerungsraten für 2004 heraus, dann verbleibt ein Preisanstieg von

1) Das Berechnungsschema ist im Anhang auf S. 858 dargestellt.

2) Institut für Demoskopie Allensbach: „Drei Jahre nach Einführung des Euro“, Allensbacher Berichte Nr. 1/2005.

Schaubild 1



lediglich 0,6%. Diese niedrige Teuerungsrate lässt sich auch drei Jahre nach Einführung des Euro-Bargeldes kaum mit der Wahrnehmung der Konsumenten beim täglichen Einkauf in Einklang bringen.

2 Was sollte kommuniziert werden?

2.1 Inhalt der Kommunikationsstrategie

Die Einführung des Euro-Bargeldes spielt zweifellos eine zentrale Rolle für den zeitweise starken Unterschied zwischen gefühlter und tatsächlicher Inflationsrate. Trotzdem steht für die amtliche Preisstatistik die Akzeptanz des Euro durch die Bevölkerung nicht im Vordergrund ihrer Informationsbemühungen. Während die Notenbanken für die Einführung des Euro und damit auch für die Vermittlung seiner Bedeutung in der Bevölkerung zuständig sind, besteht die Rolle der amtlichen Preisstatistik darin, die Auswirkungen der Euro-Bargeldeinführung auf die Preisentwicklung zu beobachten. Die Statistik nimmt hier den Standpunkt eines neutralen und unabhängigen Beobachters ein.

Dennoch wird durch die weit verbreitete Euro-Skepsis auch die Glaubwürdigkeit der amtlichen Preisstatistik in Mitleidenschaft gezogen. Einerseits hält ein großer Teil der Bevölkerung den Euro für einen „Teuro“, andererseits zeigen die Ergebnisse der Preisstatistik beim allgemeinen Preisniveau keinen Aufwärtstrend nach der Euro-Bargeldeinführung. Es ist daher ein Anliegen der amtlichen Preisstatistik, die Ergebnisse der Preisstatistik besser zu kommunizieren. Dabei steht die folgende Frage im Vordergrund:

Wie kommt es, dass die Statistik niedrige Inflationsraten misst, während die Bevölkerung von heftigen Preissteigerungen redet?

Diese Frage lässt sich durchaus beantworten, wenn man die „innere Mechanik“ der Preisstatistik etwas näher betrachtet. Um einen solchen Blick auf die Funktionsweise der Preisstatistik zu ermöglichen, sollen möglichst einfache Zusammenhänge vermittelt werden, die ohne statistisches Fachwissen zu verstehen sind.

Im Wesentlichen geht es darum zu erklären, dass der Verbraucherpreisindex ein Mittelwert ist, der sich aus einer Vielzahl von Einzelbeobachtungen zusammensetzt. Er bezieht sich auf unterschiedliche Geschäftstypen, Produkte von verschiedenen Herstellern, verschiedene Gemeinden, Güterarten und Verbrauchsgewohnheiten. Sehr starke Preissteigerungen zum Beispiel in einem einzelnen Geschäft oder bei einem bestimmten Dienstleistungsbetrieb werden durch niedrigere Preisaufschläge oder sinkende Preise in anderen Verkaufsstellen ausgeglichen. So kommt es, dass heftige Preissteigerungen, welche die Konsumenten an verschiedenen Stellen immer wieder erlebt haben, sich im gesamten Verbraucherpreisindex kaum widerspiegeln.

Um diesen Zusammenhang zu vermitteln, sollte im ersten Schritt die subjektive Wahrnehmung der Konsumenten bewusst aufgenommen und durch Einzelbeispiele bestätigt werden. Dies erschien wichtig, um überhaupt erst ein gewisses Interesse für die Statistik zu erzeugen. Im zweiten Schritt wurde versucht, die Berechnungsmethode der Preisstatistik in Grundzügen zu erklären und so den Widerspruch zur individuell wahrgenommenen Preisentwicklung zumindest teilweise aufzuklären. Im Folgenden wird hierzu ein Beispiel dargestellt.

2.2 Beispiel Einzelpreisentwicklungen

Der statistische Effekt der Mittelwertbildung lässt sich am Beispiel der Preisentwicklung im Gastgewerbe gut darstellen. Ähnlich wie bei anderen Dienstleistern zeigten sich bei

Schaubild 2



den Restaurantpreisen zum Zeitpunkt der Euro-Bargeldeinführung deutliche Preiserhöhungen (siehe Schaubild 2). Im Januar 2002 hat das Essen in Restaurants im Durchschnitt 2,3% mehr gekostet als im Dezember 2001. Die Getränke in Gaststätten hatten sich um 2,0% gegenüber dem Vormonat verteuert. Für einen Monat ist das sehr viel, denn in den Jahren zuvor und danach waren die Preisänderungen gegenüber dem Vormonat etwa zwanzigmal niedriger. In Schaubild 2 sind die Preisänderungen gegenüber dem Vormonat dargestellt.

In Schaubild 3 ist der gleiche Sachverhalt dargestellt, wobei hier die Indexwerte angegeben sind. Man sieht hier deutlicher, wie sich das Preisniveau bei den Gaststättenpreisen

Schaubild 3



im Zuge der Euro-Bargeldeinführung nach oben verschoben hat.

Nimmt man das halbe Jahr vor und nach der Bargeldumstellung, so sind zum Beispiel die Preise für Mineralwasser in Gaststätten um 4,5% gestiegen. 4,5% in den zwölf Monaten um die Euro-Umstellung – das ist aber immer noch deutlich weniger als von vielen Menschen wahrgenommen. Zahlreiche Konsumenten berichten von weit stärkeren Preiserhöhungen, die sie in den von ihnen besuchten Restaurants und Gaststätten beobachtet haben.

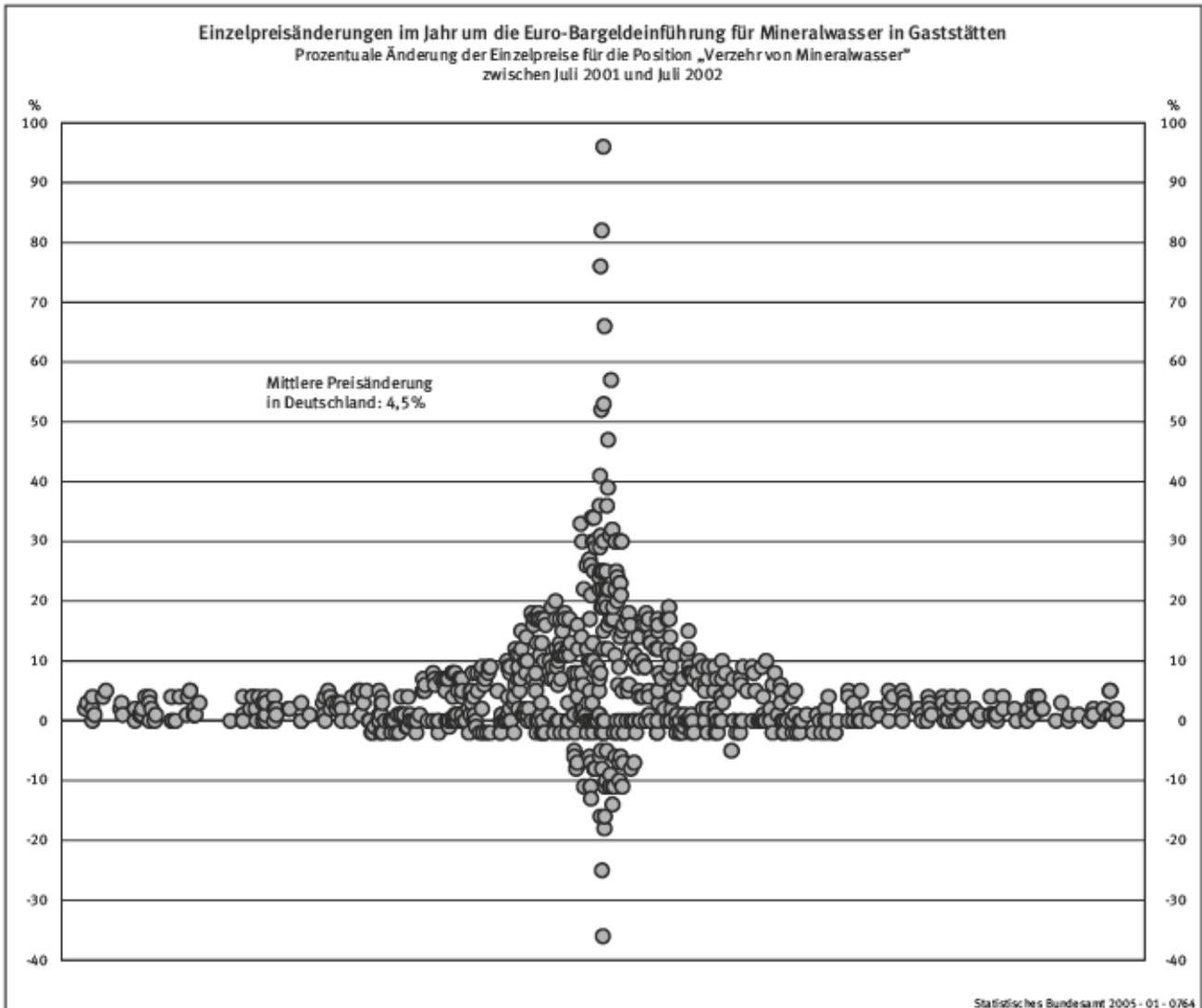
Im nächsten Schritt wurde daher erklärt, wie sich der statistische Mittelwert von 4,5% aus vielen einzelnen Preisänderungen zusammensetzt. In Schaubild 4 auf S. 856 ist für jeden einzelnen Gastronomiebetrieb der Stichprobe der Verbraucherpreisstatistik angegeben, wie sich der Preis für Mineralwasser in den sechs Monaten vor und nach der Bargeldumstellung geändert hat. Jeder Punkt steht für eine der insgesamt 761 Gaststätten in der Stichprobe der Verbraucherpreisstatistik. Angegeben ist die Preiserhöhung zwischen Juli 2001 und Juli 2002.

In diesem Bild spiegelt sich die große Bandbreite der Preisänderungen wider. Je breiter die Punktwolke ist, desto mehr Fälle gab es in diesen Bereichen der Preiserhöhung. Auch Preiserhöhungen von knapp 100% gab es, sie blieben aber die seltene Ausnahme. Aufschläge von bis zu 40% kamen öfter vor und Erhöhungen um die 20% waren in der Gastronomie schon fast „normal“. Auch Preissenkungen hat es in diesem Zeitraum nicht selten gegeben. Die große Mehrheit der Preisänderungen zeigt sich aber dort, wo die Punktwolke am breitesten ist, nämlich zwischen 0 und etwa 5%.

Hier wird die begrenzte Aussagekraft eines statistischen Mittelwertes sehr deutlich. Der Durchschnittswert verrät nichts über die einzelnen Preisänderungen, von denen die Menschen betroffen sind. Für den einzelnen Restaurantbesucher ist ein Mittelwert gar nicht relevant. Wenn dessen Lieblingsitaliener in München teurer geworden ist, so ist das ärgerlich. Ob dafür in Hamburg ein Fast-Food-Restaurant billiger wird, interessiert dann wenig. Die Wahrnehmung der Konsumenten ist individuell, sie lässt sich mit einem einfachen statistischen Mittelwert nicht abbilden.

Daraus folgt als Fazit, dass die „wahrgenommene Teuerung“ für viele Menschen höher liegen dürfte als die von der amtlichen Statistik berechnete Inflationsrate. Der Hauptgrund ist wohl darin zu sehen, dass die amtliche Statistik mit der Berechnung der Inflationsrate ein Konzept verfolgt, das auf die Berechnung eines allgemeinen Durchschnittswertes abzielt. Stärkere Preiserhöhungen an einer Stelle werden dabei durch moderate Preisentwicklungen an anderer Stelle ausgeglichen. Dieser Durchschnittswert ist eine theoretische Größe, die nicht dem entsprechen kann, was einzelne Konsumenten subjektiv wahrnehmen. Deren Verbrauchsgewohnheiten entsprechen nicht denen eines statistischen Durchschnittshaushalts, ihre Preisbeobachtungen können nicht repräsentativ sein und es ist weder zu erwarten, dass Preissteigerungen an einer Stelle mit Preissenkungen an anderer Stelle verrechnet noch dass die Gewichte einzelner Ausgabepositionen dabei adäquat berücksichtigt werden.

Schaubild 4



Da individuelle Beobachtungen kein allgemein gültiges Bild der Situation einer Gesellschaft geben können, ist es Aufgabe der amtlichen Statistik, u. a. die Inflationsrate zu messen. Dieser Indikator bezieht sich eben nicht auf Einzelfälle, sondern auf einen objektiv ermittelten Durchschnittswert. Bei der Berechnung werden die absatzstärksten Produktvarianten, die am häufigsten besuchten Geschäfte, repräsentativ ausgewählte Städte und die Verbrauchsausgaben eines Durchschnittshaushalts berücksichtigt. Dieses Konzept hat sich für viele Zwecke bewährt. Da es bei der Inflationsrate immer um Mittelwerte geht, eignet sie sich zum Beispiel als Basis für Lohnverhandlungen oder als Indikator für die Geldwertstabilität, an dem sich die Europäische Zentralbank orientieren kann.

3 Instrumente

Die oben angesprochenen Zusammenhänge der Preisstatistik wurden mit vier unterschiedlichen Instrumenten kommuniziert, die hier kurz dargestellt sind:

- Informationsbroschüre „Im Blickpunkt – Preise in Deutschland“
- Indexrechner
- Arbeitsblatt für Schülerinnen und Schüler sowie für Studierende
- Themenkästen der Preisstatistik

3.1 Informationsbroschüre

Der Blickpunktband „Preise in Deutschland“ ist für ein möglichst breites Publikum geschrieben. Er vermittelt einen umfassenden Überblick über die Preisentwicklung der letzten Jahre in Deutschland und erläutert die Wirkung wichtiger Ereignisse, wie zum Beispiel der Gesundheitsreform, auf den Geldwert. Gleichzeitig vermittelt der Band viele Hintergründe zum Verstehen und Interpretieren der Daten und geht auf den Widerspruch zwischen gefühlter und tatsächlicher Teuerung ein. Er enthält folgende Kapitel:

- Entwicklung der Verbraucherpreise in Deutschland,
- Datenerhebung und Indexberechnung,
- Ursachen der Teuerung,
- Internationaler Vergleich des Preisniveaus und
- Zukunftsprojekte der Preisstatistik.

3.2 Indexrechner

Die Inflationsrate hängt nicht nur davon ab, wie sich die Preise verändern. Entscheidend ist auch, mit welchem Gewicht die Preisentwicklung der einzelnen Güterarten in den Gesamtindex eingeht. Die vom Statistischen Bundesamt verwendeten Gewichte gelten für den durchschnittlichen Konsumenten. Es handelt sich also um Gewichte, die repräsentativ für einen durchschnittlichen deutschen Haushalt sind.

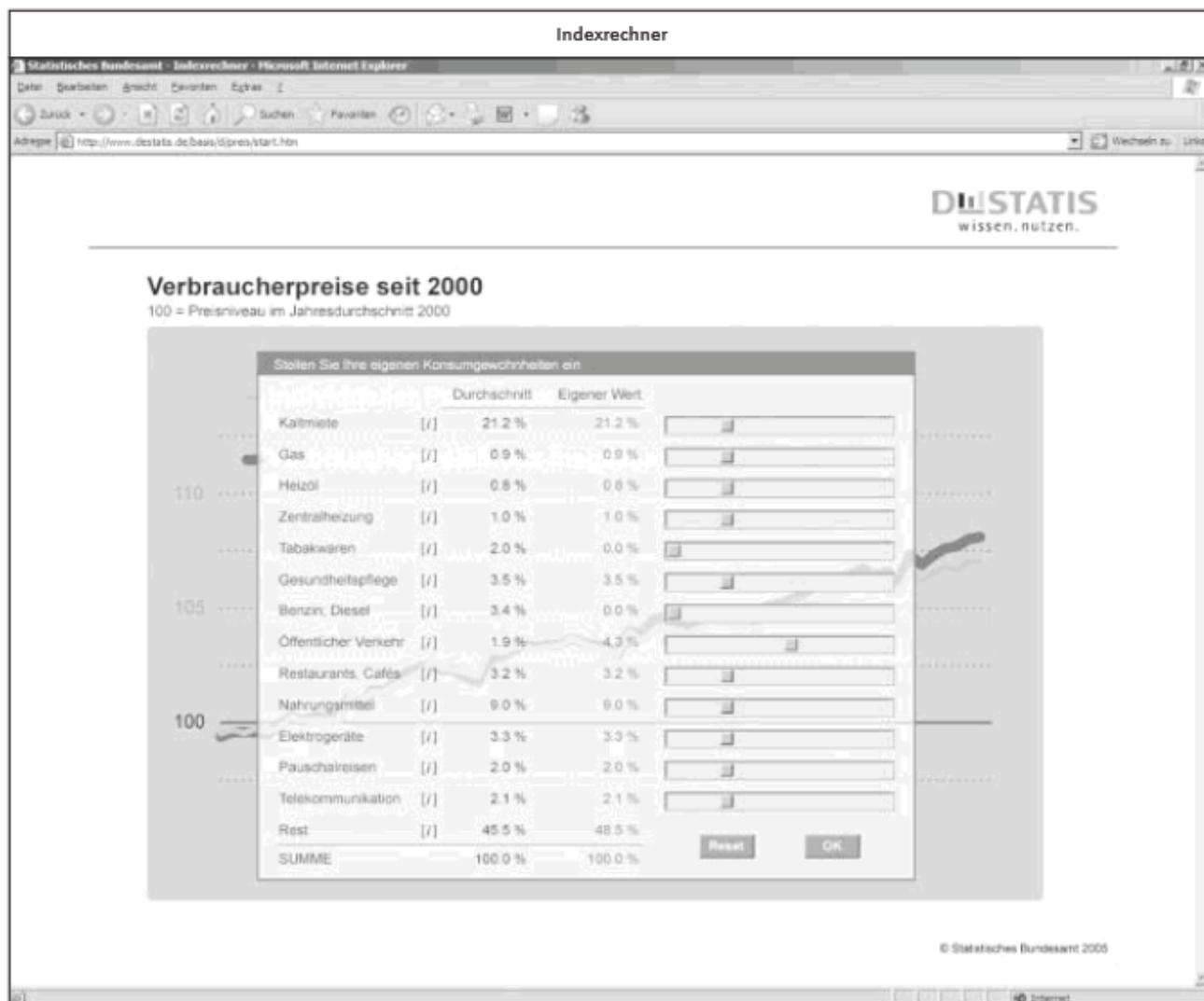
Diesen gibt es allerdings nur in der Theorie. Wer zum Beispiel kein Auto hat, wird auch kein Geld für Benzin ausge-

ben – Kraftstoffe gehören aber zum Warenkorb der Preisstatistik. Ebenso sind Tabakwaren immer enthalten, auch wenn es viele Nichtraucherhaushalte gibt. Wie stark ein einzelner Haushalt von der Inflation betroffen ist, hängt also sehr davon ab, welche Güter er kauft.

Um zu veranschaulichen, wie stark eine persönliche Inflationsrate von den statistischen Durchschnittswerten abweichen kann und um den Einfluss der Gewichtung auf einfache Weise zu veranschaulichen, wurde der so genannte Indexrechner entwickelt und als interaktive Anwendung im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes zur Verfügung gestellt. Es handelt sich um einen „experimentellen Verbraucherpreisindex“, bei dem man beispielhaft einige Gewichte des Warenkorbes verändern kann. In einer Grafik sieht man dann, wie sich eine Änderung des Warenkorbgewichtes auf die gemessene Preisentwicklung auswirkt. Der Indexrechner ist unter der Adresse <http://www.destatis.de/indexrechner> zu finden.

Mit dem Indexrechner wird anhand von Beispielen die Funktionsweise der Gewichtung in der Preisstatistik veran-

Schaubild 5



schaulich. Man kann allerdings mit dem Indexrechner nicht berechnen, wie hoch eine Teuerungsrate wäre, bei der alle persönlichen Verbrauchsausgaben eines einzelnen Konsumenten berücksichtigt sind. Eine solche Berechnung wäre sehr aufwändig und für eine einfache Internetanwendung viel zu kompliziert. Der Indexrechner dient vielmehr dazu, anhand einiger Beispiele das Funktionieren der Preisstatistik besser zu erklären.

3.3 Arbeitsblatt für Schülerinnen und Schüler sowie für Studierende

Das Arbeitsblatt für Schülerinnen und Schüler sowie für Studierende wurde in Zusammenarbeit mit dem Metzler-Verlag erstellt. Der Metzler-Verlag gibt vierteljährlich eine Arbeitsblattsammlung zu verschiedenen aktuellen gesellschaftspolitischen Themen heraus, die Auflage liegt bei etwa 2 000 Exemplaren. Die Arbeitsblätter enthalten auf der Vorderseite Informationen und Fragen zu einem bestimmten Gebiet, die kopiert als Unterrichtsmaterialien verteilt werden können. Auf der Rückseite sind für die Lehrenden Lösungsvorschläge und weitere Hintergrundmaterialien dargestellt. Im Arbeitsblatt zur Preisstatistik werden der Warenkorb des Verbraucherpreisindex und der Einfluss der Gewichtung auf die Ergebnisse zur Preisentwicklung thematisiert.

3.4 Themenkästen der Preisstatistik

In den Themenkästen der Preisstatistik werden jeden Monat interessante Ergebnisse und Hintergrundinformationen in zusammengefasster Form dargestellt. Sie werden in der monatlich erscheinenden Zeitschrift des Statistischen Bundesamtes „Wirtschaft und Statistik“ sowie parallel dazu im Internet unter <http://www.destatis.de> → Preise → aktuelle Themen veröffentlicht. Die Themenkästen haben häufig einen aktuellen Bezug, zum Beispiel im letzten Jahr zur Gesundheitsreform oder zur Entwicklung der Gaspreise. Das Ziel besteht darin, durch die Einbettung der Ergebnisse der Preisstatistik in einen übergeordneten Zusammenhang die Zahlen interessanter zu machen, dadurch Interesse beim Leser zu wecken und „nebenbei“ die Funktionsweise der Preisstatistik in einzelnen Bereichen zu erklären. Zusätzlich wird die Glaubwürdigkeit der Ergebnisse unterstützt, wenn deutlich wird, dass sich reale Begebenheiten direkt in den Zahlen der Preisstatistik widerspiegeln.

4 Ergebnisse

Die dargestellten Instrumente wurden am 22. Februar 2005 in einem Pressegespräch der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Presse hat dies in zahlreichen Zeitungsartikeln sowie Rundfunk- und Fernsehbeiträgen sehr positiv aufgenommen – zum Beispiel unter den Überschriften:

„Bundesamt schafft mehr Preistransparenz“
Handelsblatt Nr. 038 vom 23.02.2005

„Jetzt gibt es Fakten und nicht nur ein Gefühl“
Südwest Presse, 23.02.2005

„Das Rätsel der gefühlten Inflation“
Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 24.02.2005

Auch zeigen die Internetzugriffe, dass der Indexrechner und die Themenkästen der Preisstatistik häufig genutzt werden. Zahlreiche E-Mails von Nutzern weisen darauf hin, dass diese Instrumente positiv aufgenommen werden. Insgesamt kann die Kommunikationsstrategie also als Erfolg verbucht werden. Dennoch dürften diese Aktionen bei weitem nicht ausreichen, um in der breiten Öffentlichkeit das Bild der Preisstatistik nachhaltig zu verändern. Hierfür wäre es notwendig, noch häufiger und intensiver auf die Menschen zuzugehen, um die Funktionsweise der Statistik zu erklären.

5 Anhang: Berechnung der „gefühlten Inflation“

Die Europäische Kommission führt in den 25 Mitgliedstaaten der Europäischen Union monatliche Konsumentenbefragungen zur wirtschaftlichen Situation durch. Dabei werden knapp 33 000 Konsumenten befragt, darunter 20 800 in den Staaten, die der Eurozone angehören. Die Fragen behandeln die Einschätzung der persönlichen und allgemeinen wirtschaftlichen Lage. Dabei wird mit folgender Frage auch die Entwicklung der Verbraucherpreise thematisiert:

„Wie haben sich die Verbraucherpreise Ihrer Ansicht nach in den letzten zwölf Monaten entwickelt?“

Folgende Antwortmöglichkeiten stehen den Befragten zur Auswahl:

- heftig gestiegen (PP)
- mäßig gestiegen (P)
- leicht gestiegen (E)
- ungefähr gleich geblieben (M)
- gefallen (MM)
- weiß nicht (N)

Aus der prozentualen Verteilung der Antworten wird ein Punktestand berechnet, der die gefühlte Inflation darstellen soll. Einschätzungen gleich gebliebener oder gefallener Preise werden dabei von Einschätzungen gestiegener Preise abgezogen. Der Punktestand wird aus

$$\text{Punktestand} = (\text{PP} + 0,5 \times \text{P}) - (0,5 \times \text{M} + \text{MM})$$

berechnet. Die Verteilung der gewählten Antwortmöglichkeiten wird also als ein zusammengefasster Saldo dargestellt, der die Differenz zwischen positiven (Preise sind gestiegen) und negativen (Preise sind gefallen bzw. gleich geblieben) Einschätzungen bezüglich der Preisentwicklung angibt. Je höher der berechnete Punktestand ist, desto stärker ist die gefühlte Inflation. Der maximale Saldo von + 100 wird erreicht, wenn alle Befragten Antwortmöglichkeit 1 („Verbraucherpreise sind heftig gestiegen“) wählen; ein Wert von – 100 ergibt sich, wenn alle Befragten Antwort 5 („Verbraucherpreise sind gefallen“) wählen.

Informationen zu den Befragungen finden sich im Internet unter dem Link:

http://europa.eu.int/comm/economy_finance/indicators/businessandconsumersurveys_en.htm. [u](#)

Dipl.-Kauffrau Gudrun Eckert

Preise im Juli 2005

Im Juli 2005 kam es im Vorjahresvergleich auf allen im Rahmen dieses Beitrags betrachteten Wirtschaftsstufen zu Preissteigerungen. Der Index der industriellen Erzeugerpreise erhöhte sich um 4,6% (Juni 2005: +4,6%), die Großhandelsverkaufspreise stiegen um 2,5% (Juni 2005: +2,2%). Der Index der Einzelhandelspreise lag um 0,4% (Juni 2005: +0,5 %) und der Verbraucherpreisindex um 2,0% (Juni 2005: +1,8 %) über dem Niveau des Vorjahres.

Im Vormonatsvergleich zeigt sich ein uneinheitliches Bild. Die industriellen Erzeugerpreise stiegen um 0,5% (Juni 2005: +0,5%), die Großhandelsverkaufspreise lagen um 0,5% über dem Niveau des Vormonats (Juni 2005: +0,3%). Dagegen sank der Index der Einzelhandelspreise um 0,3% (Juni 2005: +0,1%), der Verbraucherpreisindex stieg um 0,5% (Juni 2005: +0,1%).

Die preistreibende Wirkung der Mineralölprodukte dauerte auch im Juli 2005 an.

Im Erzeugerbereich schlugen sich die auf dem Weltmarkt stark gestiegenen Rohölpreise insbesondere in einer spürbaren Verteuerung der Mineralölerzeugnisse nieder (Juli 2005 gegenüber Juli 2004 +16,9% bzw. gegenüber Juni 2005 +2,4%). Ohne Mineralölerzeugnisse erhöhte sich der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte nur um 4,0% im Vergleich zum Vormonatsmonat.

Auch bei den Verbraucherpreisen setzte sich die preistreibende Wirkung der Mineralölprodukte fort. Die Preise für Heizöl und Kraftstoffe stiegen im Vergleich zum Juli 2004 um 14,6%, ohne diese Positionen lag der Verbraucherpreisindex nur 1,3% über dem Wert des Vorjahres.

Veränderungen
Juli 2005
gegenüber
Juni
2005 Juli
2004
%

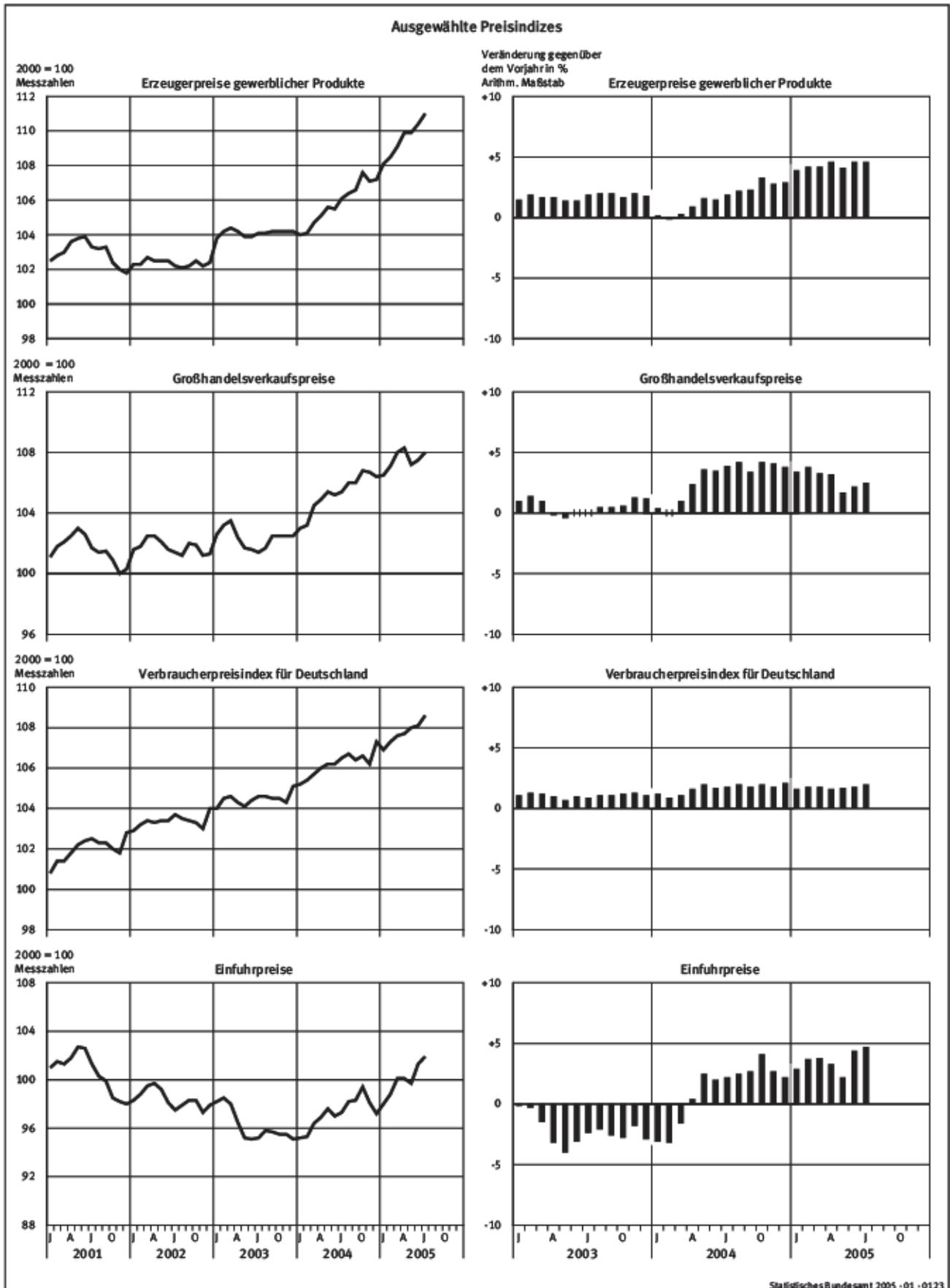
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte insgesamt	+0,5	+4,6
ohne Mineralölerzeugnisse	+0,4	+4,0
Mineralölerzeugnisse	+2,4	+16,9
Index der Großhandelsverkaufspreise insgesamt	+0,5	+2,5
Index der Einzelhandelspreise	-0,3	+0,4
Verbraucherpreisindex insgesamt	+0,5	+2,0
ohne Heizöl und Kraftstoffe	+0,2	+1,3
Heizöl und Kraftstoffe	+4,2	+14,6
ohne Saisonwaren	+0,6	+1,7
Saisonwaren	-1,7	+10,4

Der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte lag im Juli 2005 um 4,6% höher als im Juli 2004. Im Juni 2005 hatte die Jahresveränderungsrate ebenfalls bei +4,6% und im Mai 2005 bei +4,1% gelegen. Im Vergleich zum Vormonat ist der Index im Juli 2005 um 0,5% gestiegen.

Vorleistungsgüter verteuerten sich binnen Jahresfrist um durchschnittlich 2,3%, Investitionsgüter um 0,7% und Konsumgüter um 1,0%.

Für den weiterhin deutlichen Anstieg der Erzeugerpreise war vor allem die anhaltende Verteuerung von Energie verantwortlich (+2,9% zum Vormonat bzw. +16,4% zum Vorjahresmonat). Die Preise für Strom erhöhten sich im Juli gegenüber dem Vormonat um 4,4% und gegenüber dem Vorjahresmonat um 11,5%. Im Einzelnen ergaben sich im Juli 2005 im Vergleich zum Vorjahresmonat folgende Preis-

Schaubild 1



Ausgewählte Preisindizes

Jahr Monat	Erzeuger- preise gewerblicher Produkte ¹⁾	Großhandels- verkaufs- preise ¹⁾	Einzel- handels- preise ²⁾	Verbraucher- preis- index
2000 – 100				
2000 D	100,0	100,0	100,0	100,0
2001 D	103,0	101,6	101,1	102,0
2002 D	102,4	101,8	101,8	103,4
2003 D	104,1	102,3	102,0	104,5
2004 D	105,8	105,3	102,3	106,2
2004 Juni ...	105,5	105,2	102,6	106,2
Juli	106,1	105,4	102,4	106,5
Aug. ...	106,4	106,0	102,2	106,7
Sept. ...	106,6	106,0	102,1	106,4
Okt. ...	107,6	106,8	102,3	106,6
Nov. ...	107,1	106,7	102,1	106,2
Dez. ...	107,2	106,4	102,4	107,3
2005 Jan. ...	108,1	106,5	102,3	106,9
Febr. ...	108,5	107,1	102,5	107,3
März ...	109,1	108,0	102,9	107,6
April ...	109,9	108,3	103,0	107,7
Mai	109,9	107,2	103,0	108,0
Juni	110,4	107,5	103,1	108,1
Juli	111,0	108,0	102,8	108,6
Veränderungen gegenüber dem jeweiligen Vormonat in %				
2004 Juni ...	-0,1	-0,2	-0,1	-
Juli	+0,6	+0,2	-0,2	+0,3
Aug. ...	+0,3	+0,6	-0,2	+0,2
Sept. ...	+0,2	-	-0,1	-0,3
Okt. ...	+0,9	+0,8	+0,2	+0,2
Nov. ...	-0,5	-0,1	-0,2	-0,4
Dez. ...	+0,1	-0,3	+0,3	+1,0
2005 Jan. ...	+0,8	+0,1	-0,1	-0,4
Febr. ...	+0,4	+0,6	+0,2	+0,4
März ...	+0,6	+0,8	+0,4	+0,3
April ...	+0,7	+0,3	+0,1	+0,1
Mai	-	-1,0	-	+0,3
Juni	+0,5	+0,3	+0,1	+0,1
Juli	+0,5	+0,5	-0,3	+0,5
Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %				
2000 D	+3,1	+4,9	+0,1	+1,4
2001 D	+3,0	+1,6	+1,1	+2,0
2002 D	-0,6	+0,2	+0,7	+1,4
2003 D	+1,7	+0,5	+0,2	+1,1
2004 D	+1,6	+2,9	+0,3	+1,6
2004 Juni ...	+1,5	+3,5	+0,5	+1,7
Juli	+1,9	+3,9	+0,5	+1,8
Aug. ...	+2,2	+4,2	+0,5	+2,0
Sept. ...	+2,3	+3,4	+0,1	+1,8
Okt. ...	+3,3	+4,2	+0,2	+2,0
Nov. ...	+2,8	+4,1	-	+1,8
Dez. ...	+2,9	+3,8	+0,3	+2,1
2005 Jan. ...	+3,9	+3,4	+0,1	+1,6
Febr. ...	+4,2	+3,8	+0,4	+1,8
März ...	+4,2	+3,3	+0,4	+1,8
April ...	+4,6	+3,2	+0,5	+1,6
Mai	+4,1	+1,7	+0,3	+1,7
Juni	+4,6	+2,2	+0,5	+1,8
Juli	+4,6	+2,5	+0,4	+2,0

1) Ohne Umsatzsteuer. – 2) Einschl. Umsatzsteuer; einschl. Kraftfahrzeughandel und Tankstellen.

steigerungen: Kraftstoffe +12,5% (+2,8% zum Vormonat), leichtes Heizöl +41,4% (+0,1% zum Vormonat), schweres Heizöl +37,7% (+12,3% zum Vormonat) und Flüssiggas +22,3% (+9,0% zum Vormonat). Auch bei allen anderen Energiearten lagen die Preise im Juli 2005 meist deutlich über dem Stand vom Juli 2004: Steinkohle und Steinkohlenbriketts +14,7%, Erdöl aus inländischer Förderung +61,1%, Erdgas +24,2%, Fernwärme +8,7% sowie Wasser +1,8%. Ohne Energie ist der Erzeugerpreisindex gegenüber dem Vorjahr nur um 1,4% gestiegen.

Bei Stahl hielt die seit April 2005 zu beobachtende Tendenz leicht sinkender Preise auch im Juli an. Walzstahl verbilligte sich im Juli 2005 gegenüber Juni um durchschnittlich 3,3%, ist aber immer noch 6,0% teurer als im Juli des Vorjahres.

Weitere überdurchschnittliche Preiserhöhungen im Jahresvergleich gab es im Juli 2005 bei folgenden Gütern: Behälter aus Eisen oder Stahl (+18,8%), Kupfer und Kupferhalbzeug (+17,4%), synthetischer Kautschuk (+14,7%), anorganische Grundstoffe und Chemikalien (+13,9%), Kaffee (+12,4%), Rohre aus Eisen oder Stahl (+11,3%), Tabakerzeugnisse (+11,0%), Stahlgießereierzeugnisse (+10,5%), Polyethylen (+8,7%), Maschinen für die Metallerzeugung (+7,5%), Brillen und -gläser (+7,4%), Gipszeugnisse für den Bau (+6,2%), Rindfleisch (+6,0%), Spanplatten (+5,7%) sowie Verpackungsmittel aus Kunststoffen (+5,5%).

Billiger als vor Jahresfrist waren im Juli 2005 unter anderem: Betonstahl (-30,3%), Walzdraht (-23,3%), elektronische Bauelemente (-19,6%, darunter elektronisch integrierte Schaltungen -33,3%), Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen (-19,1%), Drahtwaren (-19,1%), nachrichtentechnische Geräte und Einrichtungen (-15,2%), Futtermittel für Nutztiere (-14,9%), Wellpapier/-pappe (-6,8%), Mahl- und Schälmlöhnerzeugnisse (-5,7%) sowie Rundfunk- und Fernsehgeräte (-5,5%).

Der Index der Großhandelsverkaufspreise lag im Juli 2005 um 2,5% über dem Vorjahresstand. Im Juni 2005 bzw. im Mai 2005 hatten die Jahresveränderungsraten +2,2% und +1,7% betragen. Gegenüber Juni 2005 stiegen die Preise im Großhandel um 0,5%.

Besonders stark stiegen gegenüber Juli 2004 die Preise im Großhandel mit festen Brennstoffen und Mineralölerzeugnissen (+18,4% nach +15,9% im Juni und +8,9% im Mai 2005). Tabakwaren waren auf Großhandelsebene im Juli 2005 ebenfalls teurer (+8,2% nach +8,3% im Juni und +9,0% im Mai 2005). Dagegen ermäßigten sich im Jahresvergleich die Preise im Großhandel mit Getreide, Saaten und Futtermitteln (-11,1% nach -12,4% im Juni und -19,7% im Mai 2005) und mit Büromaschinen (-13,0% nach -13,5% im Juni und -14,4% im Mai 2005).

Gegenüber dem Vormonat waren im Juli 2005 besonders starke Preiserhöhungen im Großhandel mit festen Brennstoffen und Mineralölerzeugnissen (+4,2% nach +4,6% im Juni und -4,2% im Mai 2005) zu beobachten. Dagegen fielen saisonbedingt die Preise im Großhandel mit Obst, Gemüse und Kartoffeln (-3,2%).

	Veränderungen Juli 2005 gegenüber	
	Juni 2005	Juli 2004
	%	
Großhandel mit		
landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden		
Tieren	-1,9	-6,1
Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren	-0,4	+2,1
Gebrauchs- und Verbrauchsgütern	-	-0,1
Rohstoffen, Halbwaren, Altmaterial und		
Reststoffen	+1,6	+8,0
Maschinen und Zubehör	+0,1	-5,5
Sonstiger Großhandel	+0,3	+1,5

Für die gewerblichen Erzeugerpreise sowie für die Großhandelsverkaufspreise ergaben sich in Deutschland folgende größere Veränderungen gegenüber dem Vormonat bzw. dem entsprechenden Vorjahresmonat:

	Veränderungen Juli 2005 gegenüber	
	Juni 2005	Juli 2004
	%	
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte		
Rohöl (Inlandsförderung)	+8,5	+61,1
Leichtes Heizöl	+0,1	+41,4
Schweres Heizöl	+12,3	+37,7
Erdgas	+2,5	+24,2
Flüssiggas	+9,0	+22,3
Behälter aus Eisen oder Stahl	+0,6	+18,8
Dieselmotorkraftstoff	+1,9	+18,6
Kupfer und Kupferhalbzeug	+2,2	+17,4
Steinkohle und Steinkohlenbriketts	+1,9	+14,7
Synthetischer Kautschuk	-1,2	+14,7
Anorganische Grundstoffe und Chemikalien ..	+1,2	+13,9
Kaffee	-	+12,4
Elektrischer Strom	+4,4	+11,5
Rohre aus Eisen oder Stahl	-1,5	+11,3
Tabakerzeugnisse	-	+11,0
Stahlgießereierzeugnisse	+1,6	+10,5
Fernwärme mit Dampf und Warmwasser	+1,4	+8,7
Polyethylen	-0,3	+8,7
Benzin	+3,7	+7,7
Maschinen für die Metallherzeugung	-	+7,5
Brillen und Brillengläser	+0,9	+7,4
Gipszeugnisse für den Bau	-1,9	+6,2
Rindfleisch	-2,0	+6,0
Spanplatten	-0,3	+5,7
Verpackungsmittel aus Kunststoffen	-0,8	+5,5
Rundfunk- und Fernsehgeräte	-0,4	-5,5
Mahl- und Schälmlöhnerzeugnisse	-0,3	-5,7
Wellpapier/-pappe	-1,8	-6,8
Futtermittel für Nutztiere	-0,7	-14,9
Nachrichtentechnische Geräte und Einrichtungen		
Einrichtungen	-1,9	-15,2
Drahtwaren	-2,5	-19,1
Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen	-1,1	-19,1
Elektronische Bauelemente	-0,8	-19,6
Walzdraht	+1,5	-23,3
Betonstahl	+9,7	-30,3
Großhandelsverkaufspreise		
Großhandel mit:		
Festen Brennstoffen und		
Mineralölprodukten	+4,2	+18,4
Tabakwaren	-	+8,2
Obst, Gemüse und Kartoffeln	-3,2	-1,4
Getreide, Saaten und Futtermitteln	-1,1	-11,1
Büromaschinen	+0,1	-13,0

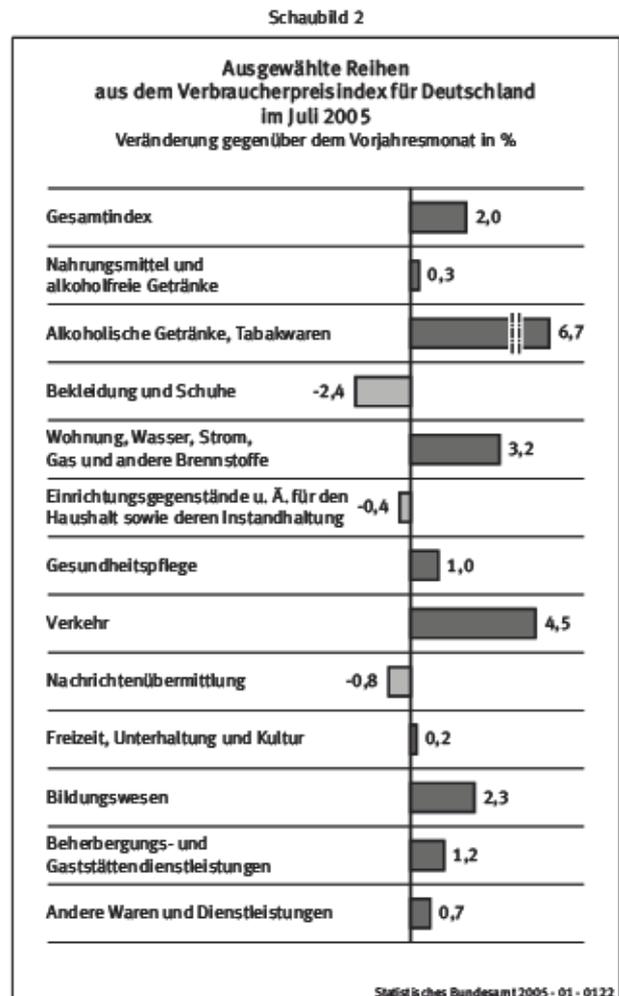
Der *Index der Einzelhandelspreise* erhöhte sich im Juli 2005 im Vergleich zum Vorjahresmonat um 0,4%. Im Juni 2005 hatte die Jahresteuerrate bei +0,5%, im Mai 2005 bei +0,3% gelegen. Im Vergleich zum Vormonat ging der Index um 0,3% zurück.

Der *Verbraucherpreisindex für Deutschland* ist im Juli 2005 gegenüber Juli 2004 um 2,0% gestiegen. Im Juni und Mai hatten die Jahresveränderungsraten bei +1,8 bzw. +1,7% gelegen. Im Vergleich zum Juni 2005 erhöhte sich der Index um 0,5%.

Auch im Juli 2005 setzten sich die Preissteigerungen bei Mineralölprodukten weiter fort. Leichtes Heizöl wies mit einer Preissteigerung von 41,2% die höchste Jahresteuerrate seit fast fünf Jahren auf. Der Anstieg der Kraft-

stoffpreise hielt auch im Juli 2005 an (+9,4% zum Vorjahr, darunter Diesel: +18,9%). Der Vormonatsvergleich zeigt ebenfalls eine Teuerung sowohl bei Heizöl (+5,0%) als auch bei Kraftstoffen (+4,0%).

Neben leichtem Heizöl wurden auch die anderen Haushaltsenergeträger überdurchschnittlich teurer. So stiegen innerhalb eines Jahres die Strompreise um 4,4% und die Gaspreise um 9,7%. Zentralheizung und Fernwärme waren im Juli 2005 sogar um 15,8% teurer als im Juli 2004.



Die Preise für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr im Schnitt um 0,3%. Während die Nahrungsmittelpreise stabil blieben (-0,1%), verteuerten sich alkoholfreie Getränke um 3,7%. Ursache sind die seit gut einem halben Jahr kräftig steigenden Preise für Bohnenkaffee (+17,7% gegenüber Juli 2004). Im Vergleich zum Vormonat wurden Nahrungsmittel saisonbedingt günstiger (-1,0%; darunter Gemüse -7,5%).

Den ausgeprägten Anstieg des Verbraucherpreisindex zum Vormonat verursachten neben den gestiegenen Mineralölpreisen auch die zu Ferienbeginn teurer gewordenen Pauschalreisen. So stiegen die Preise für Pauschalreisen gegenüber dem Vormonat um 10,3%; Mieten für Ferienwohnungen verteuerten sich im Schnitt um 29,5%.

Daten zur Kerninflation

Der Begriff „Kerninflation“ ist keineswegs einheitlich definiert. Es handelt sich um eine Sammelbezeichnung für spezielle Inflationsmaße, die auf den Informationsbedarf der Notenbanken bei der Durchführung geldpolitischer Maßnahmen zugeschnitten sind.

Führen exogene, nicht vorhersehbare Schocks zu steigenden Preisen, so versuchen die Notenbanken oft nicht, diese direkt durch Zinserhöhungen zu dämpfen. Um negative konjunkturelle Wirkungen zu umgehen, werden solche Preisanstiege eher als unvermeidlich akzeptiert. Geldpolitisch aktiv werden die Notenbanken nur, wenn die höheren Preise durch höhere Löhne oder Absatzpreise im Wirtschaftskreislauf weitergegeben werden.

Die Notenbanken stützen ihre geldpolitischen Maßnahmen daher unter anderem auf Maße der Kerninflation, bei welchen die exogen verursachten, erraticen Preiswirkungen aus dem gesamten Verbraucherpreisindex herausgerechnet werden. Um das zu tun, gibt es eine Reihe von statistisch-methodischen Ansätzen, bei denen zunächst zwischen Zeitreihenmethoden und Querschnittsmethoden unterschieden werden kann.¹⁾

Bei den *Zeitreihenmethoden* wird versucht, vorübergehende Ausschläge der Teuerungsrate von dauerhaften, trendmäßigen Änderungen rechnerisch zu trennen. Im einfachsten Fall geschieht das durch die Berechnung von gleitenden Durchschnitten; bei komplizierten Zeitreihenmethoden werden wirtschaftstheoretische Annahmen in komplexe ökonomische Modelle eingebracht. Der Nachteil der einfachen Verfahren besteht darin, dass die Vorgehensweise sehr mechanisch und wenig theoretisch fundiert ist. Die ökonomischen Verfahren sind hingegen schwer zu handhaben und wenig transparent.

Mit den *Querschnittsmethoden* versucht man, die Änderung des allgemeinen Preisniveaus von Änderungen der relativen Preise zu trennen, von denen nur bestimmte Märkte betroffen sind. Das wohl am häufigsten angewandte Verfahren ist die „Ausschlussmethode“, bei der bestimmte Teilindizes aus dem Gesamtindex herausgerechnet werden. In den meisten Fällen wird eine Teuerungsrate ohne die Preise für Energie, häufig auch ohne die Preise für saisonabhängige Nahrungsmittel berechnet. Der Vorteil dieser Vorgehensweise besteht darin, dass sie sehr transparent ist und sich die Ergebnisse gut interpretieren lassen. Nachteilig ist jedoch, dass es sich bei den ausgeschlossenen Teilindizes nicht immer um diejenigen mit den stärksten Preisschwankungen handeln muss.

Um dieses Problem zu umgehen, wurden weitere Querschnittsmethoden, wie zum Beispiel der Edgeworth-Index, entwickelt. Bei diesem Index wird jeder Teilindex mit dem Kehrwert der Varianz in der Preisentwicklung gewichtet, die in der Vergangenheit für diesen Teilindex beobachtet wurde. Auf diese Weise erhalten die volatilsten Teilindizes das geringste Gewicht im Gesamtindex und die Gewichtung passt sich automatisch an veränderte Preisentwicklungsstrukturen an. Der Nachteil ist jedoch darin zu sehen, dass sich in dieser Gewichtung die Bedeutung der Gütergruppen im Hinblick auf die Konsumausgaben der privaten Haushalte nicht widerspiegelt.

Bei anderen Querschnittsmethoden wird zum Beispiel ein festgelegter Prozentsatz der am stärksten nach oben und unten abweichenden Preisentwicklungen automatisch eliminiert, bevor der arithmetische, dann nach Konsumausgaben gewichtete Mittelwert aller Teilindizes berechnet wird.

Darüber hinaus wird die gemessene Teuerungsrate oft um Preisänderungsanteile bereinigt, die auf bestimmte Ursachen zurückzuführen sind – zum Beispiel um die durch Steueranhebungen verursachten Preissteigerungen.

Es gibt keinen Konsens darüber, welche Verfahren am besten geeignet sind und wie die Berechnung bei den jeweiligen Verfahren am besten erfolgen soll. Nach Ansicht der Europäischen Zentralbank „liefert keine dieser Messgrößen zuverlässig nützliche Hinweise im Zeitverlauf. Sie können daher nicht als Schlüsselindikatoren für die geldpolitische Analyse genutzt werden.“²⁾ Dennoch können Indizes der Kerninflation als ein gutes Hilfsmittel herangezogen werden, um zusätzliche Informationen über die Natur und das Ausmaß von Preisschocks sowie ihre Auswirkungen auf die ausgewiesene Inflationsrate zu gewinnen.

Aus Sicht der amtlichen Statistik besteht der wichtigste Vorteil der Verwendung von Kerninflationsmaßen darin, dass sie dabei helfen, den temporären Charakter einzelner Inflationsschocks zu verdeutlichen. Sie tragen damit wesentlich dazu bei, dass die mittelfristige Preisentwicklung in das Blickfeld der Öffentlichkeit rückt, die aus ökonomischer und politischer Sicht wichtiger ist als kurzfristige Schwankungen des Preisniveaus.

Das Statistische Bundesamt gibt daher in den monatlichen Pressemitteilungen zum Ergebnis des Verbraucherpreisindex immer auch die Teuerungsrate „ohne Heizöl und Kraftstoffe“ an. Darüber hinaus werden weitere Teilindizes veröffentlicht, die ebenfalls nach der Ausschlussmethode berechnet werden.

Die deutsche amtliche Statistik konzentriert sich bei der Berechnung von Kerninflationsmaßen weitgehend auf die Ausschlussmethode, weil dieses Verfahren kostengünstig, sehr transparent und die Ergebnisse gut zu interpretieren sind. Monatlich sind in der Fachserie 17 „Preise“, Reihe 7 folgende Indizes zu finden:

- Gesamtindex ohne saisonabhängige Nahrungsmittel
- Gesamtindex ohne saisonabhängige Waren
- Gesamtindex ohne saisonabhängige Waren und Dienstleistungen
- Gesamtindex ohne administrierte Preise
- Gesamtindex ohne Energie
- Gesamtindex ohne Heizöl und Kraftstoffe
- Gesamtindex ohne Haushaltsenergie

sowie die Kombinationen:

- Gesamtindex ohne Energie und saisonabhängige Nahrungsmittel
- Gesamtindex ohne Energie und saisonabhängige Waren und Dienstleistungen
- Gesamtindex ohne Energie, administrierte Preise und saisonabhängige Waren und Dienstleistungen

Darüber hinaus werden monatlich auch Trendwerte zum Verbraucherpreisindex veröffentlicht. Die Berechnungen basieren auf der Zeitreihenanalysemethode Berliner Verfahren BV4.1. Die bei diesem Verfahren berechnete Trend-Konjunktur-Komponente wird häufig als Konjunkturindikator interpretiert, da sie die mittel- bis langfristige „Grundtendenz“ der Reihe anzeigt, glatt und ohne unterjährige Schwingungen verläuft. Der so berechnete Preistrend ist auf der Themenseite „Preise“ im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes unter <http://www.destatis.de> zu finden (Verbraucherpreisindex, kalender- und saisonbereinigt).

1) Siehe hierzu die Übersicht im Monatsbericht der Europäischen Zentralbank Juli 2001, S. 55 ff.

2) Ebenda, S. 56.

Günstiger wurden im Juli 2005 unter anderem Informationsverarbeitungsgeräte (-10,8% zum Vorjahr), Foto- und Filmausrüstungen (-8,9%), Sport- und Campingerzeugnisse (-3,6%) und Haushaltsgeräte, wie Mikrowellenherde (-4,2%), Waschmaschinen (-3,3%) und Kühlschränke (-2,5%). Eintrittskarten für Fußballspiele (+5,0%) und Kurse in der Volkshochschule (+4,1%) verteuerten sich gegenüber dem Vorjahr überdurchschnittlich.

Verbraucherpreisindex für Deutschland
auf Basis 2000 = 100

	Veränderungen Juli 2005 gegenüber	
	Juni 2005	Juli 2004
	%	
Gesamtindex	+ 0,5	+ 2,0
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	- 0,8	+ 0,3
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	-	+ 6,7
Bekleidung und Schuhe	- 1,7	- 2,4
Wohnung, Wasser, Strom, Gas usw.	+ 0,4	+ 3,2
Einrichtungsgegenstände, Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt u. Ä.	- 0,1	- 0,4
Gesundheitspflege	+ 0,1	+ 1,0
Verkehr	+ 1,4	+ 4,5
Nachrichtenübermittlung	-	- 0,8
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	+ 1,8	+ 0,2
Bildungswesen	+ 0,2	+ 2,3
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	+ 2,3	+ 1,2
Andere Waren und Dienstleistungen	-	+ 0,7

Der für europäische Zwecke berechnete *harmonisierte Verbraucherpreisindex* für Deutschland hat sich im Juli 2005 gegenüber Juli 2004 um 1,9% erhöht. Im Juni hatte die Jahresveränderungsrate bei 1,8%, im Mai bei 1,6% gelegen. Im Vergleich zum Vormonat stieg der Index um 0,4%. [t.t](#)

Karina Schorn, Dipl.-Verwaltungswirtin Margitta von Schwartzenberg

Grundlagen und Daten der Wahl zum 16. Deutschen Bundestag am 18. September 2005

Auf Vorschlag des Bundeskanzlers vom 1. Juli 2005 hat der Bundespräsident am 21. Juli entschieden, den 15. Deutschen Bundestag gemäß Artikel 68 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland aufzulösen [Anordnung über die Auflösung des 15. Deutschen Bundestages vom 21. Juli 2005 (BGBl. I S. 2169)]. Die Wahl zum 16. Deutschen Bundestag, die fünfte gesamtdeutsche Wahl, findet entsprechend der Anordnung des Bundespräsidenten über die Bundestagswahl 2005 vom 21. Juli 2005 (BGBl. I S. 2170) am Sonntag, dem 18. September 2005, statt.

Sie wird auf der Grundlage des Bundeswahlgesetzes (BWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Juli 1993 (BGBl. I S. 1288, 1594), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. März 2005 (BGBl. I S. 674), durchgeführt. Aufgrund der für den Fall einer Auflösung des Bundestages in § 52 Abs. 3 BWG enthaltenen Ermächtigung hat das Bundesministerium des Innern durch Verordnung die im Bundeswahlgesetz festgelegten Fristen – soweit erforderlich – abgekürzt [Verordnung über die Abkürzung von Fristen im Bundeswahlgesetz für die Wahl zum 16. Deutschen Bundestag vom 21. Juli 2005 (BGBl. I S. 2179)].

Im Zusammenhang mit der Wahl zum 16. Deutschen Bundestag sind insbesondere

- Fragen, die das Wahlrecht und das Wahlverfahren betreffen.
- Änderungen gegenüber der Bundestagswahl 2002 und
- Ergebnisse vorangegangener Wahlen

von Interesse.

Zunächst werden in diesem Beitrag das Wahlrecht und das Wahlverfahren dargestellt. Der folgende Teil enthält einen

Überblick über die wichtigsten Ergebnisse früherer Bundestagswahlen einschließlich Sitzverteilung und Ausführungen zu den angefallenen Überhangmandaten. Abschließend wird auf das Gesetz über die allgemeine und repräsentative Wahlstatistik bei der Wahl zum Deutschen Bundestag und bei der Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland (Wahlstatistikgesetz – WStatG) vom 21. Mai 1999 (BGBl. I S. 1023), geändert durch Gesetz vom 17. Januar 2002 (BGBl. I S. 412), eingegangen.

Nach einer langen Tradition, die bis zu den Reichstagswahlen zurückreicht, wird dem Präsidenten des Statistischen Bundesamtes regelmäßig das Amt des Bundeswahlleiters für die Wahlen zum Deutschen Bundestag und zum Europäischen Parlament übertragen. Er erfüllt damit eine wichtige und besonders verantwortungsvolle Funktion bei der Vorbereitung der Wahlen und der Feststellung der Wahlergebnisse, so auch bei der bevorstehenden Wahl zum 16. Deutschen Bundestag.

Auf Vorschlag des Bundeskanzlers vom 1. Juli 2005 hat der Bundespräsident am 21. Juli entschieden, den 15. Deutschen Bundestag gemäß Artikel 68 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland aufzulösen [Anordnung über die Auflösung des 15. Deutschen Bundestages vom 21. Juli 2005 (BGBl. I S. 2169)]. Die Wahl zum 16. Deutschen Bundestag, zugleich die fünfte gesamtdeutsche Wahl, findet entsprechend der Anordnung des Bundespräsidenten über die Bundestagswahl 2005 vom 21. Juli 2005 (BGBl. I S. 2170) am Sonntag, dem 18. September 2005, statt. Maßgebliche Rechtsgrundlagen für die Bundestagswahl sind – neben den Artikeln 38 und 39 des Grundgesetzes, welche die Grundsätze für die Wahl der Abgeordneten

des Deutschen Bundestages sowie für den Zusammentritt und die Wahlperiode des Deutschen Bundestages festlegen – vor allem das Bundeswahlgesetz mit seinen Vorschriften zum Verfahren bei Bundestagswahlen, insbesondere über das Wahlsystem, die Wahlorgane, das Wahlrecht und die Wählbarkeit, die Wahlhandlung und die Feststellung des Wahlergebnisses, sowie die zur Durchführung des Bundeswahlgesetzes erlassene Bundeswahlordnung. Die Bundestagswahl 2005 wird auf der Grundlage des Bundeswahlgesetzes (BWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Juli 1993 (BGBl. I S. 1288, 1594), das zuletzt durch Gesetz vom 11. März 2005 (BGBl. I S. 674) geändert worden ist, durchgeführt. Aufgrund der für den Fall einer Auflösung des Bundestages in § 52 Abs. 3 BWG enthaltenen Ermächtigung hat das Bundesministerium des Innern durch Verordnung die im Bundeswahlgesetz festgelegten Fristen – soweit erforderlich – abgekürzt [Verordnung über die Abkürzung von Fristen im Bundeswahlgesetz für die Wahl zum 16. Deutschen Bundestag vom 21. Juli 2005 (BGBl. I S. 2179)].

Im folgenden Beitrag werden zunächst Fragen, die das Wahlrecht und das Wahlverfahren betreffen, sowie die Änderungen gegenüber der Bundestagswahl 2002 dargestellt. Ein weiterer Teil enthält einen Überblick über die wichtigsten Ergebnisse früherer Bundestagswahlen einschließlich Sitzverteilung und Ausführungen zu den angefallenen Überhangmandaten. Abschließend wird auf das Gesetz über die allgemeine und repräsentative Wahlstatistik bei der Wahl zum Deutschen Bundestag und bei der Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland (Wahlstatistikgesetz – WStatG) vom 21. Mai 1999 (BGBl. I S. 1023), geändert durch Gesetz vom 17. Januar 2002 (BGBl. I S. 412), eingegangen.

Für alle Interessenten sei noch auf den schnellen Zugriff auf das Informationsangebot des Bundeswahlleiters unter der einprägsamen Domain www.bundeswahlleiter.de hingewiesen. Hier werden am Wahlabend des 18. September 2005 zum Beispiel auch alle eingehenden Wahlkreis- und Landesergebnisse der Bundestagswahl aktuell eingestellt.

1 Wahlgebiet, Wahlkreise, Wahlberechtigte

Der 16. Deutsche Bundestag wird – wenn sich keine Überhangmandate ergeben – aus insgesamt 598 Abgeordneten bestehen, von denen 299 nach Kreiswahlvorschlägen in den Wahlkreisen und die übrigen nach Landeswahlvorschlägen (Landeslisten) gewählt werden. Bei der Bundestagswahl 1998 waren es noch 656 Abgeordnete, davon 328 nach Kreiswahlvorschlägen.

Mit der Wiedergewinnung der deutschen Einheit am 3. Oktober 1990 hatte sich bereits bei der Bundestagswahl 1990 das Wahlgebiet um die Bundesländer Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen sowie Berlin-Ost, das heißt um 72 Wahlkreise, erweitert.

Das Gebiet der Wahlkreise für die Wahl zum 16. Deutschen Bundestag ist im Siebzehnten Gesetz zur Änderung des

Bundeswahlgesetzes (BWG) vom 11. März 2005 (BGBl. I S. 674) beschrieben.

Gegenüber der bisher geltenden Wahlkreiseinteilung hat der Gesetzgeber mit dem Siebzehnten Gesetz zur Änderung des BWG 38 Wahlkreise neu abgegrenzt. Dabei hat Bayern einen zusätzlichen Wahlkreis erhalten, während Thüringen nunmehr ein Wahlkreis weniger zusteht. Die Notwendigkeit für diese Neuabgrenzung folgte u. a. aus der gesetzlichen Regelung des § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 und 3 BWG. Danach muss die Zahl der Wahlkreise in den einzelnen Ländern deren Bevölkerungsanteil soweit wie möglich entsprechen. Weiterhin soll die Bevölkerungszahl eines Wahlkreises von der durchschnittlichen Bevölkerungszahl der Wahlkreise nicht mehr als 15 vom Hundert nach oben oder unten abweichen; beträgt die Abweichung mehr als 25 vom Hundert, ist eine Neuabgrenzung vorzunehmen. Die deutsche Bevölkerung je Wahlkreis betrug Ende 2004 durchschnittlich rund 250 000 Personen.

Die Verteilung der Wahlkreise für 2002 und 2005 auf die 16 Bundesländer ist in der folgenden Übersicht dargestellt.

Land	2002	2005
Schleswig-Holstein	11	11
Mecklenburg-Vorpommern	7	7
Hamburg	6	6
Niedersachsen	29	29
Bremen	2	2
Brandenburg	10	10
Sachsen-Anhalt	10	10
Berlin	12	12
Nordrhein-Westfalen	64	64
Sachsen	17	17
Hessen	21	21
Thüringen	10	9
Rheinland-Pfalz	15	15
Bayern	44	45
Baden-Württemberg	37	37
Saarland	4	4

Bei der bevorstehenden Bundestagswahl ist mit etwa 61,9 Mill. Wahlberechtigten zu rechnen (bei der Bundestagswahl 2002 waren rund 61,4 Mill. Personen wahlberechtigt), darunter 32,2 Mill. Frauen und 29,7 Mill. Männer. Etwa 2,6 Mill. Wahlberechtigte der Jahrgänge 1983 bis 1987 können am 18. September 2005 zum ersten Mal an einer Bundestagswahl teilnehmen (1,3 Mill. Männer und 1,3 Mill. Frauen). Die Altersstruktur der Wahlberechtigten bei der Wahl des 16. Deutschen Bundestages stellt sich wie folgt dar:

Wahlberechtigte nach Altersgruppen und Geschlecht bei der Bundestagswahl 2005 (geschätzt)

Alter von ... bis unter ... Jahren	Insgesamt	Männer	Frauen
	1 000 (gerundet)		
unter 21	2600	1300	1300
21 – 30	7500	3800	3700
30 – 40	10200	5200	5000
40 – 50	12400	6300	6100
50 – 60	9500	4700	4800
60 – 70	9600	4600	5000
70 und mehr	10100	3800	6300
Insgesamt ...	61900	29700	32200

2 Wahlgänge, Wahlvorbereitung und Ergebnisfeststellung

Für die organisatorische Vorbereitung und Durchführung einer Bundestagswahl sind nach dem Bundeswahlgesetz und der Bundeswahlordnung folgende Wahlgänge zuständig:

- der Bundeswahlleiter und der Bundeswahlausschuss für das Wahlgebiet,
- ein Landeswahlleiter und ein Landeswahlausschuss für jedes Land,
- ein Kreiswahlleiter und ein Kreiswahlausschuss für jeden Wahlkreis,
- ein Wahlvorsteher und ein Wahlvorstand für jeden Wahlbezirk und
- mindestens ein Wahlvorsteher und ein Wahlvorstand für jeden Wahlkreis zur Feststellung des Briefwahlresultates.¹⁾ Wie viele Briefwahlvorstände zu bilden sind, um das Ergebnis der Briefwahl noch am Wahltag feststellen zu können, bestimmt der Kreiswahlleiter.

2.1 Aufgaben der Gemeinden

Das Schwergewicht der Vorbereitungsarbeiten liegt bei den Gemeindebehörden. Sie haben zunächst für Personen, die einen Kreiswahlvorschlag oder eine Landesliste mit ihrer Unterschrift unterstützen, jeweils so genannte Wahlrechtbescheinigungen auszustellen. Für Wahlbewerber müssen sie deren Wählbarkeit bescheinigen.

Außerdem haben die Gemeinden Wahllokale zu bestimmen und einzurichten. Bei der bevorstehenden Bundestagswahl wird es insgesamt rund 80 000 Wahllokale geben, wobei die einzelnen Wahlbezirke nach den örtlichen Verhältnissen so abgegrenzt sein sollen, dass möglichst allen Wahlberechtigten die Teilnahme an der Wahl erleichtert wird. Nach § 12 Bundeswahlordnung (BWO) soll kein Wahlbezirk mehr als 2 500 Einwohner umfassen. Die Zahl der Wahlberechtigten darf andererseits aber auch nicht so gering sein, dass erkennbar wird, wie die einzelnen Wahlberechtigten gewählt haben. Der Kreiswahlleiter kann daher bevölkerungsmäßig kleine Gemeinden oder Teile von Gemeinden zu einem Wahlbezirk vereinigen. Dabei bestimmt er, welche Gemeinde die Wahl durchführt.

Die Gemeinden müssen dann die Wählerverzeichnisse, in denen alle Wahlberechtigten mit Familienname, Vornamen, Geburtstag und Anschrift enthalten sein müssen, aufstellen. Wählen kann grundsätzlich nur, wer in einem Wählerverzeichnis eingetragen ist. Wahlberechtigte, die in mehreren Gemeinden eine Wohnung haben, sind im Wählerverzeichnis derjenigen Gemeinde zu führen, in der sich ihre Hauptwohnung befindet. Stichtag für die Eintragung der Wahlberechtigten in die Wählerverzeichnisse von Amts wegen für

die Bundestagswahl am 18. September 2005 war der 35. Tag vor der Wahl, das heißt der 14. August 2005. Zur Harmonisierung des Wahlrechts mit dem Melderecht und aus datenschutzrechtlichen Gründen ist das Recht auf Einsicht in das Wählerverzeichnis grundsätzlich auf die Angaben zur eigenen Person beschränkt. Der Wahlberechtigte hat an den Werktagen vom 20. bis 16. Tag vor der Wahl (also vom 29. August bis einschl. 2. September 2005) während der allgemeinen Öffnungszeiten der Gemeindebehörden das Recht, die Richtigkeit oder Vollständigkeit der zu seiner Person im Wählerverzeichnis eingetragenen Daten zu überprüfen. Zur Überprüfung der Daten anderer Personen haben Wahlberechtigte nur dann ein Recht auf Einsicht in das Wählerverzeichnis, wenn sie Tatsachen glaubhaft machen, aus denen sich eine Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit des Wählerverzeichnisses ergeben kann. Das Recht zur Überprüfung besteht nicht hinsichtlich der Daten von Wahlberechtigten, für die im Melderegister ein Sperrvermerk gemäß den § 21 Abs. 5 des Melderechtsrahmengesetzes entsprechenden Vorschriften der Landesmeldegesetze eingetragen ist.

Über die Eintragung in das Wählerverzeichnis erhielten die Wahlberechtigten bis zum 28. August 2005 (21. Tag vor der Wahl) eine Mitteilung (Wahlbenachrichtigung), auf der u. a. ihr Familienname und die Vornamen, das Wahllokal und die Wahlzeit sowie die Nummer des Wahlberechtigten im Wählerverzeichnis eingetragen sind. Die Wahlbenachrichtigung ist in der Regel dem Wahlvorstand im Wahllokal vorzulegen. Für Wahlberechtigte, die dies beantragen, erteilen und übersenden die Gemeindebehörden die Briefwahlunterlagen.

Eine schwierige Aufgabe für die Gemeinden ist vor jeder Bundestagswahl die Gewinnung einer ausreichend großen Zahl ehrenamtlich tätiger Bürgerinnen und Bürger für die Wahlvorstände in den Wahllokalen, die sich jeweils aus dem Wahlvorsteher bzw. der Wahlvorsteherin und seinem bzw. ihrem Stellvertreter sowie weiteren drei bis sieben Beisitzern zusammensetzen. Hierfür werden etwa 630 000 Bürgerinnen und Bürger benötigt.

Bei der Bundestagswahl 1998 konnten nur bis zu fünf weitere Beisitzer berufen werden. Diese Zahl wurde durch das 15. Änderungsgesetz zum Bundeswahlgesetz vom 27. April 2001 (BGBl. I S. 698) auf sieben erhöht. Dadurch sollten die Tätigkeit der Wahlvorstände während der Wahlhandlung erleichtert (z. B. durch „Schichtbetrieb“) und das anschließende Auszählungsverfahren beschleunigt werden. Die Gewinnung von Bürgerinnen und Bürgern für die Wahlvorstände sollte dadurch gefördert werden.

Zur weiteren Erleichterung für die Gemeinden bei der Gewinnung von Wahlvorständen wurden durch das 15. Änderungsgesetz zum Bundeswahlgesetz die gesetzlichen Voraussetzungen für das Anlegen von Wahlhelferdateien geschaffen. Auf Ersuchen der Gemeindebehörden sind die Behörden des Bundes, der bundesunmittelbaren Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts, der Länder, der Gemeinden, der Gemeindeverbände sowie der sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehen-

1) Seit der Bundestagswahl 1980 können zur Feststellung des Briefwahlresultates Wahlvorstände statt für jeden Wahlkreis auch für einzelne oder mehrere Gemeinden oder für einzelne Kreise innerhalb eines Wahlkreises eingesetzt werden; die Anordnung hierfür trifft die Landesregierung oder die von ihr bestimmte Stelle.

den juristischen Personen des öffentlichen Rechts nunmehr verpflichtet, aus dem Kreis ihrer Bediensteten unter Angabe von Name, Vorname, Geburtsdatum und Anschrift zum Zweck der Berufung als Mitglieder der Wahlvorstände Personen zu benennen, die im Gebiet der ersuchenden Gemeinde wohnen.

2.2 Entscheidungen des Bundeswahlausschusses zur Vorbereitung der Wahl

Diejenigen Parteien, die im Deutschen Bundestag oder in einem Landtag seit deren letzter Wahl nicht auf Grund eigener Wahlvorschläge ununterbrochen mit mindestens fünf Abgeordneten vertreten waren und an der Bundestagswahl 2005 teilnehmen wollten, mussten dem Bundeswahlleiter wegen der verkürzten Fristen spätestens bis zum 47. Tag vor der Wahl, das heißt bis zum 2. August 2005, ihre Teilnahme an der Wahl mit drei Unterschriften des Bundesvorstandes, darunter der des Vorsitzenden oder seines Stellvertreters, anzeigen. Die schriftliche Satzung, das Programm und ein Nachweis über die satzungsgemäße Bestellung des Bundesvorstandes waren beizufügen. Hat eine Partei keinen Bundesvorstand, so tritt der Vorstand der jeweils obersten Parteioorganisation an die Stelle des Bundesvorstandes.

Der Bundeswahlausschuss²⁾ hat in seiner Sitzung am 12. August 2005 für alle Wahlorgane verbindlich festgestellt, dass folgende Parteien bei der Einreichung ihrer Wahlvorschläge für die Bundestagswahl am 18. September 2005 keine Unterstützungsunterschriften beizubringen haben, weil sie im Deutschen Bundestag oder in einem Landtag auf Grund eigener Wahlvorschläge ununterbrochen mit mindestens fünf Abgeordneten vertreten waren:

1. Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)
2. Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU)
3. Christlich-Soziale Union in Bayern e. V. (CSU)
4. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (GRÜNE)
5. Freie Demokratische Partei (FDP)
6. Die Linkspartei.PDS (Die Linke.)
7. DEUTSCHE VOLKSUNION (DVU)
8. Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD).

Der Bundeswahlausschuss hat außerdem am 12. August 2005 für alle Wahlorgane verbindlich festgestellt, dass folgende weitere Vereinigungen für die Bundestagswahl 2005 als Parteien anzuerkennen sind und infolgedessen als solche sich auch mit Landeslisten (und Kreiswahlvorschlägen) an dieser Bundestagswahl beteiligen können³⁾:

1. STATT Partei DIE UNABHÄNGIGEN – STATT Partei –
2. UNABHÄNGIGE KANDIDATEN ...für Direkte Demokratie + bürgernahe Lösungen – UNABHÄNGIGE –

3. DIE REPUBLIKANER – REP –
4. Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, Elitenförderung und basisdemokratische Initiative – Die PARTEI –
5. Partei für Soziale Gleichheit, Sektion der Vierten Internationale – PSG –
6. Pro Deutsche Mitte – Initiative Pro D-Mark – Pro DM –
7. Bayernpartei – BP –
8. Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands – MLPD –
9. Feministische Partei DIE FRAUEN – DIE FRAUEN –
10. Mensch Umwelt Tierschutz – Die Tierschutzpartei –
11. Bürgerrechtsbewegung Solidarität – BüSo –
12. DIE GRAUEN – Graue Panther – GRAUE –
13. Deutsche Gemeinschaft für Gerechtigkeit – DGG –
14. PERSPEKTIVE – PERSPEKTIVE –
15. 50Plus-Bürger- und Wählerinitiative für Brandenburg – 50Plus –
16. Humanistische Partei – HP –
17. Ab jetzt ... Bündnis für Deutschland Partei für Volksabstimmung und gegen Zuwanderung ins „Soziale Netz“ – Deutschland –
18. Allianz für Gesundheit, Frieden und soziale Gerechtigkeit – AGFG –
19. Deutsche Zentrumspartei – Älteste Partei Deutschlands gegründet 1870 – ZENTRUM –
20. HUMANWIRTSCHAFTSPARTEI
21. Partei Rechtsstaatlicher Offensive – Offensive D –
22. Partei Bibeltreuer Christen – PBC –
23. Deutsche Soziale Union – DSU –
24. FAMILIEN-PARTEI DEUTSCHLANDS – FAMILIE –
25. CHRISTLICHE MITTE – Für ein Deutschland nach GOTTES Geboten – CM –
26. Anarchistische Pogo-Partei Deutschlands – APPD –

In der Regel reichen nicht alle anerkannten Parteien tatsächlich Landeslisten ein oder verfehlen mitunter die nötige Zahl an Unterstützungsunterschriften, sodass an der Wahl tatsächlich meist weniger Parteien teilnehmen.

Der Bundeswahlausschuss ist im Vorfeld der Wahl auch die letzte Entscheidungsinstanz, wenn sich eine Partei über die Zurückweisung ihrer Landesliste oder ein Landeswahllei-

²⁾ Der Bundeswahlausschuss besteht aus dem Bundeswahlleiter als Vorsitzendem und acht von ihm berufenen Beisitzern. Für die Ablehnung der Anerkennung als Partei für die Wahl ist im Bundeswahlausschuss Zweidrittelmehrheit erforderlich.

³⁾ Die Reihenfolge entspricht dem Datum des Eingangs der Beteiligungsanzeige beim Bundeswahlleiter.

ter über die Zulassung einer Landesliste beschwert. Diese Entscheidungen müssen grundsätzlich spätestens am 52. Tag vor der Wahl (wegen der verkürzten Fristen spätestens am 24. Tag vor der Wahl, d. h. am 25. August 2005) getroffen sein. Außerdem hat der Bundeswahlausschuss grundsätzlich spätestens am 30. Tag vor der Wahl (wegen der verkürzten Fristen spätestens am 16. Tag vor der Wahl, d. h. am 2. September 2005) über Erklärungen über den Ausschluss von der Listenverbindung zu entscheiden. Grundsätzlich gelten alle Landeslisten derselben Partei als verbunden. Die Verbindung mehrerer Landeslisten derselben Partei bringt bei der Sitzverteilung wesentliche Vorteile mit sich. Für kleinere Parteien, die an der Sitzverteilung teilnehmen, ist die Listenverbindung wesentliche Voraussetzung, um überhaupt die Chance zur Erlangung von Mandaten zu haben.

2.3 Entscheidungen der Landes- und Kreiswahlausschüsse über die Zulassung von Wahlvorschlägen

Den Kreiswahlleitern sind grundsätzlich spätestens am 66. Tag vor der Wahl (wegen der verkürzten Fristen spätestens am 34. Tag vor der Wahl, d. h. am 15. August 2005), 18.00 Uhr, die Kreiswahlvorschläge für die Wahlkreiskandidaten und den Landeswahlleitern bis zum gleichen Zeitpunkt die Landeslistenvorschläge der Parteien einzureichen. Aufgabe der Kreiswahlleiter und der Landeswahlleiter ist es dann, u. a. vorzuprüfen, ob

- die Zustimmungserklärungen der Bewerber für ihre Kandidatur vorliegen,
- die Bewerber wählbar sind,
- die Bewerber von den Parteien vorschriftsmäßig aufgestellt worden sind,
- die gegebenenfalls beizubringenden Unterschriften für die Unterstützung der Wahlvorschläge in ausreichender Anzahl und in der vorgeschriebenen Form eingereicht worden sind,
- für jede Unterstützungsunterschrift eine Wahlrechtsbescheinigung vorliegt.

Die Landes- und Kreiswahlleiter wirken darauf hin, dass bei der Vorprüfung festgestellte Mängel beseitigt werden. Damit bereiten sie zugleich die Sitzungen der Wahlausschüsse vor, die grundsätzlich am 58. Tag vor der Wahl (wegen der verkürzten Fristen spätestens am 30. Tag vor der Wahl, d. h. am 19. August 2005) über die Zulassung oder Zurückweisung der Kreiswahlvorschläge und Landeslisten zu entscheiden haben.

2.4 Feststellung des Wahlergebnisses

Den Wahlorganen obliegt auch die Feststellung des Wahlergebnisses für ihr jeweiliges Wahlgebiet sowie die Bekanntgabe und Weitermeldung der Ergebnisse an die nächst-

höheren Wahlorgane. Nach der Feststellung des Wahlergebnisses im Wahlbezirk durch den Wahlvorstand meldet der Wahlvorsteher es auf dem schnellsten Wege (z. B. telefonisch oder auf elektronischem Wege) der Gemeindebehörde, welche die aus den Wahlbezirken eingehenden Meldungen zu einem Gemeindegewinn zusammenfasst und dieses dem Kreiswahlleiter meldet. Dieser leitet das Wahlkreisergebnis an den Landeswahlleiter, der die Wahlkreisergebnisse und nach Vorliegen aller Wahlkreisergebnisse des Landes das Landesergebnis dem Bundeswahlleiter mitteilt. Der Bundeswahlleiter ermittelt das vorläufige amtliche Wahlergebnis für das gesamte Wahlgebiet und gibt es noch in der Wahlnacht bekannt. Die Feststellung der endgültigen Wahlergebnisse ist Aufgabe der Kreiswahlausschüsse, der Landeswahlausschüsse und des Bundeswahlausschusses nach Prüfung der Wahlniederschriften durch den jeweiligen Wahlleiter. Der Bundeswahlleiter macht das endgültige Wahlergebnis für das gesamte Wahlgebiet etwa zwei Wochen nach dem Wahltag im Bundesanzeiger bekannt.

Neben der Zahl der Wahlberechtigten, der Wählerinnen und Wähler und der abgegebenen Stimmen im Bund und in den Ländern hat der Bundeswahlausschuss auch die Namen der Abgeordneten festzustellen, die über die Landeslisten gewählt sind. Die Benachrichtigung dieser Gewählten erfolgt durch die Landeswahlleiter, die Benachrichtigung der gewählten Wahlkreisabgeordneten durch die Kreiswahlleiter.

3 Wahlrecht und Wählbarkeit

Wahlberechtigt sind alle Deutschen im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes, die am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet haben, seit mindestens drei Monaten in der Bundesrepublik Deutschland eine Wohnung innehaben oder sich sonst gewöhnlich dort aufhalten und nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen sind.

Wahlberechtigt sind bei Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen auch diejenigen Deutschen im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes,

- die am Wahltag als Beamte, Soldaten, Angestellte und Arbeiter im öffentlichen Dienst auf Anordnung ihres Dienstherrn außerhalb der Bundesrepublik Deutschland leben, sowie die Angehörigen ihres Hausstandes,
- die in den Gebieten der übrigen Mitgliedstaaten des Europarates leben, sofern sie nach dem 23. Mai 1949 und vor ihrem Fortzug mindestens drei Monate ununterbrochen in der Bundesrepublik Deutschland eine Wohnung innegehabt oder sich sonst gewöhnlich dort aufgehalten haben⁴⁾ (außer der Bundesrepublik Deutschland gehören dem Europarat gegenwärtig an: Albanien, Andorra, Armenien, Aserbaidschan, Belgien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Dänemark, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Estland, Finnland, Frankreich, Georgien, Griechenland, Irland, Island, Ita-

⁴⁾ Eine frühere Wohnung oder ein früherer Aufenthalt in den fünf neuen Ländern und Berlin-Ost ist entsprechend zu berücksichtigen.

lien, Kroatien, Lettland, Liechtenstein, Litauen, Luxemburg, Malta, die Republik Moldau, Monaco, die Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, die Russische Föderation, San Marino, Schweden, die Schweiz, Serbien und Montenegro, die Slowakei, Slowenien, Spanien, die Tschechische Republik, die Türkei, die Ukraine, Ungarn, das Vereinigte Königreich und Zypern),

- die in anderen Gebieten außerhalb der Bundesrepublik Deutschland leben, sofern sie vor ihrem Fortzug mindestens drei Monate ununterbrochen in der Bundesrepublik Deutschland eine Wohnung innegehabt oder sich sonst gewöhnlich dort aufgehalten haben und seit dem Fortzug nicht mehr als 25 Jahre verstrichen sind.⁵⁾ Entsprechendes gilt für Seeleute auf Schiffen, die nicht die Bundesflagge führen, sowie die Angehörigen ihres Hausstandes. Die Fortzugsfrist ist durch das 14. Gesetz zur Änderung des BWG vom 20. April 1998 (BGBl. I S. 706) von zehn auf 25 Jahre verlängert worden. Damit hat der Gesetzgeber der verbesserten Möglichkeit kommunikativer Teilnahme am politischen Geschehen in der Bundesrepublik Deutschland vom Ausland aus Rechnung getragen.

Vom Wahlrecht ausgeschlossen ist nach § 13 BWG ein Deutscher, der infolge Richterspruchs das Wahlrecht nicht besitzt, sowie derjenige, für den zur Besorgung aller seiner Angelegenheiten ein Betreuer nicht nur durch einstweilige Anordnung bestellt ist. Außerdem sind Personen ausgeschlossen, die sich auf Grund einer Anordnung nach § 63 in Verbindung mit § 20 des Strafgesetzbuches in einem psychiatrischen Krankenhaus befinden.

Die Wahlbewerber müssen am Wahltag Deutsche im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes sein und das 18. Lebensjahr vollendet haben. Gemäß den gesetzlichen Mindestanforderungen haben neu Eingebürgerte zwecks Gewährleistung eines bestimmten Vertrautseins mit dem deutschen Staat einen ausreichend langen Inlandsaufenthalt nachzuweisen. Nicht wählbar ist, wer vom aktiven Wahlrecht (§ 13 BWG) ausgeschlossen ist oder wer infolge Richterspruchs die Wählbarkeit oder die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter nicht besitzt.

Wählen kann in der Regel nur, wer in einem Wählerverzeichnis eingetragen ist. Wer im Wählerverzeichnis eingetragen ist, kann – sofern er keinen Wahlschein besitzt – nur in dem Wahlbezirk wählen, in dessen Wählerverzeichnis er geführt wird. Wer einen – auf Antrag unter bestimmten Voraussetzungen erhältlichen – Wahlschein hat, kann an der Wahl in dem Wahlkreis, in dem der Wahlschein ausgestellt ist, entweder durch persönliche Stimmabgabe in einem beliebigen Wahlbezirk dieses Wahlkreises oder schriftlich durch Briefwahl teilnehmen. Durch die Verbindung mit dem jeweiligen Heimatwahlkreis ist eine Manipulation des Wahlausgangs durch absichtliche Konzentration von Wahlscheinstimmen (d. h. überwiegend von Briefwahlstimmen) auf bestimmte Wahlkreise ausgeschlossen.

Die Briefwahl ist seit der dritten Bundestagswahl (1957) möglich. Ein Wahlberechtigter, der in ein Wählerverzeichnis

eingetragen ist, kann sein Wahlrecht durch Briefwahl ausüben, wenn er

- sich am Wahltag während der Wahlzeit aus wichtigem Grund, dazu gehören auch Urlaubsreisen, außerhalb seines Wahlbezirks aufhält,
- seine Wohnung in einen anderen Wahlbezirk verlegt hat und nicht in das Wählerverzeichnis des neuen Wahlbezirks eingetragen worden ist,
- aus beruflichen Gründen oder infolge Krankheit, hohen Alters, eines körperlichen Gebrechens oder sonst seines körperlichen Zustands wegen den Wahlraum nicht oder nur unter unzumutbaren Schwierigkeiten aufsuchen kann.

Für die Briefwahl muss der Bürger bei der Gemeindebehörde die Erteilung eines Wahlscheines schriftlich oder mündlich beantragen. Für die Schriftform ist in diesem Fall Telegramm, Fernschreiben, Telefax, E-Mail oder eine sonstige dokumentierbare Übermittlung in elektronischer Form ausreichend, eine fernmündliche Antragstellung ist aber unzulässig. Der Antrag auf Briefwahlunterlagen sollte möglichst bald bei der für den Wahlberechtigten zuständigen Gemeindebehörde gestellt werden. Mit der Wahlbenachrichtigung erhält jeder Wahlberechtigte, der in das Wählerverzeichnis eingetragen ist, einen Antrag auf Erteilung eines Wahlscheines. Briefwahlunterlagen können bis Freitag vor der Wahl, 18.00 Uhr, beantragt werden, in gesetzlich bestimmten Ausnahmefällen noch bis zum Wahltag 15.00 Uhr. Die Ausgabe der Briefwahlunterlagen kann, weil dazu der Stimmzettel gehört, erst nach der endgültigen Zulassung der Kreiswahlvorschläge und Landeslisten sowie nach Druck der Stimmzettel erfolgen.

Der Briefwähler erhält auf seinen Antrag folgende Unterlagen ausgehändigt bzw. übersandt:

- Einen Wahlschein, der von dem mit der Erteilung beauftragten Bediensteten der Gemeindebehörde eigenhändig unterschrieben und mit dem Dienstsiegel versehen sein muss (wird der Wahlschein mit Hilfe automatischer Einrichtungen erstellt, kann abweichend davon die Unterschrift fehlen; stattdessen kann der Name des beauftragten Bediensteten eingedruckt sein),
- einen amtlichen Stimmzettel seines Wahlkreises,
- einen amtlichen Wahlumschlag,
- einen amtlichen Wahlbriefumschlag und
- ein ausführliches Merkblatt für die Briefwahl, auf dem alles verzeichnet und durch anschauliche Bilder näher erläutert ist, was bei der Briefwahl zu beachten ist.

Nach Ausfüllen des Stimmzettels und der Versicherung an Eides Statt, dass der Stimmzettel von dem Wahlberechtigten persönlich gekennzeichnet wurde, sind diese Unterlagen an die auf dem Wahlbriefumschlag aufgedruckte Stelle

⁵⁾ Siehe Fußnote 4.

zu senden. Zur Feststellung des Ergebnisses der Briefwahl werden besondere Briefwahlvorstände gebildet. Der Wahlbrief muss spätestens am Wahlsonntag bis 18.00 Uhr bei der dafür zuständigen Stelle vorliegen, da um 18.00 Uhr der Wahlakt abgeschlossen und mit der Auszählung der Stimmen begonnen wird.

Der Anteil der Briefwähler an den Wählern betrug bei der Bundestagswahl 2002 18,0% und bei der Bundestagswahl 1998 16,0%.

Jeder Wähler hat zwei Stimmen, die getrennt ausgezählt werden.

Während die Wähler mit der Erststimme für die 299 Bundestagswahlkreise entscheiden, wer sie im Deutschen Bundestag vertreten soll, sind für die Gesamtzahl der Abgeordneten einer jeden Partei und für das Stärkeverhältnis der Parteien im Deutschen Bundestag grundsätzlich die Zweitstimmen für die Landeslisten der Parteien ausschlaggebend.

Ungültig sind Stimmen, wenn der Stimmzettel

- nicht amtlich hergestellt ist oder für einen anderen Wahlkreis gültig ist,
- keine Kennzeichnung enthält,
- den Willen des Wählers nicht zweifelsfrei erkennen lässt,
- einen Zusatz oder Vorbehalt enthält.

In den ersten beiden Fällen sind beide Stimmen ungültig. Bei der Briefwahl sind außerdem beide Stimmen ungültig, wenn der Stimmzettel nicht im amtlichen Wahlumschlag oder in einem Wahlumschlag abgegeben worden ist, der offensichtlich in einer das Wahlgeheimnis gefährdenden Weise von den übrigen abweicht oder einen deutlich fühlbaren Gegenstand enthält, jedoch eine Zurückweisung aus diesen Gründen nicht erfolgt ist.

Enthält der Stimmzettel nur eine Stimmabgabe, so ist die nicht abgegebene Stimme ungültig.

Mehrere in einem Wahlumschlag enthaltene Stimmzettel gelten als ein Stimmzettel, wenn sie gleich lauten oder nur einer von ihnen gekennzeichnet ist; sonst gelten sie als ein Stimmzettel mit zwei ungültigen Stimmen.

Ist der Wahlbriefumschlag leer abgegeben worden, so gelten beide Stimmen als ungültig.

4 Sitzverteilungsverfahren nach Niemeyer

Die Zuteilung der auf die einzelnen Parteien insgesamt entfallenden Sitze und die Verteilung dieser Sitze auf die einzelnen Landeslisten der Parteien erfolgt nach einem von

dem Marburger Professor Niemeyer für den Verhältnisausgleich entwickelten Berechnungssystem. Es beruht darauf, dass zunächst die für die verbundenen Landeslisten der einzelnen Parteien abgegebenen gültigen Zweitstimmen addiert werden. Berücksichtigt werden dabei nur die Parteien, die mindestens 5% der im Wahlgebiet abgegebenen gültigen Zweitstimmen erhalten oder in mindestens drei Wahlkreisen ein Direktmandat errungen haben. Danach werden die 598 zu vergebenden Abgeordnetensitze mit der Zahl der Zweitstimmen der einzelnen Parteien multipliziert und durch die Gesamtzahl der Zweitstimmen aller an der Verteilung teilnehmenden Parteien dividiert. Dabei erhält jede Partei so viele Sitze, wie ganze Zahlen auf sie entfallen. Die dann noch zu vergebenden Sitze werden in der Reihenfolge der höchsten „Reste“ (Zahlenbruchteile), die sich bei der Berechnung ergeben, verteilt. Bei gleichen „Resten“ entscheidet das vom Bundeswahlleiter zu ziehende Los. Die so ermittelte Anzahl der Sitze für eine Listenverbindung wird dann wiederum im Verhältnisausgleich auf die einzelnen Landeslisten der jeweiligen Partei aufgeteilt, was ebenfalls nach dem oben erläuterten Rechenverfahren erfolgt.

Das Berechnungsverfahren nach Niemeyer bewirkt eine exaktere Übertragung des Stimmenverhältnisses auf die Mandatsverteilung im Bundestag als das bis zur Wahl zum 10. Deutschen Bundestag (im März 1983) angewandte Höchstzahlenverfahren nach d'Hondt, da es noch stärker als das d'Hondtsche Verfahren an den Relationen der jeweiligen Stimmenzahlen ausgerichtet ist. Es wird damit dem Erfolgswert der für kleinere Parteien abgegebenen Stimmen besser gerecht. Nähere Informationen zur Umstellung der Verhältnisrechnung für die Mandatsverteilung vom Berechnungssystem d'Hondt auf das Verfahren Niemeyer enthält der in dieser Zeitschrift erschienene Aufsatz „Daten zur Wahl zum 11. Deutschen Bundestag am 25. Januar 1987“.⁶⁾

5 Rechtliche Änderungen gegenüber der Bundestagswahl 2002

Das Wahlrecht für die Bundestagswahl 2005 entspricht im Wesentlichen dem der letzten Bundestagswahl. Auf die Änderungen hinsichtlich der Wahlkreiseinteilung wurde bereits hingewiesen. Darüber hinaus haben das Bundeswahlgesetz und die Bundeswahlordnung lediglich unwesentliche Neuerungen erfahren. Erwähnenswert erscheint die Abschaffung des mit hohem Verwaltungsaufwand verbundenen Sonderverfahrens für die Wahlteilnahme der auf Anordnung ihres Dienstherrn im Ausland lebenden Beamten, Soldaten, Angestellten und Arbeiter im öffentlichen Dienst nebst den Angehörigen ihres Hausstandes. Für den genannten Personenkreis gilt das gleiche Verfahren wie für andere außerhalb der Bundesrepublik Deutschland lebende wahlberechtigte deutsche Staatsbürger. Die bislang vorgeschriebene Leitung des Antrags auf Eintragung in das Wählerverzeichnis über die für den Antragsteller zuständige oberste Dienstbehörde entfällt.

⁶⁾ Siehe Gaspers, K.: „Daten zur Wahl zum 11. Deutschen Bundestag am 25. Januar 1987“ in WiSta 12/1986, S. 959 f.

6 Ergebnisse vorangegangener Bundestagswahlen

6.1 Wahlberechtigte und Wahlbeteiligung

Für die Bundestagswahl 2002 waren nach den Auszählungen der Wählerverzeichnisse 61,4 Mill. Personen wahlberechtigt. Die Zahl der Wähler betrug 48,6 Mill. Daraus ergab sich eine Wahlbeteiligung von 79,1%. Diese lag um 3,1 Prozentpunkte unter der von 1998 (82,2%) und um 0,1 Prozentpunkte über der von 1994 (79,0%). Über dem Durchschnitt lag die Wahlbeteiligung 2002 in neun Ländern, und zwar in Baden-Württemberg mit 81,1%, in Bayern mit 81,5%, in Hessen mit 80,1%, in Niedersachsen mit 81,0%, in Nordrhein-Westfalen mit 80,3%, in Rheinland-Pfalz und im Saarland mit jeweils 80,0% sowie in Schleswig-Holstein mit 80,7% und in Hamburg mit 79,6%. In den übrigen Bundesländern betrug sie zwischen 68,8 und 78,8%. Am niedrigsten war die Wahlbeteiligung in Sachsen-Anhalt mit 68,8%. Die Wahlbeteiligung in den neuen Ländern lag unter dem Bundesdurchschnitt und hat dort gegenüber 1998 stark abgenommen, zum Beispiel in Sachsen-Anhalt um 8,3 Prozentpunkte.

Wie bereits seit der Bundestagswahl 1987 möglich, konnten unter bestimmten Voraussetzungen Deutsche im Ausland an der Bundestagswahl 2002 teilnehmen. Hierzu war ein besonderer Antrag auf Eintragung in das Wählerverzeichnis erforderlich. Die Zweitausfertigungen dieser Anträge waren dem Bundeswahlleiter von den Gemeinden zuzuleiten. Beim Bundeswahlleiter sind 48 107 solcher Anträge, die in der Gesamtzahl der 61,4 Mill. Wahlberechtigten enthalten sind, registriert worden (Bundestagswahl 1998: 50 728 Anträge). Aus den Staaten der Europäischen Union wurden 25 246 und aus den übrigen Europaratstaaten 11 419 Anträge auf Eintragung in das Wählerverzeichnis gestellt; aus den restlichen Staaten Europas haben lediglich 110 Deutsche von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht. Aus den Ländern Afrikas haben 1 427, aus denen Amerikas 6 081, aus denen Asiens 3 048 und aus denen Australiens und Ozeaniens 773 Deutsche entsprechende Anträge gestellt.

6.2 Ungültige Stimmen

Bei der Bundestagswahl 2002 waren von den Erststimmen 741 037 (1,5%) und von den Zweitstimmen 586 281 (1,2%) ungültig.

Seit der Bundestagswahl 1953, bei der es zum ersten Mal zwei Stimmen gab, sank der Anteil der ungültigen Erststimmen bis 1961 von 3,4 auf 2,6%; in der gleichen Zeit hatte sich der Anteil der ungültigen Zweitstimmen von 3,3 auf 4,0% erhöht. Bei der Bundestagswahl 1965 war der Anteil der ungültigen Erststimmen geringfügig auf 2,9% gestiegen, fiel dann aber bis 1983 auf 1,1%. 1987 betrug er 1,3%. Der Anteil der ungültigen Zweitstimmen hatte sich 1965 auf 2,4% vermindert und war ab 1972 unter 1% gefallen. Seit 1976 lag der Anteil bei 0,9%, wenn auch die absolute Zahl der ungültigen Stimmen 1987 gegenüber der Bundestagswahl 1972 zugenommen hatte. Bei der ersten gesamtdeut-

schen Bundestagswahl 1990 lag der Anteil der ungültigen Erststimmen bei 1,5% und war damit leicht angestiegen; er war aber dennoch wesentlich niedriger als vor 1972 mit wesentlich weniger Wählern. Das Gleiche galt für den Anteil der ungültigen Zweitstimmen mit 1,1%. 1994 betrug der Anteil der ungültigen Erststimmen 1,7%, von den Zweitstimmen waren 1,3% ungültig. Der Anteil der ungültigen Stimmen war damit 1994 im Vergleich zu 1990 sowohl für die Erst- als auch für die Zweitstimmen um 0,2 Prozentpunkte angestiegen. Bei der Bundestagswahl 1998 ging der Anteil der ungültigen Erststimmen geringfügig um 0,1% auf 1,6% zurück, wohingegen der Anteil der ungültigen Zweitstimmen konstant bei 1,3% blieb. Bei der Bundestagswahl 2002 ging sowohl der Anteil der ungültigen Erst- als auch der ungültigen Zweitstimmen um 0,1 Prozentpunkte zurück (siehe Tabelle 1).

Tabelle 1: Ungültige Stimmen bei den Bundestagswahlen

Wahljahr	Ungültige			
	Erststimmen		Zweitstimmen	
	Anzahl	%	Anzahl	%
1953 ¹⁾	959790	3,4	928278	3,3
1957	916680	3,0	1167466	3,8
1961	845158	2,6	1298723	4,0
1965	979158	2,9	795765	2,4
1969	809548	2,4	557040	1,7
1972	457810	1,2	301839	0,8
1976	470109	1,2	343253	0,9
1980	485645	1,3	353195	0,9
1983	434176	1,1	338841	0,9
1987	482481	1,3	357975	0,9
1990 ²⁾	720990	1,5	540143	1,1
1994 ²⁾	788643	1,7	632825	1,3
1998 ²⁾	780507	1,6	638575	1,3
2002 ²⁾	741037	1,5	586281	1,2

1) Ohne das Saarland. – 2) Nach dem Gebietsstand seit dem 3.10.1990.

Den höchsten Anteil ungültiger Stimmen hatte 2002 Mecklenburg-Vorpommern mit 2,5% bei den Erststimmen und 2,4% bei den Zweitstimmen zu verzeichnen. Dies war wohl darauf zurückzuführen, dass in Mecklenburg-Vorpommern gleichzeitig eine Landtagswahl durchgeführt wurde.

Aus welchem Grund Stimmen ungültig sind, ergibt sich aus der repräsentativen Wahlstatistik. Die Untersuchung der ungültigen Stimmen kann in diesem Beitrag nur in verkürzter Form vorgenommen werden. Dargestellt wird in Tabelle 2 lediglich die Zahl der Wähler nach Art der ungültigen Stimmen (drei Kombinationsgruppen) und Geschlecht.

Danach stimmten bei der Bundestagswahl 2002 rund 924 000 Wähler mit Erst- und Zweitstimme (350 000), nur mit der Erststimme (358 000) bzw. nur mit der Zweitstimme (216 000) ungültig. In allen drei Fällen waren – wie 1990 – die Frauen zahlenmäßig stärker vertreten.

Der Vergleich mit der Bundestagswahl 1990 zeigt nur marginale Differenzen: Damals stimmten rund 817 000 Wähler mit Erst- und Zweitstimme (357 000), nur mit der Erststimme (308 000) bzw. nur mit der Zweitstimme (152 000) ungültig.

Ohne ergänzende Motivforschung ist eine vertiefte Analyse der vorgenannten Ergebnisse kaum möglich. Hinweise kön-

Tabelle 2: Art der ungültigen Stimmen bei den Bundestagswahlen 1990 und 2002

Wähler nach Art der ungültigen Stimmen	Wahljahr ¹⁾	Insgesamt		Männer		Frauen	
		1 000	%	1 000	%	1 000	%
Ungültige Erst- und Zweitstimme							
Erst- und Zweitstimmenseite leer oder durchgestrichen	2002	161	17,4	77	19,4	84	16,0
	1990	176	21,5	78	23,3	98	20,2
Erststimmenseite leer oder durchgestrichen, Zweitstimmenseite mehrere Kreuze	2002	50	5,4	18	4,5	32	6,1
	1990	75	9,2	23	6,9	52	10,7
Zweitstimmenseite leer oder durchgestrichen, Erststimmenseite mehrere Kreuze	2002	40	4,3	14	3,5	26	5,0
	1990	50	6,1	18	5,3	32	6,6
Beide Seiten mehrere Kreuze	2002	71	7,7	34	8,6	37	7,0
	1990	40	4,9	17	5,1	23	4,7
Eine Seite leer oder durchgestrichen, auf der anderen Seite sonstige Ursachen	2002	4	0,5	2	0,5	2	0,4
	1990	3	0,4	1	0,4	2	0,4
Beide Seiten sonstige Ursachen	2002	23	2,5	13	3,1	11	2,1
	1990	14	1,7	7	2,0	7	1,5
Zusammen ...	2002	350	37,9	158	39,7	192	36,6
	1990	357	43,7	143	43,0	214	44,1
Ungültige Erst- und gültige Zweitstimme							
Erststimmenseite leer oder durchgestrichen	2002	329	35,6	149	37,4	180	34,2
	1990	280	34,2	121	36,3	159	32,8
Erststimmenseite mehrere Kreuze	2002	22	2,4	10	2,4	13	2,4
	1990	22	2,6	9	2,6	13	2,6
Sonstige Ursachen	2002	7	0,7	4	0,9	3	0,6
	1990	7	0,8	3	1,0	4	0,8
Zusammen ...	2002	358	38,7	163	40,7	195	37,2
	1990	308	37,7	133	39,8	175	36,2
Ungültige Zweit- und gültige Erststimme							
Zweitstimmenseite leer oder durchgestrichen ..	2002	183	19,8	65	16,2	119	22,6
	1990	131	16,0	49	14,7	82	16,9
Zweitstimmenseite mehrere Kreuze	2002	30	3,3	12	3,1	18	3,4
	1990	19	2,3	7	2,1	12	2,5
Sonstige Ursachen	2002	3	0,3	1	0,3	2	0,3
	1990	3	0,3	1	0,3	1	0,3
Zusammen ...	2002	216	23,4	78	19,6	138	26,3
	1990	152	18,6	57	17,2	95	19,7

1) 1990: ohne Stimmen der Briefwähler.

nen leicht spekulativen Charakter haben. So könnte es sich zum Beispiel bei den Wählern mit ungültiger Erst- und gültiger Zweitstimme in erster Linie um Anhänger von Parteien gehandelt haben, für die es zwar eine Landesliste, aber keinen Kreiswahlvorschlag gab. Weiter ist denkbar, dass es sich um Personen gehandelt haben könnte, die dem Wahlkreis kandidaten ihrer Partei keine Erfolgsaussichten eingeräumt haben.

Kennzeichnend für die Wahlberechtigten mit Briefwahlunterlagen war nicht nur die höhere Wahlbeteiligung, sondern – wie schon immer – auch der geringere Anteil der von ihnen abgegebenen ungültigen Erst- und Zweitstimmen.

Bei der Bundestagswahl 2002 lagen die Anteile der von den Briefwählern abgegebenen ungültigen Erst- und Zweitstimmen um 38 bzw. 54% niedriger als bei den Wählern ohne Wahlschein. Der Anteil der ungültigen Erststimmen betrug bei den Briefwählern 1,0% und bei den Wählern ohne Briefwähler 1,6%. Bei den ungültigen Zweitstimmen lagen die entsprechenden Anteile bei 0,6 und 1,3%. Gegenüber 1998 ist der Anteil der ungültigen Erststimmen bei den Briefwählern leicht (0,1 Prozentpunkte) gestiegen, bei den Wählern ohne Briefwähler leicht (0,1 Prozentpunkte) gesunken. Der Anteil der ungültigen Zweitstimmen ist bei den Briefwählern

gegenüber 1998 gleich geblieben, bei den Wählern ohne Briefwähler liegt er um 0,1 Prozentpunkte niedriger. Der Grund für die niedrigeren Anteilsätze der ungültigen Stimmen bei den Briefwählern dürfte insbesondere darin gelegen haben, dass sie in vertrauter Umgebung den Stimmzettel ausfüllen konnten und genügend Zeit für das Durchlesen der Hinweise besaßen.

6.3 Erst- und Zweitstimmen sowie Sitzverteilung

6.3.1 Erststimmen

Mit der Erststimme entscheidet sich der Wähler für einen Wahlkreis-(Direkt-)kandidaten. Gewählt ist, wer in seinem Wahlkreis die meisten gültigen Erststimmen erhält (relative Mehrheitswahl).

Die SPD hat bei der Wahl 2002 171 Wahlkreise gewonnen, auf die CDU entfielen 82 und auf die CSU 43 Wahlkreismandate. Die GRÜNEN errangen einen und die PDS erreichte zwei Wahlkreissitze (siehe Tabelle 3). Wie Tabelle 10 auf S. 882 zeigt, ging bei der Wahl 2002 in 19 Wahlkreisen die Erststimmenmehrheit von der SPD auf die CDU bzw. die CSU über. Von der SPD an die GRÜNEN wechselte ein Wahlkreis;

Tabelle 3: Wahlkreissitze bei den Bundestagswahlen nach der Parteizugehörigkeit der Gewählten

Wahljahr	Insgesamt	Davon nach der Parteizugehörigkeit der Gewählten						
		SPD	CDU	CSU	GRÜNE	FDP	PDS	Sonstige
1949	242	96	91	24	–	12	–	19 ¹⁾
1953	242	45	130	42	–	14	–	11 ²⁾
1957	247	46	147	47	–	1	–	6 ³⁾
1961	247	91	114	42	–	–	–	–
1965	248	94	118	36	–	–	–	–
1969	248	127	87	34	–	–	–	–
1972	248	152	65	31	–	–	–	–
1976	248	114	94	40	–	–	–	–
1980	248	127	81	40	–	–	–	–
1983	248	68	136	44	–	–	–	–
1987	248	79	124	45	–	–	–	–
1990	328	91	192	43	–	1	1	–
1994 ⁴⁾	328	103	177	44	–	–	4	–
1998 ⁴⁾	328	212	74	38	–	–	4	–
2002 ⁴⁾	299	171	82	43	1	–	2	–

1) Davon BP: 11; DP: 5; Wählergruppen: 3. – 2) Davon DP: 10; Zentrum: 1. – 3) DP. – 4) Nach dem Gebietsstand seit dem 3.10.1990.

drei Wahlkreise gingen von der CDU an die SPD. 1998 hatte die SPD 212, die CDU 74, die CSU 38 und die PDS vier Wahlkreissitze.

Die SPD gewann von ihren 171 Wahlkreisen 52 mit absoluter Mehrheit. Im Wahlkreis 117 (Duisburg II) errang sie mit 63,1% ihren höchsten Erststimmenanteil. 14 ihrer Wahlkreisgewinner hatten weniger als 40% der Wähler hinter sich. Mit nur 35% der gültigen Erststimmen siegte der SPD-Kandidat im Wahlkreis 164 (Chemnitz I). Insgesamt fielen 57,2% aller Wahlkreise an die SPD. In den Ländern Hamburg, Bremen, Saarland, Brandenburg und Sachsen-Anhalt gewann sie alle Wahlkreise. In Schleswig-Holstein und in Thüringen konnte die SPD alle bis auf einen Wahlkreis erringen; in Mecklenburg-Vorpommern waren zwei Direktkandidaten nicht erfolgreich.

Von ihren 82 Wahlkreisen hat die CDU sechzehn mit absoluter Mehrheit gewonnen. Im Wahlkreis 33 (Cloppenburg-Vechta) errang ihr Wahlkreisbewerber 62,2% der gültigen Erststimmen. In neun Wahlkreisen benötigten ihre Bewerber weniger als 40% der gültigen Erststimmen für den Gewinn des Wahlkreises. Im Wahlkreis 160 (Dresden I) genügte zur Erringung des Wahlkreissitzes bereits 33,8%. In Hamburg, Bremen, dem Saarland, Berlin, Brandenburg und Sachsen-Anhalt konnte die CDU keinen Wahlkreis gewinnen.

Die CSU errang von ihren 43 Wahlkreisen 35 mit absoluter Mehrheit. Im Wahlkreis 232 (Straubing) erreichte sie mit 74,6% ihren höchsten Erststimmenanteil. Im Wahlkreis 222 (München-West/Mitte) errang die CSU mit nur 44,3% das Direktmandat. Lediglich im Wahlkreis 219 (München-Nord) war der Bewerber der CSU nicht erfolgreich, sondern musste dem Bewerber der SPD den Vortritt lassen.

Die GRÜNEN erhielten erstmals einen Wahlkreissitz, und zwar mit 31,6% im Wahlkreis 84 (Berlin-Friedrichshain – Kreuzberg – Prenzlauer Berg-Ost).

Die PDS konnte bei der Bundestagswahl 2002 nur noch zwei Wahlkreise erringen, die beide in Berlin liegen. Im Wahlkreis 87 (Berlin-Lichtenberg) vereinigte sie 39,6% der gültigen Erststimmen auf sich. Im Wahlkreis 86 (Berlin-Marzahn –

Tabelle 4: Erststimmen für die Parteien 2002 nach Abstand des höchsten vom zweithöchsten Ergebnis in den Wahlkreisen Anzahl der Wahlkreise

Abstand des höchsten vom zweithöchsten Ergebnis der Erststimmen	Mehrheit der Erststimmen			
	insgesamt	SPD	CDU	CSU
Relativer Abstand von ... bis unter ... %				
unter 1	3	2	1	–
1 – 2	4	4	–	–
2 – 5	16	7	9	–
5 – 10	26 ¹⁾	8	13	4
10 – 15	37 ²⁾	22	13	1
15 – 20	29 ²⁾	13	13	2
20 – 30	52	38	13	1
30 – 40	52	34	15	3
40 – 50	37	27	3	7
50 – 60	24	15	2	7
60 – 70	16	1	–	15
70 und mehr	3	–	–	3
Insgesamt ...	299	171	82	43
Absoluter Abstand von ... bis unter ... Stimmen				
unter 1 000	6	5	1	–
1 000 – 2 000	8	4	4	–
2 000 – 5 000	22 ¹⁾	7	11	3
5 000 – 10 000	45 ²⁾	23	19	2
10 000 – 15 000	39 ²⁾	22	14	2
15 000 – 20 000	31	22	9	–
20 000 – 30 000	57	42	13	2
30 000 – 40 000	41	28	8	5
40 000 – 50 000	18	11	1	6
50 000 – 60 000	12	6	2	4
60 000 und mehr	20	1	–	19
Insgesamt ...	299	171	82	43

1) Darunter 1 GRÜNE. – 2) Darunter 1 PDS.

Hellersdorf) genügte der PDS-Direktkandidatin 37,7% für das Wahlkreismandat.

Für den Übergang des Wahlkreissitzes an eine andere Partei genügte oft wenige Stimmen, da es viele Wahlkreise gibt, in denen die Zahlen der Erststimmen für SPD und CDU bzw. CSU nicht weit voneinander entfernt liegen. In einem Wahlkreis war bei der Bundestagswahl 2002 die Zahl der Erststimmen für den Wahlkreissieger der CDU um weniger als 2% größer als die Zahl der Erststimmen für den unterlegenen Kandidaten der SPD. In sechs weiteren Wahlkreisen war die Zahl der Erststimmen der Wahlkreisgewinner der SPD um weniger als 2% größer als die Zahl der Erststimmen für die unterlegenen Kandidaten der CDU und CSU. Bis zu 5% machte der Vorsprung in zehn errungenen Wahlkreisen der CDU und CSU und 13 gewonnenen Wahlkreisen der SPD, bis zu 10% der Vorsprung von 27 Wahlkreissiegern der CDU und CSU und von 21 Wahlkreissiegern der SPD aus (siehe Tabelle 4). Geht man von den zuletzt genannten Zahlen aus, so würde in den 27 Wahlkreisen mit einem Stimmentvorsprung der CDU und CSU von weniger als 10% eine Abwanderung von bereits 5% der CDU- und CSU-Wähler zur SPD genügen, damit die CDU und CSU 27 Wahlkreise verliert und die SPD 27 Wahlkreise gewinnt. Das würde dazu führen, dass die SPD rund 66% aller Wahlkreisabgeordneten stellen würde. Ein entsprechender Stimmenumschwung in

den 21 Wahlkreisen mit einem Vorsprung der SPD von weniger als 10% würde dagegen für die SPD eine Reduzierung ihrer Wahlkreissitze von 171 auf 150 zur Folge haben.

Aus Tabelle 5 wird ersichtlich, dass 2002 in 36 Bundestagswahlkreisen der Abstand zwischen dem höchsten und dem zweithöchsten Erststimmenergebnis bei weniger als 5 000 Stimmen lag. In 172 Wahlkreisen betrug der Abstand zwischen 5 000 und 30 000 Stimmen, bei 91 Wahlkreisen lag er über 30 000 Stimmen.

Tabelle 5: Die 36 Bundestagswahlkreise 2002 mit einem Abstand des höchsten vom zweithöchsten Erststimmenergebnis bis unter 5 000 Stimmen

Nr.	Name/Land	Partei mit dem		Abstand zwischen den Ergebnissen	
		höchsten	zweit-höchsten	Anzahl	% ¹⁾
002	Nordfriesland – Dithmarschen-Nord (SH)	CDU	SPD	331	0,5
219	München-Nord (BY)	SPD	CSU	348	0,5
184	Frankfurt am Main II (HE)	SPD	CDU	408	0,7
078	Berlin-Reinickendorf (BE)	SPD	CDU	635	1,0
186	Offenbach (HE)	SPD	CDU	766	1,0
105	Mettmann I (NW)	SPD	CDU	861	1,2
016	Greifswald – Demmin – Ostvorpommern (MV)	CDU	SPD	1136	2,1
200	Neuwied (RP)	SPD	CDU	1160	1,4
168	Vogtland – Plauen (SN)	CDU	SPD	1344	2,4
074	Burgenland (ST)	SPD	CDU	1464	2,8
202	Koblenz (RP)	CDU	SPD	1564	2,3
130	Münster (NW)	SPD	CDU	1649	2,4
110	Mönchengladbach (NW)	CDU	SPD	1779	2,8
109	Neuss I (NW)	SPD	CDU	1919	2,6
082	Berlin-Tempelhof – Schöneberg (BE)	SPD	CDU	2119	3,1
211	Neustadt – Speyer (RP)	CDU	SPD	2203	2,9
149	Siegen-Wittgenstein (NW)	SPD	CDU	2286	3,0
111	Krefeld I – Neuss II (NW)	CDU	SPD	2418	3,4
147	Soest (NW)	CDU	SPD	2427	3,0
189	Bergstraße (HE)	SPD	CDU	2856	4,1
100	Oberbergischer Kreis (NW)	CDU	SPD	2945	3,9
267	Neckar-Zaber (BW)	CDU	SPD	3147	4,1
206	Trier (RP)	SPD	CDU	3311	5,3
091	Düren (NW)	SPD	CDU	3377	4,8
084	Berlin-Friedrichshain – Kreuzberg (BE)	GRÜNE	SPD	3804	7,7
038	Osnabrück-Land (NI)	CDU	SPD	3869	5,5
003	Steinburg – Dithmarschen-Süd (SH)	SPD	CDU	3870	6,1
160	Dresden I (SN)	CDU	SPD	4133	7,5
265	Waiblingen (BW)	CDU	SPD	4325	5,5
080	Berlin-Steglitz – Zehlendorf (BE)	SPD	CDU	4330	5,9
291	Tübingen (BW)	CDU	SPD	4371	6,9
262	Esslingen (BW)	CDU	SPD	4460	7,4
213	Pirmasens (RP)	CDU	SPD	4661	7,2
221	München-Süd (BY)	CSU	SPD	4722	6,6
245	Nürnberg-Nord (BY)	CSU	SPD	4817	7,5
239	Coburg (BY)	CSU	SPD	4853	7,6

1) Anteil an den gültigen Erststimmen im Wahlkreis insgesamt.

6.3.2 Zweitstimmen und Sitzverteilung

6.3.2.1 Zweitstimmen nach Parteien und Ländern

Bei der Bundestagswahl 2002 wurden 47 996 480 gültige Zweitstimmen abgegeben (bei der Bundestagswahl 1998 waren es 49 308 512). Davon erhielten:

	Anzahl	%
SPD	18 488 668	38,5
CDU	14 167 561	29,5
CSU	4 315 080	9,0
GRÜNE	4 110 355	8,6
FDP	3 538 815	7,4
PDS	1 916 702	4,0

Die restlichen 1 459 299 (2,8%) gültigen Zweitstimmen (bei der Bundestagswahl 1998 gab es 2 899 822 bzw. 5,9% „restliche“ gültige Zweitstimmen) verteilen sich auf die folgenden Parteien:

	Anzahl	%
REP	280 671	0,6
GRAUE	114 224	0,2
Die Tierschutzpartei	159 655	0,3
NPD	215 232	0,4
ödp	56 898	0,1
PBC	101 645	0,2
DIE FRAUEN	36 832	0,1
BP	9 379	0,0
FAMILIE	30 045	0,1
CM	15 440	0,0
BüSo	16 958	0,0
HP	2 485	0,0
Alternative spirituelle Politik im neuen Zeitalter – Die Violetten	2 412	0,0
AUFBRUCH	4 697	0,0
ZENTRUM	3 127	0,0
KPD	1 624	0,0
PRG	7 499	0,0
Schill	400 476	0,8

Die SPD, die 38,5% aller gültigen Zweitstimmen im Wahlgebiet erzielte, ist bei den Zweitstimmen wie bei der Bundestagswahl 1998 stärkste Partei. Im Vergleich zur Bundestagswahl 1998, bei der ihr Zweitstimmenanteil 40,9% betragen hatte, verlor sie 2,4 Prozentpunkte.

Stimmengewinnen von 2,9 bis 6,4% der SPD in den neuen Ländern standen – verglichen mit der Bundestagswahl 1998 – Stimmenverluste von 1,2 bis 8,3 Prozentpunkten in den übrigen 11 Bundesländern gegenüber. Die höchsten Stimmengewinne erzielte die SPD in Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen und Sachsen-Anhalt. Die SPD ist außer in Sachsen, Rheinland-Pfalz, Bayern und Baden-Württemberg in allen Ländern stärkste Partei geworden.

Die CDU erreichte einen Zweitstimmenanteil von 29,5%. Sie gewann gegenüber der Bundestagswahl 1998 1,1 Prozentpunkte hinzu. Lediglich in den Ländern Bremen (0,8 Prozentpunkte) und Hamburg (1,9 Prozentpunkte) musste die CDU Verluste hinnehmen. In allen anderen Bundesländern erzielte sie Gewinne zwischen 0,3 Prozentpunkten in Schleswig-Holstein und 5,0 Prozentpunkten in Baden-Württemberg. Die zweithöchsten Gewinne konnte die CDU mit 3,2 Prozentpunkten im Saarland verbuchen.

Auch für die CSU ergab sich bei der Bundestagswahl 2002 eine Zunahme des Zweitstimmenanteils, und zwar von 47,7% (1998) auf 58,6% der in Bayern abgegebenen Zweitstimmen.

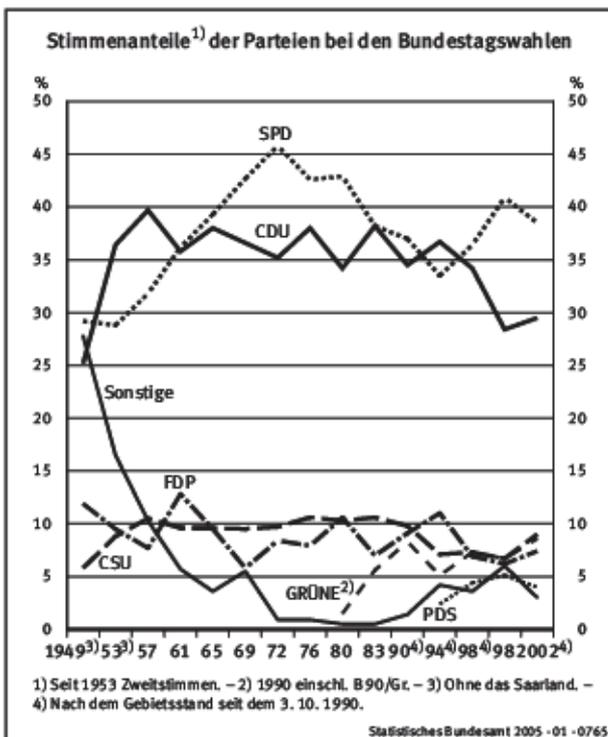
Die GRÜNEN erhielten 8,6% der Zweitstimmen und hatten damit einen Gewinn von 1,9 Prozentpunkten gegenüber der Bundestagswahl 1998 zu verzeichnen. Sie erzielten in allen Bundesländern Stimmengewinne, und zwar zwischen 0,1

Prozentpunkten in Sachsen-Anhalt und 5,4 Prozentpunkten in Hamburg.

Die FDP erreichte 7,4% der Zweitstimmen und damit 1,2 Prozentpunkte mehr als bei der Bundestagswahl 1998. Sie gewann in allen Ländern – außer in Bayern und Baden-Württemberg, wo sie Verluste von 0,6 bzw. 1,0 Prozentpunkten aufzuweisen hatte – Zweitstimmenanteile zwischen 0,3 Prozentpunkten in Hamburg und Hessen und 3,7 Prozentpunkten in Sachsen hinzu. Die höchsten Zugewinne konnte die FDP in den neuen Bundesländern erzielen.

Die PDS schaffte es bei der Bundestagswahl 2002 mit 4,0% der Zweitstimmen nicht, die so genannte 5%-Hürde zu überspringen. Sie gewann lediglich zwei Wahlkreismandate und konnte damit auch nicht durch den Gewinn von mindestens drei Wahlkreismandaten an der Sitzverteilung nach Zweitstimmen teilnehmen.

Schaubild 1



Fasst man die Zweitstimmen für die Parteien der gegenwärtigen Regierungskoalition (SPD und GRÜNE) zusammen, ergeben sich für die Koalition 47,1% und für die Opposition (CDU, CSU und FDP) 45,9%, also ein Unterschied von 1,2 Prozentpunkten. Bei der Bundestagswahl 1998 hatte die Differenz zwischen der damaligen Koalition (SPD und GRÜNE) und Opposition (CDU, CSU, FDP und PDS) 1,2 Prozentpunkte betragen. Alle übrigen Parteien konnten bei der Bundestagswahl 2002 zusammen 7,0% der Zweitstimmen auf sich vereinen.

6.3.2.2 Vergleich der Zweitstimmen früheres Bundesgebiet – neue Länder und Berlin-Ost

Betrachtet man das frühere Bundesgebiet sowie die neuen Länder und Berlin-Ost getrennt, so sind hinsichtlich des

Tabelle 6: Stimmabgabe bei den Bundestagswahlen 1998 und 2002 und der jeweils letzten Landtagswahl nach Ländern Prozent

Bundestagswahl ¹⁾ (BW) Landtagswahl (LW)	Anteil an Stimmen					
	SPD	CDU/ CSU ²⁾	GRÜNE	FDP	PDS	Sonstige
Schleswig-Holstein						
BW 1998	45,4	35,7	6,5	7,6	1,5	3,3
BW 2002	42,9	36,0	9,4	8,0	1,3	2,4
LW 2005 ³⁾	38,7	40,2	6,2	6,6	0,8	7,5
Mecklenburg-Vorpommern						
BW 1998	35,3	29,3	2,9	2,2	23,6	6,6
LW 2002 ¹⁾	40,6	31,4	2,6	4,7	16,4	4,3
BW 2002	41,7	30,3	3,5	5,4	16,3	2,8
Hamburg						
BW 1998	45,7	30,0	10,8	6,5	2,3	4,7
BW 2002	42,0	28,1	16,2	6,8	2,1	4,8
LW 2004	30,5	47,2	12,3 ³⁾	2,8	-	7,1
Niedersachsen						
BW 1998	49,4	34,1	5,9	6,4	1,0	3,2
BW 2002	47,8	34,5	7,3	7,1	1,0	2,2
LW 2003 ³⁾	33,4	48,3	7,6	8,1	0,5	2,0
Bremen						
BW 1998	50,2	25,4	11,3	5,9	2,4	4,7
BW 2002	48,6	24,6	15,0	6,7	2,2	2,9
LW 2003	42,3	29,8	12,8	4,2	1,7	9,2
Brandenburg						
BW 1998	43,5	20,8	3,6	2,8	20,3	8,9
BW 2002	46,4	22,3	4,5	5,8	17,2	3,8
LW 2004 ⁴⁾	31,9	19,4	3,6 ⁶⁾	3,3	28,0	13,8
Sachsen-Anhalt						
BW 1998	38,1	27,2	3,3	4,1	20,7	6,6
LW 2002 ¹⁾	20,0	37,3	2,0	13,3	20,4	7,1
BW 2002	43,2	29,0	3,4	7,6	14,4	2,4
Berlin						
BW 1998	37,8	23,7	11,3	4,9	13,4	8,8
LW 2001 ¹⁾	29,7	23,8	9,1	9,9	22,6	5,0
BW 2002	36,6	25,9	14,6	6,6	11,4	4,9
Nordrhein-Westfalen						
BW 1998	46,9	33,8	6,9	7,3	1,2	4,0
BW 2002	43,0	35,1	8,9	9,3	1,2	2,5
LW 2005	37,1	44,8	6,2	6,2	0,9	4,8
Sachsen						
BW 1998	29,1	32,7	4,4	3,6	20,0	10,2
BW 2002	33,3	33,6	4,6	7,3	16,2	5,1
LW 2004 ⁴⁾	9,8	41,1	5,1	5,9	23,6	14,5
Hessen						
BW 1998	41,6	34,7	8,2	7,9	1,5	6,2
BW 2002	39,7	37,1	10,7	8,2	1,3	2,9
LW 2003 ³⁾	29,1	48,8	10,1	7,9	-	4,1
Thüringen						
BW 1998	34,5	28,9	3,9	3,4	21,2	8,1
BW 2002	39,9	29,4	4,3	5,9	17,0	3,6
LW 2004 ¹⁾	14,5	48,0	4,5	3,6	26,1	8,3
Rheinland-Pfalz						
BW 1998	41,3	39,1	6,1	7,1	1,0	5,4
LW 2001 ¹⁾	44,7	35,3	5,2	7,8	-	6,9
BW 2002	38,2	40,2	7,9	9,3	1,0	3,3
Bayern						
BW 1998	34,4	47,7	5,9	5,1	0,7	6,2
BW 2002	26,1	58,6	7,6	4,5	0,7	2,4
LW 2003 ⁵⁾	19,6	60,7	7,7	2,6	-	9,4
Baden-Württemberg						
BW 1998	35,6	37,8	9,2	8,8	1,0	7,6
LW 2001	33,3	44,8	7,7	8,1 ⁶⁾	-	6,1
BW 2002	33,5	42,8	11,4	7,8	0,9	3,6
Saarland						
BW 1998	52,4	31,8	5,5	4,7	1,0	4,5
BW 2002	46,0	35,0	7,6	6,4	1,4	3,7
LW 2004	30,8	47,5	5,6	5,2	-	10,9
Deutschland						
BW 2002	38,5	38,5 ⁷⁾	8,6	7,4	4,0	3,0

1) Zweitstimmen. – 2) CSU nur in Bayern. – 3) GRÜNE/GAL. – 4) GRÜNE/B90. – 5) Gesamtstimmen. – 6) FDP/DVP. – 7) Davon CSU 9,0%.

Tabelle 7: Wahlbeteiligung und Zweitstimmenanteil bei den Bundestagswahlen 2002 und 1998

Wahlbeteiligung Zweitstimmenanteile der Parteien	2002	1998	Veränderung 2002 gegenüber 1998 Prozent- punkte
	%		
Deutschland			
Wahlbeteiligung	791	822	-3,1
CDU/CSU	385	351	+3,4
CDU ¹⁾	349	331	+1,8
CSU ²⁾	586	477	+10,9
SPD	385	409	-2,4
GRÜNE	86	67	+1,9
FDP	74	62	+1,2
PDS	40	51	-1,1
Sonstige	30	59	-2,9
Früheres Bundesgebiet			
Wahlbeteiligung	806	828	-2,2
CDU/CSU	408	370	+3,8
CDU ¹⁾	367	347	+2,0
CSU ²⁾	586	477	+10,9
SPD	383	423	-4,0
GRÜNE	94	73	+2,1
FDP	76	70	+0,6
PDS	11	12	-0,1
Sonstige	28	52	-2,4
Neue Länder und Berlin-Ost			
Wahlbeteiligung	728	800	-7,2
CDU	283	273	+1,0
SPD	397	351	+4,6
GRÜNE	47	41	+0,6
FDP	64	33	+3,1
PDS	169	216	-4,7
Sonstige	40	86	-4,6

1) Ohne Bayern, -2) Bayern.

Wahlerfolges der Parteien teilweise erhebliche Unterschiede festzustellen (siehe Tabelle 7).

Die SPD, die hohe Stimmenverluste in den alten Bundesländern einschließlich Berlin-West zu verzeichnen hatte, konnte dort 38,3% der gültigen Zweitstimmen auf sich vereinen. In den neuen Bundesländern einschließlich Berlin-Ost kam sie auf 39,7% der Stimmen und wies damit eine gewisse Angleichung des Wählerverhaltens in Ost und West auf.

Die CDU errang in den alten Bundesländern einschließlich Berlin-West 36,7% und in den neuen Bundesländern einschließlich Berlin-Ost 28,3% der Zweitstimmen. Auch die GRÜNEN fanden bei den Wählern im früheren Bundesgebiet mehr Rückhalt als bei den Wählern in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Sie erzielten in den alten Bundesländern einschließlich Berlin-West 9,4% und in den neuen Bundesländern einschließlich Berlin-Ost nur 4,7%. Der Zweitstimmenanteil der FDP lag im früheren Bundesgebiet bei 7,6%, in den neuen Ländern und Berlin-Ost bei 6,4%.

Am auffallendsten ist das unterschiedliche Abschneiden der PDS. Die PDS erwies sich wieder als Partei mit regionalem Schwerpunkt in den neuen Bundesländern einschließlich Berlin-Ost. Mit einem Zweitstimmenanteil von 16,9% konnte sie in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost nach der SPD und der CDU den dritten Platz belegen.

Im übrigen Bundesgebiet erreichte sie hingegen nur einen Zweitstimmenanteil von 1,1%.

Bei der Bundestagswahl 2002 ergaben sich umfangreiche Veränderungen der Parteienstärke im früheren Bundesgebiet wie auch in den neuen Ländern und Berlin-Ost.

In den alten Bundesländern einschließlich Berlin-West stellte sich die Entwicklung der Zweitstimmen wie folgt dar:

Während die SPD 1998 noch 42,3% der Zweitstimmen auf sich vereinen konnte, erreichte sie 2002 38,3% der Stimmen, sodass ein Verlust von 4,0 Prozentpunkten zu verzeichnen ist. Die FDP konnte geringfügige Gewinne in Höhe von 0,6 Prozentpunkten (7,6% 2002 gegenüber 7,0% bei der vorangegangenen Bundestagswahl) erzielen. Sieger der Wahl 1998 waren hier die GRÜNEN und die CDU, die ihren Zweitstimmenanteil um 2,1 Prozentpunkte von 7,3 auf 9,4% bzw. um 2,0 Prozentpunkte von 34,7 auf 36,7% steigern konnten.

In den neuen Ländern und Berlin-Ost war die SPD die eindeutige Wahlsiegerin. 2002 erhielt sie 39,7% und 1998 35,1% der Stimmen, was einen Gewinn von 4,6 Prozentpunkten bedeutet. Die FDP konnte Gewinne in Höhe von 3,1 Prozentpunkten für sich verbuchen (Zweitstimmenanteil 1998: 3,3% und 2002: 6,4%).

Die PDS musste dagegen mit einem Zweitstimmenanteil von 16,9% 2002 gegenüber 21,6% bei der Bundestagswahl 1998 einen Stimmenverlust von 4,7 Prozentpunkten hinnehmen.

6.3.2.3 Sitzverteilung nach Parteien und Ländern

Die Zahl der Sitze einer Partei im Deutschen Bundestag richtet sich, wie bereits ausgeführt, grundsätzlich nach den für die Gesamtheit ihrer Landeslisten abgegebenen Zweitstimmen. Die einzelnen Landeslisten einer Partei gelten als verbunden (§7 BWG), soweit nicht erklärt wird, dass eine oder mehrere beteiligte Landeslisten von der Listenverbindung ausgeschlossen sein sollen. Es werden jedoch nur die Zweitstimmen derjenigen Parteien berücksichtigt, die im Wahlgebiet mindestens 5% der gültigen Zweitstimmen erhalten oder mindestens drei Wahlkreissitze errungen haben („Sperrklauseln“).

Die Zahl der erfolgreichen Wahlkreisbewerber einer Partei, die diese Voraussetzungen nicht erfüllt, ist von der Gesamtzahl der Abgeordneten nach § 1 Abs. 1 Satz 3 BWG abzuziehen. Daher werden zunächst die zwei erfolgreichen Wahlkreisbewerber der PDS von der Gesamtzahl der Abgeordneten (598) abgezogen, da diese Partei weder mindestens 5% der abgegebenen Zweitstimmen erhalten noch in mindestens drei Wahlkreisen einen Sitz errungen hat.

Infolgedessen kamen für die Sitzverteilung nur SPD, CDU, CSU, GRÜNE und FDP in Betracht.

Föderalistischen Prinzipien folgend, geht das Bundeswahlgesetz von der Sitzverteilung auf die einzelnen Parteien aus und verteilt diese entsprechend der Zahl der Zweitstimmen in den Ländern auf die Landeslisten der Parteien. Dabei fin-

Übersicht: Verteilung der Sitze auf die Parteien bei der Bundestagswahl 2002

Partei	Sitze insgesamt	Zweitstimmen nach Parteien	Zweitstimmen insgesamt	Ganzzahliger Anteil	„Reste“	Sitze nach dem größten Rest	Sitze insgesamt
SPD		18488668		246	,955	+1	247
CDU		14167561		189	,237		189
CSU	596 x	4315080	: 44 620 479	57	,637	+1	58
GRÜNE		4110355		54	,902	+1	55
FDP		3538815		47	,268		47
		<u>44620479</u>		<u>598</u>		<u>+3</u>	<u>596</u>

det das Berechnungssystem nach Niemeyer Anwendung. Die Sitzverteilung wurde vom Bundeswahlleiter in folgenden drei Stufen vorgenommen:

1. Verteilung der 596 Sitze auf die SPD, CDU, CSU, GRÜNE und FDP nach dem Ergebnis der für sie im gesamten Wahlgebiet abgegebenen Zweitstimmen unter Anwendung des oben genannten Verfahrens. Bei dieser Verteilung ergaben sich für die

- SPD 247 Sitze
- CDU 189 Sitze
- CSU 58 Sitze
- GRÜNE 55 Sitze
- FDP 47 Sitze

2. Verteilung der von jeder vorstehend aufgeführten Partei gewonnenen Sitze auf deren Landeslisten nach dem Verhältnis der Zweitstimmen für deren einzelne Landeslisten, wiederum nach dem Verfahren Niemeyer, also zum Beispiel Verteilung der 247 Sitze der SPD auf die Landeslisten der SPD in Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen usw.

3. Abzug der von jeder Partei in den einzelnen Ländern gewonnenen Wahlkreissitze (Direktmandate) von den Sitzen, die ihr in dem betreffenden Land nach der in Ziffer 2 geschilderten Berechnung zustanden. Die verbleibenden Sitze waren aus den Landeslisten der Parteien in der Reihenfolge der nicht direkt gewählten Bewerber auf der jeweiligen Landesliste zu besetzen. Zuvor waren auf den Landeslisten diejenigen Bewerber zu streichen, die auch in einem Wahlkreis kandidiert hatten und über eine Erststimmengleichheit in ihrem Wahlkreis ein Bundestagsmandat erreicht hatten.

Dieses Verfahren kann dazu führen, dass eine Partei in einem Land mehr Wahlkreisabgeordnete erhält, als ihr in diesem Land nach dem Zweitstimmenergebnis zustehen. Tritt ein solcher Fall ein, ziehen alle im Wahlkreis Gewählten in den Deutschen Bundestag ein. Die Folge ist, dass sich die Gesamtzahl der Abgeordneten des Deutschen Bundestages durch so genannte „Überhangmandate“ erhöht. Fünf solcher Überhangmandate gab es bei der Bundestagswahl 2002 (Einzelheiten siehe unter Abschnitt 6.3.3, Überhangmandate bei der Bundestagswahl 2002 auf S. 880 ff.).

Die Verteilung der Wahlkreis- und Landeslistensitze geht aus Tabelle 8 hervor. Sie zeigt, dass bei der Bundestagswahl 2002 die SPD 171 Wahlkreissitze und die CDU und

CSU 125 Wahlkreissitze errangen. Gleichzeitig erlangte die SPD 80 Landeslistenplätze. Die CDU und CSU konnten dagegen 123 Landeslistensitze auf sich vereinen.

Wie sich bei einer Bundestagswahl die Sitze einer Partei auf Wahlkreissitze und Landeslistensitze verteilen, hängt von der Zahl der je Land gewonnenen Wahlkreissitze (Direktmandate) ab. Deshalb kann es vorkommen, dass Landeslistenbewerber, deren Plätze im Vorfeld der Wahl durchaus erfolgreich waren, nicht mehr zum Zuge kommen, wenn nach Abzug der gewonnenen Wahlkreissitze von den der

Schaubild 2

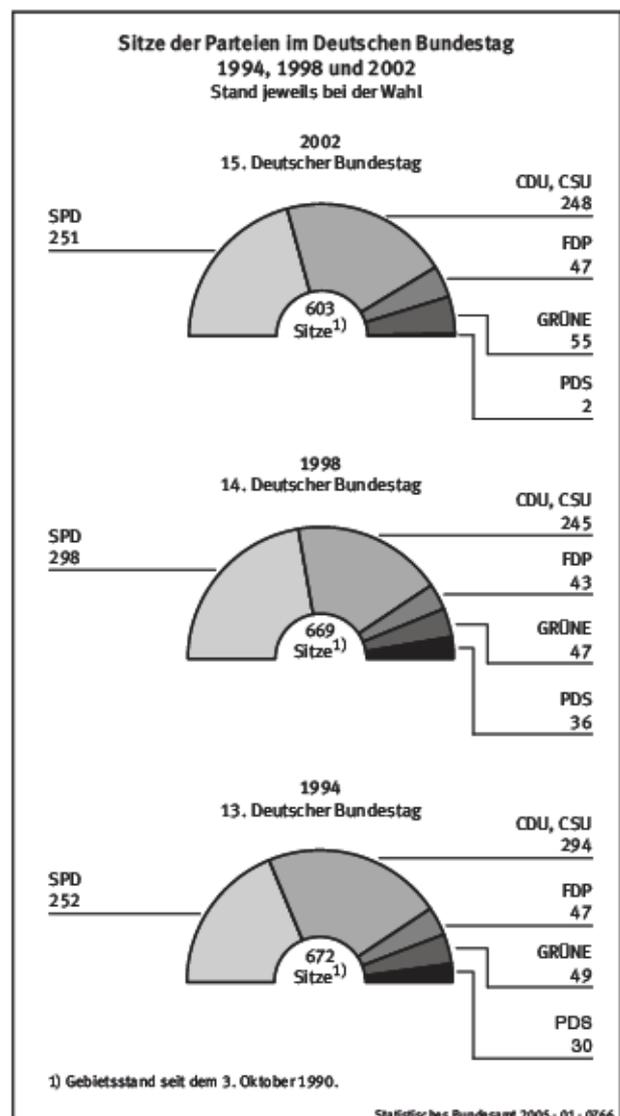


Tabelle 8: Sitzverteilung bei den Bundestagswahlen 2002 und 1998 nach Ländern

Wahljahr — Sitze	Deutsch- land	Schles- wig- Hol- stein	Meck- lenburg- Vor- pom- mern	Hamb- urg	Nieder- sachsen	Bremen	Bran- den- burg	Sach- sen- Anhalt	Berlin	Nord- rhein- West- falen	Sachsen	Hessen	Thürin- gen	Rhein- land- Pfalz	Bayern	Baden- Würt- temberg	Saar- land
SPD																	
2002	251	10	5	6	31	2	10	10	9	60	12	18	9	12	26	27	4
Wahlkreis	171	10	5	6	25	2	10	10	9	45	4	17	9	7	1	7	4
Landesliste	80	—	—	—	6	—	—	—	—	15	8	1	—	5	25	20	—
1998	298	11	7	7	35	3	12	13	10	72	12	21	11	15	34	30	5
CDU																	
2002	190	8	4	4	22	1	4	6	6	49	13	17	6	13	—	34	3
Wahlkreis	82	1	2	—	4	—	—	—	—	19	13	4	1	8	—	30	—
Landesliste	108	7	2	4	18	1	4	6	6	30	—	13	5	5	—	4	3
1998	198	9	4	4	24	1	5	6	7	52	13	17	7	14	—	32	3
CSU																	
2002	58	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	58	—	—
Wahlkreis	43	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	43	—	—
Landesliste	15	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15	—	—
1998	47	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	47	—	—
GRÜNE																	
2002	55	2	—	2	5	1	1	1	4	12	2	5	1	2	7	9	1
Wahlkreis	1	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Landesliste	54	2	—	2	5	1	1	1	3	12	2	5	1	2	7	9	1
1998	47	2	—	1	4	1	1	1	3	11	2	4	1	2	6	8	—
FDP																	
2002	47	2	1	1	5	—	1	1	2	13	2	4	1	3	4	6	1
Wahlkreis	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Landesliste	47	2	1	1	5	—	1	1	2	13	2	4	1	3	4	6	1
1998	43	2	—	1	4	—	1	1	1	11	2	4	1	3	5	7	—
PDS																	
2002	2	—	—	—	—	—	—	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—
Wahlkreis	2	—	—	—	—	—	—	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—
Landesliste	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1998	36	—	4	—	1	—	4	5	4	2	8	1	5	—	1	1	—
Insgesamt																	
2002	603 ¹⁾	22	10	13	63	4	16	18	23	134	29	44	17	30	95	76	9
Wahlkreis	299	11	7	6	29	2	10	10	12	64	17	21	10	15	44	37	4
Landesliste	304	11	3	7	34	2	6	8	11	70	12	23	7	15	51	39	5
1998	669 ²⁾	24	15	13	68	5	23	26	25	148	37	47	25	34	93	78	8

1) Einschl. 5 Überhangmandaten: 4 für die SPD (1 in Hamburg, 2 in Sachsen-Anhalt, 1 in Thüringen), 1 für die CDU in Sachsen. – 2) Einschl. 13 Überhangmandaten für die SPD (1 in Hamburg, 2 in Mecklenburg-Vorpommern, 3 in Brandenburg, 4 in Sachsen-Anhalt und 3 in Thüringen).

Partei im Land insgesamt zustehenden Sitzen ein zu kleiner oder gar kein Rest verbleibt. So kann bei einer Partei ein unerwarteter Wahlkreissieg die Aussichten eines Landeslistenbewerbers dieser Partei zunichte machen. Umgekehrt können aber auch bei geringeren Wahlkreiserfolgen einer Partei mehr Landeslistenbewerber dieser Partei zum Zuge kommen als vorher angenommen.

Von den bei der Bundestagswahl am 22. September 2002 gewählten 603 Abgeordneten waren 194 Frauen. Sie gehören folgenden Parteien an: SPD 95, CDU 43, CSU 12, GRÜNE 32, FDP 10 und PDS 2. Der Anteil der weiblichen Bundestagsabgeordneten lag bei den Wahlen bis 1983 unter 10%. Dieser Anteil ist seit der Bundestagswahl 1972 kontinuierlich von 5,8 auf 9,8% im Jahr 1983 angestiegen. Er erreichte 1987 15,4%, stieg 1990 auf 20,5%, bei der Bundestagswahl 1994 auf 26,3%, bei der Bundestagswahl 1998 auf

30,8% und erreichte bei der Bundestagswahl 2002 mit 32,2% den bisher höchsten Stand. Gemessen an der Zahl der wahlberechtigten Frauen sind die weiblichen Abgeordneten jedoch im Deutschen Bundestag nach wie vor unterrepräsentiert.

Untersucht man die Altersstruktur der bei der Bundestagswahl 2002 gewählten Abgeordneten, so zeigt sich, dass die unter 40-Jährigen und die über 65-Jährigen am geringsten vertreten sind. Die meisten Abgeordneten (61,5%) stellt die Gruppe der 45- bis 59-Jährigen (siehe Tabelle 9). Die jüngste Abgeordnete (19 Jahre) war Mitglied der GRÜNEN und der mit 70 Jahren älteste Abgeordnete im 15. Deutschen Bundestag gehörte der SPD an.

Das Durchschnittsalter der 603 Abgeordneten betrug Ende 2002 49,3 Jahre, und zwar im Einzelnen bei der SPD 50,7,

Tabelle 9: Abgeordnete im 15. Deutschen Bundestag nach Alter, Geschlecht und Partei

Abgeordnete	Insgesamt	Alter Ende 2002 von ... bis ... Jahre									
		unter 30	30 – 34	35 – 39	40 – 44	45 – 49	50 – 54	55 – 59	60 – 64	65 – 69	70 und mehr
SPD											
Abgeordnete	251	5	11	18	21	38	60	71	24	2	1
Anteile in %	100	2,0	4,4	7,2	8,4	15,1	23,9	28,3	9,6	0,8	0,4
Männer	156	4	7	10	13	16	38	47	19	1	1
Frauen	95	1	4	8	8	22	22	24	5	1	0
CDU											
Abgeordnete	190	7	7	21	25	24	55	30	19	2	0
Anteile in %	100	3,7	3,7	11,1	13,2	12,6	28,9	15,8	10,0	1,1	0,0
Männer	147	4	5	12	22	17	42	26	17	2	0
Frauen	43	3	2	9	3	7	13	4	2	0	0
CSU											
Abgeordnete	58	5	6	1	2	14	8	11	11	0	0
Anteile in %	100	8,6	10,3	1,7	3,4	24,1	13,8	19,0	19,0	0,0	0,0
Männer	46	3	6	0	2	8	6	11	10	0	0
Frauen	12	2	0	1	0	6	2	0	1	0	0
GRÜNE											
Abgeordnete	55	3	4	7	8	13	15	3	2	0	0
Anteile in %	100	5,5	7,3	12,7	14,5	23,6	27,3	5,5	3,6	0,0	0,0
Männer	23	1	1	2	5	3	8	2	1	0	0
Frauen	32	2	3	5	3	10	7	1	1	0	0
FDP											
Abgeordnete	47	1	1	3	5	7	14	8	8	0	0
Anteile in %	100	2,1	2,1	6,4	10,6	14,9	29,8	17,0	17,0	0,0	0,0
Männer	37	1	1	2	4	5	9	8	7	0	0
Frauen	10	0	0	1	1	2	5	0	1	0	0
PDS											
Abgeordnete	2	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0
Anteile in %	100	0,0	0,0	50,0	50,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Männer	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Frauen	2	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0
Insgesamt											
Abgeordnete	603	21	29	51	62	96	152	123	64	4	1
Anteile in %	100	3,5	4,8	8,5	10,3	15,9	25,2	20,4	10,6	0,7	0,2
Männer	409	13	20	26	46	49	103	94	54	3	1
Frauen	194	8	9	25	16	47	49	29	10	1	0

bei der CDU 48,6, bei der CSU 48,7, bei der FDP 50,6 und bei den GRÜNEN 45,1 Jahre. Die PDS stellte mit einem Durchschnittsalter von 40,0 Jahren die mit Abstand jüngsten Abgeordneten im 15. Deutschen Bundestag.

6.3.3 Überhangmandate bei der Bundestagswahl 2002

Nach den §§ 6 Abs. 5 und 7 Abs. 3 Satz 2 BWG verbleiben einer Partei in den Wahlkreisen errungene Sitze auch dann, wenn sie die Zahl der in dem betreffenden Land von der Partei gewonnenen Listenmandate übersteigen. Die Differenz zwischen gewonnenen Wahlkreis- und Landeslistensitzen bestimmt die Anzahl der von der Partei in dem betreffenden Land gewonnenen Überhangmandate. Bei der Bundestagswahl 2002 sind insgesamt 5 Überhangmandate angefallen, wobei eines der CDU und vier der SPD zufielen. Die Gesamtzahl der Sitze im Deutschen Bundestag erhöhte sich dementsprechend auf 603 (siehe auch Abschnitt 6.3.2.3, Sitzverteilung nach Parteien und Ländern).

Bei der Verteilung der 247 Sitze der SPD auf ihre Landeslisten ergab sich, dass sie nach ihren Zweitstimmenergebnissen

- in Hamburg fünf Sitze errang, aber alle sechs Wahlkreissitze gewonnen hatte (ein Überhangmandat),

- in Sachsen-Anhalt acht Sitze erreichte, jedoch sämtliche 10 Wahlkreissitze gewonnen hatte (zwei Überhangmandate) und
- in Thüringen ebenfalls acht Sitze gewann, allerdings neun Wahlkreissitze errungen hatte (ein Überhangmandat).

Bei der Verteilung der 189 Sitze der CDU auf ihre Landeslisten ergab sich, dass sie nach ihren Zweitstimmenergebnissen

- in Sachsen Anspruch auf 12 Sitze hatte, jedoch 13 Wahlkreissitze gewonnen hatte (1 Überhangmandat).

Damit erhöhte sich die Gesamtzahl der von der SPD gewonnenen Sitze von 247 auf 251 und die Gesamtzahl der von der CDU erreichten Sitze von 189 auf 190. Die Gesamtzahl der Sitze im Deutschen Bundestag erhöhte sich von 598 auf 603. Bei den Bundestagswahlen sind seit 1949 die in der nebenstehenden Übersicht dargestellten Überhangmandate entstanden.

Die Gründe für die Anzahl von Überhangmandaten (5) bei der Bundestagswahl 2002 (1998: 13) sind vielfältig, wobei keine Ursache allein oder ganz für das Entstehen von Überhangmandaten verantwortlich gemacht werden kann.

Überhangmandate entstehen dann, wenn die von einer Partei in einem Land errungenen Wahlkreise nicht dem Zweit-

Jahr der Bundestagswahl	Land	Anzahl der Überhangmandate	Partei
1949	Bremen	1	SPD
	Baden-Württemberg	1	CDU
1953	Schleswig-Holstein	2	CDU
	Hamburg	1	DP
1957	Schleswig-Holstein	3	CDU
1961	Schleswig-Holstein	4	CDU
	Saarland	1	CDU
1980	Schleswig-Holstein	1	SPD
1983	Hamburg	1	SPD
	Bremen	1	SPD
1987	Baden-Württemberg	1	CDU
1990	Mecklenburg-Vorpommern ...	2	CDU
	Sachsen-Anhalt	3	CDU
	Thüringen	1	CDU
	Baden-Württemberg	2	CDU
1994	Mecklenburg-Vorpommern ...	2	CDU
	Sachsen-Anhalt	2	CDU
	Thüringen	3	CDU
	Sachsen	3	CDU
	Bremen	1	SPD
	Brandenburg	3	SPD
	Hamburg	1	SPD
1998	Mecklenburg-Vorpommern ...	2	SPD
	Brandenburg	3	SPD
	Sachsen-Anhalt	4	SPD
	Thüringen	3	SPD
2002	Hamburg	1	SPD
	Sachsen-Anhalt	2	SPD
	Thüringen	1	SPD
	Sachsen	1	CDU

stimmenanteil dieser Partei in diesem Land entsprechen. Dazu kann es beispielsweise kommen, wenn ein Bundesland mehr Wahlkreise besitzt als ihm nach dem Verhältnis der in den Ländern abgegebenen Zweitstimmen zustünde. Diese höhere Zahl an Wahlkreisen kann darauf beruhen, dass die Wahlkreise eines Landes bezüglich ihrer deutschen Bevölkerung erheblich unter dem Durchschnitt der Einwohnerzahl aller Wahlkreise liegen.

Weiterhin kann der geringere Anteil eines Bundeslandes an Zweitstimmen durch eine unterdurchschnittliche Wahlbeteiligung verursacht sein. Die drei neuen Länder, in denen 2002 allein 4 der 5 Überhangmandate anfielen, wiesen eine weit unter dem Bundesdurchschnitt von 79,1% liegende Wahlbeteiligung auf. Die Wahlbeteiligung in Sachsen-Anhalt lag sogar 10,3 Prozentpunkte unter dem Bundesdurchschnitt, die Wahlbeteiligung in den neuen Ländern und Berlin-Ost lag bei der Bundestagswahl 2002 bei 72,8% (siehe Tabelle 7).

Daneben kann auch eine „breitere“ Verteilung der Zweitstimmen in einem Land verbunden mit knappen Mehrheiten für die Wahlkreisbewerber das Entstehen von Überhangmandaten begünstigen: Wenn mehr Parteien nach Überspringen der Sperrklausel an der Sitzverteilung nach Zweitstimmen teilnehmen, diese Parteien aber keine Wahlkreise erringen, steigt die Wahrscheinlichkeit für das Anfallen von Überhangmandaten, und zwar auch wenn die Wähler ihre Erst- und Zweitstimme jeweils der gleichen Partei geben, also kein individuelles Stimmensplitting betreiben. Die Wahlkreismandate teilen sich dann die „großen“ Parteien CDU, CSU und SPD. Die für die „kleineren“ Parteien abgegebenen Zweitstimmen fehlen dann den „großen“ Parteien bei der Berechnung der Sitzverteilung. Das Ergebnis können Überhangmandate sein. Das „Überhangpotenzial“ wird noch größer, wenn die Wähler in einem Land Stimmensplitting

betreiben und womöglich dort noch ausgeprägte Parteipräferenzen bestehen, sodass alle Direktmandate von einer Partei gewonnen werden (bei der Bundestagswahl 2002 gelang dies der SPD in Hamburg und Sachsen-Anhalt). Dann entsprechen die Zweitstimmen einer Partei unter Umständen recht schnell nicht mehr den von ihr gewonnenen Wahlkreismandaten. In diese Richtung kann auch eine regionale Konzentration anderer Parteien, insbesondere der PDS, in vermindertem Maße auch der GRÜNEN und der FDP, wirken, weil dann den in den Wahlkreisen erfolgreichen „großen“ Parteien in diesen Ländern Zweitstimmen fehlen. So betrug der Zweitstimmenanteil der PDS bei der Bundestagswahl 2002 in den neuen Ländern 16,9%, was die „Verteilungsmasse“ für CDU und SPD zur „Absicherung ihrer Direktmandate durch Zweitstimmen“ erheblich verringerte.

Obwohl durch das Siebzehnte Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes die Zahl der Wahlkreise in den einzelnen Ländern an ihren Anteil an der gesamten deutschen Bevölkerung angepasst wurde (siehe auch Kapitel 1), sind auch bei der Wahl zum 16. Deutschen Bundestag Überhangmandate nicht auszuschließen. Ob sich wieder erhebliche Unterschiede von Land zu Land bei der Wahlbeteiligung ergeben, ob und in welchen Kombinationen die Wähler ihre Erst- und Zweitstimme splitten und ob es wieder in einigen Ländern zu recht knappen Wahlkreisergebnissen, möglicherweise verbunden mit regionalen Zweitstimmenerfolgen anderer Parteien kommt, lässt sich indessen nicht voraussehen.

Ob, von welcher Partei und in welchem Land bei der Wahl zum 16. Deutschen Bundestag Überhangmandate errungen werden, wird erst nach Vorliegen des gesamten Zweitstimmenergebnisses auf Bundesebene und der Erststimmenergebnisse für alle 299 Wahlkreise feststehen. Prognosen am Wahlabend zu Überhangmandaten sind deshalb mit größter Vorsicht zu betrachten.

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil vom 10. April 1997 [2 BvF 1/95 (BVerfGE, Bd. 95, S. 335 ff.)] die Verfassungsmäßigkeit von Überhangmandaten bejaht.

In einem weiteren Beschluss vom 26. Februar 1998 (2 BvC 28/96) hat das Bundesverfassungsgericht die bisherige Anwendung des § 48 Abs. 1 BWG (Berufung von Listennachfolgern) für zukünftig unzulässig erklärt, nach der ein aus dem Deutschen Bundestag ausgeschiedener Wahlkreisabgeordneter auch dann durch einen nachrückenden Landeslistenbewerber ersetzt wird, solange die Partei dieses Wahlkreisabgeordneten in dem betreffenden Bundesland über Überhangmandate verfügte. Nach den Ausführungen des Bundesverfassungsgerichtes könnte der Gesetzgeber zwar eine Mandatsnachfolge auf Wahlkreisabgeordnete trotz Überhangmandaten etwa durch Nachwahl im Wahlkreis oder Aufstellung von Ersatzkandidaten für die Wahlkreisbewerber anordnen. Da der Gesetzgeber aber von einer Neuregelung abgesehen hat, wurden Mandate von ausscheidenden Wahlkreisabgeordneten in der 15. Wahlperiode erst dann von der Landesliste nachbesetzt, wenn die Überhangmandate dieser Partei in dem betreffenden Land dort durch Ausscheiden von Abgeordneten „ausgeglichen“ waren. In einem Fall in Hamburg und in einem Fall in Thüringen wurde auf Grund dieser Entscheidung des Bundesverfassungsge-

rechts ein ausgeschiedener Wahlkreisabgeordneter nicht durch einen Nachfolger ersetzt, sodass sich die Zahl der Bundestagsmandate im Laufe der Wahlperiode von 603 auf 601 vermindert hat.

7 Rechtsgrundlagen und Durchführung der repräsentativen Wahlstatistik

Die repräsentative Wahlstatistik wurde bei den Bundestagswahlen von 1953 bis 1990 (seit 1957 unter Beteiligung der Länder) sowie erstmals wieder 2002 durchgeführt, nachdem der Gesetzgeber ihre Durchführung für die Bundestagswahlen 1994 und 1998 kurzfristig ausgesetzt hatte.

Im Gegensatz zur allgemeinen Wahlstatistik, bei der es sich um eine Dokumentation der von den Wahlorganen festgestellten Wahlergebnisse und der dort angefallenen Informationen (insbesondere Zahl der Wahlberechtigten, der Wähler, der gültigen und ungültigen Stimmen für die einzelnen Kreiswahlvorschläge und Landeslisten, gegliedert nach Ländern, Wahlkreisen, kreisfreien Städten bzw. Kreisen, Gemeinden und Wahlbezirken, sowie Angaben zu den einzelnen Wahlbewerbern) handelt, werden mit der repräsentativen Wahlstatistik die Wahlberechtigten, die Wahlbeteiligung sowie das Wählervotum (für Kreiswahlvorschläge und Landeslisten) nach Alter und Geschlecht der Wähler in ausgewählten Wahlbezirken untersucht. Die Ergebnisse

der repräsentativen Wahlstatistik ermöglichen Parteien, Politik, Behörden, Presse, Wissenschaft und Öffentlichkeit Wahlanalysen etwa zu folgenden Fragen: Wahlbeteiligung und Wahlverhalten einzelner Bevölkerungsgruppen (Jungwähler, mittlere Altersgruppen, ältere Generation, Frauen, Männer), Wahlbeteiligung und Wahlverhalten dieser Bevölkerungsgruppen in den alten und in den neuen Bundesländern, Zusammensetzung und Altersstruktur der Nichtwähler, Parteipräferenzen von Bevölkerungsgruppen sowie bei Bundestagswahlen Nutzung der Möglichkeit des Stimmsplittings durch einzelne Bevölkerungsgruppen.

Am 1. Juni 1999 ist das Gesetz über die allgemeine und die repräsentative Wahlstatistik bei der Wahl zum Deutschen Bundestag und bei der Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland (Wahlstatistikgesetz – WStatG –) vom 21. Mai 1999 (BGBl. I S. 1023) in Kraft getreten. Die Regelungen des Wahlstatistikgesetzes schreiben die bisher bei der Durchführung der repräsentativen Wahlstatistik für Bundestags- und Europawahlen geübte Praxis rechtsverbindlich fest und bilden eine präzisere rechtliche Grundlage für wahlstatistische Erhebungen als die durch das Wahlstatistikgesetz nunmehr aufgehobenen wahlstatistischen Vorschriften des Bundeswahlgesetzes und der Bundeswahlordnung. Für den Schutz des Wahlheimnisses werden insbesondere folgende Maßnahmen angeordnet:

- Festlegung einer Mindestzahl von 400 Wahlberechtigten je ausgewählten Urnenwahlbezirk;

Tabelle 10: Wahlkreise bei der Bundestagswahl 2002, in denen die Mehrheit der Erststimmen von 1998 zu 2002 auf eine andere Partei übergegangen ist

Wahlkreis		Anteil der Erststimmen					2002 gegenüber 1998			
		CDU, CSU ¹⁾		SPD		GRÜNE		CDU bzw. CSU	SPD	GRÜNE
Nr.	Name	2002	1998 ²⁾	2002	1998 ²⁾	2002	1998 ²⁾			
		%								
		Übergang von der SPD an die CDU bzw. CSU								
002	Nordfriesland – Dithmarschen-Nord	44,3	45,4	44,1	46,3	X	X	-1,1	-23	X
100	Oberbergischer Kreis	45,2	44,7	43,4	44,9	X	X	+0,5	-15	X
110	Mönchengladbach	43,6	41,1	42,4	47,7	X	X	+2,5	-53	X
147	Soest	44,2	44,4	42,9	45,5	X	X	-0,2	-26	X
165	Chemnitzer Land – Stollberg	36,9	36,1	32,8	37,6	X	X	+0,8	-48	X
168	Vogtland – Plauen	35,0	34,3	34,2	37,4	X	X	+0,7	-32	X
202	Koblenz	44,1	44,3	43,1	46,0	X	X	-0,2	-29	X
207	Montabaur	45,9	44,7	38,4	46,5	X	X	+1,2	-80	X
213	Pirmasens	45,1	41,7	41,9	45,0	X	X	+3,4	-31	X
221	München-Süd	44,4	40,6	41,4	42,4	X	X	+3,8	-10	X
239	Coburg	48,2	42,7	44,5	47,8	X	X	+5,5	-33	X
240	Hof	53,6	42,9	38,9	49,5	X	X	+10,7	-107	X
245	Nürnberg-Nord	45,8	42,8	42,4	45,5	X	X	+3,0	-31	X
246	Nürnberg-Süd	47,5	42,5	42,1	48,0	X	X	+5,0	-59	X
262	Esslingen	45,0	40,2	41,6	45,9	X	X	+4,7	-42	X
267	Neckar-Zaber	44,5	39,7	42,7	42,5	X	X	+4,8	+01	X
280	Pforzheim	45,4	40,4	42,2	43,9	X	X	+5,1	-16	X
284	Emmendingen – Lahr	45,5	41,4	41,9	41,8	X	X	+4,1	+01	X
291	Tübingen	43,4	38,0	40,4	47,2	X	X	+5,4	-68	X
		Übergang von der SPD an die GRÜNEN								
084	Berlin-Friedrichshain – Kreuzberg – Prenzlauer Berg-Ost	X	X	29,1	36,5	31,6	17,6	X	-7,3	+13,9
		Übergang von der CDU an die SPD								
097	Bonn	36,4	42,8	39,7	40,9	X	X	-6,5	-12	X
130	Münster	39,9	44,2	40,8	41,8	X	X	-4,4	-10	X
259	Stuttgart I	37,3	37,7	42,0	34,0	X	X	-0,4	+80	X

1) CSU nur in Bayern. – 2) In der Abgrenzung der Wahlkreise für die Bundestagswahl 2002.

- Zusammenfassung der Geburtsjahrgänge zu Gruppen, sodass keine Rückschlüsse auf das Wahlverhalten einzelner Wähler möglich sind;
- Trennung der für die Stimmenauszählung und für die statistische Auswertung zuständigen Stellen;
- Verbot der Zusammenführung von Wählerverzeichnissen und gekennzeichneten Stimmzetteln;
- strenge Zweckbindung für die Statistikstellen hinsichtlich der ihnen zur Auswertung überlassenen Wahlunterlagen.

Weiterhin legt das Wahlstatistikgesetz fest, dass die Wahlberechtigten der Wahlbezirke, in denen die Repräsentativerhebung durchgeführt wird, hiervon in geeigneter Weise – zum Beispiel durch öffentliche Bekanntmachung sowie Hinweis im Wahllokal – zu unterrichten sind.

Die repräsentative Wahlstatistik für die Bundestagswahl 2005 wird in etwa 2 500 ausgewählten Urnenwahlbezirken die Wahlbeteiligung und in rund 2 600 ausgewählten Urnenwahlbezirken die Stimmabgabe auswerten. Die Stichprobenwahlbezirke werden nach dem Zufallsprinzip aus den insgesamt rund 80 000 Urnenwahlbezirken so ausgewählt, dass sie für die Gesamtheit des Wahlgebietes und die einzelnen Bundesländer repräsentativ sind. Die repräsentative Wahlstatistik bezieht eine wesentlich größere Anzahl von Personen ein als demoskopische Untersuchungen nicht amtlicher Stellen, die sich zudem nur auf freiwillige Angaben der befragten Personen vor oder nach der Wahl, nicht aber auf die Stimmabgabe selbst stützen können.

Für die Ermittlung der Wahlbeteiligung nach Geschlecht und Alter werden die Wählerverzeichnisse in den Stichprobenwahlbezirken ausgewertet. Die Ausgabe von Stimmzetteln mit Unterscheidungsaufdruck (Frau/Mann, Geburtsjahrguppe) ermöglicht eine Auswertung der Wählerstimmen nach Geschlecht und Alter. Die Stimmabgabe wird nach Frauen und Männern sowie fünf Geburtsjahrguppen analysiert, die Wahlbeteiligung nach zehn Geburtsjahrguppen.

Altersgruppen der repräsentativen Wahlstatistik

Alter von ... bis unter ... Jahren	
Wahlbeteiligung	Stimmabgabe
unter 21	unter 25
21 – 25	25 – 35
25 – 30	35 – 45
30 – 35	45 – 60
35 – 40	60 und mehr
40 – 45	
45 – 50	
50 – 60	
60 – 70	
70 und mehr	

Die angewandte Methode zur Feststellung der Stimmabgabe von Männern und Frauen in den fünf Altersgruppen wahrt das Wahlgeheimnis. Da die für die Stichprobe ausgewählten Urnenwahlbezirke mindestens 400 Wahlberechtigte umfassen und nur fünf Geburtsjahrguppen je Geschlecht festgelegt werden, sind Rückschlüsse auf die Stimmabgabe einzelner Wähler nicht möglich. Die Mitglie-

der der Wahlvorstände können beim Auszählen der Stimmzettel zwar sehen, wie viele Frauen oder Männer einer Altersgruppe eine bestimmte Partei gewählt haben. Da aber zu jeder Altersgruppe (von Männern und Frauen) zahlreiche Personen gehören, kann daraus nicht auf die Stimmabgabe eines einzelnen Wählers geschlossen werden. Außerdem erfolgt die statistische Auswertung der Stimmabgabe nicht in den Wahllokalen, sondern in den Statistischen Ämtern der Länder oder in – von anderen kommunalen Verwaltungsstellen getrennten – Statistikstellen der Gemeinden. Für Einzelbewerber oder sehr kleine Parteien abgegebene Stimmen werden nicht gesondert, sondern unter der Rubrik „Sonstige“ statistisch erfasst. Ergebnisse für einzelne Stichprobenwahlbezirke dürfen nicht bekannt gegeben werden (§ 8 WStatG).

Das WStatG in der Fassung vom 21. Mai 1999 sah noch keine Verpflichtung zur Einbeziehung der Briefwähler in die repräsentative Wahlstatistik vor. Der Anteil der Briefwähler an der Gesamtzahl der Wähler hat sich aber von 9,4% bei der Bundestagswahl 1990 über 13,4% bei der Bundestagswahl 1994 und 16,0% bei der Bundestagswahl 1998 und auf 18% bei der Bundestagswahl 2002 erhöht.

Vor diesem Hintergrund wurde das Erste Gesetz zur Änderung des Wahlstatistikgesetzes vom 17. Januar 2002 (BGBl. I S. 412) – noch rechtzeitig vor der Wahl zum 15. Deutschen Bundestag am 22. September 2002 – erlassen. Dieses Gesetz sieht nunmehr für die Statistik der Stimmabgabe die Einbeziehung ausgewählter Briefwahlbezirke vor.

Durch diese Einbeziehung der Briefwahlstimmen werden etwa 330 000 bis 380 000 (Brief-)Wähler zusätzlich von der repräsentativen Wahlstatistik betroffen sein (etwa 4%ige Stichprobe aus rund 8,7 Mill. Briefwählern bei der Bundestagswahl 2002).

Die Zielgruppe der statistischen Erhebung sind die Briefwähler in ausgewählten Stichprobenbriefwahlbezirken. Die Briefwahlbezirke werden gebietsweise definiert durch die den Briefwahlvorständen zugewiesene Zuständigkeit, die zukünftig ausschließlich an den allgemeinen Wahlbezirken (§ 2 Abs. 3 BWG, § 12 BWO) ausgerichtet ist. Der Wahlbrief eines jeden Briefwählers kann demzufolge einem bestimmten Briefwahlvorstand zugeordnet werden. Für die repräsentative Wahlstatistik zur Bundestagswahl 2005 wurden knapp 400 Stichprobenbriefwahlbezirke ausgewählt.

Die Briefwahlvorstände der ausgewählten Briefwahlbezirke werden ausschließlich Wahlbriefe mit Wahlscheinen und Stimmzettel mit Unterscheidungsaufdrucken in einer ausreichend hohen Zahl zu prüfen haben, die einen Rückschluss auf ein bestimmtes Wahlverhalten nicht zulassen. Nach dem WStatG muss ein ausgewählter Briefwahlbezirk mindestens 400 Wähler umfassen. Dabei ist auf die Zahl der Wähler abzustellen, die bei der jeweils vorangegangenen Bundestagswahl ihre Stimme durch Briefwahl abgegeben haben.

Eine Einbeziehung der Briefwahlstimmen in die Statistik nach § 2 a WStatG (Wahlberechtigte, Wahlscheinvermerke und die Beteiligung an der Wahl nach Geschlecht und Geburtsjahrguppen) ist nicht erforderlich. Diese Statis-

tik gewährleistet auch bereits so eine Auswertung der Wahrscheininhaber nach Alter und Geschlecht. Die Wahlbeteiligung der Wahrscheininhaber lag bei den Bundestagswahlen seit 1972 jeweils etwa bei 95%. Der Anteil der Briefwähler unter den Wahrscheinwählern lag bei der Bundestagswahl 2002 bei 99,4%. Eine Einbeziehung der Briefwähler in diese Statistik würde zudem zu unverhältnismäßigen praktischen Problemen führen. [\[1\]](#)

Beate Siewert, Dr. Tilo Wendler, Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands, VÖB

Die Klassifizierung von Kommunen – ein Ansatz zur Vergleichbarkeit deutscher Städte und Gemeinden

Beate Siewert und Dr. Tilo Wendler, Referenten im Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands, einem der Spitzenverbände der deutschen Kreditwirtschaft, stellen im folgenden Gastbeitrag ein Verfahren zur Klassifizierung von Kommunen vor.

Die Einteilung der Gemeinden in Klassen unter Berücksichtigung der Einwohnerzahl in Verbindung mit bestimmten siedlungsstrukturellen Gebietstypen und zusätzlicher Unterscheidung nach verbandsfreien und verbandsangehörigen Gemeinden ist ein geeigneter Ansatz, Kommunen vergleichbar zu machen. Ähnlich wird auch in der amtlichen Statistik und in der Raubeobachtung vorgegangen.

Ob unter den siedlungsstrukturellen Gebietstypen nun gerade der Regionsgrundtyp, der auf Kreisebene zugeordnet wird, zum Einsatz kommen sollte, wäre zu überlegen. Sicher spielt in der Raubeobachtung auch der Umlandbereich eine große Rolle. Besser erschiene uns aber eine Typisierung, die an der Gemeindeebene ansetzt, wie zum Beispiel der Verdichtungsraum oder die Stadt-/Landgliederung.

Hingewiesen sei an dieser Stelle auf eine neue Gebiets-typologie für den Grad der Verstädterung, die vom Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten der Europäischen Union entwickelt wurde. Anhand des Hauptkriteriums der Bevölkerungsdichte wurden die Gemeinden Deutschlands zum Gebietsstand Dezember 2000 drei Gebietstypen zugeordnet: städtische Gebiete (Bevölkerungsdichte größer als 500 Einwohner je km²), halbstädtische oder mittelstark besiedelte Gebiete (Bevölkerungsdichte zwischen 100 und 500 Einwohnern je km²) und ländliche oder dünn besiedelte Gebiete (Bevölkerungsdichte weniger als 100 Einwohner je

km²). Zu ersten statistischen Ergebnissen nach dieser neuen Typologie siehe die Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 30. Mai 2005 „Rund 15% der Bevölkerung Deutschlands leben auf dem Land“ bzw. die entsprechende Kurznachricht in *Wirtschaft und Statistik*, Heft 6/2005, S. 565.

Wie bei Gastbeiträgen in *Wirtschaft und Statistik* üblich, zeichnen für die darin getroffenen Aussagen allein die Autoren verantwortlich.

Seit mehreren Jahren werden der Öffentlichkeit vergleichende Untersuchungen über deutsche Städte und Gemeinden präsentiert. Diese versuchen, über verschiedene Kriterien – wie beispielsweise „Attraktivität“ und „wirtschaftliche Leistungsfähigkeit“ – ein Ranking dieser Gebietskörperschaften herzuleiten. Dem Betrachter stellt sich dabei die Frage nach der prinzipiellen Vergleichbarkeit der zum Teil sehr unterschiedlichen „Bewertungsobjekte“. Die deutschen Städte und Gemeinden unterscheiden sich nicht nur in ihrer Größe, für die im Allgemeinen die Einwohnerzahl als Indikator verwendet wird, sondern auch in Bezug auf ihre geographische Lage und dem damit korrespondierenden und implizierten wirtschaftlichen und soziodemographischen Umfeld. Zum einen wird deutlich, dass der Wunsch nach einem Vergleich nicht so einfach zu erfüllen ist, wie es die Kurzdarstellungen in verschiedenen Medien glauben machen könnten. Zum anderen besteht die Notwendigkeit, trotz dieser Schwierigkeiten die Ranking- bzw. Bewertungsergebnisse zu erklären. Hier können vergleichende Studien neue Ansatzpunkte und damit eine fundierte Diskussionsgrundlage liefern. Aus diesem Grund wurde im Bundesverband Öffentlicher Banken (VÖB) eine Systematik zur besse-

ren Vergleichbarkeit der deutschen Städte und Gemeinden entwickelt, die eine DV-technische Abbildung ermöglicht. Diese Systematik kann für den Aufbau beliebiger Benchmarking-Systeme herangezogen werden und bei Bedarf geschäftspolitische Entscheidungen ermöglichen.

Das vorgestellte Verfahren zur *Klassifizierung der Kommunen* zeichnet sich durch die Wahl geeigneter Unterscheidungsmerkmale für die einzelnen Städte und Gemeinden aus. In Abhängigkeit von der Anzahl der Unterscheidungskriterien kann jedoch der Prozess zur Bildung von Vergleichsklassen entsprechend komplex werden. Vor diesem Hintergrund war zu berücksichtigen, dass eine zu grobe Einteilung inhomogene Klassen zur Folge hätte, während eine zu hohe Anzahl von Klassen wiederum die Aussagekraft der Ergebnisse gemindert hätte. Die unterschiedliche Wertigkeit der ausgewählten Merkmale bzw. Unterscheidungskriterien hat im Ergebnis zur Bildung von kommunalen Vergleichsklassen geführt. Im Folgenden wird nun die Auswahl der charakteristischen Unterscheidungskriterien beschrieben.

Üblicherweise wird als Unterscheidungsmerkmal für Kommunen die Einwohnerzahl als ein für jedermann verständliches und auch nachvollziehbares Merkmal herangezogen. Entsprechende Daten sind aus der amtlichen Statistik einfach zu beschaffen und werden zeitnah für jedes Jahr zur Verfügung gestellt.

Wählt man die *Einwohnerzahl von Städten und Gemeinden* als Unterscheidungskriterium, so ist eine Größenklassengliederung vorzunehmen. Dabei stellt sich zunächst die Frage nach der Wahl der geeigneten Schwellenwerte, die die einzelnen Klassen voneinander trennen. Hierfür existiert bisher kein einheitliches Verfahren.

In Anlehnung an die amtliche Statistik und unter Berücksichtigung der oben dargestellten Verteilung der Kommu-

nen nach Größenklassen wurde folgende Einteilung vorgenommen:

Klassenbezeichnung	Gemeinden mit ... bis einschl. ...	Einwohnern
002	1	2 000
005	2001	5 000
020	5001	20 000
100	20001	100 000
500	100001	500 000
999	500001 und mehr	

Eine Gliederung aller deutschen Städte und Gemeinden nach der Einwohnerzahl allein hat sich jedoch als nicht befriedigend herausgestellt. Man erkennt beispielsweise in Schaubild 1 die Konzentration von Kommunen in den Größenklassen bis einschließlich 2 000 sowie von 2 001 bis einschließlich 5 000 Einwohnern. Diese Kommunen haben einen Anteil von 78,8% an der Gesamtzahl aller Kommunen. Eine feinere Untergliederung der unteren Einwohnergrößenklassen würde an diesem Übergewicht kleinerer Kommunen für alle folgenden Betrachtungen nichts grundsätzlich ändern. Zwar verdeutlicht Schaubild 1 die deutsche Situation, jedoch würde ein kommunaler Vergleich basierend allein auf der Einwohnerzahl weitere Unterschiede der Kommunen unberücksichtigt lassen. Demzufolge gilt es, weitere signifikante Merkmale zu ermitteln, die für eine Klassifizierung deutscher Kommunen eingesetzt werden können.

Aus der Raumordnung und Raumbesichtigung ist das Instrument der *siedlungsstrukturellen Gebietstypen* bekannt, welches für Vergleiche von Regionen, Kreisen und Gemeinden mit ähnlicher Siedlungsstruktur herangezogen wird. Das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) unterscheidet zwischen siedlungsstrukturellen Regionstypen, Kreistypen und Gemeindetypen.

Die wesentlichsten Kriterien, die die Dimension Siedlungsstruktur charakterisieren, sind die „Zentralität“ und die

Schaubild 1

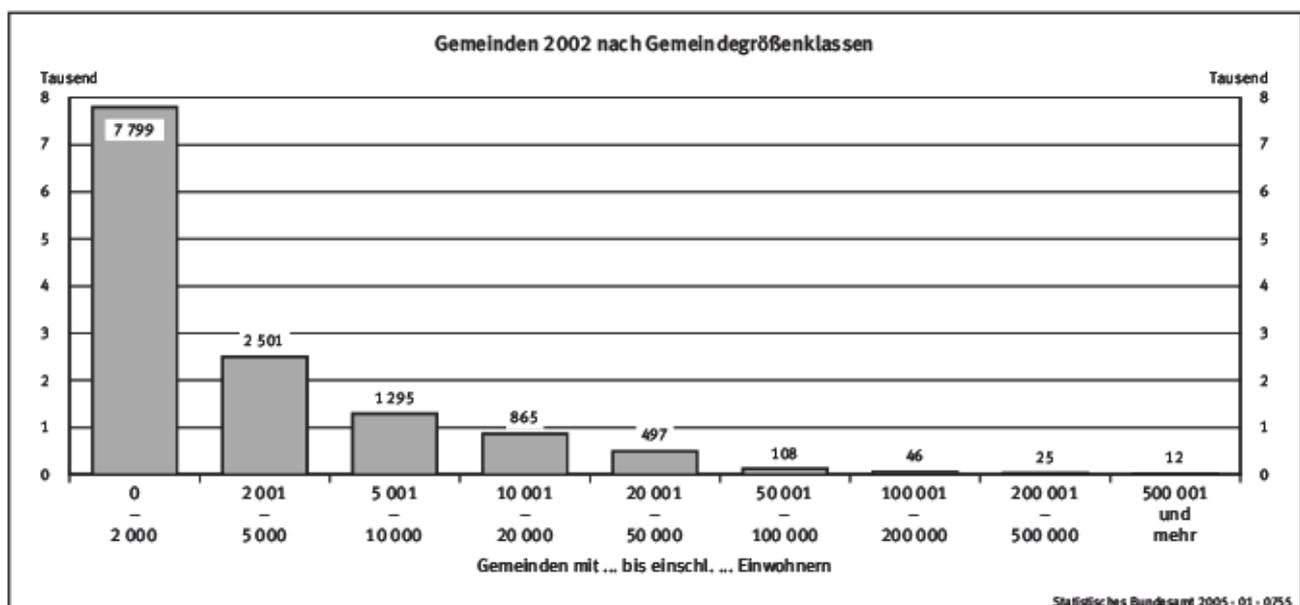
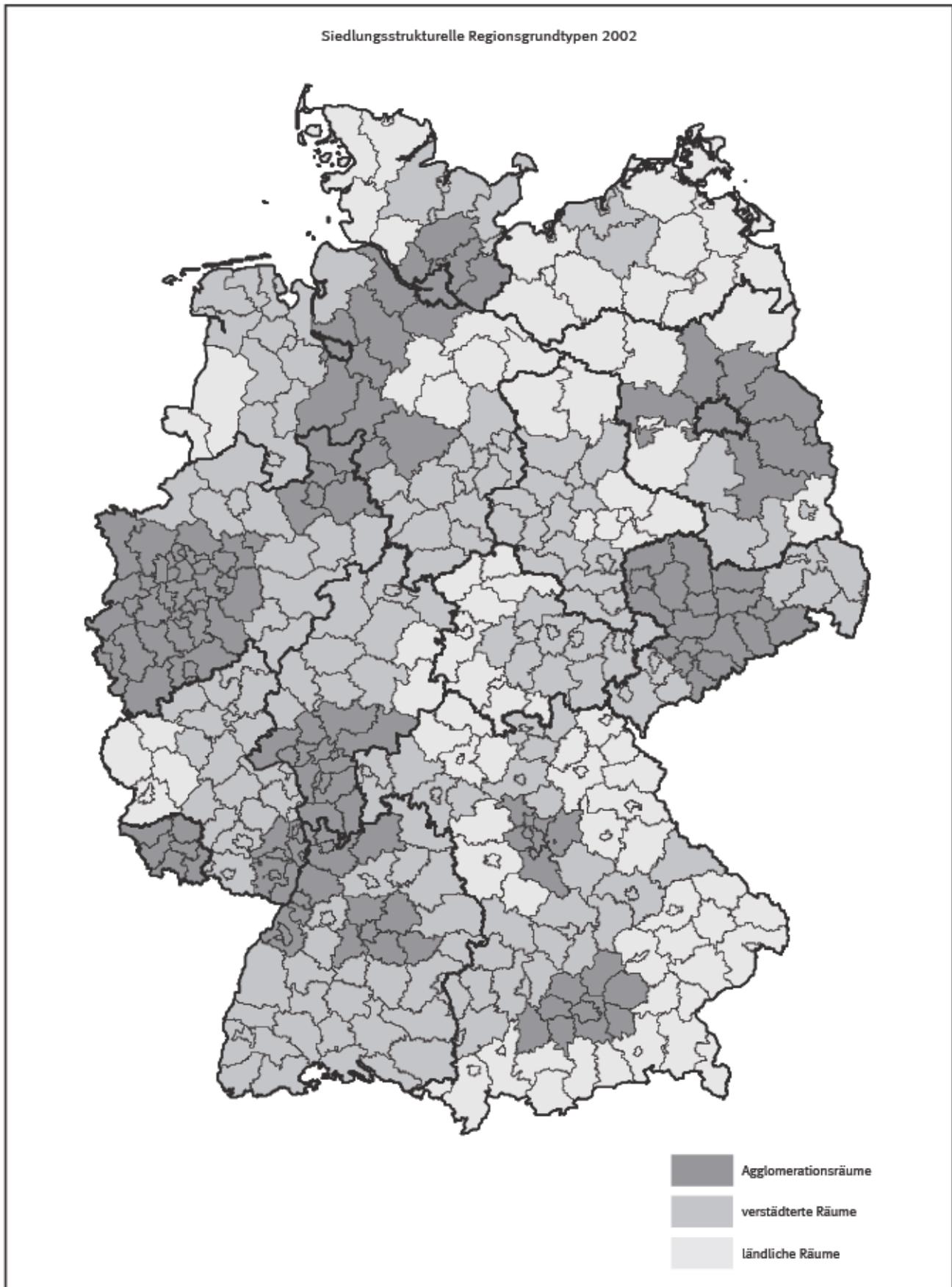


Schaubild 2



„Verdichtung“. Auf der Ebene der Regionen werden demnach drei Regionsgrundtypen unterschieden: Agglomerationsräume, verstärkte Räume und ländliche Räume (siehe Schaubild 2).

Agglomerationsräume (Regionstyp I) sind Regionen mit Oberzentren, deren Einwohnerzahl 300 000 überschreitet, oder solche, die eine Bevölkerungsdichte von 300 und mehr Einwohnern je km² aufweisen.

Unter verstärkten Räumen (Regionstyp II) versteht man Regionen mit Oberzentren, deren Einwohnerzahl 100 000 überschreitet, bei einer Mindestdichte von 100 Einwohnern je km², oder solche, die eine Bevölkerungsdichte von mehr als 150 Einwohnern je km² aufweisen.

Als ländliche Räume (Regionstyp III) bezeichnet man Regionen ohne Oberzentren, deren Einwohnerzahl 100 000 überschreitet, die über eine Bevölkerungsdichte von weniger als 150 Einwohnern je km² verfügen, oder Regionen mit Oberzentren, deren Einwohnerzahl 100 000 überschreitet, und die eine Bevölkerungsdichte von weniger als 100 Einwohnern je km² aufweisen.

Das Bundesamt für Raumordnung und Bauwesen nimmt unter Berücksichtigung zusätzlicher Merkmale eine weitere Unterscheidung nach 9 siedlungsstrukturellen Kreistypen und 17 Gemeindetypen vor. Folglich würde sich ein kommunaler Vergleich auf Basis der niedrigsten Ebene, der Gemeindetypen, anbieten. Hier werden die Gemeinden danach unterschieden, ob sie aus raumordnerischer Perspektive eindeutig „städtisch“ – im Sinne der zentralörtlichen Funktion eines Ober- oder Mittelzentrums – sind bzw. entsprechende Funktionen wahrnehmen oder nicht. Die von Bundesland zu Bundesland zum Teil unterschiedlichen administrativen Gemeindeabgrenzungen (kleinräumige Struk-

tur vieler Gemeinden) erschwerten jedoch die Zuordnung. Daher wurden alle einer Verwaltungsgemeinschaft zugehörigen Gemeinden nach der höchsten zentralörtlichen Funktion einer ihrer Mitgliedsgemeinden klassifiziert. Dieses Vorgehen ist für die Raumbearbeitung durchaus sinnvoll, würde jedoch bei einem bundesweiten kommunalen Vergleich gerade für die kleinen Gemeinden nicht durchgehend auf Akzeptanz stoßen. Deshalb wurde für das entwickelte Modell eine Betrachtung der obersten siedlungsstrukturellen Gliederungsebene, der Regionstypen, gewählt.

Amtliche Statistiken berücksichtigen oftmals die administrativen Unterschiede der Gemeinden der Bundesrepublik Deutschland. Aus der Zugehörigkeit einer Gemeinde zu einer Verwaltungsgemeinschaft, einem Gemeindeverband o.Ä. leiten sich unterschiedliche kommunale Aufgabenstellungen ab. Diese Unterschiede werden beispielsweise bei der Betrachtung eines kommunalen Haushalts deutlich. In einen Vergleich auf kommunaler Ebene sollte folglich auch dieses administrative Merkmal einbezogen werden.

Die 16 Bundesländer sind jedoch in ihrem Verwaltungsaufbau zutiefst föderalistisch geprägt. Gebietsreformen führten in einigen Bundesländern zu umfangreichen Zusammenschlüssen von Gemeinden, während – wie in den obigen Ausführungen bereits erwähnt – in anderen Bundesländern kleinräumige Strukturen erhalten blieben. Die nachfolgende Darstellung der Verwaltungsgliederung dient der Veranschaulichung dieser föderalen Strukturen. Es wird verständlich, dass die Wahl der Dimension Verwaltung als Unterscheidungskriterium für Kommunen mit besonderen Schwierigkeiten verbunden ist.

Eine Berücksichtigung aller administrativen Unterschiede ist mit Blick auf die Anzahl der daraus resultierenden Zahl der Klassen sicher nicht empfehlenswert. Vereinfachend

Verwaltungsgliederung in den Bundesländern (Stand 2002)

Bundesland	Regierungsbezirksebene	Kreisebene		Regionsebene	Gemeindeverbandsebene	Gemeindeebene	
		Landkreise	Stadtkreis (kreisfreie Städte)			verbandsangehörige Gemeinden	verbandsfreie Gemeinden und kreisfreie Städte
Baden-Württemberg	X	X	X	X	Verwaltungsgemeinschaften	922	189
Bayern	X	X	X		Verwaltungsgemeinschaften	991	1065
Berlin			X				1
Brandenburg		X	X		Ämter	793	93
Bremen			X				2
Hamburg			X				1
Hessen	X	X	X			0	426
Mecklenburg-Vorpommern		X	X		Ämter	918	61
Niedersachsen	X	X	X		Samtgemeinden	736	290
Nordrhein-Westfalen	X	X	X			0	396
Rheinland-Pfalz		X	X		Verbandsgemeinden	2257	49
Saarland		X	X			0	52
Sachsen	X	X	X		Verwaltungsgemeinschaften bzw. -verbände	319	216
Sachsen-Anhalt	X	X	X		Verwaltungsgemeinschaften	1201	34
Schleswig-Holstein	X	X	X		Ämter bzw. Kirchspiellandsgemeinden	1023	106
Thüringen		X	X		Verwaltungsgemeinschaften oder erfüllende Gemeinde	884	123

wurde deshalb eine Unterscheidung zwischen so genannten freien Gemeinden und Mitgliedsgemeinden vorgenommen. Als „freie“ Gemeinden werden demnach alle kreisfreien Städte sowie alle Gemeinden bezeichnet, die nicht einer Art von Verwaltungsgemeinschaft zugehörig sind. Zu den „Mitgliedsgemeinden“ zählen alle Gemeinden, die einer Verbandsgemeinde, einem Verwaltungsverband, einer Verwaltungsgemeinschaft, einem Amt, einer Kirchenspiellandsgemeinde, einer Samtgemeinde oder einer erfüllenden Gemeinde angehören.

Aufgrund der weiter anstehenden Gebietsreformen – insbesondere in den neuen Ländern – wird dieses Kriterium jährlich zu überprüfen sein.

Die bisherigen Ausführungen haben gezeigt, dass für einen kommunalen Vergleich neben der Bevölkerungszahl auch Kriterien wie die Siedlungsstruktur und die Verwaltungsform herangezogen werden sollten. Deshalb wurde eine spezielle Nomenklatur der „kommunalen Vergleichsklassen“ entwickelt. Diese soll im Folgenden am Beispiel der Gemeinden Lüneburg in Niedersachsen und Briesen in Brandenburg erläutert werden:

1. Dimension Verwaltung – Einteilung in freie („F“) oder Mitgliedsgemeinden („M“)

Zunächst erfolgt die Einteilung der Gemeinde in Abhängigkeit ihrer Zugehörigkeit zu einem Gemeindeverband. Die Beispielgemeinde Lüneburg ist eine selbstständige Stadt im Landkreis Lüneburg und kann somit als so genannte freie Gemeinde („F“) bezeichnet werden. Die Gemeinde Briesen im Landkreis Spree-Neiße gehört zum Amt Burg (Spreewald) und ist damit eine Mitgliedsgemeinde („M“).

Lüneburg: F
Briesen: M

2. Dimension Siedlungsstruktur – Zuordnung zu den Regionstypen 1 bis 3

Der Stadt Lüneburg liegt nach der Einteilung des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung in einem ländlichen Raum, wofür der Regionstyp „3“ steht, während die

Gemeinde Briesen in einem Agglomerationsraum, Regionstyp „1“, liegt.

Lüneburg: 3
Briesen: 1

3. Dimension Einwohnerzahl – Zuordnung zu den Gemeindegrößenklassen 002 bis 999

Die Stadt Lüneburg hat 71 306 Einwohner (Stand: 31.12.2004), sie wird damit der Klasse 20001 bis einschließlich 100000 Einwohner (Kurzbezeichnung „100“) zugeordnet. Die Gemeinde Briesen hat 831 Einwohner, (Stand: 31.12.2004), womit sie der kleinsten Einwohnergrößenklasse mit bis zu 2000 Einwohnern (Kurzbezeichnung „002“) zugehörig ist.

Lüneburg: 100
Briesen: 002

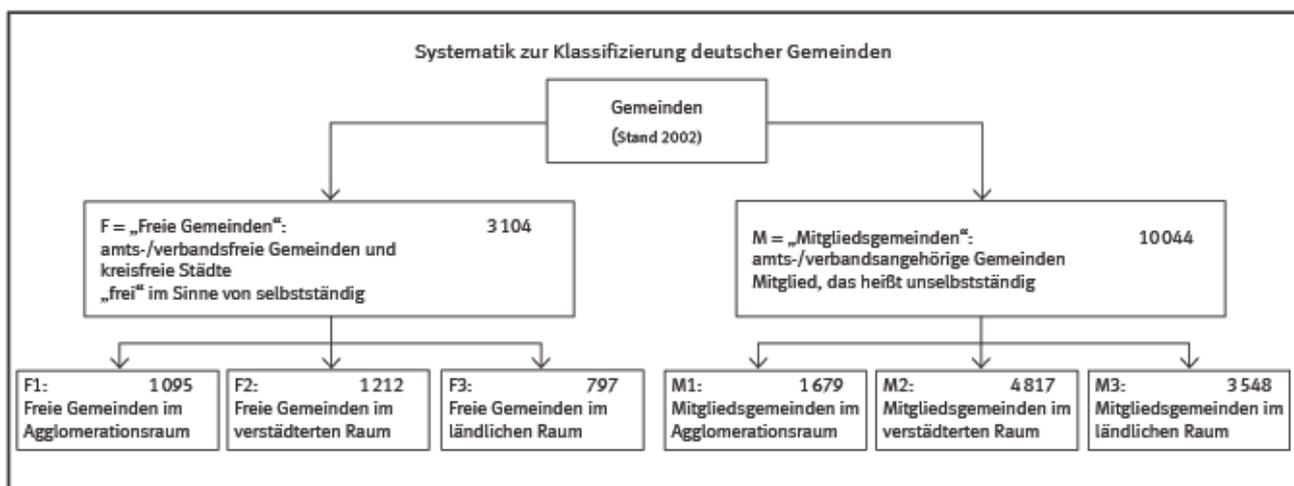
Im Ergebnis der Abarbeitung aller drei Klassifikationsstufen erhält man folgende Schlüssel

Lüneburg: F3-100
Briesen: M1-002.

In der Bezeichnung der kommunalen Vergleichsklasse werden auf diesem Weg die drei Kriterien Verwaltung, Siedlungsstruktur und Einwohnerzahl sukzessive zusammengeführt. Man erhält eine hierarchisch gegliederte Informationsstruktur für alle deutschen Kommunen mit insgesamt 31 kommunalen Vergleichsklassen, deren Systematik das folgende Schaubild 3 auszugsweise zeigt.

Wesentliche Vorteile des aufgezeigten Herangehens sind die Abbildung siedlungsstruktureller und administrationsbedingter Unterschiede zwischen Kommunen. Akzeptanz fördernd sind die ergänzenden Informationen zu den Einwohnergrößenklassen. Zusammengefasst führt dies zu einer guten regionalen Differenzierung, die Grundlage für verschiedene Betrachtungen sein kann. Auch ist die Anzahl der gewonnenen Klassen ein tragbarer Kompromiss zwischen Übersichtlichkeit der Informationsstrukturen sowie der Involvierung der wichtigsten Unterscheidungsmöglich-

Schaubild 3



keiten. Besonders hervorzuheben ist die Verwendung „offiziell“ verfügbarer Informationen, sodass die Generierung der kommunalen Vergleichsklassen nicht zu einer Black Box wird, deren Aussagegehalt für den Betrachter kaum objektiv bewertbar wäre. Die kommunale Vergleichsklasse ermöglicht nun ein Benchmarking tatsächlich „vergleichbarer Gemeinden“. Für unsere Beispielgemeinden Lüneburg und Briesen führt das u. a. zu folgenden Vergleichsgemeinden:

- für Lüneburg in Klasse „F3-100“ z. B.: Celle, Garmisch-Partenkirchen, Lindau, Neubrandenburg, Kulmbach
- für Briesen in Klasse „M1-002“ z. B.: Ahlefeld, Gielde, Flöthe, Fürstenberg, Seifen, Stetten, Altenhausen

In der Regel stehen mehrere Vergleichsgemeinden zur Auswahl. In Abhängigkeit der Kenntnisse und Ziele des Anwenders kann er die aus seiner Sicht geeigneten Gemeinden aus der Vergleichsklasse herausfiltern. So kann sich ein Benchmarking für ein vorliegendes Merkmal beispielsweise auf den „Besten“ eines Bundeslandes in dieser Vergleichsklasse beschränken. Aufgrund des hierarchischen Aufbaus kann natürlich ein Vergleich auch auf der jeweils höheren Ebene – zum Beispiel für alle Mitgliedsgemeinden im verstädterten Raum in Deutschland – vorgenommen werden.

Die oben geschilderte Vorgehensweise für die Vergleichbarkeit der deutschen Städte und Gemeinden hat sich im Bundesverband Öffentlicher Banken als praxistauglich erwiesen. Für einzelne Kommunen fand ein dezidierter Abgleich der Ergebnisse mit der Einschätzung von Experten statt. Darüber hinaus konnten die Ergebnisse auch bei Einsatz vollautomatischer Bewertungsverfahren überzeugen, und das, obwohl die rund 13 200 deutschen Kommunen äußerst unterschiedliche „Objekte“ sind. Für Rückfragen und Anmerkungen als auch für Anfragen zum Bezug der dargestellten Systematik stehen die Autoren gern zur Verfügung. [lu](#)

ÜBERSICHT

über die im laufenden Jahr erschienenen Textbeiträge

	Heft	Seite
Allgemeines, Methoden, Klassifikationen		
Strategie- und Programmplanung	3	191
Zur Lage der deutschen und europäischen Statistik	7	665
Modernisierung der Fehlerbeseitigung	4	293
Das Hochrechnungsverfahren der monatlichen Telefonerhebung zum ILO-Erwerbsstatus	8	792
Unterschiedliche Facetten der Geburtenentwicklung in Deutschland	6	569
Sterbetafel 2001/2003	5	463
Erwerbslosigkeit nach dem Labour-Force-Konzept – Arbeitslosigkeit nach dem Sozialgesetzbuch: Gemeinsamkeiten und Unterschiede	4	303
Erwerbsstruktur und Alterssicherung – Entwicklungslinien des deutschen Arbeitsmarktes seit den 1980er-Jahren	5	479
Kinderlosigkeit von Frauen im Spiegel des Mikrozensus	8	800
Konzeptionelle und methodische Grundlagen der Gartenbauerhebung 2005	8	821
Ein Scientific-Use-File der Kostenstrukturerhebung im Verarbeitenden Gewerbe	2	91
Ein Scientific-Use-File der Einzelhandelsstatistik 1999	3	197
Ein Scientific-Use-File der Umsatzsteuerstatistik 2000	3	201
Die Umgestaltung der Laufenden Wirtschaftsrechnungen ab dem Jahr 2005	4	395
Jährliche Einkommensteuerstatistik auf Basis der bisherigen Geschäftsstatistik der Finanzverwaltung ..	7	671
Gesundheitsdaten in Deutschland	8	828
Online-Fragebogen in der amtlichen Sozialstatistik	3	242
Weiterentwicklung der Stichprobe der Verbraucherpreisstatistik	6	582
Dezentrale hedonische Indizes in der Preisstatistik	3	249
Schritte zur Verbesserung der Glaubwürdigkeit des Verbraucherpreisindex	8	853
Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 2005 für den Zeitraum 1991 bis 2004	5	425

	Heft	Seite
noch: Allgemeines, Methoden, Klassifikationen		
Daten der amtlichen Statistik für die sozioökonomische Modellierung	8	781
Gesamtwirtschaftlicher Rohstoffeinsatz im Rahmen der Materialflussrechnungen	3	253
Bevölkerung		
Unterschiedliche Facetten der Geburtenentwicklung in Deutschland	6	569
Kinderlosigkeit von Frauen im Spiegel des Mikrozensus	8	800
Von der „traditionellen Familie“ zu „neuen Lebensformen“	1	25
Sterbetafel 2001/2003	5	463
Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement	4	311
Zeitaufwand der Bevölkerung in Deutschland für kulturelle Aktivitäten	4	318
Ergebnisse des Mikrozensus 2004	4	327
Ehescheidungen 2003	2	97
Wahlen		
Grundlagen und Daten der Wahl zum 16. Deutschen Bundestag am 18. September 2005	8	865
Erwerbstätigkeit		
Das Hochrechnungsverfahren der monatlichen Telefonerhebung zum ILO-Erwerbsstatus	8	792
Erwerbslosigkeit nach dem Labour-Force-Konzept – Arbeitslosigkeit nach dem Sozialgesetzbuch: Gemeinsamkeiten und Unterschiede	4	303
Erwerbsstruktur und Alterssicherung – Entwicklungslinien des deutschen Arbeitsmarktes seit den 1980er-Jahren	5	479
Ergebnisse des Mikrozensus 2004	4	327
Unternehmen und Arbeitsstätten		
Konjunkturerhebung in bestimmten Dienstleistungsbereichen	2	118
Informationstechnologie in Unternehmen	5	496
E-Government und andere Zwecke der Internetnutzung	7	717
Gewerbeanzeigen 2004	7	727
Insolvenzen 2004	4	338
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei		
Konzeptionelle und methodische Grundlagen der Gartenbauerhebung 2005	8	821
Gemüseanbau in Deutschland von 2000 bis 2004	5	507
Legehennenhaltung und Eierzeugung von 1995 bis 2004	6	587
Produzierendes Gewerbe		
Ein Scientific-Use-File der Kostenstrukturerhebung im Verarbeitenden Gewerbe	2	91
Unternehmensstrukturen im Verarbeitenden Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	1	41
Material- und Wareneingänge im Verarbeitenden Gewerbe 2002	5	520
Strukturentwicklung des Baugewerbes und Bedeutung kleinerer Unternehmen	2	109
Bautätigkeit und Wohnungen		
Wohngeld in Deutschland 2003	2	135
Binnenhandel, Gastgewerbe, Tourismus		
Ein Scientific-Use-File der Einzelhandelsstatistik 1999	3	197
Entwicklung im Einzelhandel im Jahr 2004	3	211
Entwicklung im Gastgewerbe im Jahr 2004: Abgeschwächter Umsatzrückgang	4	347
Inlandstourismus 2004: Mehr Gäste bei stagnierenden Übernachtungszahlen	4	354

	Heft	Seite
Außenhandel		
Außenhandel 2004 nach Ländern	5	531
Verkehr		
Boom in der Seeschifffahrt – Güterumschlag auf neuer Rekordhöhe	7	737
Eisenbahnverkehr 2004	5	541
Unternehmen der Binnenschifffahrt 2003	6	593
Binnenschifffahrt 2004 – Güterbeförderung nimmt um über 7% zu	6	601
Gewerblicher Luftverkehr 2004	4	365
Straßenverkehrsunfälle im Jahr 2004	6	612
Geld und Kredit, Dienstleistungen		
Konjunkturerhebung in bestimmten Dienstleistungsbereichen	2	118
Bildung und Kultur		
Bachelor und Master: Aktuelle Entwicklungen an deutschen Hochschulen	4	372
Zeitaufwand der Bevölkerung in Deutschland für kulturelle Aktivitäten	4	318
Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement	4	311
Gesundheitswesen		
Gesundheitsdaten in Deutschland	8	828
Behinderung und Einkommen	2	128
Krankenhäuser in Deutschland 2003	8	838
Gesundheitspersonal 2003	3	218
Sozialleistungen		
Behinderung und Einkommen	2	128
Ergebnisse der Sozialhilfe- und Asylbewerberleistungsstatistik 2003	3	225
Erste Ergebnisse der Statistiken über die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	4	382
Wohngeld in Deutschland 2003	2	135
Finanzen und Steuern		
Jährliche Einkommensteuerstatistik auf Basis der bisherigen Geschäftsstatistik der Finanzverwaltung ...	7	671
Ein Scientific-Use-File der Umsatzsteuerstatistik 2000	3	201
Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes am 1. Januar 2004	1	48
Öffentliche Finanzen im Jahr 2004	4	388
Schulden der öffentlichen Haushalte 2004	8	849
Wirtschaftsrechnungen, Zeitbudgeterhebungen		
Die Umgestaltung der Laufenden Wirtschaftsrechnungen ab dem Jahr 2005	4	395
Online-Fragebogen in der amtlichen Sozialstatistik	3	242
Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte	2	143
Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement	4	311
Zeitaufwand der Bevölkerung in Deutschland für kulturelle Aktivitäten	4	318
Preise		
Weiterentwicklung der Stichprobe der Verbraucherpreisstatistik	6	582
Dezentrale hedonische Indizes in der Preisstatistik	3	249
Hedonische Preismessung bei Laserdruckern	6	639
Schritte zur Verbesserung der Glaubwürdigkeit des Verbraucherpreisindex	8	853

	Heft	Seite
noch: Preise		
Preisentwicklung im Jahr 2004	1	64
Preise im Januar 2005	2	158
Preise im Februar 2005	3	265
Preise im März 2005	4	400
Preise im April 2005	5	547
Preise im Mai 2005	6	622
Preise im Juni 2005	7	760
Preise im Juli 2005	8	859
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen		
Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 2005 für den Zeitraum 1991 bis 2004	5	425
Schnellschätzungen für das Bruttoinlandsprodukt: Ergebnisse einer Machbarkeitsstudie	7	682
Revision der Investitionen nach Wirtschaftsbereichen und Sektoren	7	700
Finanzserviceleistung, indirekte Messung (FISIM)	7	710
Daten der amtlichen Statistik für die sozioökonomische Modellierung	8	781
Bruttoinlandsprodukt 2004	1	13
Umwelt		
Gesamtwirtschaftlicher Rohstoffeinsatz im Rahmen der Materialflussrechnungen	3	253
Pilotstudie zur abfallstatistischen Erfassung von organischen Reststoffen	1	58
Verwendung von Primärmaterial nach Produktionsbereichen und Materialarten 1995 bis 2002	7	748
Gastbeiträge		
Der Nutzen von Statistiken aus der Sicht eines Unternehmens	1	75
Ein Scientific-Use-File der Kostenstrukturerhebung im Verarbeitenden Gewerbe	2	91
Regionale Mortalitätsunterschiede in Baden-Württemberg	2	164
Ein Scientific-Use-File der Umsatzsteuerstatistik 2000	3	201
Online-Fragebogen in der amtlichen Sozialstatistik	3	242
Zeitliche und räumliche Analyse longitudinaler Infektionsdaten aus Nordrhein-Westfalen für 2001 und 2002	3	271
Erwerbslosigkeit nach dem Labour-Force-Konzept – Arbeitslosigkeit nach dem Sozialgesetzbuch: Gemeinsamkeiten und Unterschiede	4	303
Automatisierte Zusammenführung von Daten – Das Modell von Fellegi und Sunter	4	406
Unterschiedliche Entwicklung von Volkseinkommen und Steueraufkommen	6	628
Hedonische Preismessung bei Laserdruckern	6	639
Jährliche Einkommensteuerstatistik auf Basis der bisherigen Geschäftsstatistik der Finanzverwaltung ..	7	671
Kinderlosigkeit von Frauen im Spiegel des Mikrozensus	8	800
Die Klassifizierung von Kommunen – ein Ansatz zur Vergleichbarkeit deutscher Städte und Gemeinden ..	8	885

Neuerscheinungen¹⁾ vom 23. Juli 2005 bis 26. August 2005

● Zusammenfassende Veröffentlichungen	EUR [D]	Fachserie 16: Löhne und Gehälter	EUR [D]
Wirtschaft und Statistik, Juli 2005	13,75	Reihe 2.1 Arbeitervergdienste im Produzierenden Gewerbe, April 2005	14,50
Ausgewählte Zahlen für die Bauwirtschaft, April 2005	18,70	Reihe 2.2 Angestelltenverdienste im Produzierenden Gewerbe; Handel; Kredit- und Versicherungsgewerbe, April 2005	17,-
Mai 2005	18,70	Reihe 2.3 Arbeitnehmerverdienste im Produzierenden Gewerbe, April 2005	8,-
Wahl zum 16. Deutschen Bundestag am 18. September 2005, Heft 1: Ergebnisse und Vergleichszahlen früherer Bundestags-, Europa- und Landtagswahlen sowie Strukturdaten für die Bundestagswahlkreise	18,-	Reihe 4.3 Index der Tariflöhne und -gehälter, April 2005	8,80
Erhebungen nach § 7 BStatG: Nachfrage nach Dienstleistungen 2003	12,-		
● Fachserien		Fachserie 17: Preise	
Fachserie 3: Land- und Forstwirtschaft, Fischerei		Reihe 2 Preise und Preisindizes für gewerbliche Produkte (Erzeugerpreise), Juni 2005	7,50
Reihe 2.1.4 Betriebswirtschaftliche Ausrichtung und Standard- deckungsbeiträge 2003	13,-	Reihe 7 Verbraucherpreisindizes für Deutschland, Juni 2005	10,80
Reihe 2.1.5 Sozialökonomische Verhältnisse 2003	13,-	Reihe 7 Juli 2005 (Eilbericht)	3,-
Reihe 2.1.7 Außerbetriebliche Einkommen und Arbeitsverhältnisse für ausgewählte Betriebsgruppen 2003	18,50	Reihe 7 Juli 2005	10,80
Fachserie 4: Produzierendes Gewerbe		● Elektronische Veröffentlichungen	
Reihe 3.1 Produktion im Produzierenden Gewerbe, 1. Vierteljahr 2005	18,70	Außenhandel nach Waren und Ländern, Mai 2005 (CD-ROM)	25,-
Fachserie 7: Außenhandel		Sozialhilfestatistik: Anonymisierter Mikrodatenfile: Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt am 31.12.2003 (25%-Stichprobe) (CD-ROM)	199,-
Reihe 1 Zusammenfassende Übersichten für den Außenhandel, Mai 2005	10,50		

Statistik-Shop des Statistischen Bundesamtes

Nahezu das gesamte Angebot an Standardveröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes steht im Statistik-Shop online zur Verfügung oder kann online bestellt werden:

www.destatis.de/shop

Alle aktuellen Fachserien, deren Neuerscheinungen bislang an dieser Stelle aufgeführt waren, werden in elektronischer Form als PDF- oder Excel-Dateien zum kostenfreien Download im Statistik-Shop bereitgestellt.

Veröffentlichungskalender für Pressemitteilungen

Das Statistische Bundesamt gibt die Veröffentlichungstermine wichtiger wirtschaftsstatistischer Pressemitteilungen in einem Jahresveröffentlichungskalender, der wöchentlich präzisiert wird, bekannt.

Der Kalender kann unter der Internetadresse <http://www.destatis.de/presse/deutsch/cal.htm> abgerufen werden.

¹⁾ Zu beziehen durch den Buchhandel oder über den Vertriebspartner: SFG Servicecenter Fachverlage, Part of the Elsevier Group, Postfach 43 43, 72774 Reutlingen, Telefon + 49 (0) 7071/93 53 50, Telefax + 49 (0) 7071/93 53 35, E-Mail: destatis@s-f-g.com. Preise verstehen sich ausschließlich Versandkosten.